

SCHWÄBISCHE HEIMAT

Verein für vaterländische Naturkunde
in Württemberg e. V., 7 Stuttgart
Schloß Rosenstein, Ruf 409 46

1619
3

HERAUSGEBER: SCHWÄBISCHER HEIMATBUND / SEPTEMBER 1966



IOHANN: FRIDERICVS D. G. DVX WIRTEMBERG. ET TECC.
COM. MONTISBELIG. DOMINVS IN HADENHEIM ETC. ICW.

*Si Themidos cultum spectes Rotatis amorem
Si Linguas Artes cognita Regna notes
Si curam Patriae trutinæ et cætera dona
Maiorem Hinc Maana dixeris esse Patre*

W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

Vertriebskennzeichen E 6197 F

SCHWÄBISCHE HEIMAT

Zeitschrift zur Pflege
von Landschaft, Volkstum, Kultur

Im Auftrag des Schwäbischen Heimatbundes
herausgegeben von Ernst Müller

1966

17. Jahrgang

Drittes Heft — Juli / September

Schriftleitung:

OSKAR RÜHLE

Ständige Mitarbeiter der Schriftleitung:

HELMUT DÖLKER

WERNER FLEISCHHAUER

WALTER GRUBE

PETER HAAG

WALTER KITTEL

OTTO LINCK

Die Zeitschrift „Schwäbische Heimat“ erscheint alle drei Monate. Sie ist Organ des Schwäbischen Heimatbundes und wird an dessen Mitglieder gegen den jährlichen Mindest-Mitgliedsbeitrag von DM 8.- geliefert. Ein Jahrgang von 4 Heften umfaßt etwa 15 Bogen und tritt als Vereinsgabe an die Stelle des früher jährlich erschienenen „Schwäbischen Heimatbuchs“. – Beim Bezug durch Buchhandel oder direkt vom Verlag beträgt der Jahresbezugspreis für 4 Hefte DM 10.-. – Einzelheft DM 3.-. – Für Postbezieher: Kein Bezugspreis, nur V-Stücke.

Alle auf den Versand der Hefte bezüglichen Zuschriften sind von Mitgliedern des Schwäbischen Heimatbundes an dessen Geschäftsstelle Stuttgart, Charlottenplatz 17/II, von sonstigen Beziehern an den Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Urbanstraße 14, zu richten; alle die Anzeigenverwaltung betreffenden Mitteilungen an Merkur Werbung, Stuttgart, Staffenbergstraße 44; alle für die Schriftleitung bestimmten Schreiben, Manuskripte, Besprechungsstücke an Dr. Oskar Rühle, Stuttgart-Frauenkopf, Frauenkopfstraße 25.

Druck: W. Kohlhammer Stuttgart

Titelbild: Stuttgart als Hintergrund des Reiterbildnisses von Herzog Johann Friedrich

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

INHALT

Aus Hölderlins Elegie „Stuttgart“	97
Grußwort Staatsminister Dr. Flecken ...	98
Grußwort Ministerpräsident Dr. Kiesinger	99
Grußwort Oberbürgermeister Dr. Klett .	100
Von Steinen, Versteinerungen und Heilwässern Stichworte zur Geologie von Stuttgart Von Karl M. Haldenwang	101
Stuttgart als herzogliche Residenz Von Walter Grube	113
Die Hauptstadt von Baden-Württemberg Zur Entstehungsgeschichte des Südweststaates Von Ernst Müller	122
Völkerkundemuseum oder Kunstgebäude? Von Robert Uhland	138
Stuttgarts „obere Anlagen“ Von Walter Kittel	148
Ein unbekannter Saal aus klassizistischer Zeit in Stuttgart Von Walter Kittel	150
Aus der Geschichte der Stuttgarter Friedhöfe Von Hermann Ziegler	153
Schloß Rosenstein Von Ernst Schüz	168
Neuerwerbungen der Staatsgalerie Stuttgart	171
Aus dem Württ. Landesmuseum	174
Von den Stuttgarter Straßen zum Stuttgarter Wein Von Helmut Dölker	177
Weinherbst Gedicht von Max Reuschle	182
Jonas Köpf zum Gedenken Von Helmut Dölker	183
Was uns beschäftigt, was uns angeht Tagung des Deutschen Werkbundes .	184
Das Argenprojekt der EVS	189
Mitteilungen des Schwäb. Heimatbundes	190



Stuttgart **die Heimat von Bosch**

Stuttgart 1886: Robert Bosch gründet eine Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik. Seine Mitarbeiter sind ein Geselle und ein Lehrling.

80 Jahre später, Stuttgart 1966: Bosch ist ein Großunternehmen der Elektrotechnik und Feinmechanik. 13 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in Deutschland, 16 Fertigungs- und Vertriebsgesellschaften in 14 Ländern der Erde gehören zum Bosch-Firmenverband. Stuttgart ist sein Zentrum. Hier sind 20000 Mitarbeiter beschäftigt, im Firmenverband über 85000.

Aus dem schwäbischen Handwerksbetrieb von einst ist das Weltunternehmen Bosch geworden, für das heute wie damals Qualität ein Begriff geblieben ist. Darin liegt die besondere Leistung von Bosch.

1886 — 1966: 80 Jahre Firmengeschichte Bosch, voll Pioniergeist, spannungsreich, expansiv, weltoffen und zukunftsorientiert, doch stets heimatverbunden. Stuttgart ist für Bosch die Heimat und zugleich das Tor zur Welt.



ROBERT BOSCH GMBH STUTT GART

nach
nach
nach
nach
nach
nach
nach
nach

Eine Zeitung, die anders ist,
sollte auch anders heißen.

Darum heißen
die Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Nachrichten.

Das ist eine Zeitung,
die mit Herz und Verstand
gemacht wird. Eine Zeitung,
die nicht dicke tut.

Jeden Morgen bringen
die Stuttgarter Nachrichten
genausoviel

Kalorien Lesestoff
auf Ihren Frühstückstisch,
wie Ihnen schmeckt.

Nicht zuviel und nicht
zuwenig, aber gut gewürzt.
Frisch und lebendig.

Darum sind die
Stuttgarter Nachrichten
genau das Richtige
für Leute, die eine Zeitung
nicht nach

Quadratcentimetern,
sondern nach dem Inhalt
beurteilen.

Vielleicht gehören Sie dazu?

richten
richten
richten
richten
richten
richten
richten
richten

nach

STUTTGARTER
NACHRICHTEN

richten

Denn mit heiligem Laub umkränzt erhebet die Stadt schon,
Die gepriesene, dort leuchtend ihr priesterlich Haupt.
Herrlich steht sie und hält den Rebenstab und die Tanne
Hoch in die seligen purpurnen Wolken empor.
Sei uns hold! dem Gast und dem Sohn, o Fürstin der Heimat!
Glückliches Stuttgart, nimm freundlich den Fremdling mir auf!
Immer hast du Gesang mit Flöten und Saiten gebilligt,
Wie ich glaub, und des Lieds kindlich Geschwätz und der Mühn
Süße Vergessenheit bei gegenwärtigem Geiste,
Drum erfreuest du auch gerne den Sängern das Herz.

Aus der fünften Strophe von
Hölderlins Elegie „Stuttgart“

Grußwort

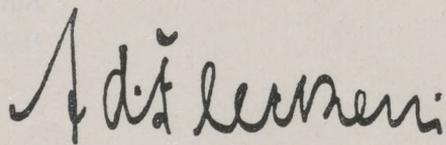
des Vorsitzenden des Deutschen Heimatbundes

Alle zwei Jahre lädt der Deutsche Heimatbund zum Tag der deutschen Heimatpflege ein, dank der liebenswürdigen Gastfreundschaft der Baden-Württembergischen Landesregierung, der Stadt und des Schwäbischen Heimatbundes vom 30. September bis zum 3. Oktober 1966 nach Stuttgart.

Der Deutsche Heimatbund wurde 1904 von Ernst Rudorff in Dresden gegründet, verlegte 1931 seinen Sitz von Berlin nach Düsseldorf und wurde 1952 durch Ministerpräsident Karl Arnold wiederbegründet. Seine Förderung verdankt er vor allem der Bundesregierung. Er ist der Bundesverband für Raumordnung, Landesplanung und Städtebau, Landschaftspflege und Naturschutz, Bauberatung und Denkmalpflege, Pflege von Volkstum, Brauchtum, Mundart, Volksmusik, Volkstanz, Landesgeschichte und Landeskunde. Dabei behandelt er diese Dinge nicht nur einzeln, sondern sucht sie um des Menschen willen in der Heimatpflege zusammenzuführen. So ist auch das diesjährige Thema des Tages der deutschen Heimatpflege zu verstehen: Der Mensch in seiner Freizeit. Für den Heimatbund hat die Freizeit scheinbar zwei Gesichter: Der arbeitende Mensch, fast in der Regel überarbeitet, je mehr er qualifiziert ist, braucht unvergleichlich mehr Freizeit als seine Vorfahren, um überhaupt noch gesund und damit leistungsfähig zu bleiben. Ohne Freizeit handelt er am eigenen Leibe wider das Fünfte Gebot. Wohnung, Ansiedlung und Landschaft müssen den sozialetischen Freizeitansprüchen gerecht werden. Andererseits wissen viele ihre neugewonnene Freizeit nicht sinnvoll zu erfüllen. Hier steckt das Arbeitspotential, das die Heimatpflege braucht, soll sie nicht – und mit ihr alle Kultur – untergehen. Ora et labora; Ora steht an erster Stelle. Ora, das ist auch der freiwillige und nicht honorierte Dienst am Nächsten, an der Gemeinschaft.

So werden die beiden Gesichter eines. Nicht allein: Der musische Mensch muß Muße haben. Nicht allein die schöpferische Pause vor allem Schaffen. Sondern: Erfüllte Freizeit, das ist die unabdingbare Voraussetzung unserer Zukunft.

Dies ist nur meine Meinung. Was Meinung und Streben vieler ist, wollen wir um die Wende des September und Oktober 1966 in Stuttgart erarbeiten. Dazu lade ich Sie herzlich ein.



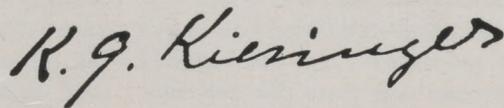
Staatsminister a. D. Dr. Adolf Flecken
Vorsitzender des Deutschen Heimatbundes

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg zum Tag der deutschen Heimatpflege

Im 19. Jahrhundert und noch weit in das 20. Jahrhundert hinein war es ein Problem, Freizeit zu haben. Heute ist es ein Problem, Freizeit sinnvoll zu verbringen. Um die Jahrhundertwende galt in Deutschland noch weithin der Zwölfstundentag. Urlaub kannten nur gehobene Schichten. Heute spricht man davon, daß die arbeitsfreien Tage des deutschen Arbeitnehmers über vier Monate Freizeit im Jahr ergeben, und weitere Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsansprüche – etwa in der Form des Bildungsurlaubs – kündigen sich an. Die Industrie profitiert an der Freizeit, indem sie für die Freizeit produziert. Aber sie spürt auch den Kostendruck der kürzeren Arbeitszeit und die Folgen einer „Freizeitgestaltung“, die nicht Muße und Entspannung zum Ziel hat, sondern auf Erlebnisse ausgeht, die der technisierte Arbeitsplatz unserer Zeit nicht mehr vermittelt. Die Ärzte sagen uns, daß das moderne Leben den Menschen stärker verbraucht als der längere, aber geruhsamere Alltag früherer Jahre. Aber sie sagen uns auch, daß die falsch verbrachte Freizeit die Gesundheit nicht fördert, sondern zerstört.

Schon ist auch das Wort vom „Unbehagen an der Freizeit“ geprägt worden, hinter dem sich mehr verbirgt als das intellektuelle Mißvergnügen an den Problemen der Massengesellschaft. Dennoch besteht kaum Anlaß zu kulturpessimistischen Meditationen. Was not tut, ist die nüchterne Erkenntnis, daß auch verbesserte Lebenschancen ihre Schwierigkeiten bringen und daß die Freiheit des Menschen sich auch an seiner Freizeit bewähren muß.

Ich bin sehr froh, daß der Deutsche Heimatbund diese Frage in den Mittelpunkt des Tages der deutschen Heimatpflege in Stuttgart stellt. Als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und als Präsident der Arbeitsgemeinschaft deutscher Heimat-, Wander- und Naturschutzbünde begrüße ich alle Teilnehmer herzlich in unserem Land. Möge diese Tagung dazu beitragen, daß der homo faber – der arbeitende Mensch, der unsere moderne Welt geschaffen hat – und der homo ludens – der spielende Mensch, der bestimmt ist, diese Welt liebenswürdig und lebenswert zu erhalten – sich immer enger verbünden.



Ministerpräsident Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger

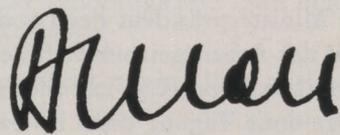
Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart

Gewiß mit Recht sagt man den Schwaben und Alemannen nach, daß sie sich mit ihrer Heimat, deren Geschichte und Brauchtum eng verbunden fühlen. Auch diejenigen unserer Landsleute, die von Unternehmergeist und Fernweh getrieben in die weite Welt gezogen sind, bewahren oft über Generationen hinweg das Bild der alten Heimat treu in ihren Herzen, wie uns durch unzählige Zeichen der Anhänglichkeit immer wieder in oft rührender Weise bekundet wird.

Die Pflege des Heimatgedankens und des Bewußtseins, als Glied in einer langen Kette unlösbar mit der Vergangenheit, ihren Überlieferungen, Gewohnheiten und Wertmaßstäben verbunden zu sein, gewinnt in einer Zeit, da der Mensch in der Gefahr steht, aus allen Bindungen entwurzelt zu werden, eine besondere Bedeutung.

Ich freue mich daher, daß der Deutsche Heimatbund in diesem Jahre zum erstenmal den „Tag der deutschen Heimatpflege“ in der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg begeht, und wünsche ihm, der gleichzeitig stattfindenden Jahresversammlung des Schwäbischen Heimatbundes und der Jahrestagung des Verbands der württ. Geschichts- und Altertumsvereine einen fruchtbaren Verlauf.

Die Teilnehmer aller Veranstaltungen, die in diesen Tagen von nah und fern zu uns kommen, heiße ich in Stuttgart aufs herzlichste willkommen!



Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett

Von Steinen, Versteinerungen und Heilwässern

Stichworte zur Geologie von Stuttgart

Von Karl M. Haldenwang

Der Fluggast oder Wanderer, selbst der Automobilist, der von Westen, Norden oder Süden kommend zum erstenmal den Stuttgarter Talkessel überschaut, bemerkt leicht drei sich gut unterscheidende Landschaftsformen.

Trotz einer modernsten riesigen Besiedlung mit zahllosen Häuserflächen und Trabantenstädten, die sich über mehrere Tal- und Bergwellen und weit ins Neckarland erstrecken, vermag das Auge doch noch gut die Höhenstrukturen, ein Tieftal, den Nesenbach und seine flacheren Nebenflüßchen zu erkennen, Terrassen oder Stufen wahrzunehmen, die der Ausformung und der Gestalt der eigentümlichen Berg- und Tal-landschaft das Gepräge geben.

I

Oftmals ist die dreigeteilte Landschaft bis in Einzelheiten hinein beschrieben worden, denn die Wissenschaft der Geologie und Morphologie, der Gesteins- und Gewässerkunde ist an der Stuttgarter Technischen Hochschule seit einem Jahrhundert bereits auf eifrigste gepflegt worden.

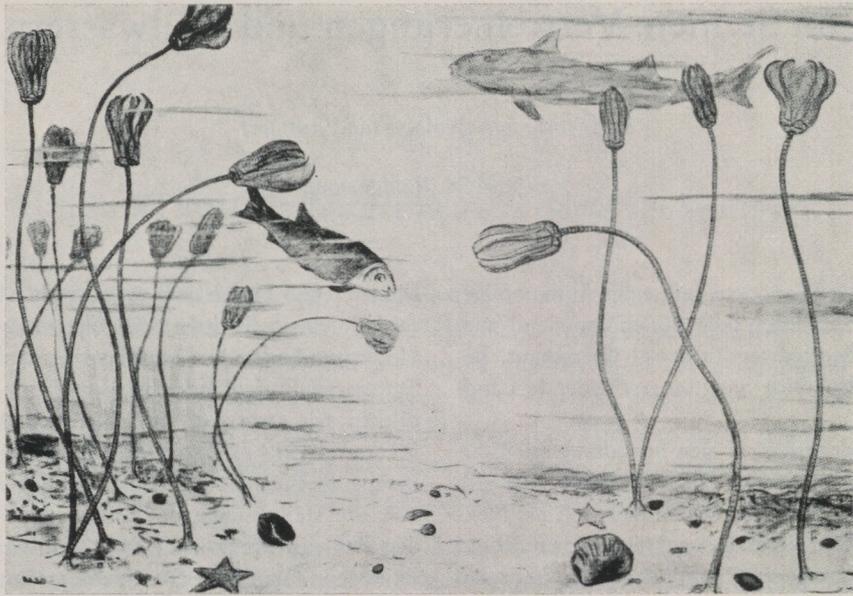
Im Westen und Nordosten liegt das weite, offene, flachwellige, besonnte Gäu, das sich vom Schwarzwald her leicht im Schichtenfallen gegen das Vorgelände der Stuttgarter Berge senkt. Jetzt im Sommer glühen und gilben bereits im Gäu, sofern es eine dicke Lößdecke hat, die breitflächigen Getreidestreifen (meistens heute Weizen) und legen jedem Beschauer vor Augen, daß er hier in die Kornkammer Württembergs mit Langem Feld und Strohgäu im Norden und Westen einen Blick tut und ihm der geschichtskundige Begleiter sagt: Alt-Württemberg ist einmal jahrhundertlang von diesem reichen Getreidewuchs rings um die Residenz ernährt worden. Indessen, die besonnten Kornflächen lagern auf demselben Muschelkalk-Lettenkohle-Untergrund auf, der in dem sogenannten Heckengäu weiter westlich von den fruchtbaren Gäuen mit all den Erscheinungen eines verkarsteten Kalkgebirges zu Tage tritt und dann im Neckartal nordöstlich in riesigen Steinbrüchen bei

Münster und Hofen eine respektable Mächtigkeit erreicht. Muschelkalk-Lettenkohle machen also den Untergrund oder die Grundlage aus, auf der sich das Stuttgarter Stufenland erhebt.

Blicken wir etwa vom Scherbenberg (480 m) in das Neckartal (214 m), so erfassen wir mit dem Auge bereits die Eigenart der Muschelkalktäler. Es handelt sich um steilwandige und steilrandige Talwege, die den Fluß zwingen, einen Prall- und einen Gleithang zu bilden, dadurch, daß er ständig mäandert, um den überaus festen Widerstand des Gesteins zu überwinden. Oberflächlich bieten sich die verkarsteten Kalkplatten als unfruchtbar (Schlehen-Hecken und Silberdisteln) dar, in den westlichen Gebieten finden wir viel Erdfälle, Einstürze, aber keine Höhlen. Doch da, wo durch die eigenartige Zertalung die Lettenkohle mit weiten Flächen und ihren Lagen von Tonen und Tonmergeln erhalten geblieben ist, sind die Verhältnisse für Besiedlung und Bebauung günstig, da die Böden kräftige und mineralreiche Nährstoffe enthalten.

Im allgemeinen gilt: wo wir den Muschelkalk aufgeschlossen finden (untere Glems, Neckar von Münster an), handelt es sich um allerdings differenzierte Schichten des Oberen- oder Hauptmuschelkalks, von dem Aldinger sehr genaue stratigraphische Aufnahmen gemacht hat. Im Gebiet von Münster z. B. sind Leitfossile die Kopffüßler (ceratites), die Terebrateln (Lochmuscheln), Pecten, Gervillien (Muscheln) und Trochiten (Seelilien), um nur die wichtigsten zu nennen. Die ältesten Schichten heißen deswegen Ceratitenschichten.

Den Ceratitenschichten folgen die Nodosus-Schichten mit knotigen Ammoniten, der Sammlerlust unserer Bubenjahre, und den schönen Seelilien. Die obersten Lagen des Hauptmuschelkalks bildet der Trigonodus-Dolomit, der bei Verwitterung leicht sandig-porös wird und sich durch eine senkrechte Klüftung auszeichnet. Die Wissenschaft spricht hier von einem Fazies- oder Aussehenwechsel, insofern die kalkige und festgemauerte Bildung übergeht in eine dolomitische mit einer besonderen Fauna, denn die Ceratiten und Gastropoden fehlen fast vollständig. Aufschlüsse



1. Muschelkalkmeer zur Zeit des Trochitenkalk. Seelilien am flachen Meeresgrund (Staatl. Naturkundemuseum Stuttgart)

des Hauptmuschelkalks: Untertürkheim, Dietbachtal, Bahnhof Leonberg, Glemstal zwischen Ditzingen und Leonberg, Neckartal unterhalb Cannstatt.

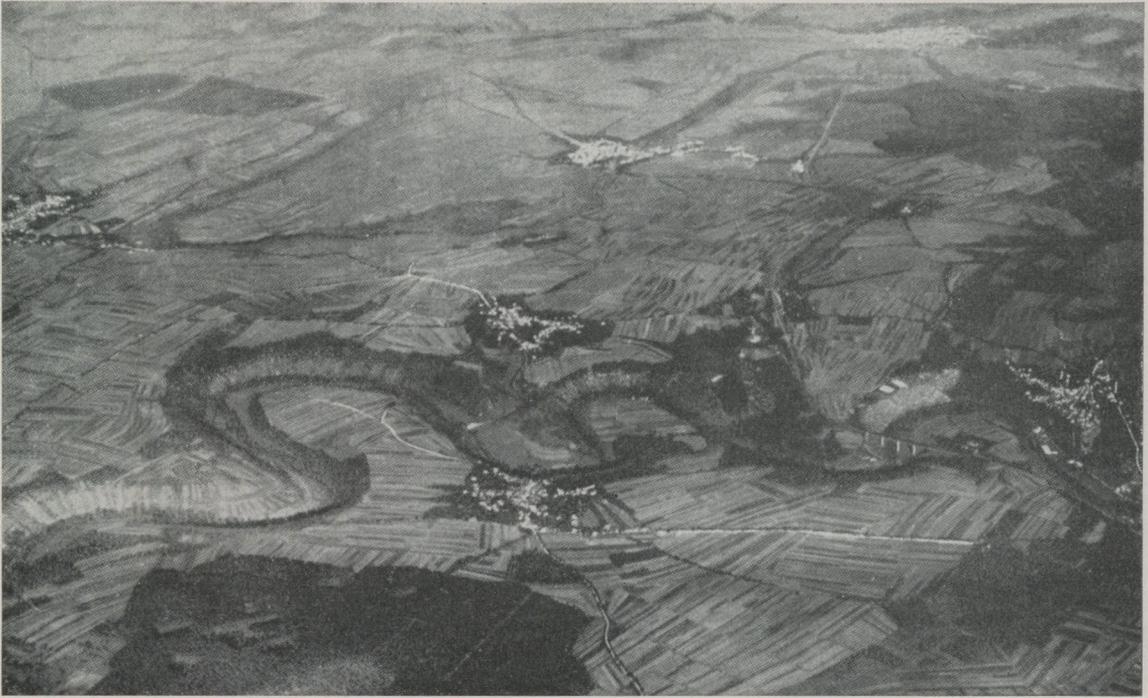
Schon die flüchtige Aufzählung der Versteinerungen hat den aufmerksamen Leser den Schluß ziehen lassen, daß es sich im Hauptmuschelkalk um eine fast ausgesprochen marine Fauna handelt. Flach ist das Meer in den unteren Lagen der Trochitenkalke gewesen (Reichtum an Terebrateln), tiefer wurde es, als die Blaukalke der *Nodosus*-Schichten fast 500 m sedimentierten (Reichtum an Ceratiten). Der Wechsel von Ton- und Kalkablagerungen wird auf Klimaschwankungen zurückgeführt. Dann zog das Meer nach Nordwesten ab, die Küstenlinie rückt langsam näher, weswegen sich im Nordwesten (Zuffenhausen, Glemstal usw.) die ersten Ablagerungen der *Trigonodusdolomiten* vorfinden. Langsam geht die marine Periode in die brackische der Lettenkohle über, später in die kontinentale des mittleren Keupers.

II

Über dem offenen Gäu beginnt als deutliche Steilstufe mit frischen Keuperstufenrändern das Gebiet der sogenannten „Stuttgarter Berge“, deren frei aufragende Höhen (bis zu 480 m) im Westen und gegen Norden

hin herrliche Fernsichten gewähren. Wir befinden uns im stark zum durchlichteten Gäu abgehobenen Dunkelkontrast weiter winddurchrauschter Bergwälder. Von gewissen Punkten aus – wir denken etwa an die Doggenburg mit Blickrichtung Schloß Solitude – meinen wir mit dem Dichter laut sprechen zu müssen: „O Täler weit, o Höhen, / O schöner, grüner Wald, / Du meiner Lust und Wehen / Andächt'ger Aufenthalt.“ Wohin der Blick auch schweift, er verläßt nicht die Bogen des grünen Zelttes, und das Ohr vernimmt Großstadtrauschen („die geschäftige Welt“) nur wie ein „Draußen“, ein fernes Summen.

Ganz anders als im Gäu quellen hier in den zwischen harten Sanden und weichen Mergeln abwechselnden Keuperschichten aus stillem Grund die Wässer und sammeln sich in einsamen Tälern zu starken Bächen. Buntfarbige Mergel „stets in schöner waagrechter Schichtung sehen, dann und wann, an Prallstellen unter überhängendem dornigem Buschwerk hervor“ (Bräuhäuser). Jungbeforsteter Fichtenwald bildet mit einem alten Eichenbestand (frühere Jagdwälder der Herzoge) und lichtem Buchenwald zusammen ein sehr wohlthuendes Farbenspiel. Im früheren Wildpark und westlich gegen Sindelfingen und Magstadt zu glänzen teils künstliche Stauseen (jahrhundertlang die Versorgungsspeicher der Stadt), teils natürliche Seen auf abflußlosem, wasserundurchlässigem Stuben-



2. Gäulandschaft am unteren Remstal. Talmäander der Rems unterhalb Neustadt

sandstein auf, etwa bei der Solitude Richtung Großer Stern oder an der Rennstrecke Schattenkreuz der Steinbach- und Katzenbachsee. Letztere speisen die Parkseen. Der Stubensandstein ist darum wohl die vorzüglichste Quellbank innerhalb der Höhen der Stuttgarter Berge und des Glemswaldes. Am bekanntesten ist die aus Felsen hervortretende Quelle, die beim „Schatten“ im Talgrund des Glemstals ausfließt (auf der Grenze von Wildpark und Straße nach Magstadt). Heute noch sickern die uns Kindern so lieben Quellen im Waldgebiet zwischen Hasenberg und Kaltental (die Wasserfälle).

Nehmen wir den Standort Solitude (500 m), so zeigt uns ohne große Anstrengung der Fernblick etwas Einzigartiges, nämlich das Herumstehen von Bergen inmitten der weiten sonnigen niederen Gäulandschaft, gleichsam als lägen diese Erhebungen in einer bergenden Mulde oder Senke. Die Wissenschaft spricht derartige Erscheinungen als Zeugenberge an und will damit sagen: solche Inseln, wie der berühmte Asperg bei Ludwigsburg, der „höchste Berg des Landes“, weil derjenige der ihn unfreiwillig besteigt, lange Zeit braucht, bis ihn das Staatsgefängnis wieder freiläßt, und der Lemberg bei Affalterbach in östlicher Rich-

tung oder bei Stuttgart das Burgholz, verdanken ihr Dasein und Sosein jener harten Schilfsandsteindecke, die den mergelig weichen Untergrund vor Zerstörung und Ausräumung schützt. Der Begriff „Zeuge“ ist insofern nicht schlecht gewählt, als in Wahrheit ringsum die stehengebliebenen meist langgestreckten Erhebungen viele jetzt verschwundenen Bäche und Wasserrinnen die Keuperschichten weggeschwemmt, ausgelaugt, fortgerissen haben, so daß der „Rest“ (auch dieser Name wird in der Wissenschaft oft gebraucht) von verschwundener Pracht „zeugt“.

Wenn wir schon bei der harten Linie des Schilfsandsteins sind, so sehen wir sie landschaftsbildend hervortreten in der zurückliegenden (von den Zeugenbergen aus), noch voll erhaltenen Keuperlandschaft im Vorland von Stuttgart. Da sind zunächst die zwischen den Städten Feuerbach, Ludwigsburg und Markgröningen liegenden Hügelwellen von Gipskeuper. Wir finden Gipskeuper aber auch noch, freilich kaum mehr sichtbar, im Talkessel der City und abbauwürdig an den Rebhängen von Untertürkheim. Noch vor hundert Jahren haben unsere Großeltern und Urgroßeltern in ihren Häusern im Stuttgarter Talgrund ihre eigenen Hausbrunnen gehabt, die in



3. Sauerwasserkalk von Cannstatt mit Blättern der Kaukasischen Flügelnuß (Staatl. Naturkundemuseum Stuttgart)

den Talschutt und den Gipskeuper eingeschachtet waren. Seit der Einführung der Wasserversorgung, auch aus gesundheitlichen Gründen, verschwanden sie und nur gelegentlich noch, wie in den unteren Anlagen, kommen schwefelwasserstoffhaltige Quellen aus dieser unteren Keuperschicht zum Vorschein. Ähnlich gespeiste Schwefelquellen gibt es auch im Schönbuch. Im engeren Stadtgebiet sind zu erwähnen der schöne Bopserbrunnen (Herkunft des Wortes Bopser unbekannt) oder der früher als heilkräftig geltende „Koppentalbrunnen“ am Anfang der Panoramastraße. Das Gipswasser schmeckt etwas fad und trocken.

Frischer sind schon die Schilfsandsteinquellen, die auf Höhen entspringen wie dem Lemberg bei Korntal, oder der Höhe zwischen Hegnach und Tennhof oder den sogenannten „Berglen“ weit östlich zwischen Waiblingen und Winnenden.

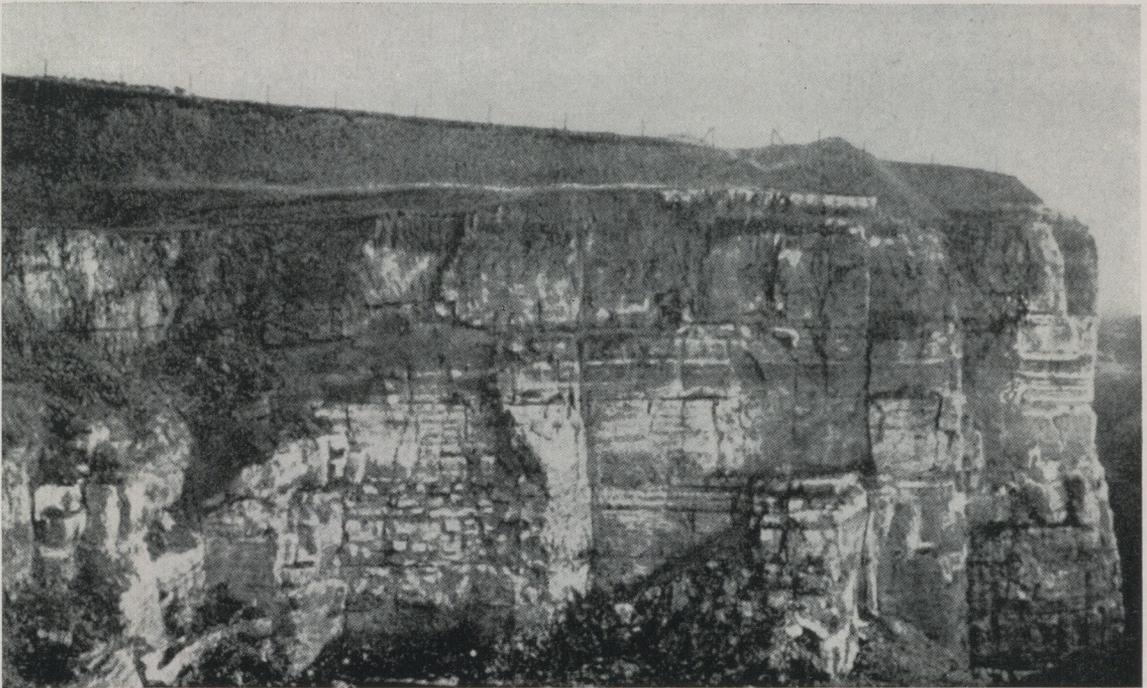
Erwähnt seien noch die vielen Burgen über dem Bottwartal, der Lichtenberg bei Oberstenfeld, der Langhans bei Beilstein, der Forstberg und der Wunnenstein, die charakteristische Sandsteinhöhen sind. Ein Ausflug dorthin lohnt sich: landschaftlich und ge-

schichtlich, denn die konvexen und konkaven milden Keuperhügel in Sonnenhalden erlaubten seit Jahrhunderten den vortrefflichsten Weinanbau von Alt-Württemberg, mit Vorliebe die dunklen Trollinger-sorten. Im Vorland der Stadt haben wir Schilfsandsteinstufen im Burgholzhof (Aussichtsturm), in der Weißenhofsiedlung (beim Killesberg), auf der Karlshöhe und auf der Hohen Wart bei Feuerbach. Wahrlich ein „wogendes Keupergebirge“, wie Quenstedt so vortrefflich formulierte.

Daß die hier aufgeschlossenen Sandsteine besonders nützliche Werk- und Baustoffe geliefert haben, dafür seien heute noch einige Zeugen in Gestalt von monumentalen Gebäuden aufgeführt. Aus rotem und grauem Schilfsandstein sind das Alte Schloß, das Neue Schloß, der Königsbau, das Stockgebäude, die Staatstheater, die Landesbibliothek, die Johanneskirche, das Landesgewerbemuseum gebaut. Vor der Zerbombung im Jahre 1944 waren noch für viele ältere stattliche Bürgerhäuser im Talgrund oder an der Kriegsberghöhe die Steine aus solchen heimischen Brüchen gebrochen. Gelegentlich benutzte man den leicht zu behauenden, aber deswegen gerade auch leicht verwitternden Stoff, um Fensterbänke und Türfüllungen damit zu errichten.

Oft wird man gefragt, warum steckt in dem Namen eines Steins eine Pflanze? Für Anfänger genügt die Antwort, daß man gelegentlich heute noch in herumliegenden Brocken dieser Sorte den Abdruck von Pflanzen, die wie Schilf aussehen, finden kann. Liebhaber von Versteinerungen besitzen solche Stücke und freuen sich an ihnen, wenn sie etwa in Manfred Franks Paläogeographie lesen, daß zur Entstehungszeit des Sandes vor Dutzenden von Millionen Jahren in unserer Gegend ein subtropisches Klima herrschte und die Gegend gestrotzt hat von riesigen Bäumen, wie sie heute noch, allerdings verkümmert, in sumpfig-feuchten Gebieten vorkommen. Gerade das Aussehen (Fazies) unseres Schilfsandsteins (im Gelände der Gartenschau) weist auf Deltabildungen langsam fließender und exakt Senkstoffe absetzender Flußläufe hin. Aber auch die Wüstenfazies ist in dieser Schicht ausgebildet zu finden.

Doch Klima und Landschaft werden ziemlich anders, wenn wir die Schilfsandsteinterrasse hinaufsteigen und vor den riesigen Wänden der Bunten Mergel stehen (Kochenhof, Uhlandshöhe, Fuß der Gänsheide, Sonnenberg unterhalb der Gerokruhe, rote Wand der Wannen der Hasenberghöhen). Wir begegnen hier wieder, wie im Gipsmergel, einem leicht zerbröckelnden Gestein mit blaugrüner, violettlicher und rötlicher Farbe. Die Weingärtner schätzten frü-



4. Oberster Hauptmuschelkalk von Zuffenhausen. Unten Nodosusplatten, schön gebankt, darüber der massige Trigonodolomit; ganz oben dünne helle Kalkbank, die hier den Hauptmuschelkalk abschließt

her die Mineralstoffe der Mergel und düngten mit dem von ihnen Leberkies oder Kerf benannten Mergelboden ihre Weingärten. Die Färbung und die Flora deuten an, daß wir es mit kurzwährenden Seeflächen, die durch äolische Staubanwehungen zugeschüttet wurden, zu tun haben, also einem teils ariden, teils subtropisch feuchten Klima angehörten. Auf der Schattenseite der Bunten Mergel steht Wald (Fichte und Buche), auf der Sonnenseite dagegen entzückt der Weinstock und ein mit Mergelsandsteinplatten staffelförmig sich erhebender Mauerbau (Neue Weinsteige). An Quellen ist der schwerdurchlässige und von viel Trümmergestein durchzogene Mergel ziemlich arm; und nur da, wo er sandig oder klüftig wird, in der schmalen Zone des Kieselsandsteins (er keilt schon im Heckengäu aus sichtbar beim Aufgang zum Waldfriedhof Drahtseilbahn) sprudelten, als die Schichten noch Reben trugen, kleine Weinbergquellen.

Auf der Südseite der Stadt bildet der Mergel zwei tiefe Talschluchten, das „Romantische Täle“ und das „Tobeltäle“, wobei Tobel soviel wie Klinge bedeutet. Bei wütenden Wettern schwimmen die Klängen

gewaltige Mengen von verschlammtem Wasser bis tief in die Gärten herab. Die Buchen und Fichten haben Mühe, ihren Halt nicht zu verlieren. Die Stadt hat deshalb an der unteren Waldgrenze einen Teich abgedämmt, der die Mergelerde auffängt.

Die rings um den Süden und Westen der Stadt (auch auf der Feuerbacher Heide) auftretenden schluchtartigen Klängen sind ein Charakteristikum der oberen Keuperlandschaft. Auf der Nordseite der Stadt ist die Zertalung durch den Feuerbach so weit fortgeschritten, daß bei Botnang etwa der Stubensandstein bequemer erreicht werden kann als am Sonnenberg, wo sich der Tobel zu einer Engtschlucht verringert, so daß man nur noch mit Treppen auf die Sandsteinhöhe gelangen kann.

Die Stubensandsteinbrüche rings um Stuttgart waren bedeutender (schon den Römern bekannt) als die Schilfsandsteine. Die Schicht bildet den oberen Rundgang, wie Huttenlocher sagt, sozusagen das Dach des Hauses, dessen Parterre die Muschelkalkebene auf Neckarniveau ist. Ein Rundgang „führt von der Gerokruhe zur Schillereiche, zur Straßenbahnhaltestelle Waldau und zur benachbarten Kautzenhecke,



5. Auflösungserscheinungen im Grundgips des Gipskeupers von Eltingen bei Leon-
berg. Karstgerinne, Auflösung an Klüften

zum Waldfriedhof und nach Kaltental hinunter, wo besonders große Stubensandsteinbrüche sind“. Weiter geht es über den Dachswald zur Haltestelle Wildpark, auf dem Sandweg zum Hasenberg und jener Stelle, wo noch vor zehn Jahren die Geißeiche, vielleicht die älteste Eiche von Stuttgart, gestanden ist.

Wie die Karte (S. 110) zeigt, gehören der Gähkopf und „das Bismarcksäule“ dem Stubensandstein an. Als Werkstein wurde er verwendet bei der Stiftskirche (vor ihrer Zerstörung), beim Rathaus in seinem noch erhalten gebliebenen Teil in der Hirschstraße, der Marienkirche, der Heselacher Matthäus-Kirche und dem Bismarcksäule. Die Farbe des Steins ist hell, seine Böden sind wenig fruchtbar.

Paläogeographisch ist zu bemerken, daß die Oberen Bunten Mergel langsam in Sandsteine übergehen. Die Massen Sand, so sagen die Geologen, stammen aus den Abtragungsgebieten im Südosten, dem man den Namen „Vindelizisches Land“ gegeben hat. Wenn Vollrath argumentiert, daß die Sandsteine als Absätze katastrophenartig hereinbrechender gewaltiger Schichtfluten aufzufassen sind, die durch wolkenbruchartige Niederschläge entstanden sind, dann paßt das gut zu den Stuttgarter Funden, die im Stubensandstein als Fische und Saurier (Reptile) in Leichenfeldern angehäuft, wie Aetosaurus bei Kaltental, geborgen wurden.

III

Die dritte große Landschaftsgruppe der Stuttgarter Gegend ist die Hochlandschaft der Filder im Süden und Osten, geologisch die unterste Schicht des Schwarzen Jura, dem Quenstedt die Bezeichnung Lias Alpha gegeben hat. Wo der dunkle Schichtstoß beginnt, vermag das Auge gut zu erkennen, nämlich da, wo im mittelschwäbischen Land ein „harter Stotzen“ (C. Deffner) auftritt, dort, wo Quenstedt „die zu Stein gewordenen Ablagerungen des Liasmeeres“ vermutet hat, denn die harten blaugrauen Kalke und Sande etwa in den Steinbrüchen am Möhringer Sonnenberg und an den zwischen Vaihingen und dem Jägerhof liegenden Steinbrüchen (heute fast ganz verschwunden) enthalten in reicher Fülle Muscheln und mächtige Ammonshörner, und jeder Sammler kennt und schätzt die *Gryphaea arcuata*, die großen Arieten- und Angulatenammoniten.

Sofern Löß-Lehm auf dem Lias liegt, macht er die mineralreichen Kalke und Sande fruchtbar in höchstem Maße, denn Filder heißen in Württemberg alle Anbaugelände (Sauerkraut, Weizen) auf der untersten Schwarz-Jura-Schicht, die zu den ergiebigsten im Lande gehören.

Wer sich für geologische Epochenwechsel interessiert, der gehe die zum Waldfriedhof führende Fahrstraße

hinauf und erreicht bei der letzten Kurve die Grenze Trias/Lias; sieht die Liaskante geradehin laufen von Degerloch bis nach Vaihingen. Er wird, wenn er von Vaihingen das Nesenbachtal hinuntergeht, ungefähr im Niveau der riesig gespannten Eisenbahnbrücke den Talriß des Baches, der sich bis in die Knollenmergel einfrißt, überqueren und der scharfen Kante nach Westen folgen, über die Knollenmergelhänge von Kaltental zum Jägerhof, zum einstigen Viereichenhau und der Aussichtsplatte Himmel. Schöner läßt sich eine Stufenlandschaft mit harten Einschnitten und Marken kaum beobachten wie hier in der Stuttgarter Landschaft.

IV

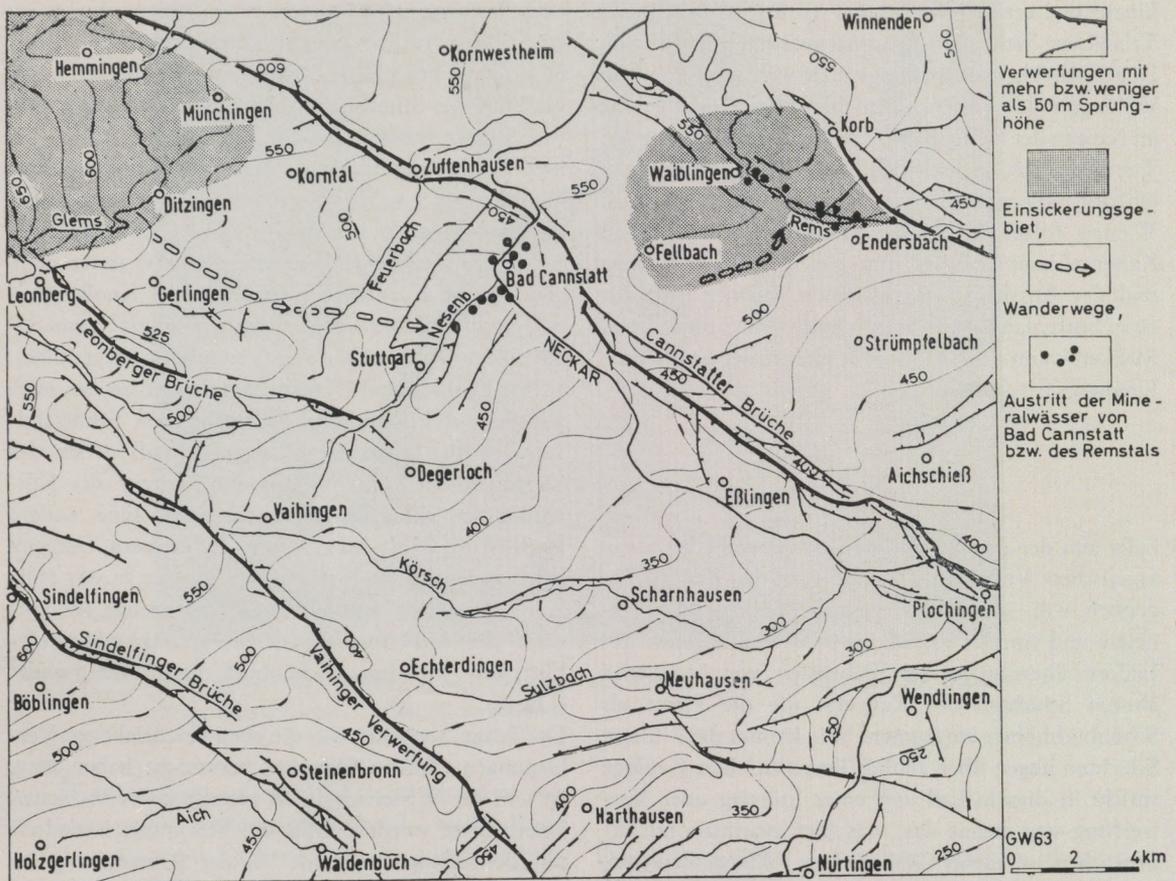
Falls nun der geologisch Interessierte einer geradezu klassischen Verwerfung im Bereich der Fildern begegnen will, so sei ihm gesagt, daß die leicht geneigte und von der Körsch entwässerte Liasplatte der Fildern überragt ist im Südwesten von bedeutend älteren Schichten des Keupers, die die Platte als Schönbuchhöhen umsäumen. Wie kommt das? Ältere Schichten liegen über zeitlich jüngeren? Der Geologe spricht in diesem Fall von einer Störung oder Verwerfung und nennt das, was hier einstmals niedergebrosen ist, einen Graben. Der Fildergraben nun, so forscht der Geologe weiter, erstreckt sich in einer Breite von über 10 Kilometer von Südosten nach Nordwesten. Der Interessent sieht aus der beigegebenen Strukturkarte (S. 108), wie die Vaihinger Verwerfung parallel geht zu der Schurwaldverwerfung, in der der Neckar fließt. Das Gebiet zwischen Neckar und Nesenbachursprung enthält also eine Anzahl von parallel laufenden Sprüngen, die das Gebirge treppenartig gegen den Graben absenken. Im Südosten sind die Sprunghöhen am größten, im Nordwesten, etwa bei Schwieberdingen, sind sie am niedrigsten. Bei Bad Cannstatt überquert die Schurwaldlinie den Neckar. Deutlich ist zu beobachten, daß die Keuperberge des Schurwalds in einer Mulde liegen. Genauso liegen die Filder in einer Senkungslinie, wie wir gesehen haben. Zwischen Bonlanden und Vaihingen wird die Filderebene des Lias Alpha um rund 70 Meter herausgehobenen Keuper des Schönbuchs überragt. Gegen Süden läßt sich die Verwerfung bis Metzgingen verfolgen, wo sie ausklingt. Nordwestlich verliert sich die Vaihinger Verbindung, der Grabenbereich wird von den Leonberger Brüchen begrenzt. Wir sehen, auch im tektonisch eingebrochenen Gebiet, aus dessen Schichtenstößen die Filderlandschaft

und das ganze Alt-Stuttgarter Tal ausgearbeitet ist, laufen kleinere, selbständige Verbiegungen. Wir zeigen nur die am Birkenkopf auf, die sich heute am Fuße des Scherbenberges befindet und, unter Naturschutz stehend, schön sichtbar gemacht ist. Die Verwerfung beginnt in der Gallenklinge bei Botnang mit einer wilden Zerrüttung der Sandsteinlager im Berginnern. An der Straßenkurve Charlottenbuche sieht man Stubensandstein neben Lias, unter dem, gleich nachher an der Straßenböschung, Knollenmergel erscheint. Die Verwerfung überquert beim Sophienbrunnen den Sandweg (Hasenberg-Bürgerallee). In der Karlsruhstadt (Heslach) versenkt sie den noch auf dem Reinsburghügel hochgelegenen Schilfsandstein so tief unter den Talgrund, daß neben der Drahtseilbahn zum Waldfriedhof bereits die Felsbänke des Kieselsandsteins anstehen. Eine andere Verwerfung läuft im Tälchen Gablenberg-Ostheim bis zum Gaskessel. Kurzum, wir werden es uns merken: „das ganze Stuttgarter Schichtengebiet ist, mit-samt der Filderlandschaft, ein großer und tiefer Einbruch zwischen Schönbuch und Schurwald“ (Frank).

Der Frage, wer oder was die eben beschriebenen Verbiegungen, Brüche, Flexuren verursacht haben mag, ist von der Wissenschaft oft gestellt und verschieden beantwortet worden. Daß die Störungen irgendwie mit dem Tangentialdruck bei der Alpenfaltung im Tertiär zusammenhängen, ist ein plausible Annahme, erklärt aber keineswegs die Unregelmäßigkeiten der Flußbewegungen, wechselnd zwischen Stau in Mulden (Neckar bei Cannstatt) und starkem Mäandern bei Eintritt in den harten Muschelkalk (Münster, Hofen), erklärt kaum das einmal kleine Fälle bildende



6. Das Knotenhorn (*Ceratites nodosus*) im Muschelkalkmeer. Links Lima, rechts Terebrateln, daneben Schale von Nautilus



7. Geologische Strukturkarte der Umgebung von Stuttgart; Strukturlinien bezogen auf die Grenze Keuper/Jura. Hydrogeologie der Mineralwässer von Stuttgart-Bad Cannstatt und des Remstales (Nach W. Ströbel in A. Vollrath u. a. 1959)

rasche Gefälle in Engtälern und dann wieder das breite Auslaufen in muldenähnliche Buchten (Glems, Feuerbach usw.). Auch die Nebenflüßchen des Nesenbachs vom Vogelsang her haben eine solche Menge Erdmassen leicht zerstörbarer Mergelbrocken weggeräumt, haben Stauseen gebildet (Seestraße), die in geschichtlicher Zeit künstlich als Mauerschutz dienten, daß man solche Riesenarbeit allein nicht den äußeren Wasserkraften zuschreiben kann; vielmehr, was vor allem der Meistermorphologe der württembergischen Geologenschule, Georg Wagner, in diffizilen Flußgeschichten erforscht hat, muß man hier „junge Krustenbewegungen“ der noch nicht zur Ruhe gekommenen Gesteinshülle unseres Planeten als direkte Ursache begreifen lernen.

V

In solche Bewegungen der neuesten geologischen Zeit fallen dann zum Beispiel gewisse Bildungen im Talkessel von Stuttgart und der Ausbruch der vielen Thermen und Mineralwässer in der Berger und Cannstatter Mulde. Irgendwann (Pleistozän) muß eine Neckarschleife bis tief in die heutige Nesenbachrinne hinein so aufgeschottert haben, daß die Ablagerungen des Nesenbachs einen Rückstau gebildet haben in Form einer für das Talbauen so sehr ungünstigen Sumpfgegend mit eiszeitlichen Fließerden und Faulschlamm. Wir wissen, daß die beiden Schlösser unterdoht worden sind und auf Pfählen ruhen, wie die Paläste in Venedig. Was das Hangbauen im Kes-



8. *Vermiceras spiratissimum*, Lias Alpha Stuttgart-Vaihingen

sel so verteuert hat, sind die notwendig gewordenen Stützen und Mauern bei vielen in den Mergeln liegenden Wohnhäusern. Nur auf den rückgeschobenen Sandsteinterrassen machte das Bauen weniger Schwierigkeiten, wenn wir etwa an die Weißenhofsiedlung vom Jahre 1927 denken, wo bei internationalem Wettbewerb zum erstenmal die für Hanghäuser so günstigen flachen Dächer und der Betonbau eingeführt wurden.

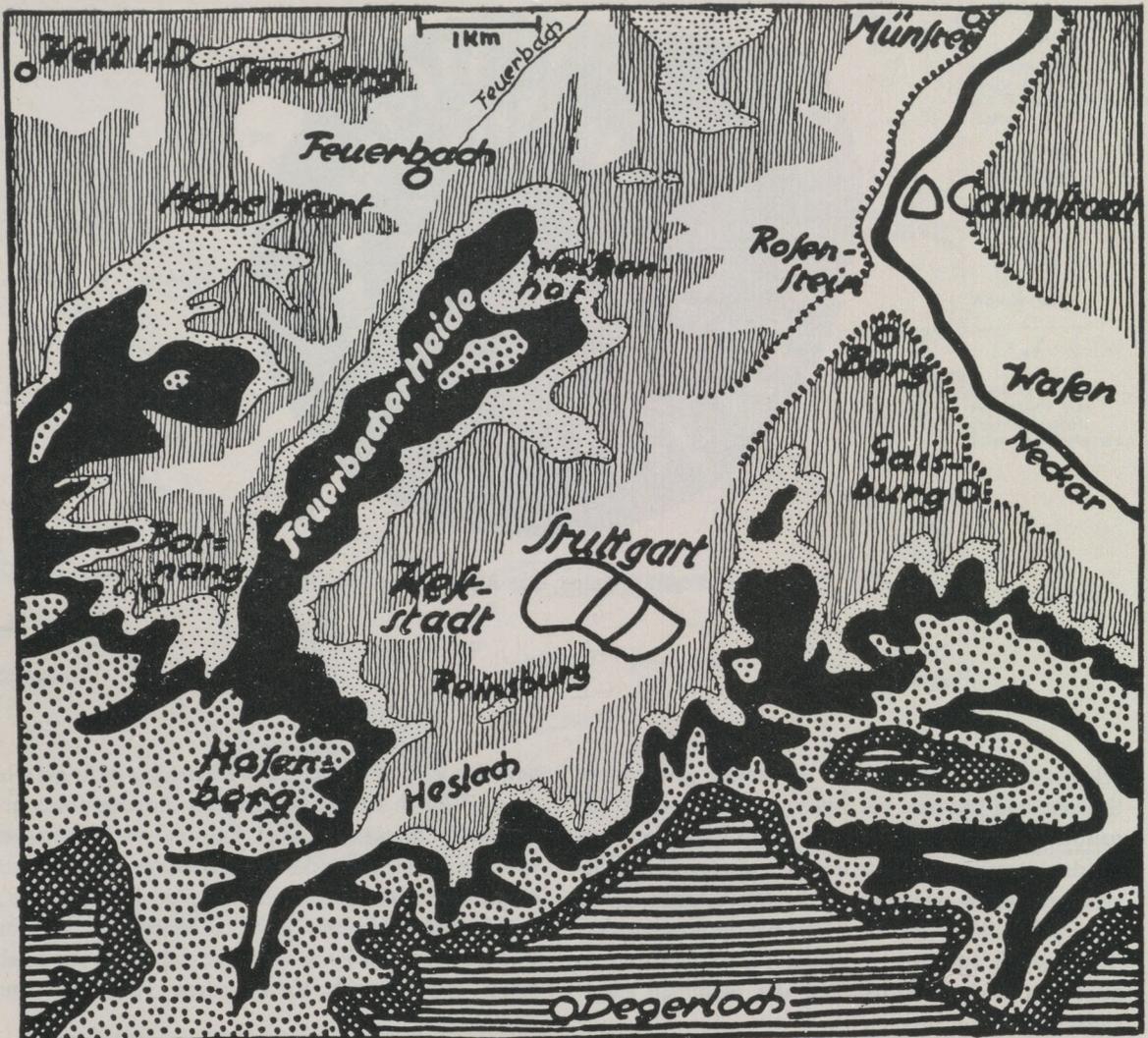
Die Entstehung der Sauerwasserkalke (Travertin) von Bad Cannstatt-Münster wird dem Austreten von warmen Quellen verdankt. Travertine sind Absetzungen der gelösten mineralischen Stoffe, setzen also ein großes und verbreitetes Quellen voraus. Aus der Auslaugung des Untergrundes (Muschelkalk), aus dem die warmen Quellen entspringen, ist zu schließen, daß sie aus der Tiefe kommen. Sauerwasserkalke setzt man in die warme Zwischeneiszeitperiode zwischen die kalten Riß- und Würmgletscher. Als der Neckar sich in den Muschelkalk eingrub, unterschritt er die Travertine, die heute etwa 30 Meter auf beiden Seiten des Neckars (Cannstatt-Münster) eine lößbedeckte Terrasse bilden. Auf Travertin ist die Stiftskirche bei der Nesenbachfurt erbaut, man fand ihn sogar am Beginn der oberen Königstraße beim Wilhelmsbau, zum Erweis, daß im Stuttgarter Kessel einmal Thermen gesprudelt haben. In

neuester Zeit sind die durch Eisenerde gelb gefärbten und durch Kohlensäureverlust löcherig-porös gewordenen Sinterkalke, bei Lauster zu Platten geschliffen, zum schmucken und täuschenden Verputz benützt worden (Technische Werke, Mittnachtbau). Bei Sammlern beliebt sind besonders die schönen Pflanzenstücke in Form von Blattabdrücken der Stieleiche, Silberpappel, Kaukasischen Flügelnuß und Buchsbaum.

Die Wissenschaft kam überein „Mineralwässer solche Quellen zu nennen, die in 1 l mindestens 1 g gelöste Mineralstoffe (Salze) oder (und) 250 mg freies CO₂ (Kohlensäure) enthalten“ (W. Carlé). Der Geologe jedenfalls spricht von einem thermalen Wasser, wenn eine Quelle 18° C und mehr hat.

Betrachten wir nun die Cannstatter Quellen, so ergibt sich im Vergleich mit anderen baden-württembergischen Thermen und Mineralwässern eine klare Überlegenheit nicht nur, was die Quantität der Schüttungen anlangt, sondern vielmehr und gerade auch im Blick auf die Qualität der gelösten Stoffe.

Wir müssen noch dazu das im 19. Jahrhundert erbohrte System links vom Neckar, also auf der alten Stuttgarter Markung nehmen, wo heute die größten Mineral-Freibäder und Hallen stehen, wenn wir an das Neunersche Bad und den Leuze-Komplex denken, der ständig vergrößert und modernisiert wird

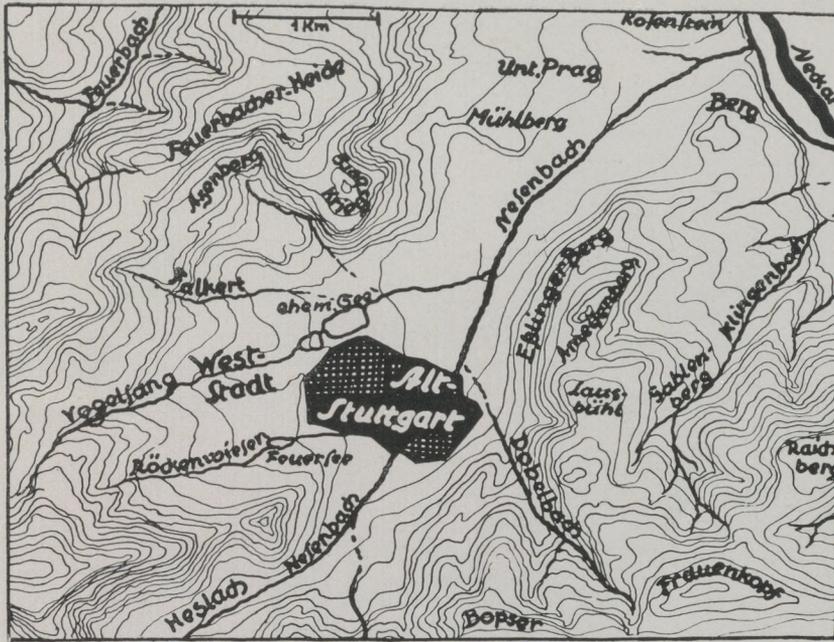


- | | | |
|-------------------|------------------------|---------------|
| 1. Stockwerk | 2. Stockwerk | 3. Stockwerk |
| Decke: Gchilfsand | Decke: Stubensandstein | Decke: Lias |
| Sipsmergel | Bunte Mergel | Knollenmergel |

9. Die Stufen oder Stockwerke des Stuttgarter Talkessels

(heute städtisches Eigentum). Bei den mannigfachen Aufreißungen des Untergrundes nach 1945 bekamen Bräuhäuser und seine Schule recht, denn im Untergrund, wie diese Schule 1932 annahm, steckt eine riesige Menge von Mineralwasser, das vielleicht noch

in der Landhausstraße, der Neckarstraße und Kernerstraße erbohrt werden könnte. Nichts anderes bedeutet der Flurname „Sandäcker“ im Gelände Stöckachschule und Cannstatter Straße (heute vielbahnige Autoschnellstraße), als daß hier grusige und



10. Der Nesenbach und seine Nebenflüsse im Gebiet der heutigen Stadtfläche. Im Westen überbaut bis zur Feuerbacher Heide, im Osten bis zur Geroksrühe, dann folgen Siedlungen wie Frauenkopf u. a. Bebaut sind Esslinger Berg und Ameisenberg bis hinunter nach Gablenberg.

sandige Absätze von Sauerwasser sind, die ein ein- stiges Sprudeln von Quellen voraussetzen.

Auf jeden Fall gehören Stuttgarter Talkessel und Neckartal zusammen bei der Zählung von derzeit 23 Bohrfassungen mit insgesamt 220 l/sec. Schüt- tung, wobei die wilden Austritte in der Talauie nicht berechnet sind. Die Schotterfunde beweisen es, daß im heutigen unteren Nesenbach einmal der Neckar geflossen ist, bevor er mit seiner Eintiefung in den harten Muschelkalk begann, und bevor demnach der mineralische Grundwasserspiegel abgesunken ist. Daß dabei eine leichte tektonische Erhebung des ganzen Geländes rechts vom Neckar zwischen Beinstein und Neckarrems zusammen mit der Hebung des Schur- waldgrabens, in dem der Neckar fließt, mit die Span- nungen vergrößert hat, die den starken Austritt der Quellen ermöglicht, darf ruhig angenommen werden. Bruchfugen entstehen stets durch eine Bewegung des Absinkens und eine Gegenbewegung des Hebens von jungen Krusten oder Schichtpaketen oder Schollen.

Wir schließen mit der Beschreibung des derzeit besten Kenners der Cannstatter Thermen, W. Carlé, in dem bei der benützten Literatur angeführten

Buch. „Es handelt sich um drei verschiedene Mineral- wassertypen:

1. eisenhaltiges Calcium-Natrium-Chlorid-Mineral- wasser (Typ: Gottlieb-Daimler-Quelle im Kur- saal).
2. Natrium-Calcium-Chlorid-Sulfat-Hydrogenkarbo- nat-Säuerlinge (Typ: Wilhelmsbrunnen, Insel- quelle von Leuze).
3. Calcium-Sulfat-Hydrogenkarbonat-Mineralwasser (Typ: Kellerbrunnen, Wilhelmsquelle).

Die Gottlieb-Daimler-Quelle mit einer Konzentration von etwa 13 g/kg ist mittels einer 164 m tiefen Boh- rung im Mittleren Muschelkalk gefaßt; sie repräsen- tiert allein den ersten Typ, der einem tieferen Stock- werk als der zweite Typ angehört. Dem zweiten Typ mit Konzentrationen zwischen 2,8 und 6,5 g/kg und viel freier Kohlensäure (vulkanische Aushau- chungen nach Quenstedt) zwischen 1,0 und 1,9 g/kg sind die meisten Cannstatter Wässer zuzurechnen; sie sind durchweg im Oberen Muschelkalk gefaßt. Auf den Westteil der Cannstatter Altstadt und auf die links des Neckars gelegenen Stadtteile sind die durch Konzentrationen zwischen 1,1 und 2,1 g/kg



11. Die neuerbaute Schwimmhalle im Mineralbad Leuze, Stuttgart-Bad Cannstatt

Aufnahme Weishaupt

ausgezeichneten Wässer des dritten Typs beschränkt. Alle Wässer haben erhöhte Temperatur, aber nur die schüttungsreichsten verdienen mit 21°C die Bezeichnung Thermalwasser.“

Wie schon Manfred Frank in seinem Bäderbuch und andere erforscht haben, muß ein sehr ausgedehntes Einzugsgebiet für die ungeheuren Wassermassen der Cannstatter Mulde angenommen werden. Das allgemeine Schichtenfallen, verstärkt durch die zahlreichen Verbiegungen, begünstigte die unterirdische Sammlung von eingesickertem Regenwasser in die verkarsteten Muschelkalkgebiete des Strohgäus. Das Wasser folgt dann einem Strang, der unter den Solitude-Bergen läuft, dort Salze aus dem Mittleren Muschelkalk (Anhydrit) aufnimmt, sich erwärmt und auf den Brüchen des Stuttgarter Grabens das Neckartal erreicht. Die Kohlensäure kommt aus einem magmatischen Tiefenherd bei der Degerlocher Aufwölbung. Alle Wässer, die nördlich der Degerlocher

Aufwölbung zum Neckar strömen, ermangeln des Salzes und der Kohlensäure, auch ist ihre Temperatur niedriger. Die Kohlensäure ist es dann, die neben der artesischen Spannung in der Cannstatter Mulde den unvergleichlich starken Austritt der Quellen mit verursacht.

Benützte Literatur: *Manfred Bräuhäuser und Manfred Frank*, Erläuterungen zur geologischen Spezialkarte Blatt Stuttgart und Blatt Möhringen, 1932. – *Friedrich Huttenlocher und Otto Pfizenmayer*, Unser schönes Stuttgart, 1936 (daraus entnommen die Bilder 9 und 10). – *O. F. Geyer und M. P. Gwinner*, Einführung in die Geologie von Baden-Württemberg, 1964 (daraus Bilder 7 und 8). – *Georg Wagner*, Einführung in die Erd- und Landschaftsgeschichte, 2. Aufl. 1950 (daraus die Bilder 2, 4, 5, 6). – *W. Carlé*, Aufsätze über die württembergischen Bäder in den neueren Heften der Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte. – *Otto Feucht*, Der Wald um Stuttgart, 1951. – *Berichte über Grabungen und Bohrungen im Stuttgarter Raum* in der „Stuttgarter Zeitung“.

EBERHARDUS III



Herzog Eberhard III. (1614-1674)

Das von dem Dozenten Dr. Martin Brecht in einer Dachkammer des Tübinger Stifts vor kurzem aufgefundene und hier zum erstenmal veröffentlichte ausdrucksvolle Porträt zeigt den Herzog geharnischt und im Schmuck des dänischen Elefantenordens. Eberhard III. zählt nicht zu jenen Fürsten aus dem Hause Württemberg, deren Namen durch kriegerische Taten, durch bedeutenden Landerwerb, grundlegende Neuerungen im Staatswesen oder große künstlerische Schöpfungen lebendig geblieben sind. Ovids „parta tueri“ – Erworbenes zu bewahren – das wurde die aus der Not geborene Regierungsweisheit dieses Landesherrn, dem der Dreißigjährige Krieg zeitweise alles genommen hatte. Als Neunzehnjährigen trieb ihn der Sieg der Kaiserlichen bei Nördlingen 1634, die größte Katastrophe in der Geschichte des Herzogtums, aus dem Lande. Er fand Zuflucht in der Reichsstadt Straßburg und führte dort eine schattenhafte Exilregierung, bis er 1638 wenigstens einen Teil Württembergs vom Kaiser zurückerhielt. Erst 1650 wurde er in alle seine einstigen Rechte und Besitzun-

gen wieder eingesetzt. Sein Land war verwüstet, sein Volk durch die lange Kriegszeit verwildert; in einer Periode allgemeiner Erschöpfung stand eine Aufbauarbeit ohnegleichen vor dem Herzog, seinen Räten und Theologen, seinen Landständen. Das mühselige Werk dieser stillen Friedensjahre vollbrachte Eberhard III., ein Mann des Ausgleichs und der Selbstbescheidung, im engen Bunde mit der württembergischen Landschaft. Denn die beispiellose gemeinsame Not hatte Fürst und Stände gelehrt, „beederseits zuesamenzuehalten“. So wurde in jener Zeit der feste Grund gelegt dafür, daß in Württemberg der absolutistische Obrigkeitsstaat nie völlig durchdringen konnte. Nächst Herzog Christoph hat niemand so viel zu der eigenartigen Ausbildung der altwürttembergischen Verfassung beigetragen wie Eberhard III. Nicht von ungefähr war er, der sorgende Haus- und Landesvater, ein Herr so recht nach dem Herzen des gemeinen Mannes. Noch siebzig Jahre nach seinem Tode pries man ihn als „Fürst und Vatter unter einer Brust“ und als „die ehemalige Sonne dieser Landen“.

W. Gr.

Stuttgart als herzogliche Residenzstadt

Von Walter Grube

Als Eberhard im Bart, „Württembergs geliebter Herr“, im Sommer 1495 vom Wormser Reichstag heimkehrte, wo ihn Kaiser Maximilian zum Herzog erhoben hatte, war Tübingen die erste Stadt, die den gefürsteten Landesherrn feierlich in ihre Mauern einziehen sah. Den Stuttgartern zeigte sich der Herzog im Glanz seiner neuen Würde erst ein Vierteljahr später. Ihm blieb Tübingen, das er als letzter Herr der Uracher Linie so bedeutend vergrößert und 1477 durch die Gründung der Universität entscheidend gefördert hatte, bis in seine späten Lebensjahre der liebste Aufenthaltsort. Und das, obwohl er offiziell im Münsinger Vertrag, der die württembergische Landesteilung (1441–1482) beendete, mit seinem Vetter von der Stuttgarter Linie vereinbart hatte, „an anem bequemen end, als wir yetzo Stuttgarten achten“, miteinander *einen Hof und eine Regierung* zu unterhalten. Das Wörtchen „yetzo“ ließ freilich durchschimmern, daß die beiden Vertragschließenden sich nicht geradezu für alle Zukunft binden wollten, als sie Stuttgart, seit 1442 nur Regierungssitz der jüngeren Linie, zur Haupt- und Residenzstadt des wiedervereinigten Landes machten. Auch erwies es sich als eine den Münsinger Vertrag überdauernde Folge jener Landesteilung, daß Tübingen, nun die inoffizielle Hauptstadt des Landes „ob der Steig“ (oberhalb der Stuttgarter Alten Weinsteige), zweite Residenzstadt Württembergs blieb. Die Herzogszeit begann also mit einem „Residenzendualismus“, und Stuttgart hat, obschon es im 15. Jahrhundert, seiner ersten großen Wachstumsperiode, unter der Regierung Graf Ulrichs des Vielgeliebten an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft alle anderen Städte Altwürttembergs endgültig hinter sich gelassen hatte, bis zum Beginn der Königszeit den Rang als Haupt- und Residenzstadt mit anderen teilen müssen.

Um die Mitte des 13. Jahrhunderts gegründet, war die Stadt Stuttgart seit dem frühen 14. Jahrhundert von den Württemberger Grafen unter den vielen und kleinen Städten ihres Landes sichtbar bevorzugt worden. Damals hatte Graf Eberhard I. die alte Wasserburg erweitert, die Stadt neu befestigt und, wohl um 1316, das Stift Beutelsbach mit der gräflichen Familiengruft hierher verlegt. Aber von „Residenzstadt“ in unserem Sinne konnte in jener Zeit, während

einer noch vornehmlich ambulanten Herrschaftsausübung, nicht eigentlich die Rede sein; die Beweglichkeit der gräflichen Hofhaltung entsprach bis ins 15. Jahrhundert weithin dem Vorbild der „Reiseherrschaft“, wie sie die deutschen Könige und die weltlichen Großen des Reiches im Mittelalter handhabten. Unbeweglicher wurde zunächst nur die seit dem 14. Jahrhundert fester organisierte gräfliche Kanzlei mit ihrer wachsenden Registratur. Sie saß in Stuttgart, und in Stuttgart war auch das „Gewölbe“, das zu Anfang des 15. Jahrhunderts von der Registratur geschiedene gräfliche Archiv. Als ständiger Sitz der Zentralbehörden wurde Stuttgart also „Hauptstadt“, bevor es als ständiger Aufenthalt des Landesherrn „Residenz“ wurde. Der Ausbau der territorialen Zentralverwaltung war es, der Stuttgart im letzten Jahrhundert der Grafenzeit zur wichtigsten Stadt des Landes gemacht hat.

Stuttgart hatte, als es 1495 Herzogsstadt wurde, etwa 6–7000 Einwohner, deren Erwerbsgrundlage vor allem der Weinbau und der Weinhandel war. Von den vorzüglichen Weinlagen an den Talhängen angezogen, hatten früh auch schon auswärtige Klöster ihre Keltern und Wirtschaftshöfe in Stuttgart erbaut. Die Inhaber der herrschaftlichen und der kommunalen Ämter in der Stadt gehörten ausschließlich der vermöglichen bürgerlichen Oberschicht an, der „Ehrbarkeit“. Außer diesem reichen Bürgertum und einer breiten Mittelschicht hatte Stuttgart, und das unterschied es von den übrigen Städten Altwürttembergs, bereits im Mittelalter ein Proletariat. Im Stadtrecht von 1492 heißt es, daß sich „viel unredlichen leichtfertigen volks aus allen landen“ hierher gezogen habe; die Stuttgarter Bettelordnung von 1501 stellt fest, „daß allhie mehr bettler sind dann sunsten in ainicher andern stadt geringsumb“. Mit Altstadt, Esslinger Vorstadt und Oberer Vorstadt besaß die bürgerliche Siedlung im wesentlichen schon den Umfang, der ihr dann bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts blieb. Ebenso haben die drei mittelalterlichen Hauptkirchen – Stiftskirche, Leonhardskirche und Dominikaner- (seit 1536 Hospital-) Kirche – die ganze Herzogszeit für die wachsende Bevölkerung ausgereicht.

Als bedeutendste Stadt Altwürttembergs gewann

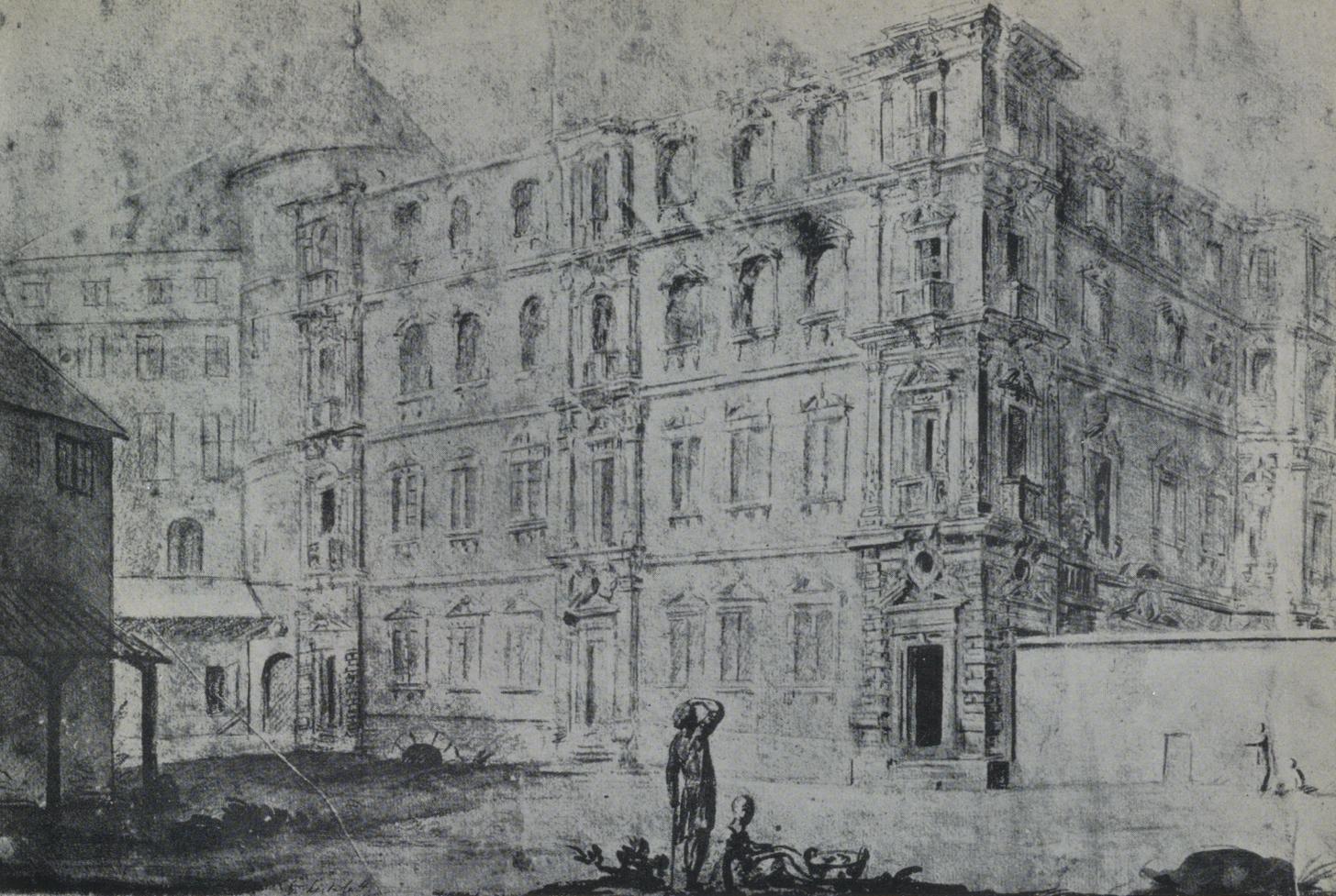
Stuttgart alsbald eine führende Stellung innerhalb der „Landschaft“, jener Korporation der Städte und Ämter, die nach der Mitte des 15. Jahrhunderts rasch zu politischer Macht gegenüber der „Herrschaft“ gelangte. Auch in der landständischen Rangordnung folgte Tübingen unmittelbar auf Stuttgart; diese beiden Städte haben als „Hauptstädte“ bis in die Zeit Herzog Christophs (1550–1568) die Haltung der Landschaft maßgebend beeinflußt. Stuttgart führte außerdem, das gab ihm eine stärkere Stellung als Tübingen, durch seine städtische Kanzlei lange Zeit den Schriftverkehr der Landschaft; diese hatte für ihre Kasse und ihre Papiere im Rathaus ein Zimmer gemietet, das sie mit dem Bürgermeisteramt teilen mußte.

Der Rang als Vorort der württembergischen Landschaft ist Stuttgart nie bestritten worden. Wohl aber hat es nicht an Versuchen gefehlt, ihm den Rang als Regierungssitz und erste herzogliche Residenz zu nehmen. Herzog Eberhard II., der unruhige und unfähige Nachfolger Eberhards im Bart, wollte sogleich nach der Herrschaftsübernahme 1496 die Regierung von Stuttgart wegverlegen. Er dachte an Urach, Tübingen oder Nürtingen als Regierungssitz. Dagegen protestierten seine Räte entschieden. Ihre Einwände lassen erkennen, welche Eigenschaften man zu jener Zeit von einer herzoglichen Hauptstadt erwartete: Stuttgart sei die vornehmste Stadt im Lande, die reichste auch „an Leuten, Gut und Vernunft“. Hier sei die vornehmste Pfarrkirche und Familiengruft, hier die beste Gelegenheit zur Beherbergung fürstlicher Gäste. Seiner geographischen Lage wegen sei Stuttgart, anders als Nürtingen oder Urach, von allen Ämtern aus mit den geringsten Kosten zu erreichen. Nürtingen und Urach seien ohnehin „disem großen wesen nit gemäß“, in Tübingen aber sei das hochgelegene Schloß mit dem „Fürstenstuhl“ schwer zu beliefern. Belasse man bei einer Regierungsverlegung das fürstliche Archiv in Stuttgart, so müsse man Briefe und Register mit Kosten und Gefahr dauernd hin und her schicken; wolle man auch das Archiv verlegen, so müsse man dafür in Urach oder Nürtingen zuerst Gewölbe bauen. Die Räte erinnerten an die Treue der Einwohnerschaft von Stuttgart, wo des Herzogs Vorfahren ihren fürstenmäßigen Sitz gehabt hätten. Der Herzog habe mehr Vermögen als je zuvor ein Herr von Württemberg. Jeder Mann werde nur so hoch geachtet, wie er selbst sich halte, denn „groß vögel wellent och große nest haben, damit sie vor andern gehalten und brachtlich gesehen werden“.

Herzog Eberhard II. hat danach in seiner Sprunghaf-

tigkeit die Verlegung der Regierung nicht weiter verfolgt. Zwei Jahre später brachte seine Absetzung durch den Stuttgarter Landtag von 1498 die landständischen Kräfte ganz stark ins Spiel. Die alleinige Regierungsgewalt kam für fünf Jahre in die Hand eines landständischen Zwölferausschusses, dem vier Städtevertreter angehörten, zwei von Stuttgart und zwei von Tübingen. Diese vier Angehörigen der hauptstädtischen Ehrbarkeit waren es, die die eigentlichen Ratsgeschäfte bei der Kanzlei besorgten und tatsächlich das Land verwalteten. Nach der Regierungsübernahme Herzog Ulrichs 1503 trat die landschaftliche Führungsaufgabe der beiden Hauptstädte fürs erste in den Hintergrund. Dafür wurde nun Stuttgart Schauplatz einer bisher unerhörten Entfaltung höfischen Prunks, die in der berühmten Hochzeit Ulrichs mit Sabine von Bayern 1511 ihren Höhepunkt erreichte. Dieser Fürst legte es nur zu sehr darauf an, in seiner Residenz „vor andern gehalten und brachtlich gesehen“ zu werden. Die übermäßige Anspannung der Staatsfinanzen und eine ungeschickte Steuerpolitik führten bald zur Krise. Aus dem Bauernaufstand des „Armen Konrad“ 1514, der ersten Revolution in Württemberg, ging die Landschaft und gingen vor allem die beiden Hauptstädte gestärkt hervor; ihre Magistrate erhielten 1515 das ausschließliche Privileg, die Einberufung eines Landtags zu beantragen.

Herzog Ulrichs Vertreibung durch den Schwäbischen Bund 1519, seit der poetisch verklärenden Darstellung in Hauffs „Lichtenstein“ eine der bekanntesten württembergischen Historien, nahm der Stadt Stuttgart die herzogliche Hofhaltung. Während der nun folgenden österreichischen Herrschaft war Stuttgart fast fünfzehn Jahre lang nicht mehr Residenz. Aber die Habsburger sicherten in der „Kaiserlichen Deklaration“, dem Landtagsabschied von 1520, der Landschaft zu, daß Württemberg auch künftig durch eine eigene Regierung in Stuttgart verwaltet werden solle. Damit war die Stadt durch Landesgrundgesetz erstmals als *ständiger* Sitz der Regierung festgelegt; der Münsinger Vertrag von 1482 hatte das noch nicht mit solcher Bestimmtheit ausgesprochen. Zwar war diese Stuttgarter Regierung nur eine habsburgische Provinzialregierung mit eingeschränkten Befugnissen, allein Stuttgart blieb doch Landeshauptstadt. Zugleich festigte die österreichische Zeit die landespolitische Stellung der hauptstädtischen Ehrbarkeit noch in anderer Weise. Die Landschaft gewann außerordentliche Bedeutung, sie nahm das herrschaftliche Finanzwesen in ihre Verwaltung und wurde durch die 1521 gebildeten Ausschüsse praktisch zum Mitregenten.



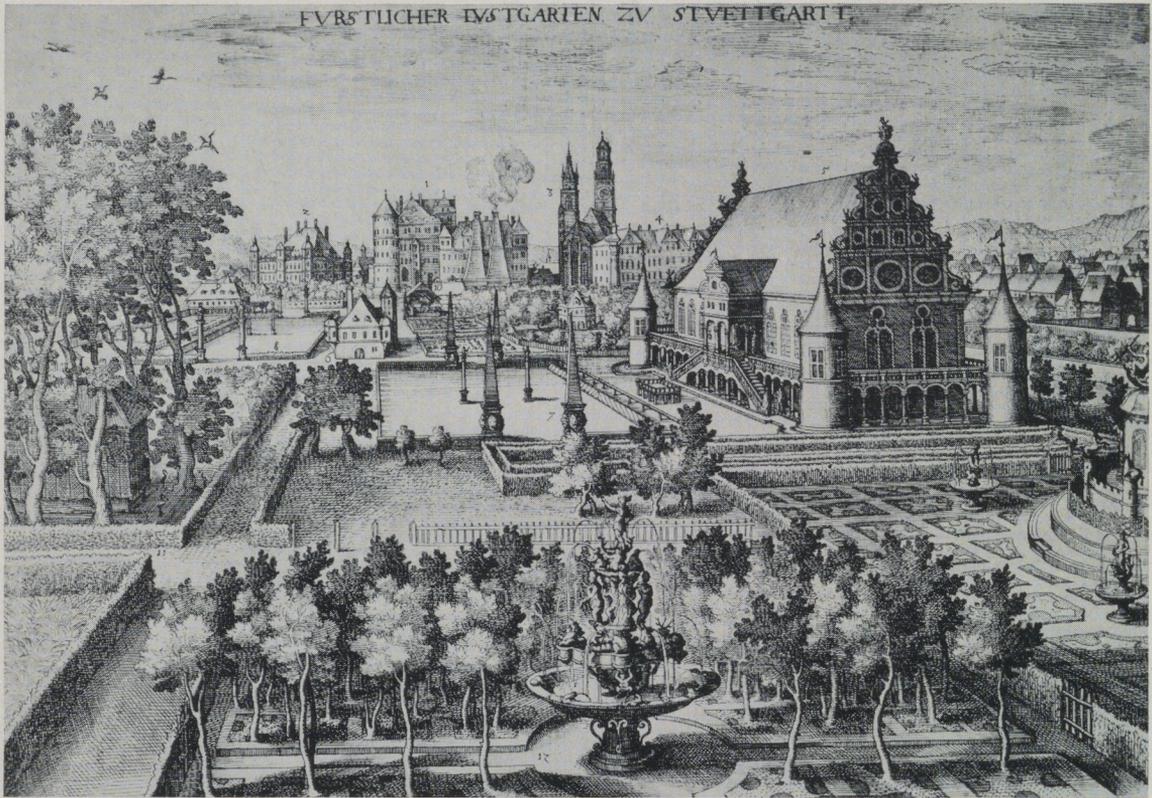
Heinrich Schickhardts Neuer Bau als ausgebrannte Ruine. Zeichnung von Viktor Heidehoff, um 1795

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

Neben dem österreichischen Statthalter und seinen adeligen Regimentsräten hatten jetzt die führenden Persönlichkeiten der Stuttgarter und Tübinger Magistrate das Heft in der Hand. Männer wie Sebastian Welling und Burkhard Fürderer aus Stuttgart machten für das Land auch „große Politik“; man findet sie in diplomatischer Mission in den Niederlanden, in Worms, Ulm und Augsburg. Innenpolitisch ist die Stellung der beiden Hauptstädte nie so stark gewesen wie damals, als ihnen die Eigenschaft einer fürstlichen Residenz fehlte.

An politischem Eigengewicht und Selbstbewußtsein büßten Stuttgart und Tübingen nach Herzog Ulrichs Rückkehr 1534 viel ein, und sie gewannen das einstige Maß an Autonomie auch im staatlichen Wiederaufbau Herzog Christophs (1550–1568) nicht wieder. Gewiß behielten die beiden Städte eine führende Position in der Landschaft. Es blieb selbstverständlich, daß beim Regierungswechsel Stuttgart und Tübingen

zuerst und dem Herzog persönlich huldigten; erst danach und meist nur vor herzoglichen Kommissaren huldigten die übrigen Städte. Indessen drängte die institutionelle Festigung eben der Landschaft den unmittelbaren Einfluß der hauptstädtischen Magistrate auf die Landespolitik allmählich zurück. Die Landschaft hatte nun in Stuttgart eine eigene Kanzlei, eine eigene Bürokratie und (seit 1564) ein eigenes Haus; sie war nicht mehr zur Miete im Stuttgarter Rathaus. Vor allem stand der Landschaft jetzt eine stabilisierte, auch durch Summepiskopat und evangelisches Kirchengut gestärkte Landesherrschaft gegenüber. Von der Kräfteverschiebung innerhalb des württembergischen Territorialstaates wurden die Hauptstädte stärker getroffen und sichtbarer umgeformt als die übrigen Städte. Durch die repräsentativen Bauten, mit denen das Renaissancefürstentum seine Residenzen zu schmücken begann, erhielten Stuttgart wie Tübingen ein betont herrschaftliches und höfisches Gepräge.



Der Lustgarten. Kupferstich von Mathäus Merian 1616. Im Mittelgrund rechts Georg Beers Neues Lusthaus, dahinter von rechts nach links Alte Kanzlei, Stiftskirche, Altes Schloß und Neuer Bau Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

Obwohl die Fürstengruft in der Tübinger Stiftskirche, 1537 von Herzog Ulrich erbaut, noch bis um 1600 herzogliche Grablege blieb, gewann im ganzen Stuttgart von dem neuen Zeitalter ungleich mehr. Indem Herzog Christoph 1551 die Kaiserliche Deklaration von 1520 bestätigte, erneuerte er als erster der angestammten Fürsten die Zusage, daß Stuttgart *beständiger* Sitz der Regierung sein solle. Die nun einsetzende Vermehrung und Vergrößerung der Zentralbehörden bildete den hauptstädtischen Charakter Stuttgarts entschiedener aus. Die Stadt erlebte von etwa 1560 bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges eine zweite Periode des Wachstums und der künstlerischen Blüte.

Nachdem in den Wirren der Ulrichszeit baulich für Stuttgart nicht eben viel geschehen war, hat Herzog Christoph seines „Fürstentums Hauptstadt und Hoflager“ (1554) fast über seine finanziellen Kräfte gefördert. Er erweiterte das Alte Schloß um drei Flügel mit den berühmten Arkadengängen, er vollendete

die von Ulrich 1543 begonnene Alte Kanzlei als Dienstsitz der Zentralbehörden und er fing an, mit dem sogenannten Alten Lusthaus den Schloßbezirk talabwärts zu erweitern; unter seiner Regierung wurde auch der äußere Mauerring um die Vorstädte endgültig geschlossen. Herzog Christophs Sohn und Nachfolger Ludwig (1568–1593) ließ durch Georg Beer den großartigsten Renaissancebau des herzoglichen Stuttgart errichten, das Neue Lusthaus in dem sich nun weit dehnenden Lustgarten. Unter Herzog Friedrich I. (1593–1608), dem ersten württembergischen Landesherrn im Sinne des aufkommenden Frühabsolutismus, baute Heinrich Schickhardt zwischen Altem Schloß und Altstadt den „Neuen Bau“, eine fürstliche Rüstkammer von ungewöhnlicher Pracht. Im gleichen Zeitraum errichtete die Landschaft neben ihrem bisherigen ein zweites Landschaftshaus; der Stiftsfruchtkasten erhielt durch Schickhardt seine hochgiebelige Fassade, der Prinzenbau wurde begonnen, auch das spätgotische Rathaus am Marktplatz grundlegend um-



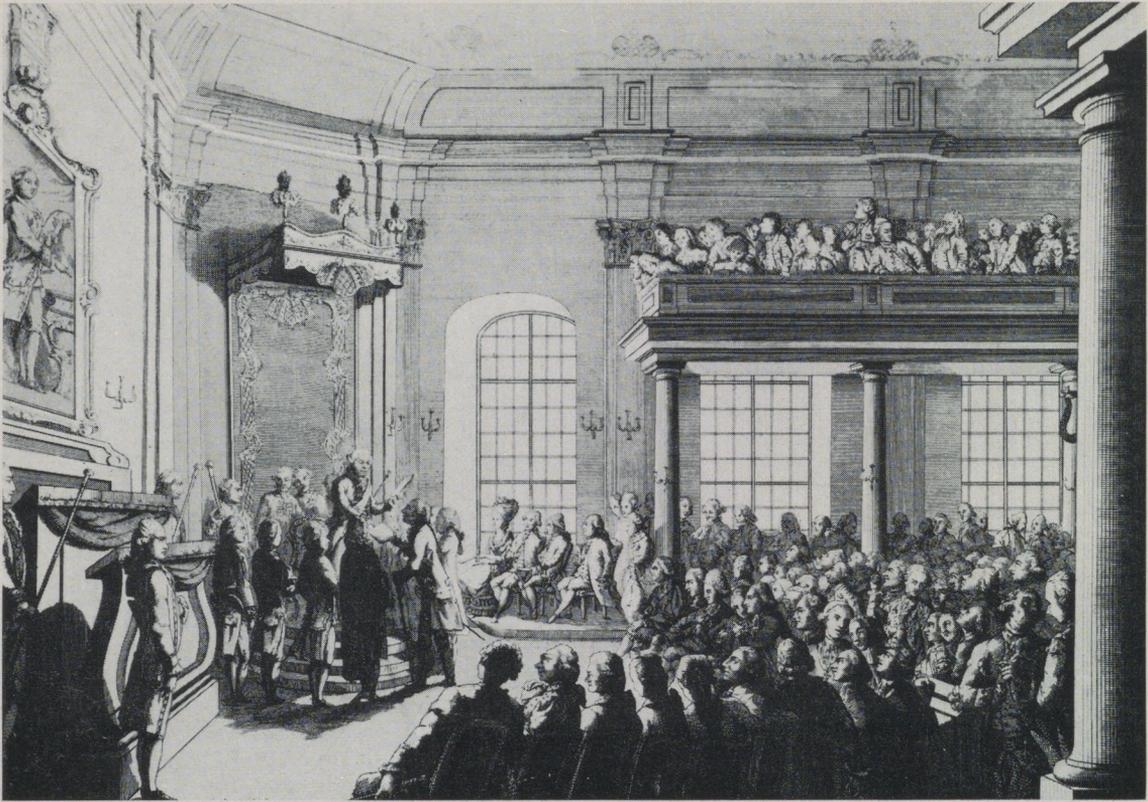
Rathaus und Marktplatz. Stich von Carl Gauger 1815

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

gestaltet. Daneben entfaltete sich, sehr viel bescheidener allerdings, die Baukultur der bürgerlichen Honoratiorenschicht und fügte dem Renaissancebild der Residenzstadt weitere charakteristische Züge ein. Auch für die geistige Bildung der Jugend geschah seit dieser Zeit viel; aus der Lateinschule wurde um 1560 ein sechsklassiges Pädagogium, die Keimzelle des späteren Gymnasium illustre, und zur Verbesserung des Schreibunterrichts entstand eine besondere „Modistenschule“, damit der Herzog sich „der Sudler bei der Kanzlei“ nicht mehr zu schämen brauche.

Den Glanz der kurpfälzischen Residenzstadt Heidel-

berg freilich hat Stuttgart nicht erreicht. Dazu fehlte der „Metropolis et residentia ducatus Wirtembergensis“, wie die immer noch kleine Stadt im Latein des titelfreudigen Barock hieß, nicht zuletzt die Universität. Jene Doppelfunktion, die Heidelbergs historische Bedeutung ausmacht – Hauptstadt und Universität –, blieb in Altwürttemberg zwischen Stuttgart und Tübingen geteilt; daß sie geteilt war, ging letzten Endes auf die – insoweit noch heute nachwirkende – Landesteilung von 1441–82 zurück. Man hat mehrfach daran gedacht, dies zu korrigieren. Der Philosoph Leibniz hat bekanntlich 1682 dem Herzog-

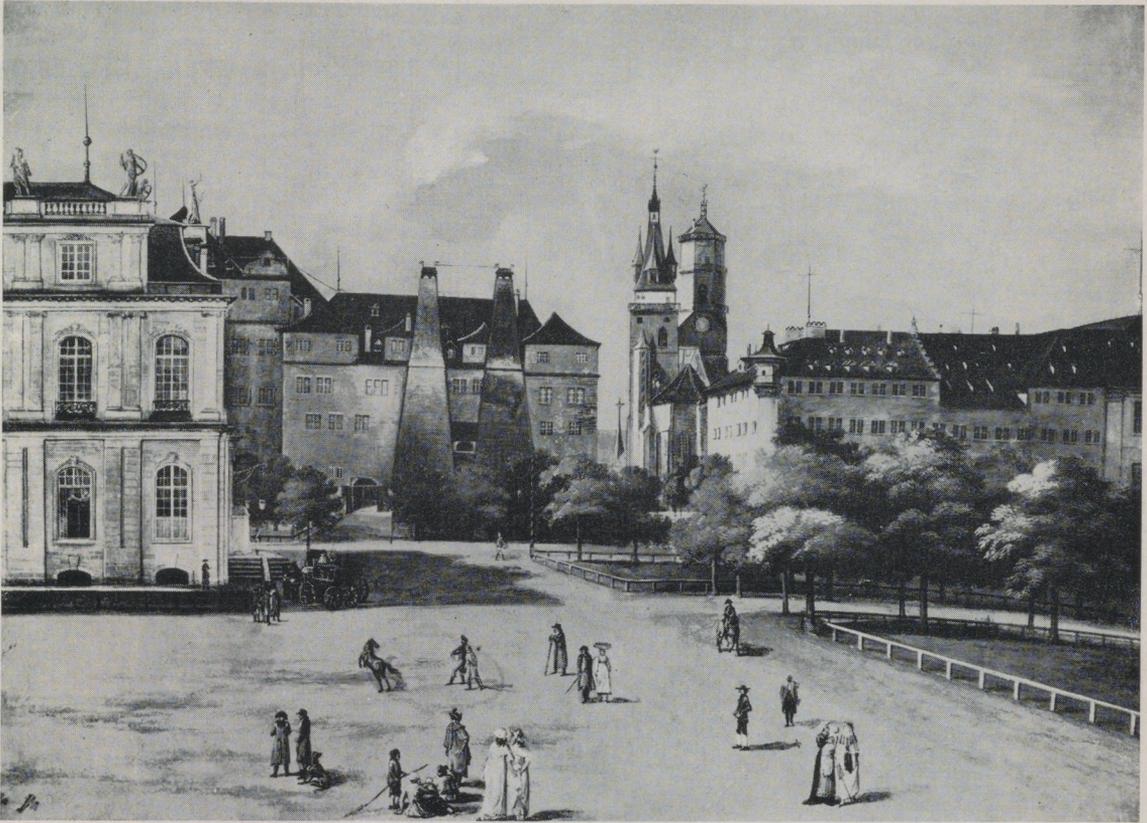


Feier in der Militäarakademie anlässlich ihrer Erhebung zur Hochschule. Zeichnung von Viktor Heideloff, 1782
Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

administrator Friedrich Karl vorgeschlagen, die Residenz von Stuttgart nach dem verkehrsgünstigeren Cannstatt zu verlegen und dorthin auch die Tübinger Universität zu ziehen. Der historischen Phantasie bleibt es überlassen sich auszumalen, welche Metropolis Wirtembergensis beiderseits des Cannstatter Neckars nach Leibniz' weitschauender „Proposition“ etwa der verschwenderische Bauwille Herzog Eberhard Ludwigs hätte schaffen können.

Die Neugründung einer Residenzstadt und die Verlegung der Regierung, eine typische Erscheinung des absolutistischen Zeitalters, erlebte auch Altwürttemberg. Eberhard Ludwig, der erste Barockfürst auf dem württembergischen Thron, schuf seit 1708 im Anschluß an den 1699 begonnenen Bau eines neuen Schlosses die Stadt Ludwigsburg. Sie wurde 1718 zur „Residenz und dritten Hauptstadt“, 1724 zur „alleinigen und beständigen Residenz“ erhoben; von 1727 an mußten in dem sogenannten „Kanzleizug“ fast

alle Regierungsbehörden von Stuttgart dorthin übersiedeln. Was das für die bisherige Haupt- und Residenzstadt Stuttgart bedeutete, liegt auf der Hand. Man erwog bei Hof, die schwer getroffene Stadt dadurch zu entschädigen, daß man die Tübinger Universität hierher verlegte. Allein daraus wurde nichts. Nur die politische Einflußlosigkeit der beiden alten Hauptstädte und der Landschaft in diesen Jahrzehnten hat es dem Herzog überhaupt ermöglicht, das moderne, ganz vom Hof, vom Beamtentum und vom Militär geprägte Ludwigsburg mit seinem für das kleine Land überdimensionierten Schloß aus dem Boden zu stampfen. Der Ludwigsburger Glanz hat sich freilich rasch verflüchtigt, rascher als der der verwandten Gründungen Mannheim und Karlsruhe. Obwohl Eberhard Ludwig in seinem Testament von 1732 alle Regierungsnachfolger verpflichtet hatte, Ludwigsburg ständig als Residenz und Sitz der Zentralverwaltung beizubehalten, verlegte Herzog Karl Alex-



Der Schloßplatz am Ende der Herzogszeit. Gouache um 1790

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

ander 1733–34 Hof und Regierungsbehörden nach Stuttgart zurück. Nach dem fünfzehnjährigen Ludwigsburger Intermezzo war Stuttgart somit wieder „Erste herzogliche Residenz und Hauptstadt“. Herzog Karl Eugen versicherte nach seinem Regierungsantritt 1744, daß Stuttgart der beständige Sitz von Hof und Kanzlei sein und bleiben werde. Bald darauf begann er hier, zwischen Altem Schloß und Lusthaus, den Prachtbau des Neuen Schlosses. Ludwigsburg mußte sich mit dem Rang als „Zweite herzogliche Residenz und dritte Hauptstadt“ begnügen, während Tübingen der Titel „Zweite Haupt- und Residenz- auch Universitätsstadt“ blieb.

Unter diesen drei Hauptstädten der späteren Herzogszeit hat der bekannte Verfassungskonflikt Herzog Karl Eugens mit seinen neu erstarkten Landständen Ludwigsburg dann für ein gutes Jahrzehnt noch einmal an die erste Stelle gehoben. Der Widerstand der Landschaft gegen den herzoglichen Absolutismus

wurde jetzt hauptsächlich wieder von den alten Hauptstädten Stuttgart und Tübingen getragen. Die Stuttgarter, für die mehr auf dem Spiel stand als für die Tübinger, suchte der Herzog zunächst durch den drohenden Vorhalt einzuschüchtern, die Residenzstadt habe dem Land „ihre Untertänigkeit zuerst zu zeigen“. Als das fehlschlug, verlegte Karl Eugen die Residenz 1764 abermals nach Ludwigsburg – diesmal allerdings nur den Hof, nicht auch die Regierungsbehörden. In Ludwigsburg war der Herzog mit dem Hofstaat und einigen Kabinettsräten, in Stuttgart blieb der ganze, seit etwa 1700 immer umfangreicher gewordene Apparat der zentralen Landesverwaltung. Aber nachdem Karl Eugen den großen Verfassungskampf verloren hatte, mußte er im Erbvergleich von 1770 wiederum bestätigen, daß die „erste Residenzstadt Stuttgart der beständige Sitz von Hof und Kanzlei sein und bleiben“ solle. Es war im Grunde also die erneuerte Lebenskraft der württem-



Die landständischen Gebäude in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Aquarell von Caspar Obach um 1860
 Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

bergischen Landstände, die die Stadt Stuttgart vor dem Schicksal der zugunsten von Karlsruhe erloschenen badischen Residenz Durlach bewahrte. 1775 wurde der Hof offiziell nach Stuttgart zurückverlegt, und hier ist er bis zum Ende der Monarchie 1918 geblieben.

Obwohl Herzog Karl Eugen in seiner Spätzeit Schloß

Hohenheim als ständigen Sitz bevorzugte, schuf er jetzt in der Landeshauptstadt etwas, was ihren Namen in ganz Deutschland und darüber hinaus bekannt machte: die „Akademie“. Durch die von der Waldresidenz Solitude hierher verlegte Hohe Karlsschule wurde Stuttgart wenigstens für kurze Zeit zugleich Universitätsstadt. Aus dem Buch von Robert Umland

wissen wir, wie sehr damals Stuttgart geistiger Mittelpunkt des Landes, die führende Stadt Württembergs in moderner Wissenschaft, Kunst und Bildung gewesen ist. Das gesellige Leben entfaltete sich reich, wobei auswärtigen Besuchern auffiel, daß hier „größere Freiheit zu reden“ herrschte als in anderen Residenzstädten.

Wie in den meisten Territorien, so wurde auch in Altwürttemberg die Hauptstadt in ihrer Entwicklung durch die Residenzfunktion teils gefördert, teils gehemmt. Der Altwürttemberger, in dessen Wesen die lebendige landständische Tradition einen anti-höfischen Zug ausgebildet hatte, empfand die Hemmung zuweilen stärker als die Förderung. Die Nähe des Fürsten hatte natürlich vor allem zur Folge, daß sich die Hauptstadt in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten viel mehr eingeschränkt sah als die Masse der altwürttembergischen Städte. Schon der ausgedehnte, durch steinerne Tafeln abgegrenzte Burgfriedensbezirk um das Alte Schloß und den Lustgarten beeinträchtigte mit seiner besonderen Gerichtsbarkeit die städtische Selbständigkeit; bewaffnete Übergriffe der Hofleute gegen Stuttgarter Bürger, wie sie schon der Tübinger Nebenabschied von 1514 erwähnt, kamen gerade hier immer wieder vor. In die Besetzung von Gericht und Rat, die Annahme von Neubürgern, die Wasserversorgung, die Straßenbeleuchtung, die Straßenreinigung und alles, was sonst seit dem 18. Jahrhundert unter dem Begriff „Polizei“ verstanden wurde, griff die Herrschaft ständig ein. Denn die Residenzstadt hatte immer Vorbild zu sein, sie war die Visitenkarte des fürstlichen Hauses. Wer sich hier, gewissermaßen unter den Augen des Landesherrn, verging, der bekam die herzogliche Ungnade verschärft zu spüren; als z. B. 1694 ein Husarrittmeister ein Stuttgarter Mädchen entführte, wurde er besonders schwer bestraft, „weil Serinissimi hoher Respekt durch die in der Fürstlichen Residenz verübte hochsträfliche Violence gar merklich und empfindlich touchiert worden“.

Für das Stuttgarter Wirtschaftsleben spielten Herzogshof und Regierung eine gewichtige Rolle. Nicht nur in positiver Weise wirkte sich die Beanspruchung des Wohnungsmarkts aus. Das Mieterproblem war schon im frühen 16. Jahrhundert brennend; daß die Verpflichtung der Stuttgarter Hausbesitzer, an das Hof- und Kanzleipersonal Wohnungen zu vermieten, 1552 aufgehoben wurde, empfand man als Erleichterung. Im 18. Jahrhundert beschwerten sich die Stuttgarter über die durch Hof- und Regierungsbeamte verursachte Wohnungsnot und Mietsteigerung.

Zudem waren die Hof- und Kanzleiverwandten oft säumig in der Bezahlung der städtischen Steuern. Quartierlasten und Fronen waren in der Residenz gewöhnlich höher als in anderen Städten. Auch der wirtschaftliche Alltag erforderte manche Konzession an das höfische Leben: wenn etwa die gnädigste Herrschaft winters eine Schlittenpartie veranstaltete, mußte der Stuttgarter Wochenmarkt vorzeitig geräumt werden.

Von weit größerer Bedeutung als diese und andere oft beklagte Einschränkungen bürgerlichen Handels und Wandels war jedoch die Förderung, die die Stadtbewohner durch die Anwesenheit von Hof und Regierung erfuhren. Die Wohlfahrt des Handwerks, so wie es sich hier entwickelt hatte, war in der späteren Herzogszeit durchaus abhängig vom Hof und von den vornehmen Fremden, die er anzog. Im 18. Jahrhundert wurden die Militärlieferungen für das Wirtschaftsleben wesentlich. Die Hofökonomie speiste schon um 1600 täglich fünfhundert Personen, fast 6% der damaligen Einwohnerschaft. Der Residenzbewohner war Nutznießer auch der landesfürstlichen Maßnahmen zur Förderung des Verkehrs; Postkurse und Chausseenbau machten Stuttgart zu einem Knotenpunkt des Fernverkehrs, und für den komfortablen Stadtverkehr sorgte der Portechaisendienst des Oberhofmarschallamts. Gewisse Erleichterungen genossen die Stuttgarter Bürger zeitweise auch in bezug auf den Heeresdienst. Was alle diese Vorteile bedeuteten und was überhaupt ihre Stadt dem Fürstenhause verdankte, das war den Stuttgartern durchaus bewußt. Sie neigten dazu, über ihren Herzog zu rasonnieren, und doch setzten sie stets alles daran, das Hoflager in ihrer Mitte zu haben. Eifersüchtig wachten sie über ihrer Prerogative als erste Residenz gegenüber Tübingen und Ludwigsburg, den konkurrierenden Hauptstädten der frühen und der späten Herzogszeit.

Als am Anfang des 19. Jahrhunderts die alte Herzogsstadt zur einzigen Haupt- und Residenzstadt des jungen Königreichs Württemberg wurde, hatte sie etwa 20 000 Einwohner; damals begann mit dem allmählichen Aufstieg zur Großstadt ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte. Was aus dem herzoglichen Stuttgart an bemerkenswerten Bürgerbauten sich bis in unser Jahrhundert erhalten hatte, ist im zweiten Weltkrieg zum größten Teil untergegangen. Was der Kunstsinn der Herzöge geschaffen hat, zeugt in einzelnen, aus Trümmern wiedererstandenen Bauwerken noch inmitten des tosenden Verkehrs unserer Tage von der schlichten Würde der einstigen „Metropolis et residentia ducatus“.

Die Hauptstadt von Baden-Württemberg

Zur Entstehungsgeschichte des Südweststaates

Von Ernst Müller

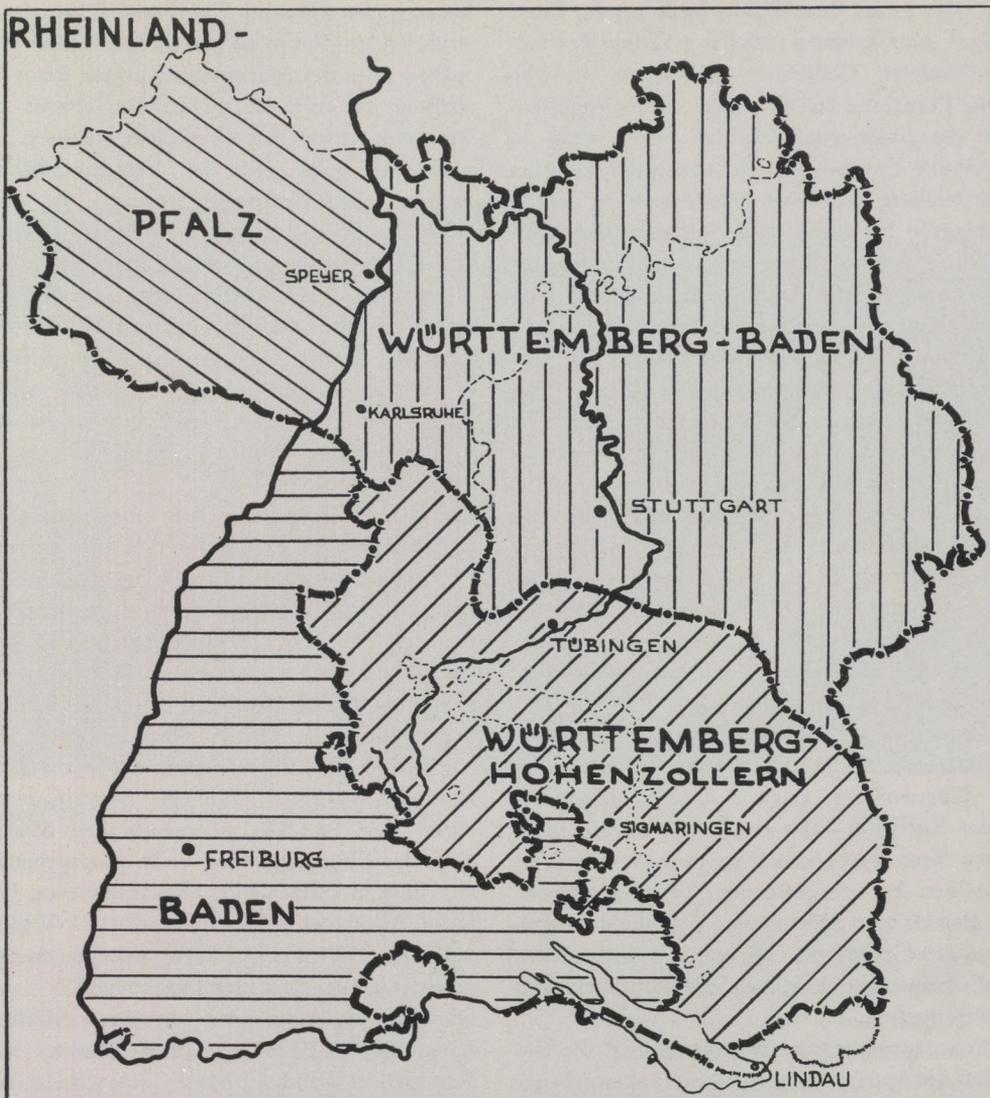
Ein hundredtundsechzig und mehr Jahre muß der zurückgreifen, der die stolze Erhöhung der einstigen Herzogstadt Stuttgart zur Residenz eines Königreiches sich vor Augen stellen will. Das Königreich umfaßte 19 513,6 qkm und bildete in Deutschland (seit 1870) den 28. Teil als drittgrößter Staat unter den Bundesländern des wilhelminischen Reiches. Indessen, im Jahre 1952 wurde Stuttgart der Sitz eines großen neuen Landes der Bundesrepublik Deutschland. Als Hauptstadt des Südweststaates, der bei seiner Gründung den Namen Baden-Württemberg bekam (der ehemalige Gesamtdeutsche Minister Lemmer fragte den Schreiber einmal bei einem Berlin-Besuch: „Wie muß man das eigentlich aussprechen?“ und ich rief ihm entschlossen zu: „Nach dem Alphabet, Herr Minister!“), beherbergt sie den Landtag, das Staatsministerium und in amerikanischen Hochhäusern heute die klassischen Ministerien eines Landes, das 34 594,6 qkm groß ist, also etwas weniger als die Hälfte des benachbarten Volks- und Freistaates Bayern.

Man kann darüber streiten, ob politische Dinge zufällig oder zwangsläufig verlaufen, denn Zufall und Notwendigkeit sind menschliche Betrachtungsweisen, die von Perspektiven abhängig sind, aber feststeht das natürliche Wachstum der Stadt, das eben nur zu einem geringen Teil politisch bedingt ist oder durch eine Behördenvermehrung bewirkt wurde. Wir denken dabei an die etwa siebzig Industriefirmen und Handelshäuser mit über 600 Beschäftigten, an Banken und Börsen, modernsten Flughafen und Schifffahrtshafen und an die riesenhafte Demokratisierung einer Siedlung, die nach 1918 den Hof und die Residenz verloren hatte. Die Zahl der Einwohner betrug zu Beginn des Königreiches (1806) 21 405, im Jahre der Erhebung zur Hauptstadt von Baden-Württemberg 550 000, und erreicht heute fast die 700 000-Grenze.

Aber bei weitem nicht so überragend wie München im Kreis der bayerischen, schwäbischen und fränkischen Städte hält die Südwest-Staat-Metropole die Spitze unter den Industrieballungen im Südwest-Raum, wenn wir heute an Karlsruhe und Mannheim, an Ulm und Heilbronn, an Ravensburg und Friedrichs-

hafen und an das mittlere Neckartal zwischen Esslingen und Göppingen denken. Obwohl ihr Kern eingebettet ist in steilwandige Keupertäler, obwohl die Umgebung aller Rohstoffe mangelt (nur die stärksten Mineralthermen und Bäder Europas fließen in ihrem Bereich) ist sie in der Epoche der Eisenbahnen (19. Jahrhundert) und in der Epoche der Autobahnen (im gegenwärtigen Jahrhundert) zum Zentralort der ersten und zweiten industriellen Revolution, des Verkehrs und des Umschlags von Export emporgewachsen. Im Unterschied zu München aber gelang es weder den Fürsten noch den demokratischen Herren, wenngleich schon der Philosoph Leibniz dem regierenden Herzog einstmals den Vorschlag machte, die Universität Tübingen nach Cannstatt zu verlegen, ihre Residenz auch zum Mittelpunkt einer Stadt der Hohen Schulen aufzuheben. Das Experiment mit der Militär-Akademie im 18. Jahrhundert ist nach kurzem Bestand des Instituts schmählich mißlungen. So ist Stuttgart mehr Behörden-, Industrie- und Handelsstadt als Mittelpunkt des Geistes geblieben.

Zwischen der jungen badischen Residenz Karlsruhe (gegründet 1714) und Stuttgart (gegründet um 1240) fand im 19. Jahrhundert aber ein Wettbewerb in der Errichtung von Technischen Hochschulen statt, Staatstheatern, Staatsgalerien, Akademien, Landesmuseen und Kunstgewerbeschulen, wobei zunächst Karlsruhe, wenigstens was die Gemäldegalerie und die Staatsoper betrifft, die ältere Siedlung überholte und heute ihr die Zukunft des Atoms abgewann. Aber endgültig ist dieser Vorsprung 1918 gestoppt worden, als Karlsruhe ins Grenzland versetzt wurde, wenige Kilometer von der feindlichen Grenze entfernt. In den Jahren der Weimarer Demokratie wurde die württembergische Hauptstadt in der Planung des Südwest-Raumes zum Auffang-Hintergrund von Baden bestimmt, indem sie zum Verkehrs- und Industriemittelpunkt künstlich und fast zu rasch ausgeweitet wurde. Die höfischen Gebäude wurden zu Museen- und Behörden-Gebrauch auch im Inneren verwendet, riesige Eingemeindungen, die weit über das enge Ausgangstal des Nesenbachs in die offenen Gäue und das Neckartal hinausbrandeten, ermöglichten nicht nur den industriellen Ausbau, sondern auch den der Arbeiter-



und Bürgersiedlungen. Damals ist die Königliche Hauptstraße zur Geschäftsstraße, wie man sie heute noch sieht, aber nur im amerikanischen Tempo vergrößert, umgewandelt worden. Karlsruhe dagegen verkümmerte durch einen nichtfunktionierenden und zerbrochenen Grenzlandverkehr und wurde bald die Stadt der Rentner und Beamten aus besseren Zeiten.

I

Gewiß, Hauptstadt wird man nie durch demokratische Wahl, sondern durch Beschluß und Dekret von Mächten, die Gewalt haben über das Volk. So ge-

schah's vor 700 und mehr Jahren, als ein Graf beschloß, seine dürftige Wasserburg am Bach, eine Kirche und ein paar Straßen und Kelterhöfe zu ummauern, um sich im sumpfig düsteren Gelände vor streifenden Feinden zu verbergen.

So geschah's, als am 21. April 1945 die Franzosen den Wettlauf vom Rhein, den sie bei Speyer auf amerikanischen Pontons überschritten hatten, nach Stuttgart gewannen und wider den Befehl des Oberkommandierenden der Alliierten, des General Eisenhower, die der 100. USA-Division zum Besetzen zugedachte Stadt (die Division war in Heilbronn von letzten deutschen Kampfresten eine Woche lang aufgehalten worden) einfach kampflos wegschnappten.

Beinahe wäre es auf dem Waldgelände bei der Stadt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden verbündeten Generalen gekommen, beinahe wären die Franzosen von den Panzern der Amerikaner aus der Stadt gejagt worden, wenn nicht in letzter Minute Eisenhower den Abzug der Division aus Württemberg nach einer Intervention de Gaulles in Washington befohlen hätte. Seit den Napoleonkriegen vor 160 Jahren hatte Stuttgart keine französische Besatzung mehr gesehen. Doch dauerte das Glück de Gaulles gerade zehn Wochen. Inzwischen hatten Briten und Amerikaner aus ihren besetzten Zonen, die z. B. ganz Süddeutschland für die USA umfaßten, den Franzosen die Südwestecke und Stücke am mittleren Rhein freiwillig abgetreten. Die zwei Hauptstädte Karlsruhe und Stuttgart spielten die Rolle von Hauptstützpunkten der amerikanischen Truppen. Nach dem 12. Juni 1945 verschwanden betrübt die Franzosen Richtung Weinsteige (wie ehemals 1688) und zogen in Tübingen ein. Die ehemalige zweite Residenz des Herzogtums wurde zur Residenz der in Tübingen nicht unbekanntenen Besatzer erhoben.

Den industriell weit schwächeren und kleineren Teil mit den kleineren Städten des Landes Baden und des Landes Württemberg, jenen Teil, der südlich der Autobahn Karlsruhe-Ulm lag, bekamen die Franzosen von ihren Verbündeten zugewiesen. Der Verkehr zwischen den nun getrennten Teilen der beiden Länder ging bis zum Spätsommer 1948 durch Schlagbäume an den Grenzstellen, die nur mit gestempelten Durchlaßscheinen von deutschen Zivilisten überschritten werden durften.

Wider Erwarten waren es die Amerikaner, die einsahen, daß der Apparat ihrer meist aus angeworbenen Deutschen bestehenden zahllosen Behörden nicht imstande war, rasch und richtig den Wiederaufbau, besonders der Stadt Stuttgart, in Gang zu setzen und mit den Ernährungs- und Flüchtlingsproblemen fertig zu werden in der Weise, daß ihre besetzte Zone über das Größte und das, was zum Existieren als Minimum vorauszusetzen war, hinwegkommen sollte. In 53 Fliegerangriffen des Zweiten Weltkriegs ist Alt-Stuttgart weitgehend vernichtet worden, ganze Teile in der Weststadt waren ein Schutthaufen, von 68 000 Hauptgebäuden waren 39 125, darunter 32 549 Wohngebäude, über 50% durch Kriegseinwirkungen beschädigt, von 119 Kirchen des Stadtkreises waren 56 neu aufzubauen, von den 15 Brücken über den Neckar blieb 1945 nur ein kleiner Steg übrig.

Man sieht die Wunden in gewissen Stadtteilen heute noch, man kann sich an den amerikanischen Hoch-

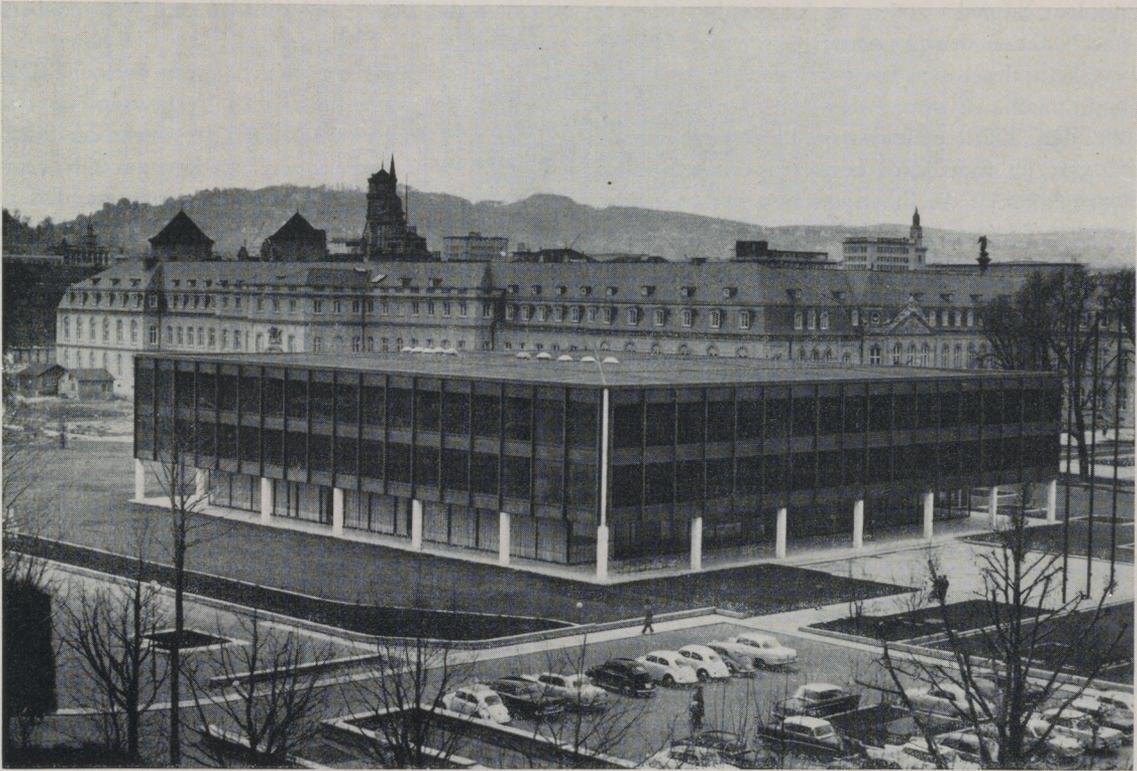
häusern der City im Geiste die Trümmer rekonstruieren, aus denen sie entstanden. Daß der Wiederaufbau etwa des Marktplatzes gerade keine Musterleistung im Vergleich zu anderen älteren Städten, wie etwa Münster in Westfalen, gewesen ist, wird man auch heute noch den Verantwortlichen nicht ganz verzeihen können.

Auch den Siegern gefiel es in einer so zerbombten und mit Trümmern übersäten Stadt nicht. Sie taten recht, wenn sie eine völlig verwirrte und verzweifelte Einwohnerschaft dadurch zur Mithilfe verpflichteten, daß sie eine deutsche Regierung einsetzten und ernannten, die getragen von ihrem Vertrauen eine Mittlerrolle zu spielen hatte zwischen der örtlichen Militärregierung und den Einwohnern und ihren Sorgen.

Der Oberste Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Dwight D. Eisenhower, ordnete in der Proklamation Nr. 2 (19. September 1945) an, daß das Verwaltungsgebiet nördlich der Autobahn (es handelte sich um 20 nordwürttembergische Kreise oder Oberämter, um das Landeskommissariat Mannheim und um die Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt und Land und Pforzheim, Stadt und Land im nordbadischen Gebiet) von jetzt ab als Staat zu bezeichnen sei. Der Staat hatte eine Staatsregierung, die unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnisse der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt ausübte. Die dreifache Ausübung sollte aber nicht im Widerspruch stehen zu früher oder künftig getroffenen Maßnahmen des Kontrollrates für Deutschland.

Die Staatsregierung wird von einem Ministerpräsidenten, den die Militärregierung einsetzte – für Stuttgart hieß er Reinhold Maier – genehmigt und verkündet. Dieser Ministerpräsident genügte den Amerikanern für die Gültigkeit staatlicher Gesetzgebung bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Schaffung demokratischer Einrichtungen möglich sein würde. Das Entscheidende der angeführten Proklamation bestand darin, daß ein Staat konstituiert wurde, der die seit 150 Jahren selbständigen Staaten Baden und Württemberg gerade in der Herzmitte durchschnitt, indem er einen nordbadischen und nordwürttembergischen Landesteil zu einem Staatsgebilde zusammenschloß.

Die Reaktion der Franzosen ließ verhältnismäßig lange auf sich warten, da eine allzurasche Staatsbildung im Südwesten keinesfalls im Interesse von Paris lag, das noch lange den geschlagenen und ohnmächtigen Gegner wünschte. Mit seiner Auffassung, daß ein entmachtetes Deutschland reif sei für eine neue Rheinbundpolitik im Stile Napoleons und Talley-



Der Landtag von Baden-Württemberg. Im Hintergrund das Neue Schloß. Einweihung 5./6. Juni 1962

rands, ermächtigte General de Gaulle seinen Militär-gouverneur, General Koenig, aus der französisch besetzten Zone, von Koblenz bis Lindau, aber getrennt durch die Barriere des amerikanischen Nordbaden (Mannheim-Heidelberg) soviel wie möglich Kleinstaaten herauszuschlagen, da ein zerstückeltes Süddeutschland, wie die historische Erfahrung lehrte, leichter zu beherrschen und zu kontrollieren war als ein in sich geschlossenes Südwestdeutschland, wie es sich im eben proklamierten neuen Staat zu entwickeln begann, dem die Amerikaner den Namen Württemberg-Baden gaben.

Im französisch besetzten Teil von Baden hatten die Franzosen, da sie Baden, wieder das Grenzland zu Frankreich, wichtiger nahmen als Südwestdeutschland und ihnen in Freiburg die größte südwestdeutsche Stadt in ihrer Zone zur Verfügung stand (wenn auch so stark zerbombt und verbrannt wie Stuttgart), vom Mai 1945 bis zum Februar 1946 eine Reihe von Zentralverwaltungen errichtet (Finanzen, Kultus, Unterricht, Justiz, Wirtschaft, Ernährung), nachdem am 10. Juli 1945 im Gang der Neufestlegung der fran-

zösischen Besatzungszone die Militärregierung ihren Sitz nach Freiburg i. B. verlegt hatte. Die obersten Dienststellen der badischen Verwaltung siedelten von dem amerikanisch-zonal gewordenen Karlsruhe nach Freiburg über. Aber erst einviertel Jahr später, am 8. Oktober 1946, ordnete die französische Militärregierung die Bildung einer beratenden Versammlung für Baden an (in Stuttgart ungefähr um dieselbe Zeit), die am 4. Dezember 1946 zu der Einsetzung einer provisorischen Landesregierung führte, wobei kein Versuch unternommen wurde, mit dem abgetrennten nordbadischen Landesteil in Fühlung zu kommen. Als am 8. Oktober derselbe Wunsch zur Bildung einer eigenen Regierung nach Tübingen gelangte, versuchte man einen eigenen Staat zu vermeiden und errichtete ein Staatssekretariat (Vorsitzender Carlo Schmid) mit einem Präsidenten und Landesdirektoren am 16. Oktober. Der Präsident war als Staatsrat zugleich Mitglied der württembergisch-badischen Regierung in Stuttgart zu dem Behuf, die staatliche Einheit zwischen dem nördlichen und südlichen Teil Württembergs zu demonstrieren.

Präsident Schmid, versiert im Staatsrecht, definierte seine Funktion den Stuttgartern gegenüber als Abwesenheitspfleger, den Franzosen gegenüber als volle Souveränität. „Während des Ruhens der Staatsgewalt der *Württembergischen* Landesregierung in Stuttgart im französisch besetzten Gebiet übt das Staatssekretariat die Staatsgewalt in der französisch besetzten Zone aus.“

II

Wir können hier nur in Stichworten den von Eisenhower in der Proklamation Nr. 2 geforderten Ausbau der demokratischen Einrichtungen festhalten. Für unseren Zweck genügt es deshalb, auf die Arbeit der Verfassungsgebung, die Wiedererrichtung von Landtagen und die Wahl von Abgeordneten in den drei Ländern Württemberg-Baden (Stuttgart), Württemberg-Hohenzollern (Tübingen, Bebenhausen) und Baden (Kaufhaus am Marktplatz in Freiburg) hinzuweisen. Stuttgart schuf jene Verfassung, die auch für Württemberg-Hohenzollern maßgebend gewesen ist, indem sich das kleinere Land an das politisch-wirtschaftlich größere Land anlehnte und zu erhalten suchte, was es seit Jahrhunderten an Gemeinsamem innerhalb Württembergs gegeben hat. Die Stuttgarter Verfassung trat am 28. November 1946 in Kraft. Sie enthielt im Artikel 107 den wichtigen Satz, daß Verfassungsänderungen, die aus Anlaß einer Vereinigung von Südwürttemberg und Südbaden mit den nördlichen Landesteilen notwendig würden, mit einfacher Mehrheit angenommen werden könnten. Dazu erläuterte Ministerpräsident Maier vor dem Landtag (noch im Furtbachhaus), das sinnvolle Endziel des Zusammenschlusses von Nordwürttemberg und Nordbaden könne nur sein, beide Länder ungeschmälert und unversehrt in Nord und Süd vereinigt einem neuen Deutschen Vaterland zuzuführen. Am 5. Oktober schickte der spätere Stuttgarter Landtagspräsident Wilhelm Keil (SPD), ermächtigt von allen Parteien, eine Botschaft nach Tübingen und Freiburg, die den Willen der Verfassungsgebenden Landesversammlung zum Ausdruck brachte, es möge bald der sehnlichst herbeigewünschte Tag kommen, wo die Wiedervereinigung der nördlichen und südlichen Landesteile möglich wird. Das Stuttgarter Parlament wird alles tun, was in seinen Kräften steht, für eine gerechte demokratische Zusammenfügung der jetzt getrennten, von Besatzungen beherrschten Zonengebiete. Stuttgart betrachtete den neuen Staat Württemberg-Baden als die Infrastruktur für einen Staat,

in dem die alten Länder Baden und Württemberg vereinigt sind.

Ganz anders war die Reaktion von Freiburg. Das Land Baden hatte noch keine Verfassung (sie trat erst am 22. Mai 1947 in Kraft), weswegen der Präsident der Badischen Landesverwaltung am 2. November die Botschaft von Keil so beantwortete, daß er gegen „Unionsbestrebungen“ protestierte und den Anspruch erhob, nur die Badische Landesverwaltung in Freiburg besitze die Legitimation im Namen des badischen Landes und Volkes zu sprechen, solange nicht dem badischen Volk die Gelegenheit gegeben sei, in freier Abstimmung über sein künftiges Schicksal zu entscheiden.

Die Antwort des Präsidenten an Stuttgart machte zum erstenmal den Urgegensatz deutlich, der sechs Jahre lang, also bis 1952, die Wiedervereinigung verhindert hat. In Freiburg wollte man die Wiederherstellung des alten Landes Baden, also die Abtrennung von Nordbaden aus dem Staat Württemberg-Baden, der bereits verfassungsmäßig funktionierte und daher staatsrechtlich unauflösbar war. Der Konflikt war offen ausgebrochen und ist bis auf den heutigen Tag nicht gelöst und zur Ruhe gekommen, da Freiburgs Forderung während aller turbulenten Ereignisse niemals bei den Volksabstimmungen realisiert worden ist. Freiburg hat selbstverständlich den Artikel 107 der Stuttgarter Verfassung nicht in seine Verfassung aufgenommen. Aber auch die Tübingen-Bebenhausen'sche Verfassung vom 18. Mai 1947 hat keine den Zusammenschluß erleichternde Bestimmung getroffen. Doch hatte dies einen ganz anderen Grund als bei Freiburg.

Hören wir dazu Gebhard Müller, den seit 1948 zweiten Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, der die Konstruktion eines Staatssekretariats und die Doppelfunktion von Abwesenheitspfleger und souveränem Präsidenten für unhaltbar hielt seit dem Tag, da es ein selbständiges Land Württemberg-Baden gab:

„Wenn auch in den folgenden Jahren engste Verbindung mit der Stuttgarter Regierung gehalten wurde, vor allem durch die regelmäßige gegenseitige Teilnahme an den Sitzungen der Ministerräte, so nahmen das Land Württemberg-Hohenzollern und das Land Württemberg-Baden doch eine völlig selbständige Entwicklung. Sie war bedingt durch die in wesentlichen Materien der Gesetzgebung völlig verschiedenen Auffassungen der beiden Besatzungsmächte, die die Richtung auf den Weg der Gesetzgebung bestimmten, den Anschluß Stuttgarts an die Länder des amerikanischen Besatzungsgebiets, die in steigendem



Großes Landeswappen von Baden-Württemberg. Die zwei Schildhaltertiere: links der württembergische Hirsch, auf der Gegenseite der badische Greif. Im Schild die drei Löwen von Staufen, Welfen und Calw. Oben auf dem Kronrand von links nach rechts: die hohenlohischen Speerspitzen, das zollerische Feld, der badische Schrägbalken, die württembergischen Hirschstangen, der kurpfälzische Löwe, Querbalken der „Vorderen Lande“ (Österreich).

Maße gemeinsame Organe schufen, während die Länder der französischen Zone, zu denen zunächst auch das Saargebiet gehörte, zu gemeinsamer Gesetzesarbeit, wenn auch ohne organische Bindung, zusammengeschlossen wurden (was auch z. B. für die Presse der französisch besetzten Länder gegolten hat), wobei sich vor allem die Zusammenarbeit mit Südbaden und Rheinland-Pfalz sehr fruchtbar gestaltete.“ Man kann hinzufügen, dank absoluter Mehrheiten der CDU in allen französisch besetzten Ländern, sofern sie direkte Nachbarn waren.

Als dann Artikel 1 der Verfassung dem Generalgouverneur Guillaume Widmer vorgelegt wurde: „Württemberg-Hohenzollern ist ein Glied der Deutschen Bundesrepublik (die es aber noch gar nicht gab) und ein Teil Württembergs“, mußte die Betonung der württembergischen Einheit auf Verlangen der Besatzung fallengelassen werden (den Artikel 1 hatte Gebhard Müller, damals Vorsitzender des Rechtsausschusses, formuliert, er ist einstimmig von der Versammlung angenommen worden). Ebenso mußte die vorhin erwähnte Erleichterungsbestimmung zum Behuf einer baldigen Wiedervereinigung von Süd- und Nordwürttemberg gestrichen werden. Stehenbleiben durfte Artikel 125, der der Verfassung ermöglicht, daß sich das Land Württemberg-Hohenzollern mit einem oder mehreren deutschen Ländern (in Frage

kam später eine Zeitlang ein sogenannter Südstaat, der Zusammenschluß von Tübingen und Freiburg als Pendant zu dem Nordstaat Württemberg-Baden) zwecks gemeinsamer Gesetzgebung, insbesondere auf den Gebieten der Ernährung, der Wirtschaft, des Finanzwesens oder des Verkehrs zusammenschließt. Es liegt auf der Hand, Tübingen fällt in dem Streit zwischen Stuttgart und Freiburg mit je unaufgebaren Standpunkten die eigentliche und entscheidende Mittlerrolle zu, sobald von den Besatzungsmächten grünes Licht gegeben werden sollte für eine Fahrt in veränderbare Grenzen zwischen den drei Ländern.

III

Das grüne Licht ging am 1. Juli 1948 in Frankfurt am Main an. Den im Verwaltungsgebäude der IG Farben versammelten elf Ministerpräsidenten – der Wirtschaftsrat amtierte schon, die Sowjetzone war abgeschlossen, die Luftlandeaktion für Berlin wurde vorbereitet, die Währungsreform hatte neue Verhältnisse geschaffen – wurden drei Dokumente vorgelesen. Das erste Dokument, das von General Lucius D. Clay vorgetragen wurde, ermächtigt die Ministerpräsidenten der Länder, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die bis spätestens 1. September

zusammentreten sollte. Die gesetzgebende Körperschaft in jedem der Länder beschließt das Verfahren, nach dem die Abgeordneten zu dieser Versammlung ausgewählt werden sollen. Für je 750 000 Einwohner ein Abgeordneter. (Diese auf amerikanische Verhältnisse zugeschnittene Zahl, ist selbstverständlich für Westdeutschland undiskutabel geworden, denn dann hätte Württemberg vielleicht gerade 4 Abgeordnete in das Zentralparlament abordnen können). Die neue Verfassunggebende Versammlung hat die Aufgabe, eine demokratische Verfassung auszuarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typus ermöglicht und so beschaffen ist, daß sie die gegenwärtig zerrissene Einheit wiederherstellt, die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält. Die Ratifizierung der Verfassung in jedem Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erstrebt.

Gewiß, was der amerikanische General wünscht, entspricht den Grundsätzen der großen amerikanischen Demokratie, bei der Föderalismus und Freiheiten die obersten Werte sind. Deutschland sollte wieder er stehen (ohne die Sowjetzone allerdings) in Richtung auf USA-Demokratie.

Dokument Nr. 2 (Verkünder der britische General Sir Brian Robertson) ermächtigt die Ministerpräsidenten, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollen den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit andern Ländern zu groß oder zu klein sind. Das entspricht in etwa englischem ausgleichendem und auf Gleichgewicht bedachtem Wesen.

Der französische General Pierre Koenig verlas das Dokument Nr. 3, das die Beziehungen zwischen den Regierungen und den alliierten Behörden regelt. Es enthält ausführlich das Prunkstück der Französischen Revolution, nämlich Montesquieus Trennung der drei Gewalten, und es enthält vor allem (gültig bis auf den heutigen Tag) das Recht der Militärregierungen auf ständig neu zu vereinbarende Kontrollen zum Zwecke der Sicherheit. Was General Koenig unter den Kontrollen verstand, haben die Minister und Parteiführer von Württemberg-Hohenzollern und Baden gleich erfahren können, als die drei südwestdeutschen Ministerpräsidenten unter Berufung auf Dokument Nr. 2 neue Verhandlungen über den Zu-

sammenschluß ansetzten. Die Deutschen sind 1. gewarnt worden vor der Schaffung der Bundesrepublik (Weststaat hieß das damals), da ein einheitliches Bundesland konsequenterweise Krieg zwischen Amerika und Sowjetrußland und demnach Vernichtung Deutschlands bedeuten würde, und sie sind 2. gewarnt worden vor einer Annäherung an Württemberg-Baden. Denn damals sah man in Paris genau die bessere Kondition des Landes Württemberg-Baden und dessen unwiderstehliche Anziehungskraft, 4 Millionen Einwohner und die einzige Großindustrie, auf die zwei Südländer des französisch besetzten Gebietes. Man sah auch die Hoffnung schwinden, jemals mit Tübingen und Freiburg eine Art europäisches Saargebiet à la Rheinbund von 1806 gründen zu können. Nur das starke Bayern – auch hier weisen Spuren zurück auf die Flucht des Kurfürsten Emanuel zu König Ludwig XIV. nach Versailles – unterstützte mit einer grotesken Denkschrift „Bund deutscher Staaten“, keine Bundesrepublik, die französische Politik, denn Bayern wollte kein volksgewähltes Zentralparlament und hat später auch das Grundgesetz nicht anerkannt. Die denkwürdige Sitzung in Frankfurt hielt Reinhold Maier in seinem Tagebuch wie folgt fest: „Wie schon bei der Begründung der Bizone am 7./8. Januar strebten die drei Militärgouverneure in ihrer Verhandlungsweise eine Art Partnerschaft an auch gegenüber den deutschen Beteiligten. Die Form des militärischen Befehls war unter den Tisch gefallen. Die Deutschen konnten, wenn sie dies wollten, gemäß dem Inhalt der Dokumente I–III beschließen, sie auch ergänzen oder Gegenvorschläge machen.“

IV

Im Verein mit der Debatte um die Bundeseinheit und die Schaffung von größeren Ländern bekam auch der Südweststaat neuen Auftrieb. Er wurde zum erstenmal sogar in gewissem Sinne im Südwesten bei der Bevölkerung populär. Die Presse brachte Berichte, Anzeigen, Vorschläge und willkommene Werbung: Stuttgart und Tübingen schrieben den Südweststaat auf ihre Fahnen, Karlsruhe, das noch am Hauptstadtkomplex litt, trat mit Freiburg für die alte Heimat der Badener ein.

Gleichzeitig aber nahm Staatspräsident Gebhard Müller nach dem Tode von Lorenz Bock, dem ersten Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Reinhold Maier die Führung aus der Hand und versuchte die starren Haltungen von Stuttgart und Freiburg in mühevollen Verhandlungen und Konferenzen

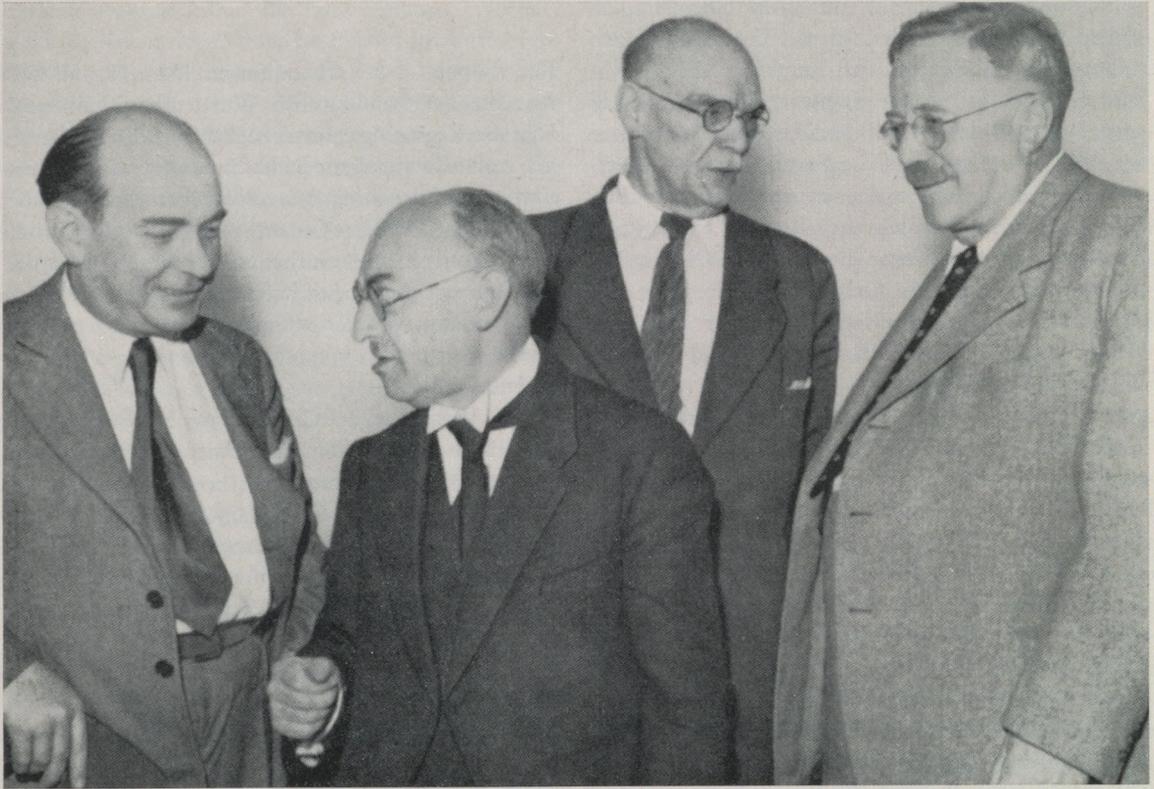
aufzulockern und einen möglichen gemeinsamen Willen zu entzünden, der sich auf Entwürfe einigen sollte. Ich glaube nicht, daß Reinhold Maier recht hat, wenn er in seinem Kapitel „Gebhard Müller wird Partner“ das Verhältnis zu seinem Mitstreiter um den Südweststaat auf die Formel bringt: „Württemberg-Baden wollten den neuen Staat erreichen als eine Gemeinschaftsleistung aller zur Mitwirkung berufenen Faktoren (voran die Großindustrie), insbesondere aller Parteien. Gebhard Müller hätte ihn gern und vorzugsweise als das Werk der in seinem Gebiet vorherrschenden Partei (die CDU hatte in Württemberg-Hohenzollern die absolute Mehrheit, gleichfalls im Staate Leo Wohlebs, wo sie aber einen Titel hatte, der zum Christlichen noch das Badische gesellte, damit ja der Partikularismus nicht unbemerkt bleibe) mit entsprechendem Vorrang dieser Partei in dem neuen Staat zustande gebracht.“ Die Sache liegt aber anders: Maier regierte von 1951 an mit der kleinen Koalition SPD und DVP/FDP in Stuttgart und stieß die zur zweitstärksten Partei herabgesunkene CDU ab. Müller regierte, obwohl seine CDU die absolute Mehrheit hatte, in seinem Bebenhäuser Staat mit einem Allparteienkabinet. Müllers Vorstellungen von Demokratie gingen davon aus, daß in Notzeiten alle zugelassenen Parteien die Verantwortung tragen müssen. Von einer Vorrangstellung der CDU kann also gar keine Rede sein. Daß aber innerhalb der drei Länder die CDU mindestens vier Parteien und Meinungen bildete im Blick auf den Südweststaat, das war freilich für den Staatspräsidenten sehr unerfreulich und hat ihm vielleicht auf die Dauer, da dürfte Maier schon recht gesehen haben, die politische Arbeit so verbittert, daß er vier Jahre nach der Gründung des Südweststaates seine Ministerpräsidentenschaft niederlegte und das Amt einer höheren Stufe annahm, indem er das ihm von Bonn angebotene Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes bekleidete. Müller hat für die Sache des Südweststaates ohne Rücksichtnahme auf die Interessen seiner CDU-Partei tapfer bei den Verhandlungen der Regierungschefs, in Bonn und vor dem Bundesverfassungsgericht, gefochten. Sein überparteiliches Interesse steht außer Zweifel. Wir finden Uneigennützigkeit höchstens noch im Verhalten der SPD in den badischen und württembergischen Landesteilen. Die SPD war stets unzerstritten und eindeutig für den Südweststaat, obwohl sie, wie ihr Sprecher Schoettle im Bundestag sagte, wußte, daß ihr Streben bei der Eingliederung von Württemberg-Hohenzollern und dem Lande Baden, einmal größte Partei im Südweststaat zu werden, endgültig scheitern würde.

Die Etappen der Verhandlungen: Am 13. Juli 1948 ersuchte der Landtag von Württemberg-Hohenzollern die Regierung, „unverzüglich mit den Regierungen von Württemberg-Baden in Verhandlungen einzutreten, in denen ein Vorschlag über einen alle drei Länder umfassenden Gesamtstaat zur Vorlage an die Militärgouverneure erarbeitet werden sollte“ (Viktor Renner). Am 5. Juli hatte der Ständige Ausschuß des Landtags von Württemberg-Baden die nicht zu zerreißende Einheit von Nordwürttemberg und Nordbaden besch'ossen.

Am 2. August lud auf Grund dieser beiden Beschlüsse der Volksvertreter Reinhold Maier die Regierungen, die Landtagspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden der drei Länder zu einer Tagung auf den Hohenneuffen ein. Ergebnis: Einsetzung eines Zehnerausschusses (je drei und ein Vertreter Hohenzollerns) zwecks Ausarbeitung eines Entwurfs, der als Vereinbarung ihrer Regierungen dienen konnte.

23./24. August: In zwei Sitzungen im Hotel Solln in Karlsruhe wurde vom Zehnerausschuß ein Staatsvertrag zum Zusammenschluß der drei Länder ausgearbeitet. Er enthält 14 Artikel und sollte dann ein Bestandteil der Verfassung werden. Der Staatsvertrag gilt in der Literatur als Magna Charta des Südweststaates. Wichtig: Der neue Staat fußt auf dem Grundsatz weitgehender Dezentralisation. Er knüpft alles an den bisherigen Aufbau von Gemeinden über Kreise zu Ländern an. Bisher geltende Behördenorganisationen und Gemeindefürsorgeverwaltungen in allen drei Ländern bleiben bestehen. Die Regierung besetzt höhere Beamtenstellen landsmannschaftlich. Die Präsidenten der vier Landesbezirke: Baden, Württemberg-Hohenzollern, Nordwürttemberg und Nordbaden, werden von der Landesregierung ernannt. Sie haben Sitz und beratende Stimme im Kabinet. Außer den Geschäften der Justiz-, Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung besorgt das Landesbezirkspräsidium alle Geschäfte der staatlichen Verwaltung. Das Präsidium unterliegt der Aufsicht der Landesregierung, hat aber Weisungsrechte gegenüber allen ihm unterstellten Dienststellen.

Wichtig: Die stärkeren Landesbezirke unterstützen die schwächeren durch finanzielle Hilfen. Alle kulturellen Einrichtungen werden gleichmäßig gefördert. In Baden und Württemberg-Baden bleibt die christliche Simultanschule (für sie hatte sich im Interesse Nordbadens in Stuttgart der Karlsruher Heinrich Köhler (CDU) eingesetzt), in Württemberg-Hohenzollern gilt nach wie vor das Elternrecht und die Be-



Dreiländertreffen auf dem Hohenneuffen am 2. August 1948. – Von links nach rechts: Viktor Renner, Leo Wohleb, Heinrich Köhler, Reinhold Maier. Heinrich Köhler (1878–1948) war zwischen 1920 und 1927 zweimal Staatspräsident des Landes Baden, 1927/28 Reichsminister der Finanzen in Berlin. 1945 bis 1948 stellvertretender Ministerpräsident von Württemberg-Baden und Finanzminister dieses Landes.

Für die Haltung des früheren Zentrumsmannes und nach 1945 Mitglieds der nordbadischen CDU ist bezeichnend ein Brief an Carl Diez-Radolfzell vom 9. August 1948: „... Ich freue mich, daß wir in unserer Stellungnahme zu dem Problem Württemberg-Baden einiggehen. Ich habe lange mit mir gerungen; denn meine nun fast dreijährige Zusammenarbeit mit den Württembergern hat mir doch recht tiefe Einblicke gegeben in die Psyche dieses handfesten und ellenbogenstarken Volkes. Wenn ich mich jetzt entschlossen habe, für den Zusammenschluß unserer beiden Länder einzutreten – natürlich auf dem Boden absoluter Gleichberechtigung, die nicht nur in der Verfassung, sondern auch in der Verwaltung festgelegt werden muß –, so deshalb, weil ich nicht länger mit ansehen kann, wie die beiden Südtteile systematisch ruiniert und zum wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch gebracht werden. Hier müssen wir helfen. Den zweiten Impuls haben mir internationale Betrachtungen gegeben. Ich möchte in die Geschichte nicht eingehen als ein Förderer der Rheinbundbestrebungen der Franzosen. Ich bedauere es lebhaft, daß Wohleb und Zürcher eine Haltung einnehmen, die von Tag zu Tag für den unverständlicher wird, der nicht weiß, welch eigenartiges Spielchen hier gespielt werden soll. Davon bin ich überzeugt, daß unser gutes badisches Volk diese Bestrebungen energisch abschütteln wird, sobald es richtig aufgeklärt ist.“

kenntnisschule im Bereich der Volksschule in der Majorität. Die Minderheit bekommt die Christliche Gemeinschaftsschule, falls genügend Schüler dafür vorhanden sind. Das Badische Konkordat vom 12. Oktober 1932 und der Kirchenvertrag mit der evangelisch-protestantischen Landeskirche 1932 in den badischen Landesbezirken bleiben weiter in Kraft.

Gleichmäßige Förderung der Wirtschaft der einzelnen Landesbezirke ist vertraglich festgelegt, gerade zum Nutzen des Notstandsgebietes in Südbaden und des Ausbaus der Nord-Süd-Autobahn Mannheim-Karlsruhe und der West-Ostbahnen über den Schwarzwald. Mit 20 Einzelheiten werden diejenigen unter der abstimmenden Bevölkerung belohnt, die

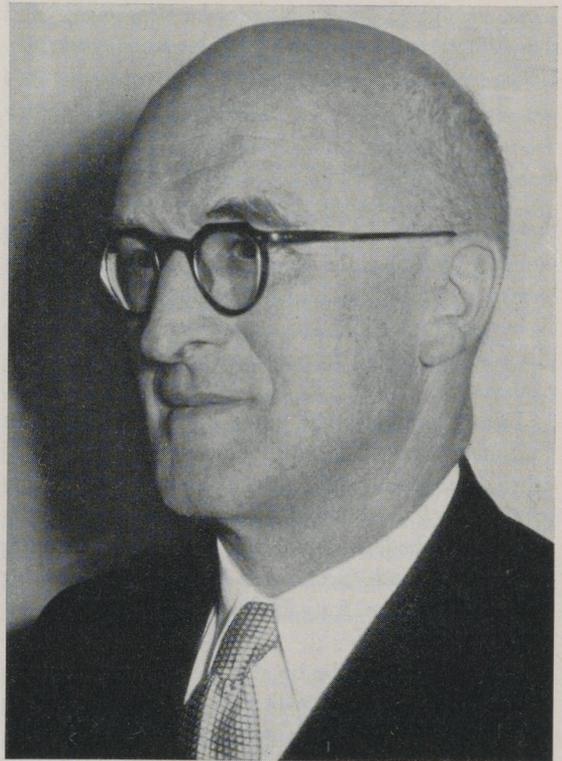
mit der Mehrheit gewählt haben. Ein wahrer Segen müßte dieser Staatsvertrag für den Gesamtstaat sein, wenn er verwirklicht werden könnte. Aber die badische Regierung lehnt ihn ab, „obwohl er von zweien der badischen Vertreter in der Kommission gebilligt worden war und der dritte sich nur der Stimme enthalten hatte“ (Viktor Renner).

31. August: Die Ministerpräsidenten der elf Länder setzen einen Ländergrenzausschuß ein, nachdem die Gouverneure die bisherigen Vorschläge als zu unklar beurteilt und gedroht hatten, werde kein Vorschlag gemacht, dann bleiben die jetzigen Ländergrenzen der elf Länder bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages bestehen. Den drei Ländern im Südwesten bleibt unbenommen, in direkten Verhandlungen Einigung über den Staatsvertrag zu erzielen.

17. September: Gebhard Müller lädt die drei Länderchefs zu einer Konferenz in das mittelbadische Bühl. Freiburg bringt einen neuen Entwurf mit. „Er unterschied sich wesentlich von dem Karlsruher Entwurf. Dieser sah einen einheitlichen Staat mit dezentralisierter Verwaltung in vier Landesbezirken vor, jener wollte Nord- und Südbaden zu einem einzigen Landesbezirksverband (Landeskommunalverband) zusammenfassen, auf den das ganze fiskalische Vermögen des früheren Landes Baden übergehen sollte und der die Forstverwaltung, Landwirtschaftsverwaltung, Grundstück- und Vermögensverwaltung, Hochschulen, Straßen und Wasserbau etc. zu übernehmen gehabt hätte. Der Landesregierung war nur eine Rechtsaufsicht (keine Hoheit) eingeräumt . . . Diese Vorschläge liefen auf die Bildung eines Staates im Staat hinaus“ (V. Renner). Der Entwurf wurde abgelehnt.

28. September: Müller lädt zu einer Konferenz nach Bebenhausen ein. Die Ministerpräsidenten kommen überein, eine Alternativ-Befragung zuzulassen. Wollen Sie den Südweststaat, wenn nicht, wollen Sie die Wiederherstellung der alten Länder? Tübingen und Freiburg einigen sich über Fragestellung und Auswertung, Stuttgart will eine Auflösung des Landes Württemberg-Baden nur dann zulassen, wenn sich auch eine Mehrheit im Landesteil Nordbaden für die Auflösung vorfindet.

11. Oktober: Die Ministerpräsidenten legen gegen die Stimme von Staatspräsident Wohleb die Ergebnisse von Bühl und Bebenhausen den Gouverneuren vor. Frankreich als einziges Land protestiert, es erklärt, es sei nur mit der Wiederherstellung des alten Landes Baden einverstanden. Der Hohe Kommissar François Ponçet hatte in Freiburg eine Rede gehalten, in der



Gebhard Müller, 1948 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, 1953 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, seit 1958 Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe

er den Alemannen versprach, er werde sie vor der Habgier der Schwaben schützen. Man weiß heute, woher der Kommissar seinen plötzlichen Einsatz für das Land Baden bezog. Man war in Frankreich über die Entwicklung recht unzufrieden, man wollte erstens keine selbständige Bundesrepublik und zweitens erst recht nicht einen Südweststaat.

Die Ministerpräsidenten erhalten die Antwort, die Außenminister in Paris und Washington könnten den Vorschlägen nicht zustimmen. Die Frage könne jedoch nach Bildung der Bundesregierung noch einmal geprüft werden.

Wir wissen, Washington stimmt deswegen nicht zu, weil es auf keinen Fall das Land Württemberg-Baden auseinanderreißen lassen will, in das es soviel investiert hat, wo auch sein militärisches Hauptquartier ist (Heidelberg). Paris stimmt aus einem entgegengesetzten Grund nicht zu: Es will einen starken Südweststaat verhindern und den Status quo aus der Napoleonischen Zeit wiederherstellen, nämlich das

alte Land Baden. Im Streit zwischen Washington und den Alliierten soll also die großartige Konzeption zerrieben werden?

VI

Gebhard Müllers scharfes juristisches Denken rettet dennoch und trotz der verzweifelten Lage den Südweststaat. Er findet heraus, daß die Ablehnung von Änderungen der Ländergrenzen den im werdenden Grundgesetz bereits formulierten Paragraphen 29 betreffen.

1. Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.

2. In Gebietsteilen, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1948 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, kann binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine bestimmte Änderung der über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheidung gefordert werden.

Das Inkrafttreten dieses Artikels war nun laut Entscheidung der Besatzungsmächte auf den Sankt Nimmerleinstag des Friedensvertrages verschoben. Oder wie es der Hohe Kommissar François Ponçet später dann am 30. März 1950 dem Bundeskanzler Adenauer schrieb: „Was die hinsichtlich des Artikels 29 ausgesprochene Suspendierung anbetrifft, so ist die Hohe Kommission der Auffassung, daß diese sich auf alle Bestimmungen, einschließlich seiner Ziffer 2 bezieht.“

Was aber sollte dann das Schreiben der Außenminister bedeuten, die Frage der Grenzen könne nach Bildung der Bundesregierung noch einmal geprüft werden?

Inzwischen war es offenkundig, daß die Zustände im Südwesten immer mehr ins Unhaltbare glitten und Stuttgart allein am beginnenden Aufstieg zu besseren Zuständen teilnahm. Jetzt, wo der Bund auf kräftige Länder, die sich selbst finanzieren konnten, angewiesen war, um seinen Schritt in die Existenz wagen zu können, mußte unter allen Umständen die Neubildung im Südwesten gelingen.

In letzter Minute, wie Müller selbst schreibt, ist es ihm unter Assistenz des Tübinger Professors Eschen-

burg und Balthasar Sprengers möglich, den nachmals so umstrittenen Artikel 118 in das Grundgesetz zu bringen. Er bestimmte, daß die Neugliederung der drei Südwestländer abweichend von den Vorschriften des Artikel 29 GG durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen könne und daß die Neugliederung durch Bundesgesetz zu regeln sei, das eine Volksbefragung vorsehen müsse, wenn eine Ländervereinbarung nicht zustande komme. Noch im Mai 1949 hatte François Ponçet die Auffassung vertreten, auch der Artikel 118 GG könne erst nach Abschluß eines Friedensvertrages angewendet werden. Aber ein Jahr später bejahte er die Anwendung des Artikels 118 GG. Damit war der Weg zu einer Vereinbarung der drei Länder oder für ein Bundesgesetz frei.

Was war geschehen? Gebhard Müller hatte bei dem französischen Außenminister Schuman in mehreren Begegnungen in Frankreich das Ja zum Südweststaat dadurch bekommen, daß Frankreich eine Volksbefragung gestattete und die Angelegenheit den Deutschen im Südwestraum überließ. Allerdings nicht ohne Druck der Amerikaner, die, wie Lucius D. Clay in seinem Buch „Deutschland vor der Entscheidung“ berichtet (1950), in Paris ihre bestimmte Meinung über die Unauflöslichkeit von Württemberg-Baden kundtaten.

Aber nun scheiterte der letzte Versuch einer Vereinbarung der Länder untereinander an der Abstimmungsfrage. Wohlbab gab zwar die bisherige Forderung nach einem Staatsvertrag auf, dafür aber forderte er drei Abstimmungsbezirke, das alte Württemberg, das alte Baden und die Hohenzollernschen Lande. Eine Mehrheit für den Zusammenschluß in jedem dieser Bezirke gilt als Bejahung des Südweststaates. Angenommen, die Abstimmenden hätten in jedem Bezirk eine Mehrheit, dann müßte eine Verfassungsgebende Landesversammlung eine Verfassung ausarbeiten, die als angenommen gelten würde, wenn die Mehrzahl der Abgeordneten aus jedem einzelnen der drei Abstimmungsbezirke für die Verfassung gestimmt hätte. Damit hätte etwa ein einziger Abgeordneter aus den beiden hohenzollernschen Kreisen die Verfassung für ein Gebiet mit rund 7 Millionen Einwohnern verhindern können. Müller suchte nach Kompromissen, er mußte bald aufgeben.

22. Oktober 1949: Die CDU-Vorstände der drei Länder kommen zu einer Tagung nach Freudenstadt. Sie sind für eine einzige Volksabstimmung, sie sind für die Alternativfrage entweder Südweststaat oder alte Länder, sie sind sogar zur Ermittlung der Mehrheit für das getrennte Durchzählen der abgegebenen Stimmen in den alten Ländern Baden und Württemberg.

Da aber das Durchzählen der Stimmen in den alten Ländern unter Umständen zu einer Auflösung des Landes Württemberg-Baden hätte führen können, ließ sich Stuttgart nicht auf die CDU-Vorschläge ein.

7. Dezember 1949: Zudem hätte eine Auflösung nur durch eine Verfassungsänderung erfolgen können, zu der eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich gewesen wäre. (Maier vor dem Landtag).

15. April 1950: Die drei Regierungschefs treffen sich in Freudenstadt und einigen sich auf Vorschlag Gerhard Müllers zu einer informatorischen Befragung mit den zwei Fragen für Zusammenschluß und Wiederherstellung der alten Länder. Kommt innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag der Volksbefragung keine Vereinbarung zustande, so würden die Landesregierungen den Versuch einer Ländervereinigung als gescheitert ansehen.

VII

24. September 1950: Informatorische Volksbefragung in drei Abstimmungsbezirken, Land Württemberg-Baden, Land (Süd) Baden, Land Württemberg-Hohenzollern, wobei noch die Stimmen in den Landesbezirken Württemberg und Baden durchgezählt wurden. Die schwache Beteiligung der Bevölkerung (52,6%) hat ihren Grund darin, daß jedermann des immer undurchsichtiger werdenden Streits der Parteien und Länder gründlich müde war, daß man im Land Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern den Geschmack an Südbaden gründlich verloren hatte, daß nun eher alte, auch durch die Presse hochgespielte Stammesgegensätze (Schwaben und Alemannen, Hungerleider und Besitzbürger, jahrhundertalte Tradition und Neustaatler aus Napoleons

Gnaden, Protestanten und Katholiken) wieder an Gewicht zunahmen, daß man den führenden politischen Größen nicht mehr ganz glaubte, wenn verkündigt wurde, der Südweststaat verbillige wesentlich die Staatsverwaltung, er komme mit einem Drittel der Minister der drei Länder aus, er vermehre im Bundesrat den Einfluß auf das Bonner Parlament und die Regierung Adenauer mit seinen fünf Stimmen.

In der Tat, die versprochene Verbilligung ist nach 1953 nicht eingetreten, die Regierungspräsidien sind im Gegenteil weiter angeschwollen. Was man an Ministern einsparte, hat man an höheren Beamten mehrfach wieder zugesetzt. Aber dafür gab es wenigstens nur eine einzige Verfassung, die aber nur Fachleute lesen.

Für den Südweststaat stimmten 1 495 976, für die alten Länder 633 592 (29,8%). Für Nordbaden lauten die Zahlen: Südweststaat 332 962 (57,4%), alte Länder 247 000 (42,6%). Für Südbaden: Südweststaat 214 945 (40,4%), alte Länder 316 723 (59,6%).

Bei Durchzählung nach den alten Ländern ergaben sich im alten Land Baden: Südweststaat 547 907 Stimmen, alte Länder 563 930 Stimmen. Dem Wirken der CDU verdankt das alte Land Baden ohne Zweifel die 16 000 Stimmen mehr. Wohleb war also, wenn durchgezählt wurde, nicht geschlagen. Interessant, was dann später in den Bundestagsdebatten um das Neugliederungsgesetz von Freunden und Gegnern des Südweststaates ausgesprochen wurde, daß rein katholische Gegenden Badens wie das Bauland und der Taubergrund oder wie die Waldgebiete von Südbaden, also Gegenden, die stammesmäßig stark voneinander geschieden waren, denn die nördlichen Katholiken waren Franken und Schwaben und die südlichen reine Alemannen (die Mundarten schon differieren sehr stark) prozentual am stärksten sich

Stimmzettel für die Volksbefragung am 1950

1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat.



Oder

2. Ich wünsche die Wiederherstellung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg einschließlich Hohenzollern.



an der Wahl beteiligten (der Klerus trat offen für die Wiederherstellung des alten Landes Baden ein), während die nordbadische Großindustrie, reine SPD-Gebiete und die Grenzzone zwischen Baden und Württemberg leider nur schwach für den Südweststaat stimmten. Umgekehrt dagegen haben die CDU-Katholiken im oberschwäbischen Teil von Württemberg-Hohenzollern ihrem Staatspräsidenten Müller die Treue gehalten und für den Südweststaat gestimmt. Gebhard Müller fühlte sich mit Recht belohnt für seine wahrhaft gewaltigen Mühen zum endlichen Sieg der politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Vernunft, denn gerade er hat in Wahlreden das politische Vernünftige über das Konfessionelle gestellt und hat sich hier der Stuttgarter Macht angeschlossen, die ihm dann 1952 so schnöde den Laufpaß gegeben hat. Was Reinhold Maier und die Seinen aus der Probewahl herauslasen, stand von vornherein fest: eine Mehrheit für den Südweststaat und, was dann die spätere Entwicklung verhängnisvoll kritisch machte, einen Sieg Württembergs über Baden. Die These von Baden, das alte Musterlände werde von Württemberg geschluckt und erobert. Die Mehrheit, so argumentierte entschieden einseitig Stuttgart, werde der FDP und SPD vornehmlich verdankt und erst in zweiter Linie der gespaltenen CDU. Man wertete, ob bewusst oder bloß aus übertriebenem Württembergertum, die Vermittlerarbeit von Tübingen ab, von der man heute weiß, daß es ohne das Doppelpferd Tübingens keinen Südweststaat gäbe, denn Tübingen verzichtete zuerst auf eine Wiederherstellung des alten Landes Württemberg zugunsten des Südweststaates und es verzichtete auf sein gut regiertes und mit einem populären Landtag besetztes Land Württemberg-Hohenzollern und diesmal zugunsten von Stuttgart aus echtem und uneigennützigem Württembergertum.

Im übrigen reichte das Württembergertum weit hinter die Napoleonische Zeit, die das Königreich und das Großherzogtum schuf, zurück in das Hohe Mittelalter, wo einstens im staufischen Herzogtum Schwaben das heutige Baden und Württemberg samt der deutsch-sprechenden Schweiz in einer dynastisch gebundenen Herrschaftsform beieinander gewesen sind. Nie haben die Markgrafschaften in der neueren Zeit auch nur annähernd die Rolle im Südwesten gespielt wie das Herzogtum seit 1495. Das Hauptargument indessen für die Überlegenheit des politischen Württemberg war die Tatsache, daß etwa seit 1560 die württembergischen Landesfürsten die Direktoren des Schwäbischen Kreises und im Kriegsfall die militärischen Führer der Schwaben im Reichsheer gewesen

sind. Das mag man auf die Karolingische Reichssturmfahne zurückführen.

VIII

Die Klugen bemerkten schon damals, daß der Südweststaat mit seinen Sparvorträgen zu spät komme, da seit dem Funktionieren einer Bonner Regierung die Länder sowieso an Bedeutung verlieren und Hoheitsrechte und Geld an die Zentrale abgeben mußten. Mit dem Bonner Zentralparlament und der Bonner Regierung steht ein bis heute nicht gelöstes Problem zum erstenmal an: Wie gestaltet sich im Sinne von Dokument Nr. 1 das Verhältnis von Bund und Ländern, kann es überhaupt noch einen Föderalismus geben, der etwa jenem traditionellen Föderalismus entsprechen würde, wie er im alten Deutschen Reich (untergegangen 1918) bestanden hatte und wie er in der Weimarer Demokratie so schmachvoll den totalitären Formen geopfert worden ist? Aus solcher Betrachtungsweise heraus kamen viele Denkenden im Südwestraum zu dem Ergebnis: über kurz oder lang wird man merken, daß die Länder, und auch der Südweststaat, nicht mehr Bedeutung haben können als eine frühere preußische Provinz mit einem Oberpräsidenten an der Spitze. Was soll der Aufwand eines Parlaments, einer Regierung und vieler Mittelinstanzen, wie es in den drei Ländern Minister gegeben hatte? Gewiß, 1950 waren solche Gedanken ketzerisch bis zum Exzeß, aber 1966, das Jahr, das die Badenfrage immer noch nicht gelöst hat, weist doch die Richtung auf die größtmögliche Stärkung der Zentrale und den Abbau eines überholten Föderalismus in dem Rumpfdeutschland. Auch hier werden wir Frankreich und den USA folgen müssen. Sollen wir noch einmal, vielleicht zum letztenmal, den Anschluß verpassen und die einheitliche Nation, die nur noch aus Deutschen, aber nicht mehr aus Stämmen und Ländern besteht, verspielen? Die Länder können, zu Ende gedacht, genau das sein, was der Karlsruher Entwurf vom August 1948 den vier Landesbezirken zuordnete, nämlich gut funktionierende Verwaltungsbezirke, die von der Zentrale aus mit Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben gespeist werden. Nur so ist der Weg frei, soviel Heimat- und Geschichtspflege wie möglich zum Ruhme einer großen deutschen Nation in das Bewußtsein der Deutschen einzubringen.

Im übrigen hat Reinhold Maier in dem Kapitel „Staatsvereinfachung und Verwaltungsreform (Auspowerung durch den Bund)“ nützliche und gute Ge-

danken zu dem von uns hier im Großen angeschnittenen Thema „der Bund steht über den Ländern“ dargelegt, auf die ausdrücklich verwiesen werden soll.

IX

Die letzte Phase im Kampf um den Südweststaat spielte sich im Bonner Bundestag und im Bonner Kabinett ab. Die nach der Volksbefragung vom 24. September 1950 festgesetzten Dreiländer-Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Konferenz in Wildbad am 12. Oktober und die Beratungen am 7. November in Baden-Baden führten zu keiner Einigung. Darauf richtete der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern an den Bundeskanzler, den Präsidenten des Bundestags und den des Bundesrats am 28. November ein Schreiben, daß alle Vereinbarungen der Länder über die Neugliederung gemäß Artikel 118 Abs. 1 gescheitert seien, daß eine Neugliederung aus dem Ergebnis der Volksbefragung ebenfalls zu keiner Einigung geführt habe und daß die Ausräumung von verfassungsmäßigen Schwierigkeiten nicht gelungen sei. Damit war die Initiative gemäß Artikel 118 Abs. 2 dem Bund übergeben.

Wie Reinhold Maier mitteilt (S. 336), habe der Bundesinnenminister Lehr (CDU) dem Bundeskanzler die Verschiebung der Behandlung der Südweststaatsfrage empfohlen und sie mit Schwierigkeiten in den Reihen der CDU begründet. Der Bundestags-Ausschuß für innergebietliche Neuordnung erhielt dann Ende Januar in der Tat eine Erklärung des Bundesinnenministeriums, das Kabinett habe beschlossen, angesichts der angespannten außen- und innenpolitischen Lage eine Volksbefragung nach Artikel 118, Abs. 2 jetzt nicht durchzuführen, sondern die ganze Neugliederungsfrage zu verschieben. Nur mit Mühe und Not sei es den Bundestagsabgeordneten Carlo Schmid, Richard Freudenberg (Nordbaden, von der CDU zur FDP übergetreten) und anderen gelungen, ein Begräbnis erster Klasse des Südweststaats jetzt in diesem Bundestag zu verhindern.

Wir wollen hier nun in Stichworten die wichtigsten Etappen anführen. Am 9. Januar 1951 legen Hilbert und Genossen (CDU) einen Gesetzentwurf vor, der nach den zwei alten Ländern abstimmt, die Durchzählung umgeht und auf die Wiederherstellung von Baden ausgerichtet ist. Den Entwurf haben paradoxerweise die führenden CDU-Politiker Franz-Josef Strauß, Dr. von Brentano und Dr. Heinrich Krone unterschrieben. Am 26. Januar legen Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Genossen einen Initiativ-An-

trag vor, der mit vier Abstimmungsbezirken arbeitet und auf die Schaffung des Südweststaats durch einfache Mehrheit ausgerichtet ist. Die Spaltung der CDU, soweit sie auf Bonner Ebene wirkt, trat nun ebenbürtig neben die schon längst bestehende Spaltung der CDU innerhalb der drei Länder im Südwestraum.

Das Schicksal des Zusammenschlusses hing nun stärker denn jemals in der leidvollen Geschichte des Südweststaats von der CDU-Regierung und der CDU-Fraktion im Bundsparlament ab. Wir können es Reinhold Maier nachfühlen, daß es ihm dabei wehe um seinen Staat wurde, denn nun begannen auch die Stuttgarter CDU-Abgeordneten umzuschwenken und auf die Freunde Wohlebs in Bonn zu hören.

Fraktionen debattierten über jenen gesetzlichen Teil für die Entscheidung über den Südweststaat, bei dem es um die nahende Auflösung der Landtage von Südbaden und Württemberg-Hohenzollern und um die von Gebhard Müller und Viktor Renner dargelegten Motive der Landtagwahlperioden ging. Stuttgarts Landtag hatte diese Sorgen nicht, da er fristgemäß am 19. November 1950 gewählt wurde. Die erste Fassung: Verlängerung der Wahlperiode der beiden Landtage bis zum Außerkrafttreten der beiden Landesverfassungen, wurde am 15. März 1951 vom Bundestag angenommen. In dem daraus sich entwickelnden Streit über das „Blitzgesetz“ und die Auslegung des Artikels 118 GG focht Gebhard Müller bravours, indem er der Auslegung des Bundesjustizministers widersprach und nachwies, daß der besagte Artikel die Neugliederung für den Bund zur absoluten und uneingeschränkten Pflicht mache. Er entzog dem Bund den Rückgriff auf den suspendierten Artikel 29 und behauptete, daß Artikel 118 keinen Ausnahmetatbestand beinhalte, sondern eine Sonderregelung zwecks Abschaffung unhaltbarer Zustände in den drei Ländern und gleichzeitigen Aufbau's zu einem alle drei Länder umfassenden Staat. Die Folge war das Erste Neugliederungsgesetz, es ist, nachdem der Bundesrat den Vermittlungsausschuß angerufen hatte, im Bundesgesetzblatt vom 4. Mai veröffentlicht worden.

Zum Zweiten Neugliederungsgesetz kam es dadurch, daß der Ausschuß den Antrag Gengler-Kiesinger annahm (mit acht gegen sieben Stimmen) und er nun Grundlage für weitere Beratungen wurde.

In der zweiten Lesung, bei der die Wiederhersteller eines heute noch ebenso existenzfähig behaupteten Landes Baden (Schlußtermin ausgeglichener Haushalte war das Jahr 1914) entschieden die schlechteren Argumente hatten, verfiel die Abstimmung nach den beiden alten Ländern als Stimmbezirken der Ableh-

nung, und ebenso bei der dritten Lesung am 25. April. Am 27. April entschied sich der Bundesrat für die Neugliederung durch Bundesgesetz. Die Argumente Gebhard Müllers hatten gestochen. Man sah ein, Abbau und Aufbau waren ein rechtlich gleichzeitig stattfindender Vorgang.

Staatspräsident Wohleb, der an den Debatten teilnahm, wußte nun, daß seine Sache verloren war und das Kommen des Südweststaats nicht mehr im Sinne einer von ihm als ungerecht beurteilten Auffassung von Demokratie (Unterdrückung des souveränen Volkswillens) blockiert werden konnte. Tatsächlich ging es jetzt in der Schlußphase nur noch darum, ob der größere Wert der neue Staat oder die alten Länder seien. Das als Demokratie bezeichnete Wahlverfahren konnte formal gesehen an beide Werte angepaßt werden. Der Bundestag entschied sich für den höheren Wert Südweststaat.

Wir erwähnen nur, obwohl die Schriftsätze und Gutachten, die Wohleb nun ausarbeiten ließ, um beim Bundesverfassungsgericht Klage auf Feststellung der Nichtigkeit der Neugliederungsgesetze zu begründen, einen Riesenumfang angenommen hatten, das, was Reinhold Maier ein „juristisches Zwischenspiel“, ein Blufftheater nannte. Immerhin zeigte es, daß auf der Karlsruher Szene wiederum Gebhard Müller mit dem SPD-Mann Hermann Veit die hinreißende Rolle eines juristischen Protagonisten gespielt hatte, der seine Sache zum Siege führte.

Auch die beinahe tragikomischen Versuche Leo Wohlebs, Hilfe bei den bayerischen Föderalisten und einigen norddeutschen Welfen und zuletzt beim Bundeskanzler zu suchen, damit sich Südbaden von der Abstimmung drücken könne, sollen hier nur erwähnt werden. Lustiges und Anekdotisches darüber ist nachzulesen bei Reinhold Maier (S. 344 f.).

Am 23. Oktober verkündete das Bundesverfassungsgericht (für gute Unterbringung im zerstörten Karlsruhe hatte die Stuttgarter Regierung Sorge getragen), daß die Geltungsdauer des Landtags von Südbaden und Württemberg-Hohenzollern nichtig sei, daß also die Landtage der beiden Länder keine volle Legalität mehr hatten. Dagegen wurde das Zweite Neugliederungsgesetz für gültig erklärt, das heißt, der Südweststaat ist legal zustande gekommen, von einem „Unrechtsstaat“ kann nicht mehr gesprochen werden.

Am 9. Dezember 1951 fand die Volksabstimmung statt. In Nordbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg (mit Hohenzollern) stimmte die Mehrheit (70,2%) für den Südweststaat, in Südbaden dagegen für die Wiederherstellung der alten Länder. Wiedenum hätte eine Durchzählung der Stimmen in den alten

Ländern eine Mehrheit von 2,1% für die Wiederherstellung des alten Landes Baden ergeben. Gleich nach Abstimmung bildeten die drei Länder den Ministerrat (vier Württemberg-Baden, je zwei die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern). Der Ministerrat bereitete die Wahl vor, die am 9. März 1952 stattfand. Auf die Länder Württemberg-Baden entfielen 73, auf Baden 26 und auf Württemberg-Hohenzollern 22 Abgeordnete.

Am 25. April wurde Reinhold Maier zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Bundeslandes gewählt.

De jure stand der Südweststaat. Im Jahre 1955 bekam die Bundesrepublik ihre volle Souveränität, das Besatzungsstatut erlosch und damit die Suspendierung von Artikel 29 GG. Wie zu erwarten war, stützten sich die Heimattreuen, die Altbadener, auf diesen Artikel und forderten von den Fraktionen des Bundestags erneut eine Volksbefragung in Richtung auf die Loslösung Badens aus dem Südweststaat nach landsmannschaftlichen und kulturell historischen Gesichtspunkten. Bis auf den heutigen Tag hat das Bundesparlament sich nicht über eine neue Methode der Befragung einigen können. Käme es je einmal zu einer parlamentarischen Aktion, würde heute über den Weg der Abstimmung in Baden keine Mehrheit zustande kommen. Die nachwachsende Generation hat sich längst mit dem Südweststaat abgefunden. Sie kennt, was die Verfassung fordert, bereits ein baden-württembergisches Volks- und Staatsgefühl. Diejenigen Stimmen in den Südweststaatsdebatten – es waren vor allem FDP, SPD und ein Teil der CDU – die von Fortschritt in nationalem, politischem, sozialem und wirtschaftlichem Sinn sprachen gegen falschen Traditionalismus und unfruchtbare Restauration, nahmen mit ihrem Bekenntnis zum Südweststaat die Zukunft bis heute und sicher noch solange es eine Bundesrepublik gibt, voraus. Die stärkste wirtschaftliche und politische Potenz trug den Sieg davon: Stuttgart. Endgültig und dauerhaft wird der Sieg aber erst dann sein, wenn es Ministerpräsident Kiesinger, der des Südweststaats große Hoffnung ist, gelingen wird, die Badenfrage aus der Politik wegzuschaffen.

Benützte Literatur: *Der Kampf um den Südweststaat*. Verhandlungen und Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und des Bundesverfassungsgerichtes, München 1952. – *Viktor Renner*, Entstehung und Aufbau des Landes Baden-Württemberg, Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Neue Folge Band 7, 1958. – *Reinhold Maier*, Erinnerungen 1948/1953, Tübingen 1966. – *Heinrich Köhler*, Lebenserinnerungen, Stuttgart 1964. – *Gebhard Müller*, Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, Tübinger Blätter 1952.

Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.

(3) Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände haben die erforderlichen Mittel, insbesondere auch Erziehungsbeihilfen, bereitzustellen.

(4) Das Nähere regelt ein Gesetz.

Artikel 12

(1) Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.

(2) Verantwortliche Träger der Erziehung sind in ihren Bereichen die Eltern, der Staat, die Religionsgemeinschaften, die Gemeinden und die in ihren Bündnissen gegliederte Jugend.

Artikel 13

Die Jugend ist gegen Ausbeutung und gegen sittliche, geistige und körperliche Gefährdung zu schützen. Staat und Gemeinden schaffen die erforderlichen Einrichtungen. Ihre Aufgaben können auch durch die freie Wohlfahrtspflege wahrgenommen werden.

Artikel 14

(1) Es besteht allgemeine Schulpflicht.

(2) Unterricht und Lernmittel an den öffentlichen Schulen sind unentgeltlich. Die Unentgeltlichkeit wird stufenweise verwirklicht. Auf gemeinnütziger Grundlage arbeitende private mittlere und höhere Schulen, die einem öffentlichen Bedürfnis entsprechen, als pädagogisch wertvoll anerkannt sind und eine gleichartige Befreiung gewähren, haben Anspruch auf Ausgleich der hierdurch entstehenden finanziellen Belastung. Näheres regelt ein Gesetz.

(3) Das Land hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden den durch die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit entstehenden Ausfall und Mehraufwand zu ersetzen. Die Schulträger können an dem Ausfall und Mehraufwand beteiligt werden. Näheres regelt ein Gesetz.

Artikel 15

(1) Die Formen der Volksschule bleiben in den einzelnen Landesteilen nach den Grundsätzen und Bestimmungen erhalten, die am 9. Dezember 1951 gegolten haben.

(2) Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, muß bei der Gestaltung des Erziehungs- und Schulwesens berücksichtigt werden. Das Nähere regelt ein Schulgesetz, das einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Artikel 16

(1) In christlichen Gemeinschaftsschulen werden die Kinder auf der Grundlage christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte erzogen. Der Unterricht wird mit Ausnahme des Religionsunterrichts gemeinsam erteilt.

(2) Bei der Bestellung der Lehrer an den Volksschulen ist auf das religiöse und weltanschauliche Bekenntnis der Schüler nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. Bekenntnismäßig nicht gebundene Lehrer dürfen jedoch nicht benachteiligt werden.

(3) Ergeben sich bei der Auslegung des christlichen Charakters der Volksschule Zweifelsfragen, so sind sie in gemeinsamer Beratung zwischen dem Staat, den Religionsgemeinschaften, den Lehrern und den Eltern zu beheben.

Artikel 17

(1) In allen Schulen waltet der Geist der Duldsamkeit und der sozialen Ethik.

(2) Die Schulaufsicht wird durch fachmännisch vorgebildete, hauptamtlich tätige Beamte ausgeübt.

(3) Prüfungen, durch die eine öffentlich anerkannte Berechtigung erworben werden soll, müssen vor staatlichen oder staatlich ermächtigten Stellen abgelegt werden.

(4) Die Erziehungsberechtigten wirken durch gewählte Vertreter an der Gestaltung des Lebens und der Arbeit der Schule mit. Näheres regelt ein Gesetz.

Artikel 18

Der Religionsunterricht ist an den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach. Er wird nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften und unbeschadet des allgemeinen Aufsichtsrechts des Staates von deren Beauftragten erteilt und beaufsichtigt. Die Teilnahme am Religionsunterricht und an religiösen Schulfestivals bleibt der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten, die Erteilung des Religionsunterrichts des Lehrers überlassen.

Artikel 19

Für die Ausbildung der Lehrkräfte an den Volksschulen werden neben Ausbildungsstätten mit simultanem solche mit konfessionellem Charakter eingerichtet. Näheres regelt ein Gesetz.

Artikel 20

(1) Die Hochschule ist frei in Forschung und Lehre.

Völkerkundemuseum oder Kunstgebäude?

Der Streit um den Platz des abgebrannten Stuttgarter Hoftheaters

und die Entstehung des Lindenmuseums

Von Robert Ubland

Der nachstehende Aufsatz schließt die Artikelreihe über den Brand des Stuttgarter Hoftheaters 1902, die Entstehung des Interimstheaters und die Pläne zur Bebauung der Brandlücke am Schloßplatz (Schwäbische Heimat Jahrgang 1964 Heft 3 und 1965 Heft 4) mit einer Darstellung der Bemühungen ab, an der Stelle des heutigen Kunstgebäudes ein Museum für Völkerkunde zu errichten.

Schon bald nach der Brandkatastrophe vom 19./20. Januar 1902, der das aus dem Neuen Lusthaus, dem berühmten Renaissancebau Georg Beers hervorgegangene alte Hoftheater neben dem Neuen Schloß zum Opfer gefallen war, hatte der Vorsitzende des „Württembergischen Vereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“, Graf Karl von Linden, Oberkammerherr und Hofmarschall des Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar, dem König Wilhelm II. den Vorschlag unterbreitet, auf dem Gelände der Brandruine ein Museum für Länder- und Völkerkunde zu errichten. Er hatte damit eine neue Idee in die Debatte hineingetragen, was mit dem Hoftheaterplatz werden sollte, in der sich die Befürworter eines Wiederaufbaus bzw. Neubaus des Theaters an der alten Stelle und die Verfechter einer Wiederherstellung des alten Lusthauses gegenüberstanden. Graf Linden konnte dabei auf ein gewichtiges Argument hinweisen, das seine Wirkung auch nicht verfehlte: er konnte nachweisen, daß drei in London ansässige ehemalige Württemberger, der Großkaufmann Friedrich Eckstein, der Bankier August Ries und der Kaufmann Ludwig Breitmeyer die Summe von 350 000 Mark für einen Museumsbau unter der Voraussetzung als Stiftung deponiert hatten, daß er am Platz des zerstörten Hoftheaters erstellt werde. Weitere namhafte Mittel waren von anderen Auslandsschwaben in Aussicht gestellt worden.

Graf Linden sprach im Namen eines Vereins, der sich aus kleinen Anfängen zu beachtlicher Bedeutung entwickelt hatte. Am 27. Februar 1882 mit 150 Mitgliedern als Zweigverein des Berliner Zentralvereins für Handelsgeographie gegründet, hatte er sich die Aufgaben gestellt, die „Erdkunde in Wort und Schrift

zu pflegen“, die württembergische Aus- und Einfuhr zu unterstützen, das Deutschtum im Ausland zu pflegen, Auswanderer zu beraten und die Gründung eines „handelsgeographischen Museums“ in Stuttgart in die Wege zu leiten. Dieses sollte alle Dinge enthalten, „welche zur Charakterisierung der staatlich oder natürlich gesonderten Erdgebiete und deren Bewohner, namentlich in den für den Handel und die Industrie wichtigen Richtungen notwendig sind“. Die wöchentlichen Vorträge, die der Verein während der Wintermonate in Stuttgart veranstaltete, konnten sich bald eines starken Besuchs erfreuen und führten ihm zahlreiche neue Mitglieder, namentlich auch aus den Kreisen von Industrie und Handel zu, so daß bereits 1884 das „handelsgeographische Museum“ gegründet werden konnte, das sich aus ganz bescheidenen Anfängen rasch entwickelte und 1895 bereits 2 Säle in der Stuttgarter Gewerbehalle füllte.

Es war freilich zunächst ein ausgesprochenes Export-Import-Museum, indem es die in den überseeischen Ländern gangbarsten Waren in verschiedenen Qualitäten mit Angabe der Preise und der Art der Verpackung sowie die Rohstoffe zeigte, die aus dem Ausland zu beziehen waren. Die völkerkundliche Sammlung spielte nur eine untergeordnete Rolle. Das änderte sich in dem Maße, als mit der Erwerbung eigener deutscher Kolonien seit 1883 das Interesse für Völkerkunde allgemeiner wurde. Nun verlegte der Verein das Gewicht seiner Sammeltätigkeit immer mehr auf ethnographische Dinge, steckte sich aber in weiser Beschränkung dabei verhältnismäßig enge Grenzen: er schloß die Vorgeschichte vorerst aus und legte das Hauptgewicht auf die Kunde der afrikanischen, ozeanischen und amerikanischen Naturvölker der Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Kolonien. Seine Bestrebungen fanden bald weitesten Widerhall in ganz Deutschland, namentlich aber auch unter den Auslandsdeutschen, und wurden von der kaiserlichen Regierung in Berlin ebenso unterstützt wie von der württembergischen. Die Aktivität des handelsgeogra-

phischen Vereins auf diesem Gebiet nahm besonders zu, als 1890 Graf von Linden den Vorsitz übernahm und tatkräftig und planvoll an den Ausbau des Museums ging. Immer zahlreicher und immer wertvoller wurden die Sammlungen, die Privatleute stifteten, so daß sich das Museum bereits 1902 zu einem der ersten seiner Art in Deutschland zählen konnte. Der württembergische Staat bekundete sein Interesse durch namhafte Jahresbeiträge, König Wilhelm persönlich dadurch, daß er dem Verein geleistete Dienste, in erster Linie also Schenkungen, durch Ordensauszeichnungen belohnte, die dessen Vorsitzender vorschlug. Die Anteilnahme des Königs kam ferner darin zum Ausdruck, daß er am 7. November 1902 das Protektorat über den Verein annahm.

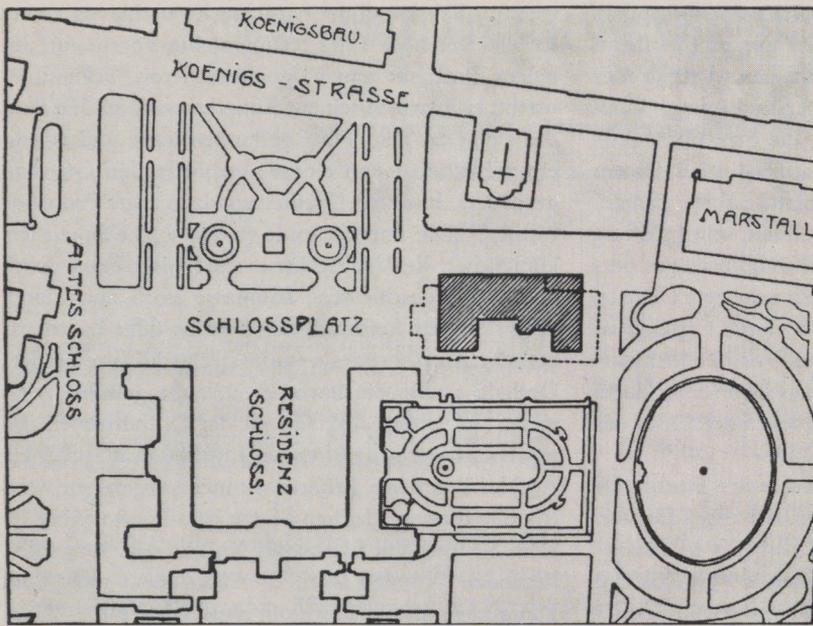
Die kostbaren Sammlungen waren in der Stuttgarter Gewerbehalle nur notdürftig und behelfsmäßig untergebracht. Trotz einer Vergrößerung des Museumsraums durch das Entgegenkommen der städtischen Behörden Anfang 1899 und der Anfertigung neuer Schränke befanden sich die ständig wachsenden Bestände in einer drangvollen Enge und waren von Staub und bei schweren Regenfällen auch von Nässe bedroht. Weder konnten sie ordnungsgemäß katalogisiert noch der Öffentlichkeit ihrer Bedeutung entsprechend zugänglich gemacht werden. So war es verständlich, daß Graf Linden nach einem geeigneten Bauplatz für einen Museumsbau Ausschau hielt, in dem die Sammlungen in eigenen Räumen in würdiger Weise gezeigt werden konnten.

König Wilhelm stand dem Wunsch, den Platz des abgebrannten Hoftheaters dazu zu verwenden, wohlwollend gegenüber, sah sich aber außerstande, eine bindende Zusage zu machen, da er nicht von sich aus über den Platz verfügen konnte. Am 23. September 1902 ließ er jedoch Graf Linden wissen, er werde den Hoftheaterplatz bei einer Zustimmung der Staatsfinanzverwaltung gern zur Verfügung stellen.

Von der positiven Aufnahme seines Vorschlags ermutigt, wandte sich der Graf Mitte Oktober 1902 an Professor Theodor Fischer, den Plan für ein Museum zu entwerfen, dessen Äußeres der Nachbarschaft entsprechend würdig gehalten sei. Fischer, von dem Auftrag „hoherfreut“, versprach, in der äußeren Gestaltung die Silhouette des Lusthauses durchleuchten zu lassen, offensichtlich bestrebt, hierin den Befürwortern des Lusthaus-Wiederaufbaus entgegenzukommen. Als Raumbedarf hatte Linden 6–7000 qm angemeldet nebst den nötigen Arbeitsräumen, einem Vortragssaal für 400 Personen und einer Hausmeisterwohnung. Sein Ziel war, in Stuttgart das zweit-

größte völkerkundliche Museum Deutschlands zu erstellen. Der noch 1902 fertiggestellte Vorentwurf, in einem Prospekt einem kleineren Kreis bekanntgemacht, erinnerte in seinem Äußeren stark an den Bau, der zuvor an dem Platz gestanden hatte und war in einen Hauptbau mit einem abschließenden Querbau gegliedert. In seiner Erläuterung dazu sagte Professor Fischer: „Die imponierende ruhige Vornehmheit des königlichen Residenzschlosses darf nicht etwa durch eine große geschlossene Baumasse noch auch durch übertriebenen Reichtum der Formen oder durch stilistische Annäherungsversuche beeinträchtigt werden. Deshalb wurde die Barocke . . . nicht gewählt, vielmehr aus leisem Anklang an die Grundformen des unwiederbringlich verlorenen Lusthauses die schlichte Art der deutschen Frührenaissance vorgezogen, welche überdies am gleichen Platze gerade gegenüber im alten Schlosse ein klassisches Vorbild hat. Aus nahe liegenden Gründen wurde der Bau etwas mehr vom königlichen Residenzschloß abgerückt, als es beim früheren Hoftheater der Fall war, und in Rücksicht auf die prachtvollen Bäume der Südostseite des Platzes, welche das Licht stark beeinträchtigen würden, legte man an diese Seite einen einspringenden Hof . . . Der Haupteingang ist dem inneren Organismus entsprechend an die Nordwestseite gelegt; er teilt mit der daran sich anschließenden Vorhalle und dem Haupttreppenhaus das Erdgeschoß in den Teil, welcher die Verwaltungs- und Bibliothekräume mit dem etwa 500 qm großen Vortragssaal enthält, einerseits und die Abteilung der prähistorischen Sammlung andererseits. Das 1. und 2. Obergeschoß hat eine ununterbrochene Folge vorzüglich beleuchteter Säle verschiedener Größe, welche zusammen 3700 qm betragen, etwa das Dreifache von dem, was jetzt in der Gewerbehalle vorhanden ist. Für eine allenfalls wünschenswerte Vergrößerung um rund 1000 qm wäre durch einen Ausbau des Giebelgeschosses zu sorgen, so daß dann mit dem Vortragssaal rund 6000 qm für Ausstellungszwecke zur Verfügung stünden.“

Der interessante und großzügige Plan Fischers, den er auch in einem Artikel über die Frage eines Wiederaufbaus des Lusthauses in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom 17. Januar 1903 anklingen ließ, ist bekanntlich nicht zur Ausführung gelangt. Man wird es aber kaum bedauern, denn das Museum hätte wahrscheinlich kaum weniger fremd und gekünstelt neben dem Neuen Schloß gewirkt wie ein wiedererstandenes Lusthaus. Der Baugedanke als solcher, die Anlehnung des Äußeren an das Lusthaus,



Lageplan des von Theodor Fischer entworfenen Museums für Länder- und Völkerkunde am Schloßplatz

Aufnahme
Hauptstaatsarchiv Stuttgart

fand dann wenigstens zum Teil seine Verwirklichung im Gustav-Siegler-Haus Theodor Fischers, dessen schmale nördliche Fassade mit der überdachten zweiarmigen Freitreppe deutlich an die Schöpfung Beers erinnert. Eine Reminiszenz, die ihre Berechtigung in dem Hauptinhalt des Gustav-Siegler-Hauses hatte, dem großen Vortrags- und Musiksaal im Obergeschoß ähnlich dem oberen Festsaal des einstigen Lusthauses.

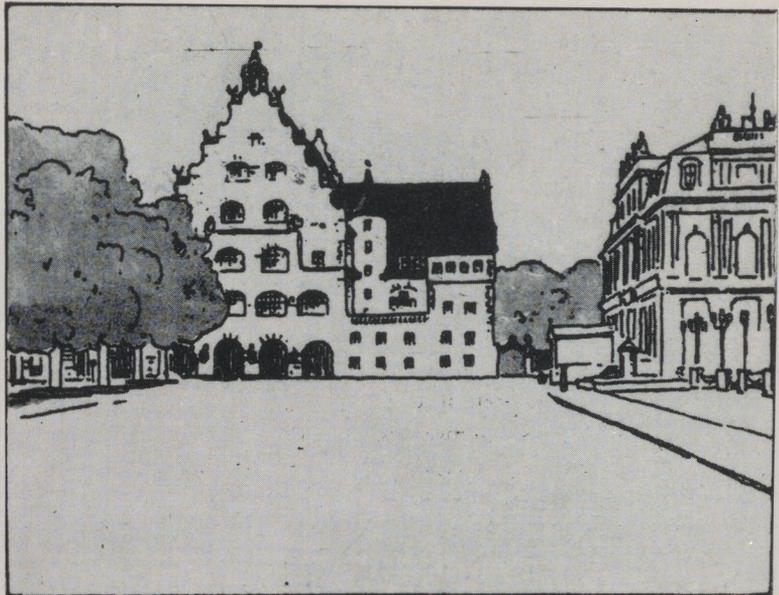
Graf Lindens Plan, am Hoftheaterplatz ein Völkerkundemuseum zu errichten, fand in der Öffentlichkeit nur ein geringes Echo. Nur der „Schwäbische Merkur“ trat am 20. Januar 1903 in einem Artikel dafür ein und wies auf die Bedeutung der Sammlungen und ihre unwürdige Unterbringung auf der Galerie der Gewerbehalle hin. Als Graf Linden dann am gleichen Tag bei der Versammlung zur Gründung eines Komitees für den Wiederaufbau des Lusthauses versuchte, für seinen Plan eines Monumentalbaus im Stil des einstigen Lusthauses zu werben, wobei er das Zugeständnis machte, daß das Museumsgebäude auch der Kunst ein Heim gewähren könne, vermochte er nur eine Minderheit für sich zu gewinnen. Trotzdem gab er seine Bemühungen nicht auf. Er ließ seine Beziehungen zum Hof spielen, um den König von Zeit zu Zeit an den Museumsplan zu erinnern. Mit einem gewissen Recht befürchtete er, daß, je länger sich die Entscheidung über den Hoftheaterplatz hinauszog, desto mehr die Gefahr bestand, daß sein An-

liegen in Vergessenheit geriet. Im Juni 1904 bewilligte der König zum Bau des Museums einen Beitrag von 1000 Mark, um auch andere Gönner des handelsgeographischen Vereins im Inland zu Spenden zu veranlassen. Nicht ganz zu Unrecht hatte Kaufmann Breitmeyer schon Ende 1902 aus London an Graf Linden geschrieben, er und die beiden anderen Gönner des Museums könnten seine Überzeugung nicht teilen, „von den in Stuttgart wohnenden reicheren Herren nicht auch ansehnliche Summen für diesen Stuttgart so nahe angehenden Zweck bekommen zu können“. Sie seien im Gegenteil der festen Überzeugung, daß sich „viele willige und große Geber“ in Stuttgart finden dürften, wenn von allerhöchster Seite ein entsprechender Wink gegeben würde. Als Breitmeyer im Dezember 1904 in seine Heimatstadt kam, wurde er von König Wilhelm persönlich in Audienz empfangen, der ihm für die tatkräftige Förderung deutscher Interessen und die „weitgehende finanzielle Unterstützung deutscher gemeinnütziger Unternehmungen“ in London wie in Württemberg dankte und ihm die hohe Auszeichnung des Ritterkreuzes des Ordens der Württembergischen Krone verlieh.

Die befürwortende Haltung des Königs in der Frage einer Erstellung des ethnographischen Museums am Hoftheaterplatz kam auch Herzogin Wera in St. Petersburg zu Ohren, die für einen Neubau des Theaters an der alten Stelle, aber lieber noch für eine

Das Museum für Länder- und Völkerkunde nach dem Entwurf Theodor Fischers von der Planie her gesehen

Aufnahme
Hauptstaatsarchiv Stuttgart

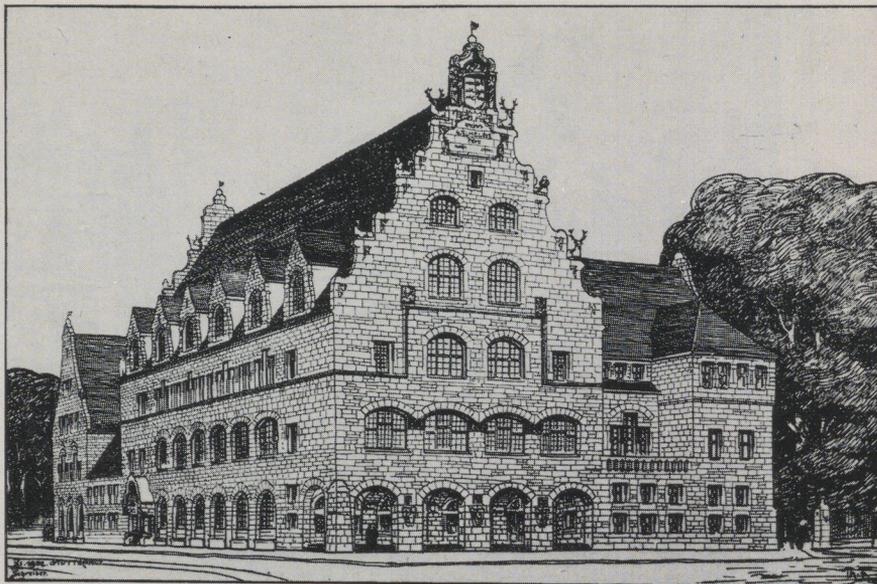


Wiedererstellung des Lusthauses eintrat. Ihre erregte Rückfrage beim königlichen Kabinett beantwortete dessen Chef, Freiherr v. Gemmingen-Guttenberg beruhigend, der König habe, was vertraulich zu behandeln sei, das Projekt der Erstellung eines Altertums-museums oder eines Museums für Länder- und Völkerkunde ausspielen lassen, um dem ihm nicht genehmen Wiederaufbau der Oper beim Neuen Schloß zu begegnen. Eine Entschließung sei keineswegs erfolgt, doch stehe der König dem Plan „in hohem Grad sympathisch“ gegenüber, zumal beträchtliche Mittel dafür zur Verfügung stünden. Als Herzogin Wera weiterhin für das Lusthausprojekt warb, wurde ihr am 1. Mai 1905 mitgeteilt, Seine Majestät habe sich für das Völkerkundemuseum entschieden und glaube die Frage eines Wiederaufbaus des Lusthauses – für den keine Mittel vorhanden waren – nicht weiter in Rechnung ziehen zu sollen.

Im März 1905 erschien im „Staatsanzeiger“ eine offiziöse Erklärung, daß das Staatsministerium nach Beratung mit den anderen Ministerien den Hoftheaterplatz unter all den in Frage stehenden Plänen „wesentlich nur für den Bau eines Museums für Völkerkunde“ geeignet erachte, womit die Öffentlichkeit vorbereitet werden sollte. Dem gleichen Zweck diene ein weiterer Artikel des „Staatsanzeigers“ vom 13. März 1905, in dem ein neuer Lösungsvorschlag, die Oper am alten Platz zu erstellen, die Oberbaurat v. Reinhardt im „Schwäbischen Merkur“ veröffentlicht hatte, abgelehnt und der Vorschlag gemacht wurde,

sie beim Charlottenplatz, vor dem alten Waisenhaus, zu erstellen. Der Verein für Handelsgeographie, so hieß es weiter, habe dem Finanzministerium mitgeteilt, daß von Gönnern inzwischen 900 000 Mark (!) für den Neubau zur Verfügung gestellt worden seien. Damit könne ein monumentaler Bau erstellt werden, der sich architektonisch seiner schönen Umgebung anpassen, andererseits aber einen bescheideneren Raum einnehmen würde als das Theater. Auch für die innere Einrichtung könnten Stiftungen in Aussicht genommen werden. Die Sammlungen des Vereins betrügen schon über 50 000 Nummern und seien damit zu den „allerersten Deutschlands“ zu rechnen. Die Staatsregierung solle sich sehr überlegen, ob sie ein solches Angebot zurückweisen dürfe, die Krongutsverwaltung stehe dem Projekt „sehr sympathisch“ gegenüber. Auch die Stadt Stuttgart und deren Bewohner würden „sich die Vorteile eines solchen Museums zu vergegenwärtigen allen Anlaß haben“.

Als dann Anfang 1906 die Stände die Mittel zum Theaterneubau bewilligten, ohne einen Vorbehalt hinsichtlich der Platzwahl zu machen, hielt Graf Linden den Zeitpunkt für gekommen, erneut vorstellig zu werden. Am 30. Mai 1906 wies er in einem Schreiben an das königliche Kabinett auf die Schäden hin, die dem Verein durch die lange Verzögerung entstünden: das Erlahmen des Interesses habe zur Folge, daß bereits einige Gönner die zugesagten Spenden zurückgezogen hätten, auch könnten bei der Unbestimmtheit der Lage keine neuen Sammlungen an-



Das von Theodor Fischer entworfene Museum von Südwesten

Aufnahme
Hauptstaatsarchiv
Stuttgart

gekauft werden, während der Raummangel der vorhandenen dringend Abhilfe erfordere, die Millionenwerte seien in äußerster Gefahr. Nachdrücklich bat er um eine baldige Entscheidung. König Wilhelm setzte sich darauf mit dem Finanzminister in Verbindung, der von Graf Linden den Nachweis erbat, daß die erforderlichen Gelder zum Bau und zur Einrichtung des Museums in bar vorhanden seien. Es stellte sich heraus, daß noch rund eine halbe Million Mark fehlten, die der Graf jedoch beizubringen hoffte. Schwieriger war für ihn, daß der Staat einen Beitrag von 300 000 Mark nur unter der Bedingung in Aussicht stellte, daß die staatliche vorgeschichtliche und „eigentliche“ Altertumssammlung mit in den Neubau aufgenommen würden und der von ihrem Betreuer, Professor Gradmann, angegebene Raumbedarf von 6000 qm weit mehr betrug, als Graf Linden zugestehen zu können glaubte. Er müsse dann selber 17 000 qm fordern, erklärte er, sonst werde der Beitrag der Regierung zu einem wahren Danaergeschenk. Immerhin hatte sein Drängen zur Folge, daß der König die Zuweisung des Hoftheaterplatzes erneut ernstlich erwog und dem damals noch konkurrierenden Lusthauskomitee gleichfalls zur Auflage machte, seine Mittel binnen wenigen Wochen nachzuweisen.

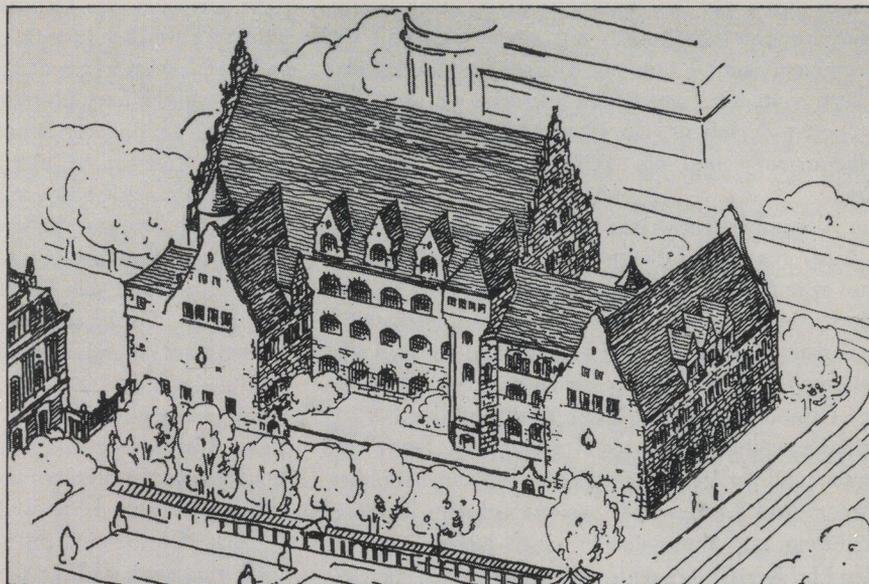
Allein, die erhoffte Entscheidung ließ abermals auf sich warten; Monat um Monat verstrich, ohne daß etwas geschah. Ein Gerücht, über den Hoftheaterplatz sei nun endgültig ein Beschluß gefaßt worden,

wurde offiziell dementiert. Im Februar 1907 brachte das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ unter der Überschrift „Stuttgarts vornehmster Platz“ einen Artikel, der sich gegen die Errichtung des Völkerkundemuseums neben dem Neuen Schloß aussprach. Unter voller Anerkennung der Wichtigkeit und Bedeutung der Sammlungen wurde die Frage gestellt, ob der praktisch lehrhafte Zweck des Museums sich mit der künstlerischen Schönheit vereinen lasse, die die Lage am Schloßplatz erheische. Selbst wenn das möglich sei, bleibe immer noch bestehen, daß ein Museum für Völkerkunde der Sache und dem Inhalt nach sich nicht für eine derartige im höchsten Sinn repräsentative Stelle eigne. Erfahrungsgemäß erfreuten sich derartige Sammlungen nicht der lebendigen Teilnahme weiterer Bevölkerungskreise. Dazu komme, daß ein Museum dieser Art erweiterungsfähig sein müsse, was an dieser Stelle ausgeschlossen sei. Der Artikel schloß mit dem Fazit: ein ethnographisches Museum paßt seiner innersten Natur nach so wenig wie ein Schulhaus für einen so kostbaren, geradezu einzigartigen Platz wie den des alten Hoftheaters.

Der Verfasser scheint damit die Meinung weiterer Kreise zum Ausdruck gebracht zu haben. Wenige Tage später folgte im gleichen Blatt ein weiterer Aufsatz, der ihm vollen Beifall zollte und die Frage stellte: was soll mit dem Theaterplatz geschehen, wenn der Lieblingswunsch der Stuttgarter nicht erfüllt wird, das neue Hoftheater dort aus der Asche erstehen zu sehen? Die Antwort war: was Stuttgart

Das von Theodor Fischer
entworfene Museum von
Nordwesten

Aufnahme
Hauptstaatsarchiv
Stuttgart



nottut, sind eine Kunsthalle und ein Konzerthaus! Herzogin Wera griff bezeichnenderweise den Artikel des „Stuttgarter Neuen Tagblatts“ sogleich auf und beauftragte ihren Hofmarschall, Seiner Majestät gegenüber die darin vorgebrachten Gründe gegen ein ethnographisches Museum am Schloßplatz geltend zu machen. Graf Linden nahm offiziell keine Notiz von dem Artikel, dafür reichte er im April 1907 ein neues Gesuch um „definitive Zuweisung des Platzes“ ein, in dem er seine früheren Argumente in aller Eindringlichkeit wiederholte. Die Antwort war wenig befriedigend: unter Hinweis auf den in Planung befindlichen Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs wurde erklärt, daß eine Festlegung der Bauplätze vor der Entscheidung dieser wichtigen Frage, die im Laufe des Sommers zu erwarten sei, nicht wohl möglich erscheine.

Inzwischen holte Ministerpräsident von Weizsäcker die Stellungnahme des Innen- und des Kultusministers zu der Frage ein. Minister Pischek meinte skeptisch, die Erstellung des Museums durch eine private Vereinigung werde nur durch eine zusätzliche große Lotterie möglich sein und da werde der handelsgeographische Verein noch größere Schwierigkeiten haben als das Lusthauskomitee. Minister Fleischhauer begrüßte den Gedanken an sich, den Sammlungen am Hoftheaterplatz eine Unterkunft zu schaffen, forderte aber zugleich Räume darin für die staatliche Altertümersammlung, die, im Erdgeschoß der Landesbibliothek aufgestellt, gleichfalls unter großer

Enge litt. Zugleich wies er auf das Bedürfnis hin, eine Halle für Kunstausstellungen jeder Art zu erstellen, da dies mit der steigenden Bedeutung Stuttgarts auf dem Gebiet der Kunst zu einer besonderen Aufgabe geworden sei; dafür eigne sich der Hoftheaterplatz in hervorragendem Maße. Allerdings würden die Bedürfnisse des Kunstdepartements auf den verschiedensten Gebieten die Inanspruchnahme staatlicher Mittel für den Bau der „Kunstausstellungshalle“ kaum erlauben. Damit schien, wie sich Ministerpräsident von Weizsäcker ausdrückte, das Ausstellungsgebäude „noch mehr im Nebel“ als das Lusthaus und das Museum für Völkerkunde.

Am 27. Februar 1907 hatte der Verein für Handelsgeographie sein 25jähriges Jubiläum gefeiert. Zu der Festsitzung im Oberen Museum waren auch der König mit seinem Generaladjutanten, General von Bilingfinger, der Herzog Wilhelm von Urach und der Präsident des Staatsministeriums, von Weizsäcker, erschienen und hatten damit erneut ihre Verbundenheit mit dem Verein und seinen Bestrebungen zum Ausdruck gebracht. Die Hoffnung begann wieder zu steigen, den Platz neben dem Neuen Schloß doch noch zu gewinnen. Allein der Sommer verging, ohne daß vom königlichen Kabinett die erwartete Mitteilung erfolgte. Darauf wandte sich Graf Linden an den Finanzminister von Zeyer, der durchblicken ließ, daß der König für den Hoftheaterplatz inzwischen eine andere Verwendung ins Auge gefaßt habe. Bei einem Besuch im Ministerium erklärte der Graf, er

würde sich – die Zustimmung seiner Gönner in England vorausgesetzt – auch mit einem anderen Platz begnügen, worauf ihm auf Geheiß des Königs drei Plätze zum Kauf angeboten wurden: ein Areal am früheren Zuchthaus, ein Platz zwischen Metz- und Neckerstraße und ein Teil des Weißenhofgeländes.

Im November teilte Graf Linden mit, daß sich seine Gönner für keinen dieser Plätze entschieden hätten, daß aber Professor Theodor Fischer ein Projekt skizziert habe, wonach das Museum an die Lindenstraße, zwischen Holzgarten- und Hegelstraße bei dem (damaligen) Schlachthaus, zu stehen kommen solle. Dieses Gelände gehörte teils der Stadt und der Bürgerhospitalverwaltung, teils als Krongut dem Staat und unterstand der Verwaltung der Hofdomänenkammer. Bevor Graf Linden aber weitere Schritte in dieser Richtung tat, unternahm er einen letzten Vorstoß, den Hoftheaterplatz doch noch zu gewinnen. Er richtete am 30. Dezember 1907 ein Schreiben an den König, in dem er ihn an sein – bedingtes – Versprechen vom 23. September 1902 erinnerte und abermals auf den nicht abzusehenden Schaden für die Sammlungen in ihrer derzeitigen Unterbringung sowie auf den Verlust der in Aussicht gestellten Gelder hinwies, die nur unter der Voraussetzung des Hoftheaterplatzes als Bauplatz zugesagt worden seien. Zugleich bat er um eine Audienz, um zusammen mit den Vereinsmitgliedern Kommerzienrat Zilling, Geh. Hofrat Dr. von Bälz, Bergratsdirektor von Klüpfel und Oberstudienrat Schumann, die Wünsche des Vereins für Handelsgeographie mündlich vorzutragen. Kabinettschef von Soden, an den das Gesuch gelangte, erbat von Finanzminister von Zeyer Auskunft, was dieser mit dem Grafen verhandelt habe, bevor der König verständigt würde. Ihm, Soden, gegenüber habe Graf Linden seinerzeit feierlich erklärt, er lege auf den alten Theaterplatz keinen so großen Wert mehr, da er für das geplante Museum ohnehin zu klein sei, und sei zufrieden, wenn er nur einen anderen geeigneten Bauplatz erhalte. Das habe er als Kabinettschef dem König mitgeteilt, der daraufhin die Verwendung des Platzes für ein Ausstellungsgebäude in Aussicht genommen und den Finanzminister, wie erinnerlich, angewiesen habe, Ersatzplätze namhaft zu machen.

Wohl auf Veranlassung von Sodens, der, anders als sein Vorgänger, sich mit Graf Linden wenig gut verstand, lehnte König Wilhelm die erbetene Audienz ab, weil die im Sommer angeforderten Berichte des Finanzministers und des Hofkammerpräsidenten noch

nicht vorlägen, eine Entscheidung somit derzeit nicht getroffen werden könnte. In einem Privatschreiben an Graf Linden fügte der Kabinettschef noch hinzu, wie er vom Finanzminister vertraulich erfahre, sei ja bereits ein anderer Bauplatz ins Auge gefaßt, der teilweise Krongut sei, der Graf wende sich deshalb am besten zunächst an den Präsidenten der Hofkammer. Nach wie vor habe der König den Wunsch, eine baldige Entscheidung treffen zu können, ein Zurückkommen auf den Hoftheaterplatz sei aber wohl aussichtslos. Graf Linden nahm die Absage mit guter Haltung auf: es sei zumindest daraus zu entnehmen, daß in der Platzfrage eine Entscheidung bald fallen werde und damit der für den Verein so nachteilige Zeitverlust von fünf Jahren seinen Abschluß finde. Von einem „Zurückkommen“ auf den Theaterplatz könne allerdings keine Rede sein, denn er habe nie auf den „Gnadenakt“ des Königs vom 23. September 1902 verzichtet. Übrigens sei Theodor Fischer nicht von ihm, sondern von Oberbürgermeister von Gauß um Fertigung einer Bauplanskizze für das Museum auf der Grundlage der Situationspläne des Schlachthauses und Umgebung gebeten worden, er, Linden, habe erst nachher davon erfahren und dann mit dem Finanzminister darüber gesprochen.

Diese Antwort veranlaßte von Soden zu einer zwar höflichen aber scharf formulierten Entgegnung, es sei ihm unverständlich, was Graf Linden unter „Gnadenakt“ verstehe. Am 23. September 1902 habe Baron von Gemmingen, sein Vorgänger, lediglich mitgeteilt, daß Seine Majestät den Plänen für ein ethnographisches Museum sympathisch gegenüberstehe und daß die Wahl des Hoftheaterplatzes unter gewissen Vorbehalten den allerhöchsten Intentionen vollkommen entspreche. Dabei habe es sich lediglich um ein Kabinettschreiben mit einer entgegenkommenden Äußerung auf die gegebene Anregung, keinesfalls aber um eine Zusage, geschweige denn um einen Gnadenakt gehandelt. Somit könne auch von einem „Verzicht“ keine Rede sein, denn verzichten könne man nur auf ein Recht oder einen rechtlichen Anspruch. Seine Majestät stehe heute diesem Gedanken überhaupt nicht mehr sympathisch gegenüber, sondern gedenke in anderer Weise über den Hoftheaterplatz zu verfügen.

Graf Linden dankte für die „offene Aussprache“, die einen „wesentlichen Beitrag zur Klärung der Lage und Förderung der Sache“ darstelle, meinte aber, daß die Zusage des Königs mehr als nur ein Ausdruck der Sympathie gewesen sei und die dabei gemachte Einschränkung, die Zustimmung der Finanz-

verwaltung, durch das Schreiben des Finanzministers vom 2. Juni 1906 aufgehoben worden sei. Nehme man dazu noch die offiziöse Mitteilung im Staatsanzeiger vom 19. März 1905, so könne man keinen anderen Schluß ziehen als die von ihm vertretene Ansicht, daß der Hoftheaterplatz für sein Museum bestimmt gewesen sei. Wenn der König nun von seiner einstigen Zusage Abstand nehme, sei er dann geneigt, einen anderen Platz zur Verfügung zu stellen? Abermals spielte er die Karte aus, daß die 350 000 Mark der Gönner in England nur für den Bau am alten Theaterplatz gestiftet worden seien.

Als der Kabinettschef darauf keine Antwort erteilte, wandte sich Graf Linden Mitte März 1908 nochmals an ihn, ob für den Verein keine Hoffnung mehr bestehe, den Platz zu erhalten. Denn auch der Versuch, das Grundstück beim Schlachthaus zu bekommen, habe kein Ergebnis gehabt, da vom Hofkammerpräsidenten keine Rückäußerung erfolgt sei (was dann eine Verwahrung desselben zur Folge hatte). Die Vereinsleitung könne die Verantwortung für die Sammlungen nicht länger tragen; es sei beschlossen, die Bestände des Vereins seinerzeit dem Staat unter der Voraussetzung zu übergeben, daß zwar nicht der Bau des Museums, aber doch die Grundfläche dazu kostenlos von Krone oder Staat zur Verfügung gestellt werde. Graf Linden schloß seine Ausführungen mit der Bitte um baldige Äußerung, da der Verein Gelegenheit habe, einen geeigneten Platz zu kaufen und sich bald entscheiden müsse.

In seiner Antwort versicherte Freiherr von Soden nochmals, das erlösende Wort könne nicht vom Kabinett kommen, soviel stehe aber fest, daß der Platz des Hoftheaters für den Bau eines Museums für Länder- und Völkerkunde ausgeschlossen sei. Über einen anderen Platz des Kronguts habe der König kein freies Verfügungsrecht, sondern dürfe ihn nur im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Hofkammerpräsidenten veräußern. Trotz des guten Willens beider Instanzen sei aber ein passender Platz nicht verfügbar, und wenn, könne er unentgeltlich nicht überlassen werden. Soden riet, sofort zuzugreifen, wenn der Verein Gelegenheit habe, einen geeigneten Bauplatz zu kaufen, denn bei einem Platz des Kronguts werde es ohne schwierige und langwierige Verhandlungen nicht abgehen.

Erst jetzt gab sich Graf Linden geschlagen und stellte in seiner Erwiderung vom 28. März 1908 fest, daß die Hoffnung auf den Theaterplatz endgültig vorbei sei, werde eine bittere Enttäuschung für das Museumskomitee und die Gönner des Vereins sein. Kostbare

5 1/2 Jahre seien verloren. Der Hoftheaterplatz wäre bei seiner Überlassung an den Verein Eigentum der Krone geblieben, das darauf erstellte Gebäude wäre ihr damit von selbst zugewachsen, der Verein hätte nur die Befugnis gehabt, das Gebäude für die Zwecke des Museums zu benützen. Ein Erwerb der Plätze beim Zuchthaus und bei der Metzstraße komme nicht in Frage, der Kaufpreis für das Grundstück beim Schlachthaus aber sei mit 460–490 000 Mark für den Verein unerschwinglich. Darum habe er, wie ihm vom Kabinett geraten worden, den Hofkammerpräsidenten ersucht, wegen des staatlichen Ankaufs dieses Platzes mit dem Finanzminister in Verbindung zu treten, denn der Platz biete soviel Raum, daß auch ein Gebäude für die „Sammlung vaterländischer Altertümer“ darauf erstellt werden könnte. Der Präsident scheinete sich aber an diesen Teil ihrer Besprechung nicht mehr zu erinnern. Zugleich versicherte Graf Linden jedoch, er werde sich nun mit den Gönnern des Vereins wegen des „freihändigen Erwerbs“ eines geeigneten Platzes in Verbindung setzen. – Damit war diese Phase der Verhandlungen abgeschlossen, die Hoffnung auf einen kostenlosen Erwerb des Bauplatzes hatte sich als trügerisch erwiesen.

Am 27. Mai 1908 feierte Graf Linden bei einem Festessen im großen Saal des Oberen Museums seinen 70. Geburtstag. Zahlreiche Gratulanten gedachten seiner Verdientse um den handelsgeographischen Verein, der ihm schon im Oktober des Vorjahres das erste Stück der von den Freunden und Gönnern zum 25jährigen Jubiläum gestifteten „Linden-Medaille“ verliehen hatte. In ihrem Auftrag schuf Professor Pankok auch ein Porträt des Grafen, das für das neue Heim des Vereins bestimmt war.

Der Jubilar war in der Zwischenzeit nicht untätig gewesen und hatte endlich bei seinem Bemühen um einen geeigneten Bauplatz Glück gehabt. Am 22. Mai 1908 brachte der „Schwäbische Merkur“ die Notiz: „Wie wir hören, ist der gegenüber der Gewerhalle, zwischen Herdweg und Hegelplatz liegende schöne Garten von den Besitzern, Bankiers Keller, erworben worden, der sich vortrefflich für den Zweck des Museums eignet. Die bürgerlichen Kollegien (Gemeinderat) haben dem Unternehmen dadurch Unterstützung angedeihen lassen, daß sie den wertvollen, vor dem Keller'schen liegenden Platz zur Verfügung gestellt und einer notwendig werdenden Änderung der Anbauvorschriften zugestimmt haben.“

Der Verwirklichung des Bauplans stellte sich freilich eine neue Schwierigkeit entgegen: der wichtigste der

drei Geldgeber in London, Friedrich Eckstein, der insgesamt 300 000 Mark in Aussicht gestellt hatte, zog, enttäuscht über die lange Dauer der Verhandlungen, sein Angebot zurück. Der Schatzmeister des Vereins, Theodor Wanner, der nach London gereist war, die gestifteten Gelder in Empfang zu nehmen, kehrte unverrichteter Dinge zurück. Er wandte sich Ende Mai 1908 an Generaladjutant General Bilfinger und bat um seine Intervention beim Kabinettschef. (Bilfinger war im Frühjahr mit der Königin in England gewesen und hatte dort auch Herrn Eckstein kennengelernt.) Letzterer beharre auf seiner Bedingung des Theaterplatzes, teilte Wanner mit, und verlange als einstiger Pfarrerssohn eine Garantie dafür, daß auf dem Platz keine katholische Kirche erstellt werde, wie er angenommen habe. Ferner berichtete Wanner, daß Graf Linden den Keller'schen Garten aus eigenen Mitteln um 250 000 Mark erstanden habe.

Die Demarche des Schatzmeisters führte zu einem Schriftwechsel General Bilfingers mit von Soden, der entgegnete, der König sei nicht, wie Bilfinger angeregt hatte, für die Abgabe einer schriftlichen Erklärung, doch könne Wanner mündlich versichern, daß von der Erbauung einer katholischen Kirche nie die Rede gewesen, über den Platz aber inzwischen anderweitig verfügt worden sei – die Entscheidung war zu Gunsten des Kunstgebäudes gefallen. Als sich von Soden nun auch selbst an Eckstein wandte, erwiderte dieser aus London, er habe den Schatzmeister in keiner Weise beauftragt, den Kabinettschef oder General Bilfinger aufzusuchen. Nachdem er von Wanner gehört, daß man über den Theaterplatz anderweitig verfügt habe, sei die Angelegenheit für ihn erledigt.

Wieder verging fast ein Jahr, bis sich Graf Linden am 28. April 1909 abermals an den Kabinettschef wandte, da ein viermaliger Versuch, von Eckstein das Geld zu bekommen, erfolglos geblieben war. Er bat von Soden, ein Wort der Fürsprache einzulegen: er möge das große Interesse des Königs an dem Museum betonen und an die Anhänglichkeit Ecksteins an Württemberg und Stuttgart appellieren; vielleicht könne man ein Porträt des Königs in Aussicht stellen. von Soden willigte zwar ein, nach London zu schreiben, doch lediglich in einem Privatbrief und ohne eine Auszeichnung in Aussicht zu stellen. In einem Nachwort bemerkte er, er nehme an, daß keine anderen Gründe für die Zurückziehung der Gelder vorhanden seien. Seine wahre Meinung äußerte er in einem Brief an Baron von Gültlingen: er denke nicht daran, Herrn Eckstein um weitere 300 000

Mark „anzupumpen“, sondern wolle nur feststellen, ob dieser überhaupt den Betrag versprochen und aus dem angegebenen Grund zurückgezogen habe, was er nicht glaube. Er vermutete vielmehr einen Schachzug Graf Lindens dahinter: der König hat sein Versprechen nicht gehalten, also hält Eckstein seines auch nicht. Dieser habe ihm und Bilfinger seinerzeit in Stuttgart erklärt, ihm sei es einerlei, wo seine Majestät das Museum hinbaue. von Soden lehnte es auch ab, Graf Linden zu begegnen: er verkehre aus wohlbekanntem Gründen mit dem Herrn lieber schwarz auf weiß! Der Graf, der vielleicht ähnlich empfand, setzte alle persönlichen Gefühle hintan und bat den Kabinettschef nochmals, in offizieller Eigenschaft nach London zu schreiben, denn es gehe um eine Lebensfrage des Museums. Darauf schrieb dieser am 25. Mai 1909 an Friedrich Eckstein, es seien Zweifel an der Richtigkeit der Behauptung Graf Lindens geäußert worden, der Großkaufmann habe sein Geldangebot aus den bewußten Gründen zurückgezogen. Dem stünden seine Äußerungen ihm, Soden, gegenüber entgegen. Er betonte: „Seine Majestät hat nie ein formelles Versprechen gegeben, konnte es auch nicht, weil er nicht Eigentümer des Platzes ist. Wie dem auch sei, jedenfalls ist nun nicht ohne Mithilfe des Königs ein ausgezeichnete Platz für das Linden'sche Museum gesichert und gleichzeitig aber auch über den alten Theaterplatz . . . endgültig verfügt worden, indem auf diesem ein Ausstellungsgebäude errichtet werden soll, dessen Pläne schon fertiggestellt sind.“ Dessenungeachtet habe der König immer noch größtes Interesse an dem ethnographischen Museum. – Eckstein erwiderte darauf nochmals, für ihn sei die Sache abgeschlossen, er werde aber demnächst nach Stuttgart kommen und dabei den Kabinettschef aufsuchen.

Was die beiden Herren besprochen haben, ist nicht bekannt, das Ergebnis muß jedoch positiv gewesen sein, denn sonst wäre der Verein für Handelsgeographie wohl kaum in der Lage gewesen, ein Preis-ausschreiben für Pläne zu dem Museum am Hegelplatz bekannt zu machen. Zur Teilnahme wurden alle in Württemberg geborenen oder da ansässigen Architekten eingeladen. Drei Preise in Höhe von 4000, 2500 und 1500 Mark waren für die besten Entwürfe ausgesetzt. Einsendetermin war der 1. Juli 1909, am 13. Juli trat das Preisgericht, darunter die Münchener Professoren Gabriel von Seidl und Theodor Fischer (der 1908 einem Ruf an die Technische Hochschule München gefolgt war), der Stuttgarter Oberbürgermeister von Gauß und Bürgerausschuß-



Das Lindenmuseum am Hegelplatz vor dem letzten Krieg

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

obmann Dr. Erlanger unter dem Vorsitz von Graf Linden zusammen. Von den 72 eingegangenen Arbeiten wurde dem Entwurf des Stuttgarter Architekten Georg Eser der 1. Preis zuerkannt, weil er „sich der Konfiguration des Geländes glücklich anschließt und eine lebhaft gruppierte, welche namentlich von der Seite des Katharinenhospitals zur Wirkung gelangt, erzielt“. Auch vermittelte dieser Entwurf „mit dem Vorteil zweckmäßiger Unterbringung des Vortragssaals mit der Gesamtlage eine flüssige Verbindung durchweg gut belichteter Sammlungsräume“.

Ohne weiteren Verzug beauftragte Graf Linden die Architekturfirma Bihl & Woltz, gemeinsam mit dem Preisträger die Erstellung des Baus in Angriff zu nehmen. Nicht ohne einen gewissen Stolz teilte er den erfreulichen Fortschritt dem Kabinettschef mit der Bitte mit, den in Friedrichshafen weilenden König davon zu verständigen. Dieser schrieb auf den Rand der Mitteilung: „Bitte meinen Dank und Glückwünsche zu dem wesentlichen Schritt in der Ausführung des auch von mir so lebhaft begrüßten Werkes auszusprechen.“

Mit den Grabarbeiten für das „Lindenmuseum“ wurde alsbald begonnen, langsam wuchs, begrenzt von Hegelstraße, Hegelplatz und Herdweg, das zweitgrößte völkerkundliche Museum Deutschlands empor. Die Baukosten beliefen sich bis zur Fertigstellung auf 1 Million Mark. Davon waren 750 000 Mark durch die Stiftung der englischen Freunde und gesammeltes Kapital gesichert, der Rest wurde durch freiwillige Beiträge, Spenden und den Ertrag einer von der Regierung genehmigten Geldlotterie in 3 Serien zu je 300 000 Losen zu 3 Mark aufgebracht.

Noch im Lauf des Jahres 1910 kam der Bau unter Dach, nachdem in letzter Minute nach einer heftigen Debatte in den Gemeindegremien der Stadt Stuttgart der umstrittene Vorbau auf der Seite gegen den Herdweg genehmigt worden war, der als mögliches Verkehrshindernis zu Beanstandungen geführt hatte. Am Sonntag, den 28. Mai 1911, fand in Gegenwart und mit den Segenswünschen des Königs die feierliche Eröffnung des Lindenmuseums mit einem Festakt im neuen Vortragssaal statt, dem sich eine festliche Tafel im Stadtgarten anschloß; am Abend wurden im Wil-

helmatheater für die Teilnehmer die Stücke „Blau“, „Die Medaille“ und „Der zerbrochene Krug“ gegeben. Der Verein für Handelsgeographie hatte um Ordensauszeichnungen für zahlreiche um das Zustandekommen des Museums und seiner Sammlungen verdiente Persönlichkeiten nachgesucht. Die Liste war von den zuständigen Stellen stark gekürzt worden, doch ging trotzdem noch ein reicher Ordenssegen auf die Freunde und Förderer nieder. Unter den Ausgezeichneten befanden sich Kommerzienrat Paul Zilling, Dr. Hermann Meyer, Leipzig, Konsul der Vereinigten Staaten von Brasilien, Finanzrat Pahl vom Reichskolonialamt, der Fabrikant und schwedische Konsul G. Wanner, der Großkaufmann Sutorius in Lima, der Forschungsreisende Dr. jur. Zintgraff, Berlin und Regierungsrat Dorbritz in Buea, Kamerun. Nachträglich erhielten die drei Württemberger in London, August Ries, Friedrich von Eckstein und Ludwig von Breitmeyer, die an der Einweihung des Museums nicht teilgenommen hatten, die „Silberne-Hochzeits-Medaille“ des Königs. Ihre großzügigen Stiftungen waren schon früher durch hohe Orden und den damit verbundenen Personaladel honoriert worden, wie das „von“ vor ihren Namen nun stolz bezeugte.

Nur einer konnte der verdienten Ehrungen nicht mehr teilhaftig werden: Graf Linden selbst. Am 15. Januar 1910 hatte ihn eine heimtückische Krankheit im Alter von 72 Jahren hinweggerafft. Seiner Witwe wurde beim Festakt die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen, und damit auch ihr Verdienst an dem Zustandekommen des Museums symbolisch zum Ausdruck gebracht. Es war nicht mehr als selbstverständlich, daß das neue Museum den Namen des Mannes erhielt, dem sein Entstehen in erster Linie zu verdanken war. Es trug und trägt ihn zur bleibenden Erinnerung, um auch kommenden Generationen von dem Opferwillen, aber auch von der Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit des von seiner Idee erfüllten Grafen zu künden.

Man wird es heute nicht mehr wie zur Zeit Graf Lindens bedauern, daß das Lindenmuseum nicht seinen Platz am Schloßplatz gefunden hat. An seinem heutigen Standort steht es freier und hat bessere Möglichkeiten, sich zu entfalten, um seine reichen, über den letzten Krieg geretteten Schätze der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die mit zu den größten Sehenswürdigkeiten Stuttgarts gehören.

Quellen: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Kabinettsakten IV (E 14) Faszikel 332, 333, 355; Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten III (E 46) Faszikel 1009.

Stuttgarts „obere Anlagen“ als Fußgängerbereich zwischen Hauptbahnhof und Altstadt erschließen und verbinden gleichzeitig die wesentlichsten öffentlichen Gebäude der Innenstadt, an welche sich im Westen der alte Hochschulbereich dicht angliedert. Noch ist diese Zone starker Kriegszerstörungen nicht ganz neu aufgebaut, insbesondere sind umfangreiche Verkehrsbawerke in mehreren Ebenen erst allmählich zu verwirklichen. Um so erfreulicher und für das städtische Leben besonders anregend erwies sich die Neugestaltung des alten Schloßgartenbezirks im Rahmen der Bundesgartenschau 1961. Alle Stuttgarter wissen, was für ein Kleinod sie hier besitzen, und sie werden es pflegen und schützen nach allen Kräften und jeden weiteren Ausbau begrüßen.

Planerläuterung

- | | | |
|---|--|-----------------------------|
| 1 Hauptbahnhof | 10 Landesbibliothek an der Neckarstraße | 21 Staatsbauschule |
| 2 Neues Schloß mit Schloßplatz | 11 Staatstheater, Großes Haus, Oper | 22–25 Technische Hochschule |
| 3 Königsbau | 12 Staatstheater, Kleines Haus, Schauspiel | 22 Altbau am Stadtgarten |
| 4 Kunstgebäude | 13 Staatsgalerie an der Neckarstraße | 23 Zwei neue Hörsaalgebäude |
| 5 Anlagensee | 14 Staatl. Musikhochschule | 24 Bibliothek |
| 6 Altes Schloß am Karlsplatz | 15 Wagenburgtunnel | 25 Studentenheim und Mensa |
| 7 Stiftskirche am Schillerplatz | 16 Fußgängersteig über die Schillerstraße | 26 Hoppenlauffriedhof |
| 8 Rathaus am Marktplatz | 17 St. Eberhardskirche an der Königstraße | 27 Hauptpost |
| 9 Landtagsgebäude von Baden-Württemberg | 18 Hospitalkirche | 28 Schloßgartenhotel |
| | 19 Landesgewerbeamt | 29 Theodor-Heuss-Straße |
| | 20 Städt. Konzerthaus Liederhalle | 30 Rotebühlplatz |





Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

Ein unbekannter Saal aus klassizistischer Zeit in Stuttgart

Von Walter Kittel

Während Stuttgart mit seinem Lusthaus schon in der Renaissance einen Saal besaß, dessen künstlerische Bedeutung über den Rahmen der damaligen Residenz weit hinausging, hat später über seinen historischen Sälen ein unglücklicher Stern gestanden. Es gab im 20. Jahrhundert in Stuttgart keinen alten Saal, der im Bewußtsein der Bürgerschaft und im öffentlichen Leben auch nur annähernd die Rolle gespielt hätte, wie der Gürzenich in Köln, der Ratssaal in Bremen oder der Goldene Saal im Augsburger Rathaus. Das Lusthaus wurde durch Umbau in ein Theater künstlerisch entwertet und durch den Brand im Jahre 1902 vollends ganz zerstört. Der „weiße Saal“ im Neuen

Schloß war mehr prunkvoll als schön und durch spätere Zutaten wenig glücklich verändert, die reizvollen Säle in der Alten Akademie fristeten ein unbeachtetes Dornröschendasein als Magazine der Hofbibliothek bis sie abbrannten.

Ähnlich erging es dem feinen Saal, der sich seit etwa 1800 im „König von England“ befand. Dieses markante Fachwerkhaus mit seinen auskragenden Geschossen und seinem wuchtigen Mansarddach, das bis 1943 die Ecke der Dorotheen- und Kirchstraße bildete, beherbergte seit 1712 das erste Kaffeehaus der Stadt. Im Jahr 1798 wurde darin der Gasthof zum „König von England“ eröffnet, welcher in der



Klassizistischer Saal im alten „König von England“ Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der vornehmste Gasthof der Stadt war.* Um diese Zeit ist offenbar in dem aus mehreren älteren Häusern zusammengefaßten Gebäude im 2. Obergeschoß ein größerer Saal eingebaut worden. Ende der 60er Jahre ging das Anwesen in städtischen Besitz über und wurde für Kanzleien eingerichtet, wobei der Saal, für den man keine Verwendung mehr hatte, durch Zwischenwände und Schornsteine zur Unkenntlichkeit entstellt wurde. Als im Jahre 1936 bei Gelegenheit eines Umzugs städtischer Ämter das Gebäude Dorotheenstraße 2 mit der Markthalle verbunden und mit Zentralheizung versehen wurde, tauchte der Gedanke auf, den Saal in seiner ursprünglichen Form als Sitzungssaal und vielleicht auch zur Abhaltung von kleineren Konzerten und Vorträgen wiederherzustellen. Leider konnte diese Absicht damals nur teilweise verwirklicht werden. Es wurden zwar alle Zwischenwände, Flure und Schornsteine entfernt, wobei sich zeigte, daß die Stuckarbeiten bis auf geringe Beschädigungen wohl erhalten waren. Der Saal mußte aber aus Raumnot durch eine Mittelwand in zwei Teile geteilt bleiben und nur die nördliche Hälfte konnte in Zusammenarbeit mit der staatlichen Denkmalpflege auch farblich so instandgesetzt werden, wie es etwa dem früheren Zustand entsprochen haben mag. Mit dem ganzen Gebäude ist das kleine Raumkunstwerk im Jahre 1943 ein Raub der Bomben und Flammen geworden. Aber auch heute noch erinnert der Name „König von England“, den der von Professor Gonser an dieser Stelle errichtete Laden- und Büroneubau weiterführt, an die wechselvolle Vergangenheit dieser Ecke des alten Stuttgart.

Die Bilder zeigen Fensterseite (S. 151) und Nordwand (S. 150) des 14,2 m langen und 8,5 m tiefen Saales. Von außen war dieser am Gebäude nicht zu erkennen, denn seine acht Fenster an der Langwand zur Dorotheenstraße fügten sich der übrigen Wandaufteilung vollständig ein. Lediglich im Innern unterschied sich die Architektur von den übrigen ganz schlicht gestalteten Räumen. In etwa 1 m Abstand von der Außenflucht standen an der Fensterwand sieben Säulen mit einfachen Plattenkapitellen auf 60 cm hohem Sockel. In Übereinstimmung mit der Säulenreihe waren die übrigen Wände durch flach vorliegende Pilaster gegliedert. Säulen und Pilaster trugen ein fein profiliertes Gebälk, das oben mit Zahnschnitt und Konsolgesims abgeschlossen war. Die ebene, un-

verzierte Decke lag etwa 3,80 m über dem Saalboden, während die anderen Räume desselben Geschosses nur so hoch waren, wie der Gang vor den Säulen an der Fensterwand. Da die Vorderfront des alten Fachwerkhauses von Stockwerk zu Stockwerk vorgekragt war, standen die Säulen genau über dem Erdgeschoßmauerwerk. Sie dürften jedoch nur in beschränktem Maß konstruktive Bedeutung gehabt haben. Vielmehr dienten sie als Unterstützung des Gebälks, welches die Saaldecke in den Dachraum hineinhob, und das wegen des Dachanschnittes nicht in der Fensterwand liegen konnte.

Die Felder der Wand waren durch zarte Stuckprofile eingefast; teilweise schlossen diese oben halbkreisförmig ab und waren mit Blütensvasen und Fruchtgirlanden geschmückt. Die Schmalwände zeigten im Mittelfeld reichere Behandlung mit vergoldeten Flachschnitzereien und Spiegeln, unter denen je ein halbovales Marmortischlein auf zwei kannelierten Beinen stand. Links und rechts von den Mittelspiegeln führten hohe Flügeltüren in die Vorräume. Während die Puttengruppen über diesen Türen künstlerisch ziemlich schwach waren, trugen die vier äußeren Felder der Querwände außerordentlich hübsche Stuckdekorationen in Flachrelief: Tamburine, Hörner, Trompeten und Flöten, mit Blumen, Schilf und Bändern zu reizvollen Gruppen gefast. In ihnen ist die festliche Bestimmung des Raumes auf das augenfälligste verkörpert.

Bei der Wiederherstellung 1936 zeigten sich keine Spuren zeitgenössischer Bemalung; deshalb wurden die Stuckflächen ganz hell elfenbeinfarbig getönt mit weißen Zwischenfeldern. Die Türen waren silbergrau gestrichen und weiß abgesetzt mit dunklen Beschlägen. Nur sieben Jahre hat der Saal so bestanden und nur wenige Stuttgarter haben ihn überhaupt kennengelernt, da er internen Sitzungen diente. Dann ereilte ihn – allzubald – sein Geschick der endgültigen Zerstörung.

Heute ist dieser Raum von schlichter Würde mit seiner stillen Festlichkeit nur mehr eine Erinnerung. Er kann uns aber auch noch im Bild etwas von der Atmosphäre des eleganten Gasthofes vermitteln, in dem mancher prominente Reisende abgestiegen sein mag, der durch das Schwabenland fuhr. Wir wissen, daß der Dichter Jean Paul und der Maler Stirnbrand hier verkehrten und wir wissen es ganz besonders von Wilhelm Hauff, der seine Novelle von der „Bettlerin vom Pont des Arts“ in Stuttgart im „König von England“ und in der Bildersammlung der Brüder Boisseré beginnen läßt.

* Nach G. Wais. Alt-Stuttgarts Bauten im Bild. 1951. Dort auch Bild 542: Innenraum und Bild 541: Außenansicht des Gebäudes von etwa 1905.



Die Uff-Kirche in Cannstatt

Aufnahme Helga Wilde

Aus der Geschichte der Stuttgarter Friedhöfe

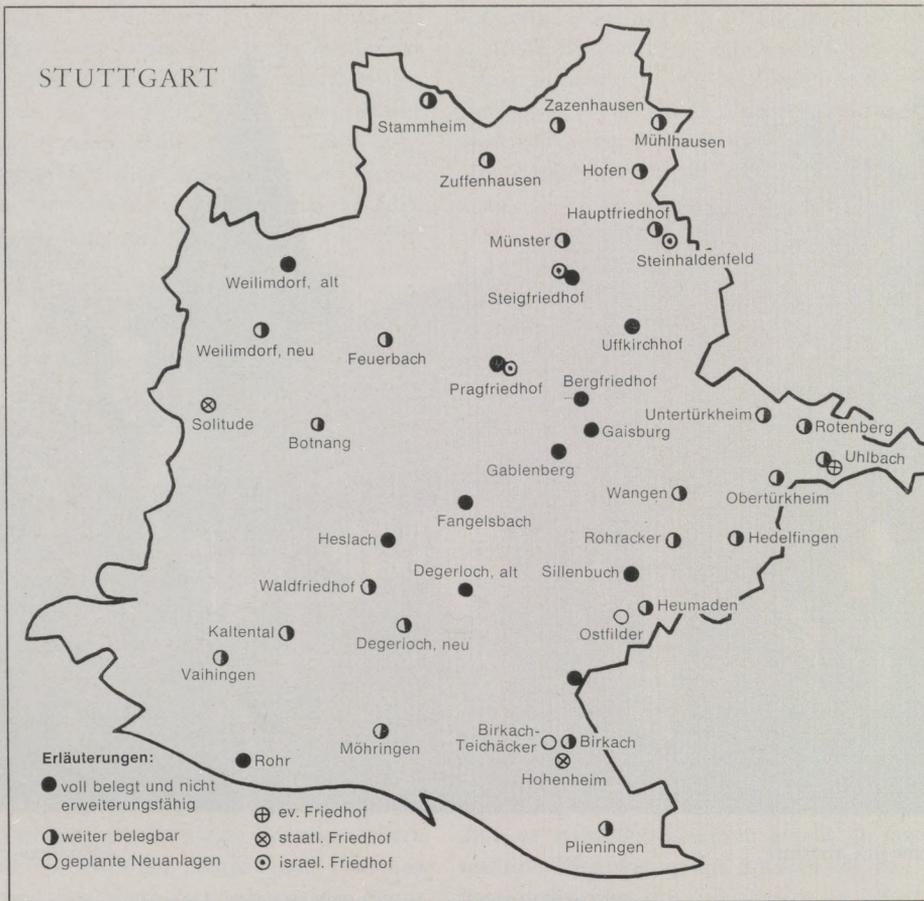
Von Hermann Ziegler

Nur wenige öffentliche Aufgaben haben ein solches Beharrungsvermögen, sind so konservativ in ihren Bräuchen und Erscheinungen, wie das Bestattungswesen. Gewiß, es gibt auch bei uns im wesentlichen nur zwei Bestattungsarten, die Erdbestattung und die Brandbestattung. Die Toten werden in Einzelgräbern oder Gemeinschaftsgräbern, in Reihengräberfriedhöfen, in Kirchhöfen oder Friedhöfen bestattet. Die eigentlichen Begräbnisbräuche aber haben sich, mit Ausnahme der Wiedereinführung der Feuerbestattung, seit den Tagen Karls des Großen nur unwesentlich gewandelt. Die Begräbnisplätze sind im Laufe der Jahrhunderte den Veränderungen der Besiedlungsstruktur gefolgt, sie sind damit ein getreues Spiegelbild der Vergangenheit und der Gegenwart. Wer aufmerksam durch die Friedhöfe wandert, kann ihre historische Entwicklung und ihre Bedeutung un-

schwer ablesen. Hier können uns vergangene Zeiten und Menschen lebendig werden, wir verfolgen die Entwicklung der Grabmalkunst, wir lesen Grabschriften und Bibelzitate, studieren Ornamente und Symbole. Aber auch die einstigen Kirchhöfe und Begräbnisplätze sind nicht spurlos untergegangen. Die heutige Zeit mit ihren großen Bauplänen bringt viele uns sogar neu zum Bewußtsein. Auch in Stuttgart sind die Begräbnisplätze lebendiger Ausdruck geschichtlicher Epochen.

Vorchristliche Begräbnisstätten

Einige Einzelgräber im heutigen Markungsgebiet stammen aus der Jungsteinzeit. Von den vielen Gräbern der Metallzeiten sind die beiden 1934¹ und 1937² im Stadtteil Steinhaldenfeld gefundenen Für-



Die Friedhöfe im Gebiet der Stadt Stuttgart

Nach einem Plan des Städt. Nachrichtenamts

stengräber aus der späten Hallstattzeit mit ihren reichen Beigaben besonders bekannt geworden. Erst die Römerzeit, in der der Neckar anfangs die römische Reichsgrenze bildete, hinterließ geschlossene größere Begräbnisstätten. Auf dem Gelände der ehemaligen Ziegelei Höfer „Auf der Steig“ in Bad Cannstatt, 600 m nördlich vom einstigen Römerkastell, wurde 1817 ein römischer Friedhof entdeckt. Beim Abbau der Lehmgrube für die Ziegelei wurde 1894 bis 1906 von Kapff eine Reihe von Gräbern ausgegraben. Zuletzt wurden im Herbst 1955 weitere Gräber bei Baggerarbeiten angeschnitten und 83 Gräber untersucht. Der Friedhof hat wohl ursprünglich etwa 300 bis 400 Gräber enthalten³. Es waren meist Brandgräber und nur wenige Körpergräber.

Hier wurden sowohl die Soldaten des Kastells als auch die bürgerlichen Bewohner des Vicus bestattet. Beim Bau von drei Siedlungshäusern am Sparrhärmelingweg wurde im Herbst 1961 650 m westlich des

Kastells ein kleinerer römischer Friedhof neben der einstigen Römerstraße, die vom Kastell über die Prag und Hohe Warte nach Pforzheim und Straßburg führte, aufgefunden. Nahe dem Wilhelmsplatz in Bad Cannstatt wurde 1930 in der Baugrube des Gebäudes Seelbergstraße 7 eine römische Begräbnisstätte entdeckt. Ein dort gefundener erhaltener Grabstein, den Aurelius Aurelianus Abdetathus seinen beiden gefallenen Brüdern, den persischen Panzerreitern Aurelius Saluda und Aurelius Regrethus im Jahr 236 setzen ließ, befindet sich als ältestes erhaltenes Grabmal aus dem Raum Stuttgart im Lapidarium des Württ. Landesmuseums.

Aus der frühalamannischen Zeit sind bisher nur wenige Gräber gefunden worden, dagegen stammen aus der späteren Zeit Reihengräberfelder der heutigen Siedlungen in den nördlichen und östlichen Stadtteilen Weilimdorf, Feuerbach, Stammheim, Zuffenhausen (erster Fund 1965), Zazenhausen, Münster,



Grabmal Ulrichs des Stifters und seiner Gemahlin in der Stiftskirche Stuttgart, 1265

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

Bad Cannstatt und Untertürkheim, während im Stuttgarter Nesenbachtal nur einzelne Gräber und 1878 eine kleinere Grabgruppe an der Gaisburger Straße bekannt wurde. Auf den Fildern südlich von Stuttgart wurden Gräber in Vaihingen und Möhringen gefunden. Zwei dieser Gräberfelder sind herauszuheben: das Feuerbacher, das 1862 erstmals angeschnitten wurde, 1904, 1911/12 und 1927/28 wurden dort insgesamt 142 Gräber von Stadtpfarrer Kallee und Oberstabsarzt Dr. Blind untersucht⁴. Die Funde bilden den Grundstock des Heimatmuseums Feuerbach. Bei dem sehr früh entstandenen Verkehrsknotenpunkt Cannstatt stieß man beim Umbau der alten römischen Waiblinger Straße 1750, später beim Bahnbau 1895, und zuletzt 1936 auf alamannische Gräber, die vermuten lassen, daß sich hier eines der größten alamannischen Gräberfelder befindet⁵.

Die Kirchhöfe

Die älteste christliche Begräbnisstätte wird bei der am Ende des 6. Jahrhunderts von den Franken auf der Altenburg beim Gerichts- und Versammlungsort der Alamannen errichteten Martinskirche⁶ vermutet.

Der Standort dieser Urkirche des Cannstatter und Stuttgarter Tales ist noch nicht einwandfrei nachzuweisen. Wahrscheinlich wurde sie auf römischen Gebäuderesten im südlichen alten Teil des Steigfriedhofs auf einem das Talbecken weithin beherrschenden Platz gebaut. Ob die beim Bau der Steigschule gefundenen Gräber zum Kirchhof der Martinskirche gehörten, ist noch ungeklärt.

Nach der Aufteilung des Sprengels der Martinskirche und ihrer Eingliederung in die einstige Stuttgarter Tochterkirche im Jahre 1321 blieb sie noch der kirchliche Mittelpunkt und die Begräbnisstätte für die Gemeinde Bnye-Altenburg, die aber im 15. und 16. Jahrhundert allmählich in Cannstatt aufging. Die Kirche selbst wurde 1511–1516 abgebrochen und am Ortsrand von Bnye im Neckartal wieder aufgebaut. Nach der Reformation 1541 als geistlicher Fruchtkasten verwendet, wurde sie mit Unterstützung König Wilhelm I. 1858 wieder katholische Kirche. Der Kirchhof aber blieb auf der Altenburg.

Nicht viel jünger, nach manchen Forschern vielleicht auch älter, ist der Uffkirchhof neben der im 8. oder 9. Jahrhundert rechts vom Neckar in Cannstatt ebenfalls auf römischen Gebäuderesten an einer wichtigen



Bildnis des Stiftspropstes Ludwig Vergenhans von seinem Grabmal in der Stiftskirche, 1512

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

römischen Straßenkreuzung in nächster Nähe des großen alamannischen Cannstatter Gräberfeldes entstandene Uffkirche zu Unserer lieben Frau⁶. Der ummauerte Kirchhof an der Straße zur Staufenfeste Waiblingen diente in den Kämpfen des Mittelalters als Wehranlage. Er blieb jahrhundertlang die Begräbnisstätte für die Orte Unter- und Obertürkheim, Uhlbach und Rotenberg, bis diese eigenes Begräbnisrecht erhielten.

Der dritte Kirchhof auf der heutigen Gemarkung Cannstatt neben der vielleicht als Eigenkirche der alamannischen Herzöge entstandenen Cannstatter Stadtkirche zu St. Cosmas und Damian wurde, weil er „einen wasserfesten Grund“ hatte, 1506 zugunsten des Uffkirchhofs aufgegeben. In den Stadtteilen im Neckartal sind früh auch die Kirchhöfe an der Michaelskirche in Wangen, an der Untertürkheimer Kirche zu St. Bartholomäus und an der Obertürkheimer St. Peterskirche entstanden.

Im Stuttgarter Tal ist der älteste Kirchhof um die Tochterkirche von St. Martin, die Heiligkreuzkirche vielleicht schon um 1200 errichtet worden. Graf Eberhard der Erlauchte (1265–1325) ließ nach der Wiedereroberung Württembergs mit Genehmigung des Papstes das von Graf Ulrich mit dem Daumen 1265 in Beutelsbach erneuerte Chorherrenstift 1320 hierher verlegen. Die Gebeine der Vorfahren wurden im nächsten Jahr in den Kirchhof der Stiftskirche „gegen Aufgang der Sonnen“ umgebettet. 1535 wurden sie in dem Chor der Kirche begraben. Der Begräbnisplatz um die Kirche wurde 1432 aufgehoben, die Mauern wurden 1480 gebrochen.

In der seit 1330 im Süden der Altstadt entstehenden St.-Leonhards-Vorstadt wird „bei großen Sterbens Läufen“ an der St. Leonhardskirche 1393 der „Nuwe Kirchhoff“ (1621 Kürchhoff zu St. Leonhard) angelegt. In ihm werden viele Handwerker und Weingärtner, die vorzugsweise in dieser Vorstadt wohnen, begraben. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts ist er nicht mehr häufig benutzt worden. Es wird darüber geklagt, daß unmittelbar am Kirchhof, zum Teil auf der Mauer Häuser stehen, deren Bewohner „allerlei Unrat hineinwerfen, ihre Dachrinnen dahin richteten, Weinstöcke darin pflanzten und kleine Gärtchen anlegten“. Am 19. Mai 1621 wurde den Hauseigentümern streng befohlen, innerhalb von acht Tagen die Weinstöcke und Gärten wegzuschaffen, die Türen in den Kirchhof zu vermauern und die Fenster in ihn zu vergittern. Am 31. Januar 1681 klagte der Schulmeister und der Mesner bei der St. Leonhardskirche über die Schmälerung ihrer Akzidenzien⁷, „weil man so wenig Leute mehr auf diesem Kirchhofe begrabe“. 1799 wurde dieser Kirchhof aufgehoben und 1805 geschlossen.

In der Oberen Vorstadt (Turnierackervorstadt, später Reiche Vorstadt) entstand nach 1493 auf dem Platz vor dem Dominikanerkloster (der heutigen Hospitalkirche) ein dritter Kirchhof, der *Spitalkirchhof*. (1621 Kürchhoff an der Spitthalkirchen). In ihm sind die Beamten und Bürger der Reichen Vorstadt begraben worden, bis er 1746 eingeebnet und gepflastert wurde. Es ist der heutige Hospitalplatz. Im Jahre 1604 ist oberhalb des Spitals bei einer Seuche der *Mittlere Kirchhof* neu angelegt worden. Er wird 1621 „Kürchhoff oben uffm Thurnierackher, der New Spitthal Kürchhoff genannt“, später hieß er Mittlerer, zuletzt Innerer Spitalkirchhof. Dort hat man anfangs nur die an Pest Gestorbenen begraben, später ist er allgemeiner Begräbnisplatz geworden. Auf herzoglichen Befehl vom 13. Oktober 1783 wurde der Friedhof geschlossen, doch schon am 15. November im

gleichen Jahr wieder geöffnet. Er ging 1808 völlig ein. Das Gelände wurde 1834 für den Bau eines Realschulgebäudes an den Staat abgegeben. Der Staat hat die Realschule auf einem anderen Grundstück errichtet und später den ehemaligen Friedhof als Bauplatz verkauft.

Die Friedhöfe außerhalb der Stadtmauer

Die Begräbnisplätze des Mittelalters waren die mit der Kirche verbundenen Kirchhöfe. Zu Beginn der Neuzeit entstanden durch die Bevölkerungszunahme der befestigten Städte und bei Seuchen als erste hygienische Maßnahme Begräbnisplätze außerhalb der Stadtmauern. Sie bleiben mit der nächsten Kirche verbunden.

Außerhalb der Stadtmauer der Leonhardsvorstadt kaufte man 1564 von Konsistorialsekretär Lorenz Schmidlin an der Heusteig einen Garten und legte dort einen Friedhof für die an der Pest Gestorbenen an, der eine Zeitlang nach dem ersten Verstorbenen, Christian Trost, Trostkirchhof genannt wurde. Später hieß er Kirchhof zu St. Kaspar, 1621 „Kürchhoff ußerhalb der Statt am Lazareth-Hauß“, Friedhof zur Heusteig, Ußerer Kirchhof zu St. Leonhard und ab 1808 Lazarettkirchhof. Durch Ankauf eines $\frac{3}{4}$ Morgen großen Gartens wurde er 1763 vergrößert. Mit der Eröffnung des Fangelsbachfriedhofs 1823 wurde der Friedhof geschlossen und die Gräber 10 Jahre später eingeebnet. Auf dieser Fläche steht heute die Jakobschule und die Feuerwache.

1622 schenkte der Magister⁸ Johann Kercher der Stadt vor dem Büchsentor ein Grundstück. Zum Dank für die Schenkung erhielt er einen vergoldeten Becher mit dem Stadtwappen und einer Umschrift, der 196 Gulden gekostet hatte. 1626–1628 legte die Stadt darauf als dritten Spitalkirchhof den „Kürchhof vorm Büchsenthor, zu St. Hannß (Johannes) genannt“ an. Später hieß er Ußerer (Äußerer) Spitalkirchhof und ab 1808 Hoppenlaukirchhof. Johann Kercher, der am 18. September 1628 im Alter von etwa 80 Jahren starb, wurde nach dem Totenbuch als erster in dem „Neuen Kirchhof“ begraben. Nach der Schließung des Spitalkirchhofs wurden die hohen Hof- und Staatsbeamten, Bürger und Kaufleute der Reichen Vorstadt ausschließlich hier zur letzten Ruhe gebettet. Hier erlebt der aufmerksame Besucher deshalb die Zeiten Karl Eugens mit der Hohen Karlsschule, der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege, der Restauration, der Achtundvierziger und der Reichsgründung. Der Friedhof wurde mehrfach, vor 1743, 1749–1753, 1811–1813 und 1840–1850



Epitaph für den Reformator Johannes Brenz, 1584, seit 1950 in der Schloßkirche

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

auf Kosten der umgebenden Spitaläcker erweitert. Er wird bis 1880 benützt und dann für Beerdigungen geschlossen.

In diesen beiden äußeren Friedhöfen werden auch die Toten in Pest- und Kriegszeiten begraben. Das gilt für die Pestepidemien 1565, 1571/1572, wo 730 Menschen von etwa 8500 Einwohnern starben und 1611 (1118 Tote). Nach der Schlacht von Nördlingen am 6. September 1634, als die kaiserlichen Truppen das protestantische Württemberg kurz vor der Weinlese besetzten, verfaulte der reiche Erntesegen zum Teil an den Stöcken. Die kaiserlichen Soldaten zehrten viele Lebensmittelvorräte auf und verdarben noch mehr. Hungersnot, Teuerung, Flüchtlingseend und die Pest, die im Herbst 1634 in Stuttgart ausbrach, brachten bisher unvorstellbare Sterbeziffern. Im Herbst 1634 starben 672 Personen an der Pest und am Hunger, 1635 starben anfangs täglich 50 bis 60 Menschen daran. Auf den beiden äußeren Fried-

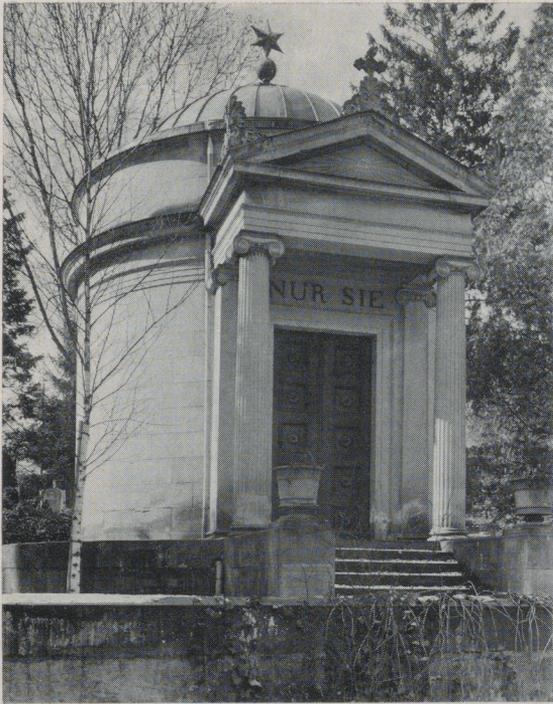


Epitaph für Bürgermeister Jakob Speidel (1538–1613) an der Uff-Kirche

Aufnahme Helga Wilde



Grabmal Christiane Friedrike Spittler, 1791. Tonrelief, Entwurf Dannecker
Aufnahme Landesbildstelle Württemberg



Grabkapelle Benckendorff aus dem Heselacher Friedhof, 1823/24 erbaut von Salucci

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

höfen wurden deshalb große Gruben gegraben, in welche man die Särge dicht neben- und übereinander und dazwischen noch Kindersärge stellte. Der kaiserliche Kommandant, Oberst Ossa, verbot nun auch das Begraben bei Tag und das Trauergefolge. Die Torwachen mußten den Männern und Frauen ihre Trauerkleidung wegnehmen. Die Leidtragenden versteckten daher die Kleidungsstücke auf den Feldern und brachten sie nachher in Butten und Körben in die Stadt. Als man ihnen auch diese wegnahm, gingen sie mit Schaufeln und Hauen neben den Särgen her, als ob sie Totengräber wären. Im November 1635 ließ die Seuche nach, flammte aber in den drei nächsten Jahren wieder auf. Erst 1639 hörte die Pest ganz auf, nachdem hauptsächlich sie 1635 4309, 1637 945, 1638 1446 und im Ganzen von 1634 bis 1638 8810 Opfer bei einer Einwohnerzahl von 8327 Personen (im Jahr 1631) gefordert hatte.

Begräbnisplätze in Kirchen und Grüften

In der Stiftskirche, der Leonhards- und Hospitalkirche sind wie anderswo im Mittelalter Geistliche, Wohltäter der Kirche und vermögende Leute begraben

worden. Hier wurden auch Epitaphien zum Gedächtnis an die Verstorbenen aufgehängt, die in den Kirchhöfen begraben wurden. Bald aber hat man das Begraben in den Kirchen erschwert, so 1537 und am 16. 1. 1541. Bei jedem Begräbnis in der Stiftskirche und Spitalkirche waren nun 10 Gulden, in der Leonhardskirche 10 Pfund Heller, zu entrichten. Durch einen Befehl vom 5. Februar 1700 wurde das Begraben in den Kirchen „ohne Specialbefehl und zu erwartenden Bescheid aus dem fürstlichen Geheimen Regimentsrath“ verboten. Im Kreuzgang des einstigen Dominikanerklosters neben der Hospitalkirche, wurden viele Adelige und Hofbedienstete beigesetzt, zuletzt am 30. April 1802 Christiane Ulrike Reichsgräfin von Zeppelin.

König Wilhelm I. ließ nach dem Tode seiner zweiten Gemahlin Katharina 1819/1820 die Stamburg Württemberg abbrechen. An ihrer Stelle hat 1820 bis 1824 Hofbaumeister Giovanni Salucci (1769–1845) die Grabkapelle auf dem Rotenberg errichtet. In ihrer Gruft ruhen Königin Katharina, König Wilhelm und deren Tochter Marie Gräfin von Neipperg.

In der unter der Schloßkirche im Alten Schloß befindlichen Fürstengruft ruhen König Karl (1823–1891) mit seiner Gemahlin Olga (1822–1892) und ihre Nichte Herzogin Wera (1854–1912) mit ihrem Gatten.

Nach dem Tode Herzog Friedrichs 1608 wurde innerhalb 17 Tagen unter dem Chor der *Stiftskirche* eine fürstliche Gruft erbaut. In ihr wurden der Herzog und die Gebeine seiner Vorfahren, die zuletzt unter dem Fußboden des Chores bestattet waren, beigesetzt. Diese Gruft wurde 1683 um ein „neues Gewölb“ unter der Sakristei erweitert. Bis 1734 sind hier zahlreiche Angehörige des Herzogshauses bestattet worden.

Friedhöfe

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung führte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts mit der zunehmenden Bevölkerung, der Unmöglichkeit, die in geschlossenen Wohngebieten gelegenen Kirchhöfe zu erweitern, gesundheitlichen und hygienischen Bedenken gegen weitere Totenbestattungen inmitten der Häuserviertel dazu, daß neue Begräbnisstätten außerhalb der Städte und Ortschaften entstanden.

In den Jahren 1821–1823 wurde als Ersatz für den Lazarettfriedhof der „Neue Kirchhof“ im Gewann Fangelsbach auf Kosten der Stadtkasse angelegt und mit einer Mauer umgeben. Er wird am 1. November 1823 eröffnet. Dieser Teil des Friedhofs wird 1858



Grabkapelle Rotenberg

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

gegen Abtretung des Lazarettfriedhofs von der Stadt tauschweise dem Armenkasten wieder überlassen. Die Armenkastenpflege selbst erweitert den Friedhof 1840 und 1865/1869. Ab 15. Januar 1873 erhält der Friedhof den Namen „Fangelsbachfriedhof“. Der Gemeinderat beschloß am 9. 2. 1905 zunächst die völlige Schließung des Friedhofs auf 31. Dezember 1905, um die Mozart- und die Filderstraße quer durch den Friedhof führen zu können. Die Reaktion der Bevölkerung erreichte am 9. und 30. 11. 1905 die teilweise Aufhebung dieses Beschlusses durch die bürgerlichen Kollegien. Beerdigungen in Wahlgräbern wurden mit gewissen Einschränkungen wieder zugelassen, wenn die Gräber für die späteren Straßendurchbrüche nicht vorgesehen waren. Die Mozartstraße, die den Friedhof in zwei Teile zerschnitt hätte, wurde nicht gebaut, während die Filderstraße auf Kosten des Friedhofs angelegt wurde. Der Friedhof ist in seinem Umfang nicht nennenswert verkleinert worden. Mit einer Entschließung des Oberbürgermeisters vom 15. Dezember 1936 wurde er zur uneingeschränkten Benützung wieder freigegeben.

Am Ende der 60er Jahre machte sich das Bedürfnis nach einem zentralgelegenen großen Friedhof fühlbar. Nach längeren Bemühungen wurde ein auf der Prag gelegenes Feld als geeignet ausgewählt und die Grundstücke angekauft. Am 14. Januar 1873 wurde der dort angelegte Zentralfriedhof auf der Prag als erster städtischer Friedhof eröffnet, der aber sehr bald nach dem Gewinn Pragfriedhof genannt wurde. Die gärtnerische Anlage hat Garteninspektor Wagner entworfen und ausgeführt. Die Pläne für die Eingangshalle, die Friedhofskapelle, die Arkaden mit den Familiengrüften und die beiden heutigen Verwaltungsgebäude im neugotischen Stil stammen von Professor Beyer, dem Vollender des Ulmer Münsters. 1892 wird eine neue Leichenhalle erstellt, die 1936 erweitert wurde. 1905–1907 entsteht hier das Krematorium, das am 6. April 1907 eröffnet wird. Ab 1906 wird das ehemalige angrenzende Ziegeleigelande für den Friedhof verwendet. Der letzte Erweiterungsteil wurde nach einem Plan von Gartenarchitekt Richard Schreiner seit 1951 als Urnenfriedhof ausgebaut. In den Stuttgarter Weilern erhält Heselach mit dem



Symbolische Urnengruften der Familie Denninger in der Friedhofmauer des Fangelsbachfriedhofs

Aufnahme Friedrich Vogel

Bau der Kirche 1554 einen Kirchhof. Weil er nicht mehr erweitert werden kann, wird 1798 in der Baumreute der heutige Heselacher Friedhof angelegt, der mehrmals durch den Ankauf von Grundstücken vergrößert wird. In Gablenberg befand sich der mit einer Mauer umgebene Kirchhof vor der Petruskirche. Er wird 1789 hinter die Kirche verlegt und mehrfach erweitert. Der Kirchhof des einstigen Kameralortes Berg umgab die an Stelle einer mittelalterlichen Burg erbaute Wallfahrtskirche zu St. Johannes dem Täufer. 1825 wird ein neuer Friedhof im Raitelsberg angelegt, der bis 1901 Verwendung findet und 1952 der Villa Berg unter Belassung der historisch wichtigen Grabmale angegliedert wird. Dafür legte die Stadt im Gewann Schwarenberg 1884–1885 den (Neuen) Bergfriedhof an.

In den seit 1901 eingemeindeten Stadtteilen werden die neu angelegten Friedhöfe mehrfach in nächster Nähe der einstigen alamannischen Gräberfelder angelegt. Das gilt für den um 1750 angelegten und bis 1899 verwendeten Alten Friedhof in Feuerbach, für den 1803 eröffneten und 1905 geschlossenen Alten

Friedhof in Untertürkheim, für den 1828 angelegten Friedhof Stammheim, der seit 1936 über dem alamannischen Gräberfeld erweitert wird, und für den 1869 angelegten und noch benützten Alten Friedhof Weilimdorf.

Der Kirchhof um St. Barbara in Hofen wurde von 1532 bis 1795 allgemein verwendet. Einheimische hatten eine Leiblegegebühr von 6 Gulden, Auswärtige von 10 Gulden zu entrichten. Hier wurden im 18. Jahrhundert viele Katholiken, die am herzoglichen Hofe in Stuttgart und Ludwigsburg tätig waren, beigesetzt. Ausnahmsweise durften bekannte Persönlichkeiten bis 1823 beerdigt werden. 1795 wurde der heutige Friedhof außerhalb des Ortes angelegt. Der Kirchhof in Möhringen auf den Fildern wurde seit 1827 nicht mehr benützt und die Mauer 1840 entfernt. Der an der heutigen Vaihinger Straße 1827 begonnene Friedhof wurde 1906 geschlossen und 1951 in eine Anlage umgewandelt. Dafür wurde im Gewann Brand 1906 der heutige Friedhof errichtet. Er hieß ursprünglich Brandfriedhof. In Vaihingen auf den Fildern wurde der Kirchhof 1873 aufgegeben und

der heutige Friedhof angelegt. In Zuffenhausen wurde nach Aufgabe des Kirchhofs im 18. Jahrhundert beim Kelterplatz ein Friedhof angelegt, der heute überbaut ist. Der heutige Friedhof an der Marbacher Straße ist 1832 begonnen worden. Der Kirchhof in Botnang wurde vor 1700 geschlossen. Als Ersatz diente der heutige Alte Friedhof bis 1906, für den der heutige Friedhof an der Bauernwaldstraße ab 1. 1. 1907 eröffnet wurde.

Die neuen Friedhöfe

Seit dem Ende der 80er Jahre bemühen sich die Gemeinderäte in Stuttgart um weitere Friedhöfe. 1892 wird der Ersatz für den Fangelsbachfriedhof als „ein nachgerade dringendes Bedürfnis“ bezeichnet. 1900 wird ein Wettbewerb für einen Südfriedhof im Gewinn Eiernest ausgeschrieben, das Projekt aber bereits im nächsten Jahr wieder aufgegeben. Nach längeren Diskussionen und ernsthafter Prüfung vieler Vorschläge wurde 1911 beschlossen zwei neue Friedhöfe, den Waldfriedhof im Viereichenhau und den Hauptfriedhof im Steinhaldenfeld in Bad Cannstatt anzulegen. Der Waldfriedhof wurde nach den Plänen der Städt. Gartenbauinspektion unter Gartenbaudirektor Ehmman und die Hochbauten unter der Leitung von Stadtbaurat Pantle im Frühjahr 1913 begonnen. Bei Kriegsbeginn war dieser stimmungsvolle und schöne Friedhof fast fertig. Am 21. September 1914 wurde als erster Toter Hauptmann Ernst Hory bestattet. Die 1914 erbaute Friedhofkapelle wurde 1943 zerstört und 1954 wieder aufgebaut. Ein Jahr vorher ist im Viereichenhau eine größere Erweiterung eingeweiht worden. Zu Ehren der Kriegsoffer des ersten Weltkriegs wurde 1923 das von Professor Paul Bonatz entworfene Ehrenmal für die Gefallenen errichtet. Zu den Denkmälern der verschiedenen Truppenteile gesellte sich 1957 die Plastik „Mutter Heimat“ von Fritz von Grävenitz.

Der Hauptfriedhof in Bad Cannstatt wurde nach einem Wettbewerb im Herbst 1915 begonnen. Die erste Beerdigung war am 28. Januar 1918. Das Ehrenfeld für 956 hier bestattete Fliegeropfer wurde nach dem Entwurf von Käte Haag 1958 neu angelegt. Ein Mahnmal für das Ehrenfeld ist geplant. Für Euthanasie- und Konzentrationslageropfer wurde 1962 eine würdige Begräbnisanlage geschaffen.

Nach dem zweiten Weltkrieg sind viele Friedhöfe erweitert worden. Zwei Friedhöfe in Degerloch und Weilimdorf sind ganz neu angelegt worden. Stuttgart hat heute 38 städtische, zwei staatliche, einen evange-



Grabmal des Staatsministers Heinrich Sick auf dem Pragfriedhof, 1880
Aufnahme Carl Mayer

lischen und drei jüdische Friedhöfe. Die Gesamtfläche beträgt 128,27 ha. Weitere fünf neue Friedhöfe sollen in den nächsten Jahren und 17 Erweiterungen von Friedhöfen geplant und ausgeführt werden.

Die älteren Kirchhöfe und Friedhöfe gehörten zum Kirchengut und wurden seit der Reformation vom Armenkasten verwaltet. Dieser wurde 1885 in die Kirchen- und Schulpflege unter der Leitung eines Stiftungsverwalters umgewandelt. Nach der 1887 beschlossenen Ausscheidung des Kirchenvermögens gingen 1890 alle Stuttgarter Friedhöfe in das Eigentum der Stadt über, während der Prag- und Bergfriedhof seit ihrem Bestehen städtischer Besitz waren. 1891 wurde aus der Kirchen- und Schulpflege die Friedhofverwaltung abgetrennt. Seit 1913 führt dieses Amt die Bezeichnung Friedhofamt. Ähnlich verlief die Entwicklung in den damals noch selbständigen und später eingemeindeten Stadtteilen.

Sonderfriedhöfe

Beim Bau der Schloßanlage Solitude starben Soldaten der Arbeitskommandos, Handwerker und Arbeiter, die zunächst auf dem Dorfkirchhof in Gerlingen beigesetzt wurden. Durch die zusätzliche Belegung füllte sich dieser Friedhof sehr rasch, deshalb wurde im hinteren Teil des Rappenbergs 1774 ein kleiner Friedhof angelegt, der bis 1799 meist Soldaten der Solitudegarnison und herzogliche Bedienstete aufnahm. 1794–1814 folgte südlich des Schlosses beim kleinen Stern ein „Kirchhof des Kriegsspitals im Wald“, in dem die im Lazarett auf der Solitude gestorbenen Soldaten beigesetzt wurden. Beide Friedhöfe sind verschwunden. Bestehen blieb der kleine Soldatenfriedhof an der Straße nach Weilimdorf, in dem die Soldaten von 1866, 1870/71 und 1914/19 und die Bewohner der Solitude beerdigt wurden. Er wird, wie der Friedhof der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, vom Staatsrentamt verwaltet. In kirchlichem Besitz blieb der älteste Begräbnisplatz Uhlbachs, der Kirchhof um die Andreas-Kirche. In Stuttgart gestorbene Juden wurden früher in Freudental und Hochberg bestattet, bis im November 1834 der erste israelische Friedhof neben dem Hoppenlaufriedhof eingeweiht werden konnte. Dieser Friedhof wurde 1882 für Beerdigungen geschlossen, nachdem der Israelitische Friedhof beim Pragfriedhof 1877 angelegt werden konnte. Er ist bis auf wenige Gräber belegt. Bad Cannstatt erhielt 1873 beim Steigfriedhof einen Israelischen Friedhof, der 1940 durch einen neuen Friedhof im Steinhaldenfeld ersetzt wurde.

Bedeutende Persönlichkeiten

Häufig werden in den Friedhöfen die Gräber bedeutender Persönlichkeiten aufgesucht. Die beiden berühmtesten Stuttgarter sind fern der Heimat beerdigt. Der Dichter Friedrich Schiller (1759–1805), in Marbach geboren, Schüler der Hohen Karlsschule in Stuttgart, wurde im Landschaftskassengewölbe in Weimar zwischen anderen Särgen zur letzten Ruhe beigesetzt. Später entstand ein Streit um seine sterblichen Überreste. Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831), der an der Cholera in Berlin starb, wurde dort im Dorotheenstädtischen Friedhof beerdigt. In der Stiftskirche ruht der Dichter Hermann von Sachsenheim (1363/64–1458) und der Reformator Johannes Brenz (1466–1570), in der Leonhardskirche der Humanist und Staatsmann Johannes Reuchlin (1455–1522). Der Erbauer des Neuen Lusthauses in Stuttgart Georg Beer (1527–1600) fand seine letzte Ruhestätte in der Hospitalkirche, während Baumeister

Heinrich Schickhardt (1558–1635) und der Theologe Johann Valentin Andreä (1586–1654) im Hospitalkirchhof und der Philosoph und Staatsmann Georg Bernhard Bilfinger (1693–1750) im Kreuzgang der Hospitalkirche beerdigt wurde. Im Mittleren Spitalkirchhof sind der Theologe Johann Albrecht Bengel (1687–1752) und der unerschütterliche Staats- und Völkerrechtslehrer Johann Jakob Moser (1701–1785) beigesetzt. Im Hoppenlaufriedhof mögen genannt werden: Der Dichter, Musiker und Journalist Christian Friedrich Daniel Schubart (1739–1791)⁹, die Dichter Wilhelm Hauff (1802–1827) und Gustav Schwab (1792–1850), der Gründer des Schwäbischen Merkurs Christian Gottfried Elben (1754–1829), der Historiker und Staatsmann Ludwig Timotheus Spittler (1752–1810), der Maler Gottlieb Schick (1776–1812), der Kupferstecher Johann Gotthard Müller (1747–1830), der Verleger Johann Friedrich Cotta (1764–1832), der Begründer der württ. Landeskunde Johann Daniel Georg Memminger (1773–1840), der Bildhauer Johann Heinrich Dannecker (1758–1841) und der Naturforscher Friedrich Kiemeyer (1765–1844). Im Fangelsbachfriedhof ruhen der Architekt Nikolaus Friedrich Thouret (1767–1845), der Archäologe August Friedrich Pauly (1796–1845), der Philosoph Immanuel Hermann Fichte (1796–1879), der Großindustrielle und Mitbegründer der deutschen chemischen Industrie Gustav Siegle (1840–1905), im Heschlacher Friedhof die Politiker und Zwillingbrüder Conrad (1857–1922) und Friedrich Hausmann (1857–1907).

Im Pragfriedhof fanden ihre letzte Ruhestätte: Der Dichter Eduard Mörike (1804–1875), der Dichter der „Palmblätter“ und Oberhofprediger Karl Gerok (1815–1890), der Schriftsteller Friedrich Wilhelm Hackländer (1816–1877), die Verleger Eduard Hallberger (1822–1880) und Wilhelm Kohlhammer (1839–1893), die Philosophen Karl Christian Planck (1819–1880) und Eduard Zeller (1814–1908), der Architekt Christian Leins (1814–1892), der Zoologe und Nobelpreisträger Hans Spemann (1869–1941), der Luftschiffbauer Ferdinand Graf von Zeppelin (1838–1917), Vizekanzler Friedrich Payer (1847–1931), der preußische Kriegsminister Walther Reinhardt (1872–1930), in symbolischen Gräbern Staatspräsident Eugen Bolz (1881–1945) und Professor Kurt Huber (1893–1943), ferner die Kammersängerin Anna Sutter (1871–1910) und der Maler Willi Baumeister (1889–1955). Im Waldfriedhof sind zur letzten Ruhe gebettet worden: Der Mediziner und Anthropologe Erwin Bälz (1849–1913), der Schöpfer der Materialprüfungsanstalt der Technischen Hochschule Professor Carl Bach



Ehrenmal für 94 gefallene jüdische Soldaten 1914–1918, Israelitischer Pragfriedhof

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

(1847–1931), der Theologe und Leiter der Christengemeinschaft Friedrich Rittelmeyer (1872–1938), Landesbischof Theophil Wurm (1868–1953), der Großindustrielle Robert Bosch (1861–1942), die Sängerin Sigrid Onegin-Hoffmann (wiederverheiratete Penzoldt) (1891–1943), der Maler Oskar Schlemmer (1888–1943), der Architekt Paul Bonatz (1877–1956) und Bundespräsident Theodor Heuss (1884–1963).

In Bad Cannstatt ruhen im Uffkirchhof die Dichter Ferdinand Freiligrath (1810–1876) und Oberamtsrichter und Altertumsforscher Wilhelm Ganzhorn (1818–1880), von dem das viel gesungene Lied „Im schönsten Wiesengrunde“ stammt, der Erfinder des Daimler-Motors Gottlieb Daimler (1834–1900) und der Konstrukteur Wilhelm Maybach (1846–1929), der Erforscher der Spinalen Kinderlähmung Jakob Heine (1801–1879) und im Steigfriedhof der Kunsthistoriker und Archäologe Jakob Linckh (1887–1941) und der Rechtsforscher August Ludwig Reyscher (1802–1880). Diese Aufzählung kann nur eine sehr begrenzte Auswahl sein.

Grabmale

Besondere Aufmerksamkeit verdienen künstlerisch wertvolle Grabmale. Auch hier können nur die wichtigsten genannt werden. In der Stiftskirche blieben erhalten das Grabmal des Grafen Ulrich I. mit dem Daumen von 1265, 1895 wiederhergestellt, der Grabstein des Minnesängers Hermann von Sachsenheim (1458), der „Betende Ritter“, wohl den Landhofmeister Hermann von Sachsenheim darstellend (1508), das Grabmal des Stiftspropstes und Kanzlers Ludwig Vergenhans (1512) und das vom Meister der Grafenstandbilder Sem Schlör gestaltete Grabmal für den in einem Turnier tödlich verletzten Grafen Albrecht von Hohenlohe († 1575). Das wieder ergänzte Epitaph des Reformators Johannes Brenz (1584) wurde 1950 in der Schloßkirche aufgehängt. Den Leonhardskirchhof schmückte vor dem Chor der Kirche die Kreuzigungsgruppe des Heilbronner Bildhauers Hans Seyffer (1501), gestiftet von Vogtamtsverweser Jakob Walther, genannt Kühorn, und seiner Ehefrau Klara geb. Mager. Das Original befindet sich



Fritz von Grävenitz, Mutter Heimat, Ehrenmal auf dem Waldfriedhof

Aufnahme Hatt

seit 1905 in der Hopitalkirche. Am alten Standort wurde die von Bildhauer Reichelt geschaffene Nachbildung aufgestellt. In der Leonhardskirche wurde 1955 die Grabschrift des Humanisten Johannes Reuchlin, die er noch zu Lebzeiten 1501 verfaßte, im Chor nicht weit von seiner Grabstätte angebracht. Hier befinden sich auch die Grabmale der Witwe Ursula des Kanzlers Dr. Johann Feßler (1576) und die Epitaphien des Oberrates Johann Caspar von Menlishofen (1626), des Gewölbverwalters Eberhard Stickel (1621) und des Bürgermeisters Hans Christoph Stickel (1626). Aus der Hospitalkirche stammen das Grabmal des herzoglichen Rates Johann von Königsbach (1559), heute im Lapidarium der Stadt, das Epitaph des Bürgermeisters Sebastian Welling von dem Ulmer Maler Martin Schaffner (1535), 1839 auf ungeklärte Weise aus dem Kreuzgang verschwunden und seit 1912 in der Hamburger Kunsthalle, die Holzepitaphien für den Oberrat und Geheime Rat Caspar Beer (1561), für den Hofarzt Martin Stürmlin (1562), den Leibmedikus Constantin Phrygius (1601) und Bürgermeister Wolf Friedrich Lindenspür (1651), jetzt in den Stadtgeschichtlichen Sammlungen des Stadtarchivs im Wilhelmshaus, ferner das Steindenkmäl des Jägermeisters Niklas von Göllnitz (1615) im Chor und das Grabmal für Christina Charlotta Friederika von Spitznas, geb. von Pölnitz (1749), jetzt im Lapidarium.

Im Hoppenlaufriedhof haben außer dem Portal von 1626 (jetzt im Lapidarium) einige Barock-Grabmale und glücklicherweise viele klassizistische Grabmale die Zerstörungen des zweiten Weltkriegs überstanden. Herauszuheben sind das Relief aus gebranntem Ton nach einem Modell Danneckers für die 15jährige Christiane Friderike Spittler (1791), das Reliefbildnis einer Trauernden nach einem Modell von Scheffauer auf dem Grabstein von Frau Karoline Friederike von Misani geb. Megerlin (1818), die Trauernde nach Scheffauers Modell auf dem Grab der Familie Keller (um 1860), der Rundbau für Hofkammerrat Daniel Sick (1801), das Grabmal des Generalfeldzeugmeisters von Hügel mit dem Achilleshelm und einem mächtigen Schild (1807), die Grabmalgruppe Scheffauer-Landauer von Isopi (1808) und der altarförmige Denkstein für Emilie Pistorius (1816). Im Uffkirchhof ist das Renaissance-Denkmal für Bürgermeister Jakob Speidel († 1613) und das Grabmal für die Bürgermeister Jakob († 1635) und Johann Spittler († 1685), ferner für den Vogt Johann Friedrich Rampacher (1749) und Oberamtmann Johann Friedrich Hirschmann (1788) zu nennen. Den Steigfriedhof zieren das Grabmal für den Reichsposthalter

Jakob Linckh (1796), nach einem Entwurf Scheffauers von Ludwig Mack gestaltet und die prächtige Tumba mit korinthisierenden Eckpilastern für Pauline Zais (1828).

Auf einem Privatgrundstück beim Heslacher Friedhof ließ der russische Gesandte Graf von Benckendorff 1823/1824 für seine verstorbene Gemahlin Natalie geb. von Alopeus durch Hofbaumeister Giovanni Salucci eine Grabkapelle mit der Inschrift „Nur Sie“ erbauen. In einer Nische der Gruft wurde ein Doppelbildnis des Ehepaares aus Marmor von Dannecker, 1827 von Theodor Wagner ausgeführt, aufgestellt. Der Graf wurde 1828 aus Bulgarien hierher überführt.

Zahlreiche Vollplastiken, Büsten, Reliefdarstellungen, Medaillons aus neuerer Zeit schmücken Grabmale im Pragfriedhof, Uffkirchhof (hier die von Adolf Donndorf 1878 geschaffene Freiligrathbüste), Steigfriedhof und insbesondere den Waldfriedhof.

Die Ehrenfelder für die Opfer der beiden Weltkriege stellten besondere Gestaltungsaufgaben. Im ersten Weltkrieg waren 9860 Soldaten aus Stuttgart gefallen, dazu bei Fliegerangriffen 17 Personen. Im zweiten Weltkrieg sind 15 233 Soldaten gefallen und 9000 werden vermißt. Bei Fliegerangriffen verloren 3729 Deutsche und 770 Ausländer das Leben, weitere 1200 Personen werden vermißt. Die meisten Kriegsoffer wurden im Waldfriedhof und im Hauptfriedhof bestattet.

Mannigfaltig wie die Geschichte der Stadt ist das Werden und Vergehen ihrer Begräbnisplätze. Liebevoll hat die Erde viele Spuren vergangener Geschlechter bewahrt, haben Vorfahren und Mitlebende Denksteine für ihre Verstorbenen gesetzt und haben uns so ein Bild ihres Wirkens auf Erden hinterlassen. Unsere Aufgabe und die Aufgabe kommender Geschlechter ist es, alles Wertvolle und Bleibende zu bewahren.

Anmerkungen: ¹ Fundberichte aus Schwaben, Neue Folge VIII, Anhang I S. 1 ff. – ² Fundberichte aus Schwaben, Neue Folge IX, 1938, S. 55 ff. – ³ Rolf Nierhaus: Das römische Brand- und Körpergräberfeld „Auf der Steig“ in Stuttgart-Bad Cannstatt, Stuttgart 1959. – ⁴ Oskar Paret: Die frühschwäbischen Gräberfelder von Groß-Stuttgart und ihre Zeit (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart Heft 2) Stuttgart 1937, S. 31 ff. – ⁵ desgl., S. 18 ff. – ⁶ Gustav Bossert: Die Entstehung der Kirchen in Cannstatt und seiner Umgebung bis 1275 (Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte, 4. Jahrgang 1940, S. 238 ff.). – ⁷ hier = Beerdigungsgebühren. – ⁸ fälschlicherweise bisher als „Maurer“ bezeichnet. – ⁹ Bisher wurde angenommen, Schubart sei im Mittleren Spitalkirchhof beerdigt worden. Bestattung hier vom Verfasser nachgewiesen in „Wo wurde Schubart begraben?“ (Amtsblatt der Stadt Stuttgart Nr. 9, vom 1. März 1962).



Die biologische Gruppe der Schönbuch-Hirsche im Naturkundemuseum

Aufnahme Georg Kube

Schloß Rosenstein

Klassizistischer Bau mit modernem Naturkundemuseum

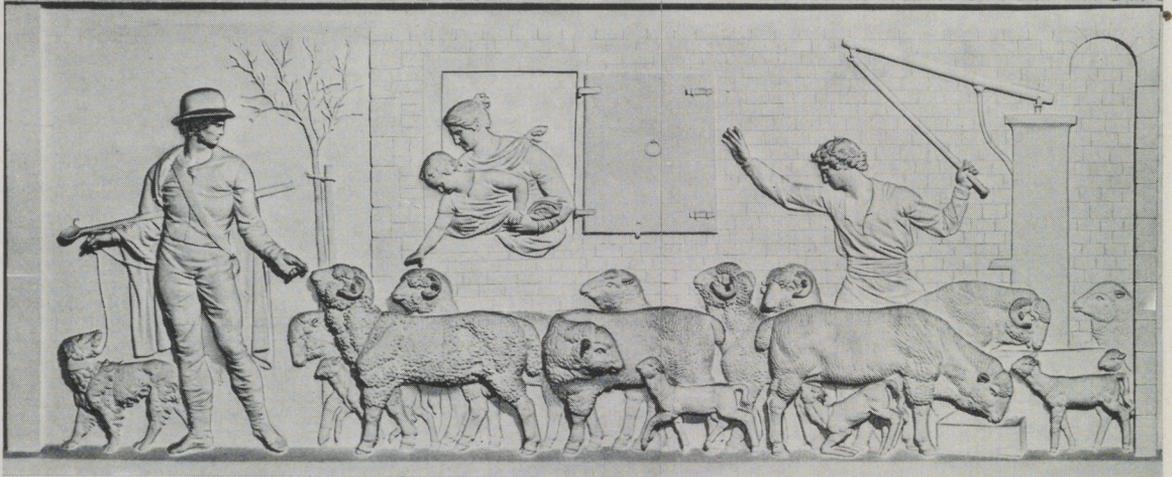
Das Staatliche Museum für Naturkunde in Stuttgart besteht als gesonderte Sammlung seit 175 Jahren. Es hat seine in der Innenstadt zerstörten Gebäude verlassen müssen. Die fünf Abteilungen des Museums sind zum einen Teil (vorübergehend) im Arsenalbau Ludwigsburg, zum anderen Teil im Schloß Rosenstein untergebracht; sie dienen sowohl der Forschung als auch der Lehre. Diese findet sichtbaren Ausdruck in den zwanzig Schausälen von Schloß Rosenstein mit Einführung in die Mannigfaltigkeit der Tierwelt un-

ter stammesgeschichtlichen und ökologischem Gesichtspunkt; dem letzteren dient eine Anzahl Biologischer Gruppen. Schloß Rosenstein, in den 1820er Jahren unter König Wilhelm I. inmitten des großen Rosensteinparks von Salucci als königliches Landschloß erbaut, gilt als ein Kleinod des Klassizismus, das freilich 1944 durch Brandbomben schwer beschädigt wurde. In den 1950er Jahren erfolgte der Wiederaufbau in Anpassung an das Überlieferte, aber auch mit gewissen Rücksichten, die ein modernes



Eingang zum Schloß Rosenstein

Aufnahme Georg Kubé



Naturkundemuseum erfordert. Den Kunstkenner entzückt noch heute der wertvolle Relieffries von Konrad Weitbrecht in der Haupthalle; er stellt das Leben des Bauern in den vier Jahreszeiten nach dem Stand von 1820 dar (zwei Ausschnitte Seite 170 oben und unten). Das Schaumuseum erfreut sich lebhaften Besuchs und hat durch manche originale Darstellungen über das Land hinaus die Aufmerksamkeit weiter Kreise erregt. Erwähnt sei ein lebensgroßer Seiwal, der halbseitig den kennzeichnenden Innenbau

eines an das Tieftauchen angepassten Wassersäugertiers zeigt, ferner der Primatensaal, und der Besucher wird im Rahmen einer Sonderausstellung von Blockbildern in den Werdegang der heimischen Landschaft von der Eiszeit bis jetzt eingeführt. Sehen wir von der Abteilung für Geologie, Paläontologie und Mineralogie ab, die – ebenso wie die Botanik – noch nicht über Ausstellungsräume verfügt, so darf wenigstens die neue Zoologie ihren Lehr-Auftrag in der Form einer modernen musealen Darstellung erfüllen.

Ernst Schüz



Neuerwerbungen der Staatsgalerie Stuttgart



Joseph Heintz (1564-1609), Heilige Familie

Joseph Heintz ist ein bedeutender Repräsentant der manieristischen Kunst in Deutschland. Seit 1591 war er als Kammermaler Kaiser Rudolfs II. in Prag tätig. Wie bei vielen Künstlern zwischen Renaissance und Barock spricht sich seine Begabung am schönsten in den kleinformatigen Bildern aus, die als „Kabinettstücke“ von fürstlichen Sammlern begehrt wurden. Die auf Kupfer gemalte „Heilige Familie“ (19,5 ×

15,8 cm) ist ein solches Kunstammerbild; das volkstümliche Thema, die ausgewogene Komposition, die feine Stilisierung der Figuren und die emailhafte Farbigekeit machen seinen besonderen Reiz aus. Anstelle einer landschaftlichen Umgebung findet man eine Palastarchitektur, welche die Bedeutung der Gruppe steigert.



Staatsgalerie Stuttgart

Salomon van Ruysdael (um 1600-1670), Ansicht von Egmond aan Zee, 1640

Der Haarlemer Salomon van Ruysdael gehört zu den hervorragendsten Vertretern der Landschaftsmalerei in der Blütezeit der holländischen Kunst des 17. Jahrhunderts. Das vorliegende Bild zeigt eine Strandansicht mit dem Blick vom Land her über die See. Im Mittelgrund liegt eine Ortschaft, die sich mit Sicherheit als Egmond aan Zee identifizieren läßt, was bei den Landschaftsdarstellungen Ruysdaels nur selten möglich ist. Der Blick wird auf dem diagonal gerichteten, in goldgelbem Licht liegenden Weg mit den sich entfernenden Staffagefiguren darauf einwärts geführt

und trifft auf einen im Wolkenschatten stehenden, in weichem Grau gemalten mächtigen, eckigen Turm, um von dort auf die See hinauszugleiten, die in einem schmalen Streifen sichtbar wird. Der Turm bildet gewissermaßen das Rückgrat des Bildes und zugleich ein Gegengewicht für die links im Vordergrund sich auftürmende Düne. Über der Landschaft von sandfarbenen, im Licht goldgelben, feinen graugrünen und braunen Tönen verleiht der lebhaft bewegte Himmel mit seinem Blau und den vielen Stufen von lichtem Grau dem Bild eine leuchtende Farbigkeit.



Staatsgalerie Stuttgart

Camille Pissarro (1830-1903), Die Seine bei Port Marly, 1872

Camille Pissarro war zunächst von der hohen Malkultur der Landschaftsbilder Corots stark beeinflusst. Gegen Ende der sechziger Jahre findet er den Weg zu eigener Gestaltungsweise, die ihn über seinen Lehrer hinaus zu impressionistischer Formgebung führt. 1872, im Jahre der Entstehung unseres Bildes, steht der Künstler bereits in der vordersten Reihe der Impressionisten. Die weißen Lichtreflexe des Wassers, die darauf lastenden dunklen Kähne und der in fein

abgestuften Tönen verschimmernde Hintergrund geben dem Bild den Glanz des spontanen Eindrucks, der Impression im besten Sinne des Wortes. Zwei Jahre danach war Pissarro auch auf der ersten gemeinsamen Ausstellung dieser Malergruppe bei Nadar vertreten. Das vorliegende Bild entstand somit in den Jahren, in denen die Idee des Impressionismus zum Durchbruch kam, die die gesamte europäische Malerei auf völlig neue Grundlagen gestellt hat.



Aus dem Württembergischen Landesmuseum

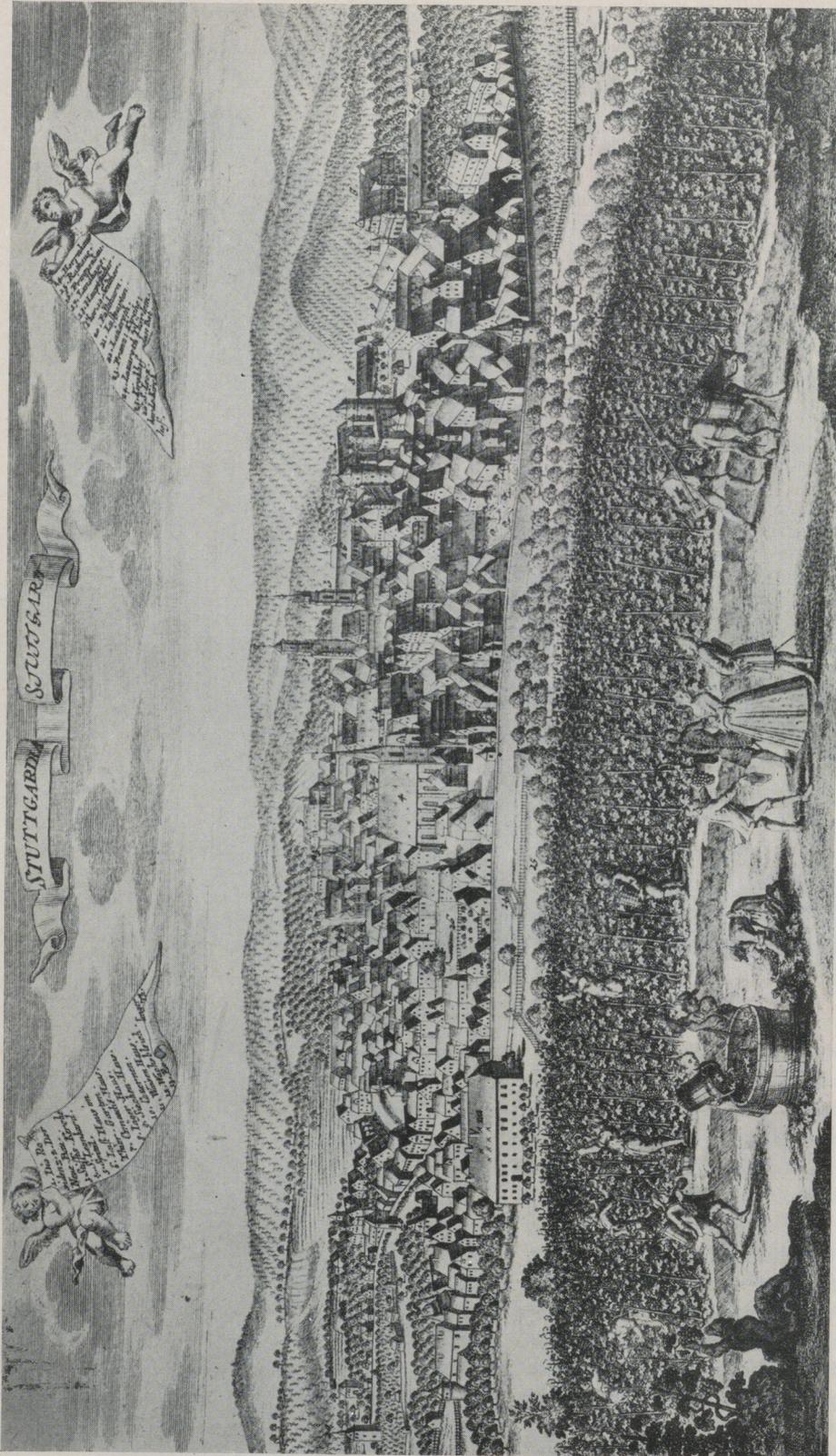
Die kleine Figur des Johannes Ev. im Württembergischen Landesmuseum, ein Werk oberrheinischer Spätgotik, gehört zu den schönsten Arbeiten der spätmittelalterlichen Plastik Südwestdeutschlands. Sie setzt sich in einer überfeinerten Zierlichkeit der Körperhaltung wie auch in dem durchgeistigten Antlitz und dem phantasievollen Reichtum des Faltenwurfs sehr deutlich von den plastischen Werken der schwäbischen Kunst ab. Der Schwarzwald bildete eine Sperre zwischen der künstlerischen Kultur Schwabens und des Oberrheins, die nur an wenigen Stellen eine unmittelbare Berührung zueinander erlaubte. So kennen wir auch keine Werke, welche vermittelnd die wesentlichen Töne des einen wie des anderen Kunstbereichs anklingen ließen; man kennt ja auch aus dem westlichen Teil Württembergs, aus dem Schwarzwald, nur ganz wenige künstlerisch bemerkenswerte Werke der Bildhauerkunst, denn die Gegend war arm, und keine namhaften Städte konnten einer selbständigen künstlerischen Tätigkeit die notwendigen Voraussetzungen bieten.



Württ. Landesmuseum

Ein Stück von ungewöhnlicher Bedeutung gelangte vor kurzem als Frucht einer Ausgrabung von H. Zürn im Grafenbühl bei Asperg, einem Fürstengrabhügel der späten Hallstattzeit in das Württembergische Landesmuseum. Unter den zahlreichen Funden aus der leider gestörten Hauptkammer ragen besonders zwei aus Elfenbein geschnitzte Sphingen hervor. Von ihnen ist das hier abgebildete Stück das besser erhaltene.

Die kleine Schnitzerei mit dem aus Bernstein gearbeiteten Gesichtsteil war mit Stiften, deren Köpfe vergoldet waren, wohl auf Holz oder Leder aufgearbeitet. Zweifellos handelt es sich um eine griechische Arbeit archaischer Epoche, die um die Wende des sechsten vorchristlichen Jahrhunderts auf dem Handelswege in den Besitz des Fürsten der späten Hallstattzeit gelangte.



Weinlese in Stuttgart um 1730. Kupferstich nach F. B. Werner

Aufnahme Landesbildstelle Württemberg

Von den Stuttgarter Straßen zum Stuttgarter Wein

Von Helmut Dölker

Alle unsere Städte und die allermeisten Dörfer, auch die kleinsten, haben heute amtlich gültige Namen für ihre Straßen – das weiß jedes Kind; nicht aber wissen alle, daß diese Namen etwas bedeuten sollen und wollen. Schreibt man doch gedankenlos auf einen Brief die Straße, in der der Empfänger wohnt, und nur bei einer ganz komischen Benennung mag man stutzen und sich fragen, wie es wohl dazu gekommen sei und was sie sagen wolle. Im allgemeinen weiß man auch, daß Wohnstraßen nach einem Ort benannt sein können, in dessen Richtung sie führen, oder daß sie die Erinnerung an verdiente Bürger oder große Menschen festhalten sollen. Daß einzelne Wohnquartiere und Stadtviertel mit inhaltlich gleichartigen Namen versehen sind, alle Straßen dort also z. B. nach Fischarten oder nach Obstbäumen, nach Zierblumen oder Insekten, nach fremden Ländern oder anderen Städten, ausgewählt unter besonderen Gesichtspunkten, heißen, nimmt man als gegeben hin. Vielleicht lächelt der oder jener über das nicht sehr geistreiche Verfahren; aber unter den heutigen Verhältnissen schnell wachsender Siedlungen ist es schon verständlich und kaum vermeidbar; eine Straße *muß* ja einen Namen haben, und im Zweifelsfall ist dann dieser Ausweg, der immerhin noch Wohnviertel kennzeichnen kann, am Ende doch besser als etwa die öde Verwendung von bloßen Buchstaben und Ziffern.

Weit weg ist das alles von der ursprünglichen Benennungsweise der Gassen, wie man sie für frühe Zeit wird annehmen dürfen; eine lange Entwicklung hat allem nach stattgefunden. Was sich vielfach beobachten läßt, scheint auch für die Straßennamen zuzutreffen: sie sproßten einmal auf dem trächtigen Boden des frischen Lebens überschaubarer Siedlungen, haben sich über die mannigfachen Wandlungen von Gestalt, Inhalt und Aufgabe unserer Städte und Dörfer hin erhalten und sind dabei meistens eben zu brauchbaren Zeichen und Hilfen herabgesunken, mit denen man sich auch im heutigen Meer der Häuser zurechtfinden kann. Bei genauem Zusehen muß man immerhin sagen, daß sie sich somit doch ihren Hauptzweck noch bewahrt haben; denn stets sollten sie es den Menschen ermöglichen, den gegenseitigen Wohn-

platz ausfindig zu machen. Das war schon die Aufgabe des altüberlieferten Hausnamens wie die des Gassen- und Straßennamens. Ein allgemein einleuchtender Beleg dafür aus ganz anderen Lebensverhältnissen als den europäischen findet sich in der Apostelgeschichte (9, 11), wo dem Ananias „die Gasse, die da heißt die gerade“ als der augenblickliche Wohnplatz Sauls genannt wird; ohne Zweifel hat sich die Gasse durch ihre Geradheit von der üblichen Straßenführung unterschieden und nach dieser sie genügend abhebenden Eigenschaft ihren Namen bekommen. Daß etwa eine Wolfsgasse ihren Namen vom Haus zum Wolf hatte, das darin stand, eine Webergasse von den Webern, die darin wohnten, die Hauptstätter Straße von der Richtstätte, zu der sie führte, braucht keine weitere Erklärung.

Der Sinn der Namen war lebendig und ohne Schwierigkeit verständlich, solange als die sachlichen Gründe galten, welche sie veranlaßt hatten. In dem Augenblick aber, in dem dies nicht mehr der Fall war, hätte auch der Gassenname vergehen müssen. Wenn er es zumeist nicht tat, so trägt die Neigung der Menschen, beim Alten zu beharren, die Schuld daran, und er begann damit, zum bloßen Zeichen abzusinken, zum Zeichen, das zwar gerne benützt wird wie eine Wechselmünze im Alltag, das aber so wenig nach Berechtigung, Sinn und Bedeutung gefragt wird wie diese. Der ehemals sinnvolle Gassenname ist etwas wie ein Museumsstück geworden; er muß sein Genüge in sich selbst finden, weil er zu seiner lebendigen Umwelt keinen Anschluß mehr hat. Nur der besondere Sachverständige, der weiß, daß in jeder Gegenwart auch Vergangenes lebt, und der diesem nachgeht, um jene besser zu verstehen, wendet sich mit Freude dem Museum zu. Im Falle der Straßennamen ist es wohl der Geschichtsschreiber, der sich voll Dank dieser Überbleibsel annimmt und sich von ihnen den Weg in das vergangene Leben seiner Stadt, seines Dorfes weisen, sich von ihnen sein Bild von den Jahrhunderten mit Leben füllen läßt.

Namen von Fluren und Gewanden haben nach dem Gesagten in einer Siedlung zunächst wohl gar keinen Platz. Und doch sind sie allenthalben vorhanden; und wenn der Blick nun auf Stuttgart im besonderen

fallen darf, ist zu sagen, daß sie sich sogar recht zahlreich finden und zwar im eigentlichen alten Stuttgart, also im Kessel um den Nesenbach und den Vogelsangbach, von dem jetzt allein gehandelt werden soll.

Sofort zeigt sich beim Blick auf den Stadtplan allerdings, daß die Straßen, die nach Gewanden benannt sind, alle dort verlaufen, wo die Stadt ursprünglich nicht hinreichte und wo sich ehemals freies Land außerhalb der Stadtmauer erstreckte. Die Namen der Gewande sind also keineswegs einfach künstlich herbeigeht, weil die wachsenden Straßen Namen haben mußten, sondern sie haben sich dort natürlich vom Flurnamen zum Straßennamen gewandelt, als sich die Stadt über die einstigen umliegenden Gefilde immer weiter ausdehnte und diese mit Häusern überdeckte. Ganz von selber geben in solchem Fall Straßennamen dem Forscher also Aufschluß über die Lage der alten Gewande und, falls er Glück hat und ihm die Namen etwas aus der Vergangenheit erzählen, auch über ihre Geschichte, ihre Bebauung und ihre Nutzung.

Im Gebiet des alten Stuttgart von Gewanden zu sprechen, kann zu Mißverständnissen führen. Im allgemeinen verbindet sich mit dem Wort doch der Begriff des Ackerlands. Das aber gab es in dem unebenen, engen Tal so gut wie keines. Was man hier erwarten kann, ist in Anbetracht der geologischen und der landschaftlichen Gegebenheiten Weinbauland, und tatsächlich wurde viel Wein in Stuttgart gekeltert; das ist eine geschichtliche Tatsache. Nicht umsonst wohl kannte man im 18. Jahrhundert das folgende Verschen über den reichen Weinertrag:

„Si on ne cueilloit à Stuttgart les Raisins,
La Ville iroit se noyer dans le Vin.“

(„Wenn man zu Stuttgart nicht einsamlete
den Wein,
Würde die Stadt bald im Wein ersäufet seyn.“)

Man tut also wohl gut daran, hier eher von „Halden“ oder auch „Bergen“, wie die Alten sagten, zu sprechen, und in der Tat sind es die Straßennamen mit -halde oder -berg in der Mitte, die den Wegweiser für die weiteren Überlegungen abgeben.

Stadtplan und Adreßbuch kennen folgende Flurnamen auf -berg beziehungsweise -halde, die in Straßennamen weiterleben: Altenberg, Ameisenberg, Azenberg, Gebelsberg, Hasenberg, Himmelsberg, Kornberg, Kriegsberg, Mönchberg (später Mönchhalde), Reinsburg (früher häufig auch Reinsberg), Reichenberg, Relenberg, Schellberg, Schülensberg, Schwarenberg, Sonnenberg, Staffenberg, Strohhberg,

Vordernberg; Afternalde, Diemershalde, Eckartshalde, Ehrenhalde, Mönchhalde (früher Mönchberg), Pleckethalde, Werfmershalde, Wernhalde, Wolframshalde, Winterhalde (heute nicht mehr als Straßennamen).

Etwas verändert gegenüber ihrer ursprünglichen Form leben in Straßennamen noch fort der Schülensberg als Im Schüle, die Wolframshalde als Wolframstraße; und von den alten hergehörigen Namen haben der Eßlinger Berg und der Mühlberg keinen Niederschlag in heutigen Straßennamen gefunden; sie sind deshalb in der obigen Liste nicht aufgeführt.

Auf Grund allgemeiner Erkenntnisse der Flurnamenforschung ist, wie bereits angedeutet, anzunehmen, daß bei den natürlichen, wirtschaftlichen und sprachlichen Gegebenheiten der Stuttgarter Landschaft die Bezeichnungen auf -berg und -halde von vornherein auf ehemaligen Weinbau an dieser Stelle schließen lassen. Wer die aufgeführten, in Straßennamen fortlebenden Flurnamen nun auf einem neueren Stadtplan (mit Höhenlinien) farbig anzeichnet, findet ohne Schwierigkeit, daß sich die Straßen alle an zum Teil hohen und steilen Hängen oder in ihrer unmittelbaren Nähe beziehungsweise in Richtung darauf hinziehen und daß diese Hänge, geologisch zumeist in den sog. Bunten Mergeln oder auch in den Gipsmergeln liegend, fast alle Süd-, West- oder Südwestlagen haben; ausgesprochen schlecht liegt wohl nur die Winterhalde. Auf einem Markungsplan älterer Herkunft, auf dem noch keine modernen Straßenzüge die natürlichen Zusammenhänge stören und die Flurnamen auf die zugehörigen Stücke geschrieben sind, läßt sich das alles noch viel deutlicher ablesen.

Die Austragung auf dem Stadtplan zeigt nun aber noch etwas ungemein klar, nämlich eine eigenartig enge Ansammlung von -berg- und -halde-Namen im äußeren Teil des Talkessels, ungefähr von einer Linie vom Hegelplatz über den Schloßplatz zum Charlottenplatz aus nach Nordosten. Hier finden sich immerhin nahezu zwei Drittel aller oben aufgeführten Namen zumeist auf der linken, doch auch auf der rechten Talseite, mehrere davon dicht nebeneinander. An den Hängen des nordwestlichen Höhenzugs sind es Kornberg, Azenberg, Relenberg, Ehrenhalde, Schülensberg, Himmelsberg, Kriegsberg, Vordernberg, Mühlberg, Wolframshalde, Mönchhalde (Mönchberg), Eckartshalde, an denen des südöstlichen Höhenzugs Eßlinger Berg, Werfmershalde, Diemershalde, Ameisenberg, Schwarenberg. Das restliche Drittel verteilt sich über alle übrigen Talhänge von Heslach her mit der hochgelegenen Afternalde, dem Gebelsberg, der Reinsburg (Reinsberg) über die Ge-

gend des Westbahnhofs mit dem Hasenberg, der Winterhalde und der Pleckethalde bis hinüber an den südöstlichen Höhenzug mit dem Sonnenberg, dem Reichenberg, dem Altenberg und der Wernhalde.

Wer die Namen auf ihren sprachlichen Inhalt untersucht, findet, daß im Bestimmungswort nicht selten ein Eigenschaftswort steckt, das Lage oder besondere Eigenschaft bezeichnet, oder daß Hauptwörter Entsprechendes besagen: Afternhalde (d. i. hintere Halde), Pleckethalde (d. i. bleckende Halde, wobei wohl an offenliegenden Fels zu denken ist), Vordernberg, Altenberg (d. i. früheste Rebanlage in der nächsten Umgebung), Winterhalde (d. i. winterliche Lage), Sonnenberg (d. i. sommerliche Lage), Hasenberg und Ameisenberg (nach den Tieren), Mühlberg (nach der Lage über der ehemaligen Tunzhofer Mühle), Staffenberg, Stroberg, Schellberg (von der Lage des alten Hochgerichts).

Sollte der aufmerksame Leser hier die Ehrenhalde, den Kornberg und den Kriegsberg vermissen, so mag er erfahren, daß der Kornberg einmal Kuonenberg hieß und auf einen Kuno zurückweist, die Ehrenhalde aber entstellt ist aus einer ursprünglichen Herrenhalde. Was den Kriegsberg betrifft, so muß die Deutung dieses altüberlieferten Flurnamens vorläufig noch offen bleiben, da bisher unbekannt ist, in welchem Krieg oder Streit er seinen Grund hat.

Es ist nun auffallend, daß die hier gedeuteten Namen so gut wie alle außerhalb des oben als Sammelplatz bestimmter Flurnamen angegebenen Raums liegen, und daß die dort gelegenen fast einheitlich Personenangaben im Bestimmungswort enthalten. Von Kuno im späteren Kornberg und von den Herren, das sind geistliche Herren, in diesem Fall die Zisterziensermönche des Klosters Kaisheim bei Donauwörth, in der später entstellten Ehrenhalde war schon die Rede. Dietmar, Eckart, Werkmann, Wolfram in Diemers-, Eckarts-, Werfmers- (ursprünglich Werkmanns-) und Wolframshalde tragen ihre Personenbedeutung offen zu Tage. Im Azenberg steckt der altdeutsche Personennamen Azo, in späterer Form Atz, und daß hinter dem Schülensberg und dem Himmelsberg wohl frühe Familiennamen Schühelin und Himmelin, hinter dem Relenberg der altdeutsche weibliche Rufname Renlint, hinter dem Schwarenberg aber eine genitivische Form mit verkürztem Geschlechtswort „des Wahren Berg“ zu suchen sind, sagen die frühesten archivalischen Belege dieser Namen aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Es bleibt noch der Mönchberg, der später zur Mönchhalde wurde und der eindeutig und unbezweifelbar auf geistliche Personen weist.

Ein paar zusätzliche Beobachtungen und einige sachliche Überlegungen führen nun noch etwas weiter. Es fällt auf, daß der umrissene Namenbezirk am nordwestlichen Höhenzug ziemlich genau am alten Herdweg, heute noch unter demselben Namen von Hegelplatz zur Doggenburg verlaufend, nach Südwesten hin sein Ende findet und einer Reihe von Flurnamen ganz anderen Inhalts Platz macht. Wie mit einem Schlag setzen hier Namen ein, die von Waldrodung und Bewaldung sprechen, nämlich Hartungsreute (jetzt Hauptmannsreute), Hoppenlau (-lau d. i. Loh in der Bedeutung von kleiner Wald), Falkert (aus Falkhart, -hart d. i. Wald, insbesondere Weidewald), Forst (d. i. große Waldung in königsherrschaftlichem Besitz). Nebenbei gesagt: auch diese Fluren haben alle ihr Fortleben in Straßennamen.

Dieser Einschnitt, der einmal in der Bewirtschaftung dieser Gegenden bestanden haben muß, stellt die Frage nach dem Zeitpunkt und nach dem Grund. Da wäre es nun von hohem Wert, wenn man Näheres darüber wüßte, welche Personen in dem besonderen Flurbezirk von oben gemeint waren. Die meisten dieser Flurnamen gehören durchaus zu den am frühesten belegten der Markung Stuttgart, sind also seit dem 13. und 14. Jahrhundert schriftlich überliefert; nach den darin auftretenden zugehörigen Menschen wäre also auch spätestens vom 12. Jahrhundert an zu suchen. Da die Hanglagen, um die es hier nun geht, zu nichts als zum Weinbau zu gebrauchen waren, dieser aber im Stuttgarter Gebiet um 1150 noch nicht von kleinen Leuten betrieben werden konnte, müßten dabei Personen im Spiel gewesen sein, die ihn sich leisten konnten, also vermutlich nicht dem gewöhnlichen Volk angehörten.

Keine Schwierigkeiten gibt es in der Hinsicht bei den Mönchen des Mönchbergs; allem nach waren sie vom Kloster Lorch im Remstal, das enge Verbindungen zum nahen Münster am Neckar hatte. Auch die Herren von Kaisheim waren frühe da – an ein anderes Stück in derselben Gegend, das ihnen gehörte, erinnert der Straßennamen Im Kaisemer (d. i. im Kaisheimer). Die Schühelin werden eine der führenden Familien im nahen Esslingen gewesen sein. Aus bestimmten Gründen darf wohl auch der Name Himmelsberg von einem Familiennamen hergeleitet werden. Atz ist in der Familie der Grafen von Calw geläufig, auf deren Hereinwirken in die Gegend es auch sonst Hinweise gibt. Verwunderung erregt natürlich der Fraunamen Renlint in Relenberg; auch er scheint in einer hochadeligen Familie jener Jahrhunderte vorgekommen zu sein. Bedauerlicherweise

lassen sich bisher die Eckart, Dietmar, Wolfram und Werkmann persönlich nicht festlegen. Man dürfte aber wohl nicht fehlgehen, wenn man auch für sie auf gesellschaftlich und wirtschaftlich bedeutende Persönlichkeiten schließt.

Selbstverständlich waren die bisher behandelten Lagen auf die Dauer nicht die einzigen Weinbauhalden im Stuttgarter Kessel. Im 16., 17. und 18. Jahrhundert wurden wohl überall Reben gebaut, wo überhaupt ein Ertrag noch erwartet werden konnte, auch wenn er gering war; anders wäre wohl auch der angeführte französische Reim nicht aufgekommen. Auch die soeben genannten Fluren mit Rodungs- und Waldnamen tragen jetzt weithin Reben. Fast jede Nennung eines alten Gewands in Straßennamen führt auf die Spur von Weinbau sicherlich in diesen späteren Jahrhunderten, so etwa – wenige Beispiele sollen genügen – in Heusteigstraße, Fangelsbachstraße, Rötestraße, Vogelsangstraße, Lehenstraße und natürlich in Weinsteige. Doch ist auch für den Neuling im Flurnamenstudium ohne weiteres klar, daß diese Namen anders als die vorhin behandelten gartet sind und *ursprünglich* nicht auf den Weinbau zielen.

Die letzten Stuttgarter Wingerter machten auch stets einen deutlichen Unterschied zwischen den Gewanden, in denen eben auch Wein gebaut wurde, und denen, die von Natur schlechthin für den Rebbau bestimmt schienen und so gut wie ausschließlich diesem dienten. Das waren vorwiegend die Gewände, deren Namen auf -berg oder -halde ausgehen, und unter ihnen vorzüglich wieder die in dem oben besprochenen besonderen Teil der Markung. „Schokoladeseite“ nannte man diese guten Lagen im 19. Jahrhundert.

Sollte diese Besonderheit von Lage und Benennung noch weitere Schlüsse gestatten? Um die Frage beantworten zu können, sollte man sich zuerst noch ein wenig über die frühe Geschichte des Stuttgarter Tals unterrichten. Auch dazu helfen die Namen und an erster Stelle der der Stadt selbst. Als Stuoakarten kommt er zum erstenmal 1160 vor (Hugo de Stuoakarten); er lautet 1229 Stutkarcen und 1286 Stuoatgarten. Es gibt keinen Zweifel über die sprachliche Deutung, da archivalische Überlieferung und mundartliche Aussprache (Schtuagert) einwandfrei zusammenstimmen und nicht im Widerspruch zu der Ursprungssage für die Stadt stehen. Mit aller Wahrscheinlichkeit darf man im Talgrund bei der Stiftskirche den Platz eines Stutgartens (mittelhochdeutsch *stuot* meint eine Herde Zuchtperde) vermuten, der seit dem 10. Jahrhundert in herzoglichem Besitz war;

mit ihm wird der alamannische Herzog Luitolf, der Sohn Ottos I., in Verbindung gebracht. Ins 12. Jahrhundert weisen baugeschichtliche Spuren der Stiftskirche, die um die Mitte des 13. Jahrhunderts zur dreischiffigen Basilika ausgebaut worden zu sein scheint. Damals muß also eine Siedlung mit größeren Ansprüchen im Tal bestanden haben, die 1286 „die stat Stuoatgarten“ heißt und in der Auseinandersetzung zwischen der Reichsgewalt und Eberhard dem Erlauchten eine Rolle spielt. Wahrscheinlich bestanden damals zwei bäuerliche Kleinsiedlungen, die ihrem Namen nach zeitlich viel weiter zurückreichen müssen, nicht mehr, nämlich Tunzhofen auf dem Gelände des heutigen Güterbahnhofs und Immenhofen in der Gegend des Wilhelmsplatzes; ihre Einwohner waren vermutlich damals bereits in die neue Stadt hineingesiedelt worden.

Vom Weinbau im Tal zeugt die Urkunde von 1229, in der Stuttgart zuerst als Ort genannt wird. In ihr bestätigt Papst Gregor IX. dem Kloster Bebenhausen seine dortigen Besitzungen, und daß es sich dabei gerade in Stuttgart nur um Weinberge gehandelt haben kann, ist kaum zu bezweifeln; andere Güter hätte das Kloster anderswo bessere bekommen können. In diesem Zusammenhang erinnert man sich an den Mönchberg (Mönchhalde) und an den frühen Besitz des Klosters Kaisheim in den besten Lagen, von dem oben die Rede war, und man kann die Frage stellen, ob der Weinbau nicht überhaupt durch die Mönche ins Stuttgarter Tal gebracht worden ist. Manches spricht dafür; denn von den guten Weinbaulagen war die Mönchhalde eine der besten, und es ist wohl anzunehmen, daß nur die besten Bedingungen zur Anlage der ersten Rebkulturen lockten. Daß gerade die Lorcher Mönche dafür verantwortlich sein sollten, läßt sich daraus schließen, daß dieses Kloster im 13. Jahrhundert ganz ausgedehnten Weinbergbesitz an den Halden über Tunzhofen hatte. Nun läßt sich auch ein Schluß wagen auf den terminus post quem, auf den Zeitpunkt, vor dem das alles wohl nicht hatte sein können. Es wäre das Gründungsjahr des Klosters Lorch 1102. Als eine seiner frühesten Stiftungen erhielt es von den Staufen, seiner Gründerfamilie, den Ort Münster am Neckar. Zwischen diesem und dem Weiler Tunzhofen bestanden auf dem Weg über die gemeinsame Mutterkirche zu St. Martin auf der Altenburg beim Römerkastell Cannstatt Zehntbeziehungen, und mit deren Hilfe mögen die Lorcher ihren Weg nach Tunzhofen gefunden und dabei die dortigen Halden als geeignet für den Weinbau erkannt haben. Das neue Kloster brauchte Weinbergbesitz, und es mag deshalb so rasch wie möglich

die ersten Kulturen auf der ihm nun nahegerückten Markung Tunzhofen angelegt haben. Andere große Herren scheinen gefolgt zu sein, und andere Klöster dürften bald Stiftungen erhalten oder Eigentum erworben haben. Einzelne weitere Versuche können in der Folge auch an anderen geeigneten Hängen ums Stuttgarter Tal gemacht worden sein; an den Namen mit -berg und -halde lassen sich die Stellen erkennen. Die Tatsache aber, daß diese so gearteten Namen in der für die früheste Zeit anzunehmenden Markung Tunzhofen – weiter oben im groben beschrieben als nordöstlich einer Linie vom Hegelplatz zum Schloßplatz und zum Charlottenplatz gelegen – auffallend gehäuft und noch besonders dadurch ausgezeichnet erscheinen, daß sie mehr als anderswo mit Personenangaben, wohl Hinweisen auf die Besitzer, verbunden sind, legt es nahe, hier nicht nur den ersten großen Anstoß zum Weinbau zu sehen, sondern wegen der gleichartigen Namengebung, gewissermaßen im Sinne einer Zeitströmung, einer Mode, auch die Gleichzeitigkeit des Vorgangs an verschiedenen Stellen der Markung Tunzhofen im 12. Jahrhundert zu erkennen. Als später – allzu lange nachher war es wohl nicht, vermutlich noch im 14. Jahrhundert – die jenseits des Herdwegs anstoßenden Markungsteile auch zu Weinbergen gemacht wurden, ging man anders vor; die Flurnamen sprechen hier vom Zustand vor der Anlage der Weinberge, denn die Zeit der ersten Kulturen und ihre Art der Namengebung war vorbei.

Mit diesem ersten Weinbau im Tunzhofer Gebiet war die wirtschaftliche Entwicklung des Stuttgarter Tals

für die Zukunft bestimmt, ja überhaupt erst der Grund für seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit gelegt worden. Zum Feldbau konnte der Talboden höchstens für zwei oder drei (so viele könnten es allerhöchstens gewesen sein) kleinere Weiler, wie die hier schon genannten, ausreichen, niemals für eine Stadt. Erst dadurch, daß man die Talhänge zur Rebkultur auszunutzen gelernt hatte, war es überhaupt möglich, im Anschluß an eine herrschaftliche Burg eine größere Zahl von Menschen als Bürger einer Stadt anzusiedeln.

Der Hof und seine Diener in der Territorialverwaltung auf der einen Seite, Weingärtner, Handwerker und Gewerbetreibende auf der andern – das waren die zwei großen Gruppen der städtischen Bevölkerung von Stuttgart über die Jahrhunderte hin. Beide Gruppen sind dahingegangen oder haben sich heute fast zur Unkenntlichkeit gewandelt. Sichtbar geblieben sind jedoch (abgesehen von der Stadtanlage selbst) in manchen Gebäuden, wenn auch nur in restaurierter Form, die greifbaren Reste der einen, in den noch jetzt bis dicht an den Hauptbahnhof heranreichenden Weinbergen die der anderen. Im übrigen zeugen Namen von Straßen und Plätzen von der Vergangenheit, und angesichts der Bedeutung des Weins für die Geschichte seiner bürgerlichen Wirtschaft – und seiner Wirtschaftchen, in denen er ausgeschenkt wurde –, ist es erfreulich und tröstlich, daß sich auch das Stuttgart von heute mit seinen zugewachsenen Dörfern rühmen darf, zu den größten Weinbaugemeinden Deutschlands zu zählen.

Weinherbst

So ganz in Rebengärten eingetaucht
Reift rings das Land in runder Frucht empor.
So noch von letzter Sonne warm umhaucht
Steht reicher Weinherbst und ein später Flor.

Die Kufen rollen aus den Kellern schon,
Bald fängt die Lese an, das Pressen, Keltern.
Das weite Weinland summt im Ernteton,
Gemeinsam jubeln Mägde, Kinder, Eltern.

Wir fahren aus der Stadt hinaus und sehn
Die vollen Hügel und die Last der Trauben –
Der junge Wein umfängt mit wildem Wehn
Des Jahres letztes Fest in offenen Lauben.

Max Reuschle

Jonas Köpf

24. Januar 1902–6. Juli 1966

Von Helmut Dölker

Mit großer und tiefer Trauer ist vom Tod des Rektors Jonas Köpf in Blaubeuren zu berichten. Unerwartet wurde er am frühen Morgen des 6. Juli aus dieser Welt gerufen, unerwartet auch für alle ihm Näherstehenden, weil sie unter dem Eindruck waren, als habe er nach längerer Zeit schwankender Gesundheit, vermutlich von seiner schweren Kriegsverletzung her, jetzt im Ruhestand wieder zur Kraft zurückgefunden. Wie gerne hätte er den Seinen und der Forschung noch gedient! Wie viel hätten Wissenschaft und Heimatpflege noch von ihm erhoffen dürfen, da er sich jetzt doch den ihm lieben Gegenständen und Stoffen aus dem unermeßlichen Reich des volkstümlichen Lebens mit gesammelter Kraft hätte zuwenden können! Es war anders für ihn bestimmt, und uns ist die schmerzliche Aufgabe geblieben, dem verehrten und geschätzten Mann aus dem Gefühl der Dankbarkeit ein bescheidenes Denkmal liebender Erinnerung zu setzen.

Wo soll man mit dem Gedenken an den Dahingegangenen beginnen? Am richtigsten vielleicht beim Lehrer; denn unter dem Beruf des Lehrers scheint sich alles, was Jonas Köpf getan hat, sammeln zu lassen. Auch wenn andere berufener wären, dazu das Nötige zu sagen, sei es hier doch gewagt, vom Lehrer zu sprechen, da nicht der Unterrichtspraktiker gemeint ist, der nur in der Schulstube erfaßt werden kann, sondern der Mensch, dem es das innerste Anliegen war, anderen zum Wachstum zu helfen dadurch, daß er ihnen die Wege zeigte, auf denen er selber zu seiner Bildung gegangen war und ging und die ihn zur Erkenntnis von Werten geführt hatten und führten, der Mensch, der wußte, daß sich solche Werte nur dem erschließen, der sie mit allem Ernst sucht und der dabei auch weiß, daß eine jede Erkenntnis zur nächsten weiterführt, sicherlich aber keine nur in ihm ihr Ende finden und nur sein eigenes Ich verherrlichen darf.

Auf sehr verschiedenen Stufen des Lehrens Bildung zu schaffen, war Jonas Köpf vergönnt: von den Anfängern in der Grundschule bis zu den vielartigen Besuchern der Sehenswürdigkeiten von Blaubeuren, zu den erfahrenen

Frauen und Männern etwa des Schwäbischen Heimatbunds oder des Schwäbischen Albvereins, zu den Volkskundestudenten der Universität Tübingen und ihren Dozenten, zu den im Volkskundlichen Arbeitskreis sich versammelnden gleichstrebenden Forschern, ja auf dem Weg über das von ihm herausgegebene Suppinger Liederbuch und seine Weisen zu dem großen Kreis der Rundfunkhörer. Immer war es eine reiche Persönlichkeit, die zum Zögling und zum Hörenden sprach, die auch den Grund alles Lehrens ausmachte.

Große Bescheidenheit, ein warmes Herz und ein lebendiger Geist, selbstloses Arbeiten, eifriges Streben, die Zusammenhänge zu durchschauen, unablässiger Fleiß, den Dingen auf den Grund zu gehen, gedankenreiches Verknüpfen der Beobachtungen, ruhiges Urteilen und vorsichtiges, aber sicheres Schließen – das waren hervorstechende Eigenschaften und Fähigkeiten des Verstorbenen. Frei und offen kam er, der nie das Seine suchte, allen Mitarbeitern entgegen; er wußte, wo er lernen konnte, und er wußte, wo er zu geben hatte. Auf dem Grund des christlichen Glaubens sah er den ihm zukommenden Platz im Gefüge der Welt und sah er auch Wert und Sinn der Ordnungen des volkstümlichen Lebens um sich, dem seine Liebe galt.

Daß Heimatforschung und Heimatpflege – diese betrieben mit dem Auge des Menschen, der die Notwendigkeiten und Gegebenheiten der Gegenwart sieht und sie im Gang der Entwicklung als rechtmäßig anerkennt –, Lehren und Leben bei Jonas Köpf nicht im Widerstreit lagen, war bewundernswert. Im großen Zusammenhang der Natur und der Kultur suchte er alles zu sehen, was sich ihm als Aufgabe stellte; das Kleine war ihm Spiegel des Großen, und mit dem Großen war ihm das Kleine gegeben.

Dank, Verehrung und Liebe folgen dem Toten über das Grab. Daß seine reinen und großen Gedanken in denen und durch die fruchttragend weiterwirken möchten, die von ihm nehmen durften, ist der Wunsch aller, die dem Lebenden verbunden waren und mit seiner Familie ihm nachtrauern.

Was uns beschäftigt, was uns angeht

Tagung des Deutschen Werkbundes Baden-Württemberg am 1. und 2. Juli 1966 in Freiburg/Br.

Die diesjährige Tagung des Deutschen Werkbundes befaßte sich mit verschiedenen Grund- und Form-Fragen der Stadtgestaltung, die in den letzten Jahren immer wichtiger wurden. Da viele Berührungspunkte zwischen unserer Arbeit und dem Tagungsprogramm erkennbar waren, wurde es dankbar begrüßt, daß der Vorsitzende des Schwäbischen Heimatbundes zur Teilnahme eingeladen wurde.

Obwohl in den Aussprachegruppen mehr die Probleme aufgezeigt und die verschiedenen möglichen Standpunkte dargestellt wurden, als daß Lösungen und Rezepte gegeben werden konnten, so erschien es doch erwünscht, gerade aus der Sicht des DWB unseren Mitgliedern einen Überblick zu geben. Wir sind Herrn Stadtdirektor Dr. Christoph Andritzky, Mannheim, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des DWB Baden-Württemberg, deshalb dankbar dafür, daß er uns den nachfolgenden Bericht zur Verfügung gestellt hat.

W. Kittel

Fünf Themen zur Stadt

Der Deutsche Werkbund hatte 1965 mit der Ulmer Jahresversammlung des Landesverbandes Baden-Württemberg einen neuen Tagungsstil erprobt und gefunden:

Aktuelle Fragen und mögliche Antworten wurden den Mitgliedern und Gästen nicht in Vorträgen präsentiert, sie wurden vielmehr in Diskussionsgruppen, die für alle Mitglieder und eingeladene Freunde des Werk-

bunds offen waren, erörtert. Das Ergebnis der Gruppenarbeit wurde dann öffentlich vorgetragen.

Die Ulmer Tagung, an der die Hochschule für Gestaltung eindringlich mitgewirkt hatte, hatte Erfolg und wurde deshalb beispielgebend für die Freiburger Jahrestagung 1966, die am 1. und 2. Juli in der Alten Universität stattfand.

Fünf Themen zur Stadt waren es diesmal, mit denen der in fünf Gruppen aufgeteilte, große Teilnehmerkreis konfrontiert war:

- Design im Stadtbild
- Politik und Stadtplanung
- Die kulturelle Funktion der Stadt
- Stadterneuerung und Tradition
- Stadt und Universität

Kein Zweifel, daß der Werkbund bei der Wahl der Themen eine glückliche Hand hatte. Jedes einzelne trifft sozusagen einen empfindlichen Nerv, zumal unsere Gesellschaft vom Urbanen weitgehend bestimmt wird. So ist es wichtig, über das Gute wie über das Fragwürdige der Stadtbestimmtheit nachzudenken. Die Literatur zu diesen Fragen ist nicht ohne Grund in den letzten Jahren beachtlich angewachsen; Alexander Mitscherlich, selbst dem Werkbund zugehörig, hat hier wesentliche Akzente gesetzt.

In den Diskussionsgruppen referierten die Gruppenleiter diesmal nicht selbst, vielmehr brachten Kurzreferate die Gespräche in Gang. Ausgesprochene Sachkenner, zumeist Praktiker, hatten sich hierfür zur Verfügung gestellt. Bis auf den Freiburger Theologen Professor Welte waren sie übrigens sämtlich Mitglieder des

Werkbunds. Die Referenten hatten keine freie Bahn; sie waren gehalten, zur Einleitung der allgemeinen Gruppendiskussion nicht länger als zehn Minuten zu reden. So blieb ihnen bei der Trächtigkeit der Themen nur übrig, scharf formulierte und damit oft zum Widerspruch reizende Thesen zu formulieren. Das kam der Diskussion sehr zugute.

Es ist gewiß nicht möglich, in einem kurzen Bericht erschöpfend die Fülle von Fragen, Anregungen und gegensätzlichen Meinungen wiederzugeben, die bei den fünf Themen ans Licht kam. In der Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden am zweiten Veranstaltungstage – nachdem die Diskussionen abgeschlossen waren – klang das bereits an. Professor Götz konnte dabei auf die ungewöhnlich aktive Beteiligung der Teilnehmer hinweisen, die seine Forderung bestätigte, daß der Werkbund anregen, beunruhigen und ein waches Gewissensregulativ sein müsse. Und Bürgermeister Zens, der die Stadt Freiburg vertrat und selbst Architekt und Städteplaner ist, bekannte in seiner frischen, unkonventionellen Ansprache, daß jedes der fünf Tagungsthemen unmittelbar Probleme seiner eigenen Stadt berühre. Er verglich die Städte mit den Menschen – beide fehlerhaft und zugleich liebenswert – und er billigte jedem Menschen ein Quantum Unordnung und seinen eigenen Flohmarkt zu. Damit verdeutlichte er, der ersichtlich der Werkbundidee nahesteht, daß der Werkbund keineswegs ein Verfechter kalter Schönheit und gemütsarmen Ästhetentums ist.

Die je halbstündigen Zusammenfassungen, welche die Berichterstatter der fünf Gruppen über die Diskussion in ihrem Kreise gaben, ließen erkennen, wie lebhaft und oft kontrovers diskutiert worden war. Nachfolgend sind die Diskussionsergebnisse der fünf Arbeitsgruppen wiedergegeben.

1. Diskussionsgruppe:

Design im Stadtbild

Leiter: Dipl.-Ing. Wendel Rolli, Stuttgart

Referenten: Oberbaurat Klaus Humpert, Freiburg; Graphiker Anton Stankowski, Stuttgart; Dipl.-Ing. Herbert Ohl, Prorektor der Hochschule für Gestaltung, Ulm

Design ist bei den Gebrauchsgütern bereits zu einem Begriff geworden, mit dem sich die Vorstellung von Zweckmäßigkeit und gutem Aussehen durch gestaltete Form verbindet. Handel und Industrie haben das ihre getan, um gutes Design bekanntzumachen. Auch beim Investitionsgut setzt sich allmählich die Erkenntnis vom Wert der guten Form des Gegenstandes durch. Aber die Bedeutung des Design für das Erscheinungsbild einer Stadt ist weithin nicht erkannt und durchdacht. Selbst die Sachverständigen in der Diskussionsgruppe mußten sich zunächst mit der Begriffsbestimmung beschäftigen.

Der städt. Oberbaurat Humpert aus Freiburg ging von den Fragen des Städtebaus und der Planung aus. Das Konstruktive, Rationale sieht er so stark im Vordergrund, daß darüber die Bauästhetik, die Raum- und Oberflächenstrukturierung vernachlässigt wird. Für das Design in der Stadt liegt hier eine noch unerfüllte Aufgabe des Stadtgestalters im Blick auf die menschlichen Wünsche und Maßstäbe.

Dozent Ohl von der Ulmer Hochschule für Gestaltung engte den Begriff ein. Für ihn gehört zum Stadt-design alles, was zur Ausrüstung und zur Anpassung an den Menschen in die gebaute Stadt eingebracht wird: Lampen, Telefon- und Wartehäuschen, Briefkästen, Schilder usw., kurzum das, was die Angelsachsen als *street furniture* bezeichnen; in deutscher Übersetzung würde das „Möblierung der Straßen“ heißen. Dazu kommt noch das Bild der Druckschriften, Plakate, bis hin zu den Briefbögen der Stadtverwaltungen. Nach

Ohl kommt es weniger auf die Verbesserung des Einzelprodukts als auf die Koordinierung des Gesamten, vor allem aber auf besseres Funktionieren und mobiles Anpassen an die wechselnden und neu entstehenden Bedürfnisse an. Hier sieht er eine wichtige stadtpolitische Aufgabe.

Auch der Stuttgarter Graphiker Stankowski betonte die Notwendigkeit, am gesamten Erscheinungsbild einer Stadt – einschließlich Straßen, Freiräumen, Drucksachen, Büros – zu arbeiten. Er verglich dieses Erscheinungsbild mit dem Firmengesicht, auf das Unternehmen der Wirtschaft mit Recht Wert legen. Was für das geistig-visuelle Erscheinungsbild gewonnen werden kann, zeigte Stankowski an Hand eines Auftrags, den er zur Zeit für eine deutsche Großstadt bearbeitet, und der den graphischen Teil des Stadt-design betrifft, nämlich Druckschriften – wie Werbebroschüren, Briefbögen – aber auch Straßenschilder u. a. m.

Die lebhaftige Diskussion machte offenbar, wie wenig die Aufgabe des Designs im Stadtbild erkannt und verstanden wird und wie wenig Brauchbares bisher existiert. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten (Bahn, Post, Stadtverwaltung etc.), fixierende Vorschriften, hereinspielende Privatinteressen erschweren die Arbeit außerordentlich. Man war sich einig, daß Erfolge nur zu erwarten sind, wenn

1. die Spitze der Stadtverwaltung – möglichst der Oberbürgermeister oder Oberstadtdirektor persönlich – die Aufgabe erkennt und bejaht;
2. die Stadtverwaltung und die Öffentlichkeit durch Aufklärung, Vorschläge, Beispiele, Presseveröffentlichungen gewonnen werden;
3. der Stadtverwaltung auf diesem Gebiet ein fähiger, sachverständiger und genügend universell denkender Berater oder Beratungsausschuß zur Verfügung steht.

Es wurde vorgesehen, eine Aufklärungsbroschüre zu verfassen. Hierfür und für die weitere Arbeit an der Aufgabe „Stadt-design“ wurde ein Ausschuß gebildet, dem angehören

die Herren Professor Bley, Dozent Ohl, Frau Seeger vom Rat für Formgebung und Graphiker Stankowski sowie ein noch zu benennender Stadtpolitiker.

2. Diskussionsgruppe:

Politik und Stadtplanung

Leiter: Erster Bürgermeister Dr. Jürgen Hahn, Stuttgart

Referenten: Bürgermeister Dr. Christian Farenholtz, Stuttgart; Dipl.-Ing. Architekt Paul Schütz, Karlsruhe

Vor der Berichterstattung über die Diskussionsergebnisse hatte der erste Vorsitzende Professor Götz darauf hingewiesen, daß der Werkbund unabhängig von weltanschaulichen und parteipolitischen Doktrinen sei, seine Aufgabe in der Behandlung öffentlicher Belange sehe und politische Themen keineswegs scheue.

In der Diskussion war man einig, daß Landesplanung, Stadtplanung, Raumordnung in den politischen Bereich gehören. Es geht darum, das Zusammenleben der Menschen und die räumliche Ordnung zu gestalten. Das Bundesbaugesetz als eine Art Grundgesetz stand zur Debatte. Was, für wen und in welcher Rangfolge zu planen ist, muß politisch entschieden werden. Stadtplanung ist – so Dr. Hahn – das Kernstück kommunaler Selbstverwaltung. Das allgemeine Interesse und das der einzelnen Bürger in gerechter Abwägung aufeinander abzustimmen, ist die ständige Aufgabe. Die vielerlei einander oft widerstrebenden Bedürfnisse (Verkehr – Naturschutz – Verteidigung – Jugendförderung – Wirtschaft – Gottesdienst – Landwirtschaft – private Bauwünsche) wurden erörtert und Probleme der Praxis aufgezeigt, z. B. die Gefahr der Ermüdung von Behörden, wenn sie vermeintlichem Volkswillen, massiven Angriffen und Interventionen ausgesetzt sind.

Besonderer Wert wurde auf weitreichende Publizität und öffentliche Dis-

kussion der Planungsvorhaben gelegt. Zu Recht beklagen Bürger die fehlende oder zu späte Orientierung. Die Frage nach der Zuständigkeit fachlich Unzuständiger kam auf (die übrigens auch die Gruppe „Die kulturelle Funktion der Stadt“ beschäftigte). Verstehen die den Flächennutzungsplan und die Bebauungspläne beschließenden Gemeinderäte genug von der schwierigen Materie? Wenn nein, so ist ihre Zuständigkeit dennoch unumstritten.

Stärkeres Ausschöpfen verfügbaren Fachwissens und Erfahrungsgutes, kraftvolles Zusammenwirken von Verwaltung und bürgerschaftlichen Kräften wurden gefordert. Andererseits: Wenn die fachkundige Jury eines Wettbewerbs geurteilt hat, so sehen sich nicht selten Oberbürgermeister und Gemeinderäte – kaum aber der Architekt selbst – herber Kritik ausgesetzt, wenn der – im Entwurf preisgekrönte – Bau fertig ist. Übrigens wissen vor allem die führenden Architekten heute – anders als früher – um den politischen Gehalt ihres Berufsauftrages. Sie wissen auch, daß man von ihnen nicht einen Ideal-, sondern einen Optimalplan erwartet.

Gefordert wurde, daß die Architektenausbildung die Politik und eine zeitweilige Arbeit bei einer Planungsbehörde einbeziehe. Der Städtebauer muß soziologische, politische, hygienische und pädagogische Grundkenntnisse haben. Auch das einzelne Bauwerk muß im Rahmen der städtebaulichen Konzeption gesehen werden.

3. Diskussionsgruppe:

Die kulturelle Funktion der Stadt

Leiter: Journalist Erhard Becker,
Mannheim

Referent: Intendant Ulrich Brecht,
Kassel

Die kulturelle Funktion der Stadt geht wesentlich weiter als der Bereich der Kunst. Sie umfaßt alle Erscheinungen und Lebensformen, auch die

Atmosphäre der Stadt, die das Verhalten ihrer Bürger beeinflusst und für den Kontakt mit dem Geistigen und Kulturellen sorgt. Das muß im Großen bereits in der Planung und im Einzelnen durch fördernde Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Stadt, die mehr ist als eine Anhäufung von Menschen und Beton, wurde als kulturbildendes Element nicht in Frage gestellt, ihre kulturelle Funktion als selbstverständlich angesehen. Größe und Einwohnerzahl einer Stadt sind zwar nicht allein maßgebend für den Umfang des kulturellen Lebens, wohl aber für die Bereitung des Nährbodens dafür und für das Entstehen einer kulturtragenden Schicht. Die Zuordnung von Funktion und Gesellschaft ist gegeben.

In der Diskussion wurde ausgiebig die – zwar nicht direkt, aber dem Sinn nach gestellte – Frage erörtert, wie weit die Stadt künstlerische und geistige Werke unterstützen kann, die alles Vorhandene zunächst in Frage stellen – und andererseits, in welcher Lage der kritische Künstler und Geistes schaffende angesichts solcher unvermeidbaren Förderung gerät. Der Förderung bedarf es, weil Kultur nicht dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen werden kann. Der Förderung dient aber auch der Steuergrößen des Bürgers, der kein Verständnis für das hat, was da gefördert wird.

Nach Adorno muß jeder, der Kultur sagt, auch Verwaltung sagen. Erörtert wurde die Notwendigkeit, unsere totale Abstimmungsgesellschaft aufzuheben, die Elemente der Beunruhigung zu fördern (Amt für öffentliche Beunruhigung!). Beratende Ausschüsse, bestehend aus Künstlern und anderen schöpferisch tätigen Persönlichkeiten, für die Gemeindeparlamente zu schaffen oder solche Personen in die örtlichen Gremien wählen zu lassen, wurde schließlich nicht gutgeheißen. Man hielt es für richtiger, daß Menschen dieser Art als Mitglieder politischer Parteien und im internen Kreis kraft ihrer Überzeugung und ihrer Argumente wirken sollten.

Kultur wurde als Funktion der Politik aufgefaßt. Kulturelle Entscheidungen könnten dem politischen Bereich – zu dem jede Maßnahme der gewählten Körperschaften gehört – nicht entzogen werden. Die einer Vollmacht gleichkommende Berufung der Leiter der kulturellen Institutionen einer Stadt stellt bereits die Weichen. Kulturförderung soll alle wesentlichen Initiativen aus der Bürgerschaft und auch die Erwachsenenbildung umfassen. Im Zusammenhang mit der Frage, wie die Kontrolleure in den Gemeindeparlamenten und Verwaltungen selbst kontrollfähig gemacht werden könnten, erhob sich die Forderung an die Schule, die urbane Lebensform unserer Zeit angemessen zu berücksichtigen. Erstaunen löste die Mitteilung aus, daß zwar über die Hälfte aller Schüler Baden-Württembergs aus Mittel- und Großstädten stammen, daß aber im Lesebuch-Ausschuß des Kultusministeriums die Großstädte nicht vertreten seien. Ungenügende Bildung – das gilt nicht nur für die Schulbildung – hindert die Entfaltung des kulturellen Interesses.

Herr Becker wies auf die Notwendigkeit der Kaderbildung hin, also auf die Heranbildung von Menschen mit Verständnis und Initiative für das Geistige und Künstlerische, auch innerhalb der Verwaltung, und er warnte eindringlich davor, am ohnehin bescheidenen Kulturretat zu sparen, wenn die finanzielle Situation enger werde. Kultur ist nicht Luxus, auch technisch-praktische Dinge lassen sich notfalls zurückstellen. Die Kultur dient der Stadt, nicht nur dient die Stadt der Kultur.

Allerdings bedarf es einer stärkeren Integrierung des oft zu stark abgekapselten Kulturellen in das Leben der Stadt, einer besseren Aufschließung, wie sie beispielsweise in der Museumsarbeit in den USA geübt wird. Man soll sich auch nicht scheuen, mazenatische Eitelkeit in den Dienst der Kultur zu stellen.

Es fehlt weithin an genügender Werbung für kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen, obwohl es viele Möglichkeiten dafür gibt. Intendant

Brecht zeigte das am Beispiel Ulms, dessen Theater Generalproben für Betriebsräte und ganze Betriebe zugänglich gemacht habe und in die Vereine und zu Parteien gegangen sei. Wenn – so sagte er – der Oberbürgermeister an alle Schulen schreibe und die Schüler daraufhin die Auf-
führung von Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ besuchten, dann könnten die Schüler zwanzig Stunden Geschichtsunterricht einsparen. Im persönlichen Engagement der Verwaltungsspitzen sah die Diskussionsgruppe eine besonders wirksame Unterstützung der kommunalen Kulturarbeit.

4. Diskussionsgruppe:

Stadterneuerung und Tradition

Leiter: Professor Immanuel Kroeker, Karlsruhe

Die Zusammensetzung des Gesprächskreises war ausgewogen. Für die Erhaltung der historischen Stadtkerne war etwa die Hälfte der Teilnehmer.

Hier das *Resümee*:

Die einen:

Die gewachsene Stadt in ihrem historisch überkommenen Bestand ist ein uns anvertrautes Gut, ist ein Kunstwerk. Wenn der Rahmen, in den sie hineingestellt wurde, nicht mehr den Gegebenheiten unserer Zeit entspricht oder wenn dieser Rahmen, ja das Kunstwerk als solches, durch Ereignisse, welcher Art auch immer, angegriffen oder in seinem Bestand gefährdet ist, ja zerstört wurde, ist es unsere Aufgabe, das Kunstwerk zu bewahren, zu erhalten oder wieder herzustellen.

Die Anpassung an die Erfordernisse unserer Zeit darf nur in der Form geschehen, daß der wirklich schöpferisch tätige, einfühlsame Mensch das Gefährdete mit neuen Lebensinhalten erfüllt. Es müßte uns gelingen, den gewachsenen Kern unserer Städte zum Schnittpunkt der Kontakte, zum Ort der Begegnung der Menschen untereinander zu machen. Denn in der Vielzahl neuer Stadterweiterungen ist

der Stadtkern zum einzigen noch wahrnehmbaren charakterlichen Unterscheidungsmerkmal geworden. Hier allein findet sich noch der dem Menschen gemäße Maßstab. Es gilt daher, von ihm alles fernzuhalten, was den Bestand, den Maßstab, den Lebensinhalt in Frage stellt oder beseitigt. Alle das Fundament angreifenden Kräfte sind in Bahnen zu lenken, die das Bestehende sichern helfen. Dies gilt auch und vor allem für das Verkehrsproblem, das nicht dadurch gelöst werden kann, daß man in den Stadtkern flüssige Schneisen legt und Parkhäuser in genügender Anzahl verteilt, um den Menschen auf vier Rädern nahe an das Zentrum heranzuführen und damit den Kern lebendig zu machen.

Die alten und die neuen Lebensräume müßten sich vielmehr klar voneinander abzeichnen. In ihnen müßten das Traditionsbewußtsein und das zu neuen Ausdrucksformen drängende Zeitgefühl nebeneinander bestehen können, müßte eine gegenseitige Verklammerung möglich sein, ja es müßte eine innige Integration angestrebt werden. Dieses Ziel kann nicht ohne einen gewissen Zwang, ohne Einhaltung von Spielregeln – wie das auch in früheren Zeiten der Fall war – erreicht werden. Es geht auch nicht im Rahmen üblicher wirtschaftlicher und rentabilitätsmäßiger Überlegungen. Die Erhaltung von Kulturdokumenten erfordert vielmehr besondere Opfer an Geld und Eigentumsrechten. Ohne diese Einsicht bleiben alle unsere Bemühungen weit abgeschlagen im Feld zurück, angesichts der Rücksichtslosigkeit der Realität. Es gäbe bereits Beispiele – Lyon wurde genannt – wo durch Gesetz der Staat dazu übergegangen sei, den alten Stadtbesitz aufzukaufen, ihn zu sanieren und nach der Sanierung neu aufzuteilen. Dadurch wurde er einer neuen, sinnvollen Zweckbestimmung zugeführt und mit neuen lebenserhaltenden Impulsen versehen.

Die anderen:

Den alten Bestand mit neuen Inhalten zu versehen, ist Umfunktionalismus, ist geistiger Entzug eines kultu-

rellen Entwicklungsprozesses. Es steht uns aber nicht zu, diesen Eingriff vorzunehmen, denn wirkliche Kulturen waren, soweit sie die Zeit überstanden haben, in der Durchsetzung ihrer Ziele immer rücksichtslos gegenüber dem Überkommenen. Sie ließen sich nicht einengen, nicht in einen geforderten Maßstab oder eine ästhetisierende Umhüllung hineinpressen. Kein großer Baumeister früherer Zeiten würde es verstehen, sollte er aus dem Grabe auferstehen, daß man an uns heute Forderungen dieser Art stellt. Er würde sich nicht dazu hergeben, unter solchen Bedingungen zu arbeiten.

Die Kulturen großer Zeitepochen bauten nicht auf dem Überkommenen auf, sondern zerstörten vielfach dessen Dokumente, wenn sie im Wege standen. Sie besaßen den Mut, Städte in Würde sterben zu lassen, wenn sie ihr Leben verloren. Rein ästhetisch mag ein Wiederaufbau, eine Anpassung an den Maßstab, befriedigen. Aber damit schaffen wir nur Museen. Eine Stadt ist aber kein Museum. Die Stadt wird in unserer Zeit vielmehr immer stärker zum Symbol des Lebens und zur menschlichen und geistigen Entfaltungsstätte.

Maßstäbe, die früher durchaus gültig waren und damals das Stadtbild prägten, können nicht mehr die unseren sein. So waren z. B. Wohnquartiere, die wir heute für sanierungsunwürdig, weil menschenunwürdig, ja lebensgefährdend erklären, vielfach die Wohnquartiere der Patrizier.

Wenn wir wirklich daran glauben, einen kulturellen Auftrag in unserer Zeit zu haben, und wenn wir bereit sind, ihn zu erfüllen, müssen wir dessen geistigen Gehalt durchdenken, zu ihm durchstoßen und den Auftrag erfüllen. Auch die geistigen Inhalte verändern sich. Der damit verbundene Entwicklungsprozeß überträgt sich auf alle Lebensäußerungen. Wer diese Entwicklung verleugnet, stellt sich außerhalb der Zeit und entzieht sich der Aufgabe. Niemand würde es verstehen, wenn etwa in Wissenschaft und Technik durch Rücksichtnahme auf traditionelle Ergebnisse neue Er-

kenntnisse in ihrer Entfaltung und in ihrer Auswertung zum Wohle der Menschheit gehindert würden. Auch hier reichen sich schmerzliche Zerstörung und Aufbau von neuen Fundamenten die Hand. Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit macht die Tradition sichtbar, am alten Platz etwas Neues zu errichten, wenn sich Inhalte und Maßstäbe der Zeit verändern.

5. Diskussionsgruppe:

Stadt und Universität

Leiter: Ministerialdirigent Prof. Dr. h. c. Horst Linde, Stuttgart

Stellvertreter: Ober-Reg.-Baudirektor Walter Müller, Freiburg

Referenten: Stadtdirektor Dr. Christoph Andritzky, Mannheim; Universitäts-Professor Dr. B. Welte, Freiburg

Die Diskussion in der Gruppe „Stadt und Universität“ erfüllte vollauf, was ihr Leiter, Professor Linde, erwartet hatte: Die Erörterung der geistigen – soziologischen – wirtschaftlichen und städtebaulichen Aspekte des Themas, auch der Frage, was Stadt und Universität voneinander erwarten und wie Verbindendes sich aktivieren lasse.

Das Spannungsfeld werde – so Arminde vom Stuttgarter Institut für Hochschulbau – heute besonders deutlich, weil Hochschulen 150–200 ha benötigten, auf denen sonst 30–40 000 Menschen Platz hätten, und weil zu klären sei, ob eine Universität ins Stadtzentrum oder an die Peripherie gehöre.

Die Geländefrage nahm der bewußt provokatorisch gehaltene Beitrag von Stadtdirektor Dr. Andritzky auf:

Wenn die Universität Gelände bekomme, das für Industrie-Ansiedlung verlorengelasse, so bedeute das (Gewerbsteuer-) Einnahmeverluste. Die Ausgaben aber erhöhten sich, so für Aufschließung, Versorgungsleitungen, Straßen, Verkehrsmittel, Parkplätze, Wohnungen usw. Mittelstädte mit Universitäten (Göttingen u. a.) seien arme Städte. Skeptisch sei zu fragen, ob die Kontakte zwischen Stadt und Universität echt oder nur repräsentativ seien, ob der Geist der Universität auch für die Bürger offen sei, ob der geistige Raum, den die Stadt der Universität durch teure kulturelle Einrichtungen (Theater, Orchester usw.) anbiete, von dieser recht genutzt werde, ob die Universität am kommunalen Leben tätigen Anteil nehme, kurzum, ob die ohnehin nicht publizitätsfreudigen Universitäten nicht ein abgeschlossenes Eigenleben führten und weniger kontaktfähig seien als ihre Städte. Miteinander aber sei besser als nebeneinander.

Die Universität sei – so erwiderte Rektor Baitsch (Universität Freiburg) – wie eine schöne Frau, die kostspielig sei, auch wenn man nicht viel von ihr habe. Auch das nur potentielle kontinuierliche geistige Angebot einer Universität an die Stadt sei zu schätzen, selbst wenn man es nicht nütze. – Professor Welte (Freiburg) bekannte sich zur Universitäts-Autonomie. Die Universität produziere Wissenschaft, und zwar für alle, nicht für die Stadt allein, und sie bilde Menschen. Ihre Arbeit bedinge zum Teil

ein Leben im Elfenbeinturm. Die Städte wie die Universitäten seien in einer dynamischen Entwicklung begriffen; die durch die Universitäten gehenden Menschen dienten später den Städten. Die Universitäten sollten sich zur Stadt hin, aber auch intern, kontakterleichternd öffnen. Das Wachstum bei Stadt und Universität – so der Rektor – erfordere zeitige Planung.

Planungsfragen, insbesondere die lange unsicher gebliebene Frage nach den Hochschulstrukturen als Voraussetzung für bauliche, auch städtebauliche, Konzeption wurden diskutiert. Obwohl „alte harte Bretter zu durchbohren sind“ (Rektor Baitsch), werden die Universitäten zu neuen Betriebsformen bereit sein.

Von den Kliniken als Bindeglied war weiter die Rede. In denen der Universität seien Bürger der Stadt Patienten. Neuerdings vollzieht sich mitunter Forschung und Lehre der Universität auch in Stadtkrankenhäusern.

Müller hob hervor, daß das urbane Leben der Studenten die abendliche Stadtverödung aufhebe. In ausgesprochenen Universitätsstädten bildeten Stadt und Universität doch einen lebenden Organismus. Interessant der Hinweis (Universitätsrat Dr. Curtius), daß in den USA zu Lehre und Forschung als dritte Universitätssäule der Dienst an der Öffentlichkeit hinzutrete, der bei uns starker Aktivierung bedürfe. Linde unterstrich, die hierin liegende große Aufgabe der Universität werde zu wenig gesehen.

Dr. Christoph Andritzky

Das Argenprojekt der EVS vor der Entscheidung

Seit mehreren Jahren wird mit großer Heftigkeit zwischen Vertretern der Energiewirtschaft und solchen des Landschaftsschutzes über den sogenannten „Abschnitt C“ des Projekts der Energieversorgung Schwaben diskutiert, der im Argental schwerwiegende Änderungen vorsieht. Außer den Kreisen, die sich hierbei um die Erhaltung einer ursprünglichen Landschaftszone bemühen, hat auch die Landwirtschaft in einer Denkschrift vom März 1965 begründete Bedenken angemeldet. Die Kreistage von Tettmang und Wangen lehnen das Projekt ebenfalls ab, ebenso wie der Bund für Naturschutz in Oberschwaben. Dagegen sind auch manche Fachleute der Wasser- und Energiewirtschaft mit schwerwiegenden Gründen.

Wer nur einige der Presseäußerungen durchsieht, findet Schlagworte wie „Flußmord“, „Kampf bis zum äußersten“, „Flußleiche“, „hinausgeworfenes Geld“, aber natürlich auch sachliche Begründungen der E.V.S., wie sinnvoll und vorteilhaft gerade dieses Projekt für die Deckung des ständig wachsenden Spitzenbedarfs an Elektrizität im eigenen Land sei und die Versicherung, man würde beim Ausbau auf möglichste Erhaltung der Landschaft, ihrer Schönheit und Ursprünglichkeit bedacht sein.

Trotzdem konnten diese Entgegnungen auch den Schwäbischen Heimatbund nicht von der Richtigkeit und Notwendigkeit so schwerer Landschaftsveränderungen überzeugen, um so weniger nach dem man sich unter Führung von Herrn W. Baur, der sich eingehend mit den geplanten Maßnahmen beschäftigt hatte, durch eine Studienfahrt im Zusammenhang mit der Ferienwoche 1965 einen ausführlichen Eindruck an Ort und Stelle verschafft hatte (siehe Heft 3/1965 der Schwäbischen Heimat, S. 202). Manch einer redet über solche Dinge, ohne die Landschaft überhaupt zu kennen! Das soll man uns nicht vorwerfen können.

Der Vorstand beschloß deshalb, gegen das Projekt in aller Form Einspruch zu erheben, was mit dem hier folgenden Schreiben vom 20. Juli 1966 an den Herrn Ministerpräsidenten geschah.

Betr.: Argenprojekt der E.V.S.,
Einspruch

Hochverehrter Herr Ministerpräsident!

Mit großer Besorgnis um die Erhaltung einer der letzten und in ihrer Art wertvollsten Naturlandschaften des Landes verfolgt der Schwäbische Heimatbund e.V. die Veröffentlichungen über das von der E.V.S. geplante Argen-Kraftwerk. Die Ausführung der veröffentlichten Entwürfe mit ihren Wehren, Dämmen, dem Überleitungskanal und den erforderlichen Verlegungen der Straßen, Stromleitungen und Kraftanlagen wird eine bisher unberührte Landschaft völlig verändern, die geplanten Speicher bei der Kreuzweiherguppe bringen den Verlust wertvoller tierischer und pflanzlicher Lebensgemeinschaften neben wertvollstem bäuerlichem Kulturland mit sich. Schwere Rückwirkungen sind für die Fluß-Strecken der unteren Argen zu befürchten mit entsprechenden Wirkungen auf den Wasserhaushalt des Bodensees.

Bei aller Anerkennung der Bedeutung der Energiewirtschaft muß die Frage gestellt werden, ob das vorliegende Projekt noch dem jetzigen Stand der Technik und den zu erwartenden Wandlungen ganz entspricht. Der Schwäbische Heimatbund teilt die von sachverständiger Seite vielfach geäußerten Zweifel, ob der Nutzeffekt der Anlage überhaupt die so schwerwiegenden Eingriffe in die Landschaft nur annähernd rechtfertigen kann. Wenn die Verhältnisse auch nicht unmittelbar verglichen werden können, so verweisen wir doch auf das Beispiel des Kraftwerks Fridingen im

oberen Donautal, das nur wenige Jahrzehnte nach seinem Bau für die Energiewirtschaft keine Rolle mehr spielt, durch dessen Ausführung aber dem schönsten Teil des Donaulaufes oberhalb von Beuron ein nie wieder gut zu machender Schaden zugefügt worden ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse im untersten Lautertal, wo eine Naturlandschaft ohne entsprechenden dauernden Nutzeffekt für immer zerstört worden ist.

Der Schwäbische Heimatbund schließt sich den Äußerungen des Bundes für Naturschutz in Oberschwaben gegen das Projekt in vollem Umfang an und bittet dringend, bei den Entscheidungen über das geplante Vorhaben, die von allen Seiten geäußerten Bedenken zu berücksichtigen.

Der Schwäbische Heimatbund stimmt auch mit den Vorschlägen überein, welche von der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Hochrhein und Bodensee gemacht wurden, die Frage, inwieweit das Argenprojekt im Rahmen einer gesamten Landesentwicklung überhaupt sinnvoll und notwendig ist, durch wissenschaftliche Gremien unter Koordination aller Sparten eingehend prüfen zu lassen.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß sich der Schwäbische Heimatbund verpflichtet fühlt, im jetzigen Zeitpunkt gegen das Projekt Einspruch zu erheben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

bin ich

Ihr ganz ergebener

W. Kittel, Oberbaurat i. R.

Abschriften erhielten die Herren Minister Prof. D. Dr. Hahn (Kultusministerium), Dr. Filbinger (Innenministerium), Leibfried (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten), Dr. Leuze (Wirtschaftsministerium), außerdem Herr Reg.-Präs. Dr. Birn in Tübingen.

W. Kittel

Geschäftsstelle: Stuttgart, Charlottenplatz 17, II (Eing. 5) · Fernruf: 22 32 43 · Geschäftszeit: 8–16.30 Uhr
 Konten: Postscheckamt Stuttgart 3027, Städt. Girokasse Stuttgart 16430

Das Gesicht der Stadt Kirchheim — einst und jetzt

Tagung des Schwäbischen Heimatbundes am 23. April 1966 in Kirchheim unter Teck

Wenn sich ein Heimatbund mit Städtebau befaßt, so kann es nur sein, um danach zu fragen, in welchem Sinne das, was früher entstand, „Heimat“ war, und das, was heute entsteht, einmal „Heimat“ sein wird. In einer aller Unnüchternheit entkleideten Idee der Heimat begegnen sich die Vorstellungen des Städtebauers von einem geordneten Raum und die vom Bilde der Heimat als einer vom Menschen geprägten, ihm gemäßen Umwelt (diese nämlich ist der Kern des Heimatgedankens). Fast ist man versucht, zu sagen, daß die Absichten des Städtebauers einem „Heimweh“ nach der künftigen Gestalt einer Stadt entspringen, das um so echter ist als sich diese Gestalt nie rein darstellen läßt, einem „Heimweh“, das sich übrigens gut mit dem „Heimweh“ nach den – auch nie ganz verwirklichten – städtebaulichen Leitbildern der Vergangenheit und den darin zum Ausdruck kommenden Ideen von der Ordnung der menschlichen Gesellschaft verbindet. In diesem Sinne sollte in der Tagung danach gefragt werden, was für Charakterzüge sich im Bild der Stadt Kirchheim – einst und jetzt – widerspiegeln, welche Inhalte den Formen entsprechen, welche Kräfte an der Bildung des Stadtbildes beteiligt waren und sind, inwieweit die Frage, woher Kirchheim kommt und wohin es geht, am Spiegel des Stadtbildes betrachtet werden kann. Der Akzent sollte dabei weniger auf der Vergangenheit liegen als auf der Zukunft, denn letzten Endes war es dem Veranstalter um die Erkenntnis der Bahnen zu tun, in denen sich das jetzige und künftige Leben von Kirchheim bewegt und bewegen wird, ein Leben wohlgeordnet, das sich in Verkehrs- und Wirtschaftsplanung genau so äußert wie in Wohn-, Schul-, Kindergarten- und Kirchenbau, die Stätten der Leibesübung und die Erholungsräume nicht zu vergessen. Diese Konzeption von der Großen Kreisstadt Kirchheim als einem wirklichen Gemeinwesen, das es nach den verschiedenen Seiten seiner Existenz räumlich zu entwickeln gilt, war der geheime Maßstab alles Gesagten und Betrachteten. Es kam deshalb gut an, wenn der Vorsitzende des Schwäbischen Heimatbundes, Oberbaurat i. R. W. Kittel, „Gespür“ forderte für das Leben, das sich im alten und jungen Gesicht der Stadt mitteilt, oder Oberbürgermeister Kröning, der freundliche Förderer der Tagung, von dem sich wandelnden Ordnungsbild der Stadt und seinen veränderten Bedeutungen sprach. Auch das „Unbehagen“ und die „Unruhe“, die er den Teilnehmern wünschte angesichts dessen, was geschaffen wurde,

verstand man richtig als Ausdruck einer Verantwortung gegenüber dem schwer zu realisierenden geforderten Ganzen. Er begrüßte es dankbar, daß diese Verantwortung, nach den demokratischen Möglichkeiten, von der Öffentlichkeit geteilt wird. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß es gerade in Kirchheim zu einer freien Arbeitsgemeinschaft aller an den Fragen des Stadtbildes teilnehmenden Vereinigungen gekommen ist, wobei man zunächst im Kleinen anfang: der Anbringung von Tafeln an alten Gebäuden, der Aufstellung von Relieftafeln an Orten vor- und frühgeschichtlicher Funde (Milcherberg, Ziegelwasen), die Anlegung eines Naturlehrpfades bei den Bürgerseen.

Das erste Referat von Dr. Adolf Schahl war dem Grundriß von Alt-Kirchheim gewidmet. Dieser Grundriß wurde aus den Grundlinien der geschichtlichen Entwicklung erläutert. „In die Wiege gelegt“ war der Stadt die Lage zwischen Alb und Neckar in der Vereinigung von Lindach und Lauter. Die Verkehrsbestimmung dieses Ortes haben zuerst die Römer erkannt; ihnen folgten die Alamannen, vor allem aber die Franken, die inmitten dreier alamannischer Hofgruppen einen Königshof mit einer zehntberechtigten Kirche, der heutigen Martinskirche, anlegten. Sie gab der Siedlung den Namen. Zum ersten Mal faßt man zwei ortsbauliche „Dominanten“ im Doppelsinn eines formalen Akzentes und einer dadurch bezeichneten für das öffentliche Leben wichtigen Bedeutung. In ihnen verkörperten sich eine Art „überregionale Planung“, für die politische, wirtschaftliche und kirchliche Zwecke wichtig waren. Die Fortbildung des Grundrisses hängt mit der Entwicklung des Marktes zusammen, den Otto Lau (vgl. „Schwäbische Heimat“ 2/66) auf recht frühe Zeit zurückführt (Heidenschaftsviertel). Im Vorfeld der Burg Teck gelegen, mußte Kirchheim die Zähringer zur Stadtgründung auffordern. Sie geschah etwa 1220/30 nach dem Recht von Freiburg i. Br. Der zähringische Vierortgrundriß der Stadt – mit dem Markt in der verkehrsmäßig wichtigen Nordsüdachse – läßt Älteres als Vorstadt außerhalb der Mauern, auch eine teckwärts gelegene Marienkirche. Eine Stadterweiterung in württembergischer Zeit ist möglich: von 1361–1367 verbauten die Kirchheimer 2053 Pfund Heller „an irer statt mure“. Wenn die Ostwestachse unverhältnismäßig weit nach Norden verschoben ist, so deshalb, weil hier, um Martinskirche und Königshof der Schwerpunkt der vorstädtischen Siedlung lag (eine Verlagerung

des Achsenkreuzes nach Norden war wegen des Geländes und anscheinend auch wegen vorhandener Bindungen an südlich Gelegenes nicht möglich). Die wichtigsten baulichen Akzente des so zustande gekommenen Stadtwesens (Rathaus an der Marktstraße, Bürgerhaus am Achsenkreuz, Spital an einer Querachse, Schloß mit zugehörigen Bauten) wurden genannt. 1539 tritt die Marktstadt in einen neuen Abschnitt ihrer Geschichte ein. Sie wird Festung. Vom 4. August bis 2. November 1539 wurden unter Herzog Ulrich fünf Rondelle angelegt, die 4763 Gulden, 8 Kreuzer kosteten; im darauffolgenden Jahr scheint man an die Wälle in der Nordost- und Südwestecke gegangen zu sein. Als Grund wird der „gefährliche Religionskrieg“ angegeben. Ausdrücklich wird betont, das sei mit der Stadt nicht „umb ihrer selbst willen“ geschehen, sondern „um ein gantzes Land oder wenigstens großen District desselben zu bedecken“. Auch 1663 gab eine starke kriegerische Gefahr Veranlassung, Stadtmauer, Zwinger, Tore, Rondelle und Bastionen zu erneuern. Konrad Widerholt nennt am 4. 3. 1664 die Türkengefahr. Man erkennt, wie wichtig – und gefährlich! – auch hier übergeordnete Gesichtspunkte der „Landesplanung“ (Verteidigung des Herzogtums) für Kirchheim geworden sind. Am 2.–3. August 1690 kam es zu einer städtebaulichen Katastrophe. Die Stadt brannte, bis auf Schloß, Zehntscheuer und wenige andere Gebäude nieder. Die Baumeister Matthias Weiß und Johann Peter Hertzler leiteten den Wiederaufbau, der Kirchheim zu einem Musterbeispiel absolutistischer Stadtstaats-Baukunst des 18. Jahrhunderts macht. Abgesehen davon, daß die Straßen aus feuerpolizeilichen Gründen verbreitert wurden, sah man darauf, „daß alle Straßen und Häuser denen abgesteckten Pfählen und gemachten Grundriß nach in die Linea gebawet und kein Haus vor das andere umb keinen Zoll gesetzt werde“, ferner, „daß die Stockwercker und Finster alle in gleicher Höhe gebawet werden“; Erker und Überstöbe wurden nicht erlaubt. Eine große städtebauliche Leistung war die Erstellung des Rat- und Bürgerhauses am jetzigen Platz; da der Kirchturm abseits lag und nieder war, mußte dieses Haus auch für das „Abblasen geistlicher Lieder“ und für eine „schlagende Uhr“ eingerichtet werden (daher der Turmaufsatz). So wurde es im Sinne der organischen Stadtbaukunst des Barocks zum Haupt des Leibes, den die Stadt bildete. Im 19. Jahrhundert bleibt zwar die Altstadt organisierender Kern, die Niederlegung der Befestigung, die Einebnung von Wall und Graben (Alleenring) und die Ausdehnung der Vorstädte – anfänglich längs der Hauptausfallstraßen – macht aber deutlich, daß neue „azentrische“ Kräfte auf die Stadt einwirken, die nun nurmehr Teilraum ist in einem übergeordneten Raum, den der Verkehr erschließt und die Industrie bestimmt. Es wird eine Deformierung der überkommenen Gestalt deutlich, die eine künftige Metamorphose anzeigt, in der auch die Verkehrs- und Industriestadt Kirchheim, wie sie ins 20. Jahrhundert ging, nur Vorbereitung war: die

moderne Bürgerstadt als ein lebendig gewachsenes, in allen seinen Zwecken voll entwickeltes, ganzes, heiles, harmonisches Gemeinwesen.

Fleisch an das Gebein dieses anatomisch erläuterten Skeletts der Struktur von Alt-Kirchheim brachte der nachfolgende Lichtbildervortrag der Stadtarchivarin Barbara Oertel, die u. a. die charakteristischen Prospekte im Kieser'schen Forstlagerbuch und bei Merian sowie Pläne von Kellereiwerkmeister Gabriel Mayer von 1654 ff. vorführte, welche mit der Absicht der Erneuerung der Stadtbefestigung zusammenhängen. Beispiele des Wiederaufbaus nach 1690 folgten. Auch der Veränderungen nach 1800 wurde gedacht. Von den reizenden Stahlstichen und Lithographien des 19. Jahrhunderts, an Hand derer die Vortragende liebevoll auf einzelne Bauten, auch der neueren Zeit, einging, kann hier leider keine Vorstellung erweckt werden (vgl. jedoch Max Schefold, Alte Ansichten aus Württemberg Nr. 3937–3989).

An Hand von ausgestellten Planzeichnungen vermittelte sodann Oberbürgermeister Kröning einen Blick über die Entwicklung der Planung seit dem zweiten Weltkrieg, die auf Dipl.-Ing. Kilpper zurückgeht. Welche Gesinnung die Stadtverwaltung dabei leitete, wurde den Teilnehmern an der Gabe deutlich, welche ihnen überreicht wurde: „Zeugen der Vergangenheit – Quellen der Zukunft“ war die eine benannt (ihr tritt das Heft „Stadtkirche Sankt Martin zu Kirchheim unter Teck“ zur Seite); die andere, betitelt „Unsere Stadt im Spiegel der Zeit 1945–1965“, bringt in der anschaulichsten Weise das wichtigste Planmaterial zur Darstellung. Dementsprechend bekannte sich das Stadtoberhaupt zur Geschichte der Stadt und deren Denkmale, andererseits aber gelte es zielbewußt an die räumliche Ordnung des gegenwärtigen und, vorausschauend, auch künftigen Lebens zu gehen. Die Zeit der augenblicksbedingten Notplanung der ersten Nachkriegsjahre – mit ihren „läßlichen Sünden“, auch Unterlassungssünden –, sei zu Ende; heute seien langfristige Maßnahmen möglich. Daß auch sie ihre Grenzen haben, wurde freilich aus den bitteren Worten deutlich, mit denen der Tatsache gedacht wurde, daß die Bundesbahn, trotz des Bekenntnisses der Stadt zur Schiene, vorläufig nicht daran denkt, die im Stadtplan für die Verlegung der Geleise und des Bahnhofs offengelassene Lücke zu füllen. Die westliche Hälfte der Umgehungsstraße konnte bisher noch nicht ausgebaut werden. Die vielen Seiten, die bei der Schaffung eines räumlichen Ordnungsbildes, das den Namen „Heimat“ verdient, zu berücksichtigen und auf einen Nenner (den nämlich des Stadtwesens) zu bringen sind, wurden umrissen. Bedauert wurde, daß das Raumordnungsgesetz des Bundes zu spät komme, obwohl es in den Entwicklungsräumen noch anwendbar sei –; was in ihm als Grundsatz entwickelt werde, habe man in Kirchheim längst zu praktizieren gesucht. Wenn freilich in Zusammenhang mit jenem Gesetz keine Finanz- und Verwaltungsreform erfolge, könnten seine Möglichkeiten nicht genutzt werden.

An Hand von Lichtbildern erörterte sodann Bürgermeister Ullrich einzelne wichtige Fragen. Aus seiner Erläuterung des Flächennutzungsplans wurde deutlich, daß eine sinnvolle und zweckmäßige, organische Gliederung angestrebt wird. Der große Rahmen für die städtebauliche Entwicklung steht heute fest, in ihn gilt es die einzelnen Bebauungspläne einzuordnen. Die Erweiterungsmöglichkeiten der Wohn- und Industriegebiete wurden umrissen, wobei indessen deutlich wurde, welche Grenzen heute schon in Kirchheim a) die Autobahn, b) die Markung setzen! Ausführlich befaßte sich der Referent mit dem Verkehr, der Umgehungsstraße und der neuen Bahnführung. Dabei entstand der Eindruck, daß nach Vollendung der Umgehungsstraße Kirchheim, zusammen mit seinem Alleinring, ein für das Abfangen der Radialstraßen und die tangentielle Ableitung des Durchgangsverkehrs taugliches Verkehrsnetz besitzt. Über die Verlegung der Bahnlinie, wofür die Stadt als Vertragspartner Gelände zur Verfügung stellte, wurde gesagt: „Sollte es zu dieser Verlegung nicht kommen, so ist der gesamte Verkehrsplan von Kirchheim nutzlos.“ Vorläufig drückt der Verkehr vor allem von den westlichen Straßen in die durch die alte Bahnführung (mit schienengleichen Übergängen!) und die nicht vollendete Umgehungsstraße verursachten Engpässe.

Die Sanierung der alten Vorstädte wurde erörtert, an Hand von Aufnahmen wurde auch auf die Notwendigkeit der Sanierung der Altstadtviertel hingewiesen, wobei es auch zur Schaffung von größeren Freiräumen kommen soll. Unter den Neubaugebieten hob Bürgermeister Ullrich das interessante Demonstrativprogramm im Süden zwischen Eisenbahn und Autobahn hervor (eine freilich keineswegs sehr glückliche Lage, die sich eher für ein Industriegebiet empfohlen hätte: aber woher Raum „nehmen und nicht stehlen“!). Die Bebauung des „Würstlesbergs“ im Osten vermochte zu überzeugen.

„Und was sagt der Architekt dazu?“, war der, die Vormittagsveranstaltungen beschließende, Beitrag von Architekt Dipl.-Ing. Eberhard Weinbrenner aus Nürtingen betitelt. Als gute bauliche Einzelleistungen hob er zunächst das Hallenbad (Prof. Wilhelm) und die Erneuerung der Martinskirche (Arch. Hammer, Kirchheim) hervor. Unter Ausklammerung der Frage des Bodenrechts und der Raumordnung übte er folgende Kritik, die er unter ein Leitwort von Le Corbusier stellte: „Unsere Zeit prägt täglich unseren Stil, leider sind unsere Augen nicht fähig, ihn zu erkennen.“ Kirchheim liegt an der Grenze zwischen einem ungeheuren Ballungsraum (mit umliegenden Wohn- und Gewerbebezirken), es ist jedoch ein selbständiger Mittelpunkt im Übergang zur Agrar- und Erholungslandschaft, wobei sowohl die vorindustrielle als die klassisch industrielle Phase und die durch den Motor und die Elektrizität hervorgerufene zweite industrielle Revolution am Stadtbild deutlich werden. Hier stellte der Referent die erste Frage: wird die Ablesbarkeit dieser drei Phasen gefordert? Als eigentliche Aufgabe wurde

bezeichnet, die Grundstruktur nicht anzutasten, ohne daß aber dadurch die bauliche Entwicklung gestoppt wird. In dieser Verbindung bekannte sich Arch. Weinbrenner zur Erhaltung des Altstadtraums mit Alleinring als solchem und seiner hervorragenden Bauten als Einzelzeugen der Vergangenheit. Andererseits gebe es keine Frage, daß die Haustypen östlich der Marktstraße mit den Forderungen des heutigen gewerblichen Lebens nicht übereinstimmten. In diesem Zusammenhang wurde folgendes gewünscht: Großzügige Lösungen für den ruhenden Verkehr (Parkhochbauten außerhalb der Altstadt, unterirdische Bauten innerhalb dieser, jedenfalls keine Park-Freiflächen oder erhöhte Parkdecks). Im Altstadtkern Wiederaufbau einzelner Gebäude in sonst gut erhaltenen Straßenzügen mit neuen Mitteln, aber unter Berücksichtigung des Maßstabs, auch der Giebelstellung der angrenzenden Gebäude. Bei Abbruch ganzer Häuserblocks Neubau in Bauformen unserer Zeit mit möglichst viel hochwertigen Wohnungen, Dachgärten usw. Hier hänge alles von der Qualität ab. Was die Außenbezirke angeht, so wurde das Zusammenwachsen von Oetlingen und Kirchheim lebhaft bedauert und nahegelegt, bei der Bahnverlegung eine städtebauliche Korrektur vorzunehmen, durch die, unter Zuziehung eines guten Gartenarchitekten, an Stelle der harten Parallele von Schiene und Straße eine mehr lockere Verknüpfung der Vorstadt mit Kirchheim geschaffen wird. Die eingeschossigen Baukörper zwischen Kirche und Rathaus Oetlingen wurden kritisiert, weil sie im Grund das tun, was sie vermeiden wollten: sie lassen jene Gebäude auseinanderklaffen. Die Bebauung des Würstlesbergs mit Einfamilienhäusern wurde als richtig in der Grundauffassung bezeichnet, wobei allerdings die Frage sei, ob die Bau- und Erschließungsform finanziell weiterverfolgt werden könne. Auf keinen Fall jedoch dürfe diese Bebauung nach Westen über die Plochinger Steige ausgreifen. Im Hinblick von der Teck würde deutlich, was der westliche Höhenzug für Kirchheims Stadtbild bedeute. Die Grünzone längs des östlichen Stadtrandes entlang dem Fuß des Würstlesbergs sei auch in dieser Verbindung sehr zu begrüßen. Das Demonstrativbauvorhaben am Dettinger Weg bezeichnete Arch. Weinbrenner zwar als baulich wichtige Entwicklungsphase; zum erstenmal sei im Umkreis eine verdichtete Form des Bauens angestrebt worden, die wirtschaftlich tragbar sei. Hier sei mit rationalen Baumethoden preiswert gebaut worden. Formal jedoch sei die Siedlung – eine kleine Trabantenstadt für sich – nicht richtungweisend. Vor allem sei die geringe Differenzierung der Gebäudehöhen, auch als Ausdruck einer fehlenden soziologischen Differenzierung, zu bedauern. Große Bedenken wären gegen die letzten offenen Zeilen vor der Autobahn vorzubringen; hier hätte man Grün hereinfließen lassen, Abstand wahren und die kleinkarierte Struktur der Giebelhäuser vermeiden müssen. Die Frage des Garagen- und Parkproblems sei offenbar auch nicht günstig gelöst. Den Raum zwischen Jesingen und Kirchheim gelte es unter allen Umständen freizuhalten.

Hier sei Gelegenheit für übergemeindliche Planung. Das Heranwachsen des baulich schlechten Dettinger Industriegebiets gegen die Autobahn wäre falsch. Keine Bedenken äußerte der Referent gegen monofunktionale Gebiete, vor allem, wenn es darum ginge, die Industrie zusammenzufassen. Ob freilich die Erweiterung des Industriegebiets südöstlich von Kirchheim richtig sei, wurde bezweifelt. Hier schneide sich die Stadt zu stark von der Alb ab. Die Verkehrsplanung und die Anlage der Erholungsräume wurden bejaht.

Beherzigenswert vor allem waren die Schlußworte: Die Ordnung oder Unordnung einer Landschaft, einer Stadt, entstehe aus den zahlreichen individuellen Handlungen vieler Einzelpersonen. Jeder habe seinen Teil an einer besser oder schlechter geordneten Umwelt. Vernünftige Formen des Zusammenarbeitens seien die Voraussetzung einer Besserung. Darum auch gehöre die Zukunftsplanung einer Stadt in die Öffentlichkeit. Vor allem wurde nahegelegt, Gruppen von freien Architekten mit städtebaulichen Aufgaben in Form von Studienaufträgen zu bedenken. Man könne sich des Gefühls nicht erwehren, daß hier viele Möglichkeiten noch offen seien. Wörtlich wurde gesagt: „Wir sind in der geistigen Auseinandersetzung über das Wohin im Städtebau in den letzten Jahren weitergekommen, ohne daß dieses Kapital genutzt worden wäre. Ob wir uns dieses Brachliegen leisten können?“

Am Nachmittag fand eine Stadtrundfahrt statt, die mit einer Führung von Arch. Weinbrenner durch die erneuerte Martinskirche eröffnet wurde. Dabei wirkte Hauptkonservator Dr. Rathfelder mit, der auf der Ansichtsplatte des neuen Milcherberg-Gymnasiums davor warnte, den geplanten Waldfriedhof im Hohenreisach bis zum Kamm auszudehnen und mahnte, den Waldgürtel östlich gegen Notzingen zu erhalten. Seinen Warnungen vor weiterer Hangbebauung trat der Kirchheimer Architekt Wegener mit dem Vorschlag entgegen, Grünflächen im Tal zu schaffen und die Hänge in geeigneter Form zu bebauen. Die Anlagen an den Bürgerseen wurden von Dr. Rathfelder gelobt. Allerdings empfahl er von der Errichtung einer Gaststätte oder gar eines Hotels abzusehen, da dann der ganze Erholungswert der doch kleinen Fläche in Frage gestellt sei. Auch riet er, die Autos von den Bürgerseen fernzuhalten. Besondere Aufmerksamkeit fand die Maria-Königin-Kirche (Arch. Zinsmeister, 1963–1965), deren Deckenkonstruktion Oberstudienrat i. R. August Melchinger an Hand eines selbstgefertigten Modells erläuterte.

In der abschließenden Aussprache, die in geselligem Rahmen stattfand, war die Verantwortung zu spüren, welche die Anwesenden in den Fragen der Gestaltung des heimischen Lebensraumes verband. Noch einmal betonte der Vorsitzende des Schwäbischen Heimatbundes, Oberbaurat i. R. W. Kittel, die Aufgabe, vom Räumlichen her Ordnung zu stiften. In den Diskussionsbeiträgen kamen naturgemäß die Schwierigkeiten zum Ausdruck, denen diese ordnungstiftende Tätigkeit begegnet. Dabei wurde,

insbesondere aus dem von Oberbürgermeister Dr. Kröning und Hauptkonservator Dr. Rathfelder Gesagten, das einzige aber große Risiko der Demokratie deutlich: Ist der Mensch unserer Zeit frei zum Gesetz? Gibt es einen bürgerlichen Gemeinsinn und wie ist er zu entwickeln? Können das Recht des Bürgers und die Pflicht zu einer übergeordneten, in allen Teilen das Ganze bedenkenden Planung koordiniert werden? Wird der Eigentümer erkennen, daß er im Grunde nur Mit-Eigentümer ist? Es war wichtig, daß in Antwort auf diese Fragen die Architekten Kilpper und Dengler für die von Arch. Weinbrenner befürwortete Gemeinschaftsarbeit aller an der Raumordnung Beteiligten im Lichte der Öffentlichkeit eintraten. Oder es wies Oberbürgermeister Kröning auf die Gefahr hin, die von den Bauträgern her droht: oft ist der Abstand zwischen dem, was geplant war, und dem, was zur Ausführung gelangt, allzu groß. Manchmal wird man den Verdacht einfacher kommerzieller Ausbeutung nicht los. Ein weiteres Wort des Kirchheimer Stadtoberhauptes sei so lapidar, wie es gesagt wurde, hingestellt: „Die Markungsgrenzen bedeuten den Tod der geordneten Landschaft.“ Hier ist die Landesplanung aufgerufen, ihr Teil zu einer vernünftigen Raumordnung beizutragen. Eine Einzelheit noch: lebhaft wurde von allen Seiten bedauert, daß sich der Staat immer noch nicht entschließen konnte, den Kirchheimer Schloßgraben auszuräumen, gärtnerisch anzulegen und vielleicht auch, für die Tagesstunden, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Subskriptionsangebot

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß auf die Kunstbreviere für das Bodenseegebiet und für Oberschwaben demnächst das längst erwartete Kunstbrevier *Neckarschwaben* aus der Feder von Dr. Adolf Schahl folgt. Erfast ist darin der ganze Raum um den oberen und mittleren Neckar mit dem Vorland der Alb und des Schwarzwalds, mit den Tälern der Schlichem, Eyach, Starzel, Ammer, Steinlach, Echaz, Erms, Fils, Rems, Murr, Enz und auch mit den Gäulandschaften; im Norden schließen sich die fränkischen Gebiete bis zum Zabergräu an. In dieser Landschaft werden rund 5000 Werke der Architektur, Plastik und Malerei nicht nur aufgezählt und stilgeschichtlich eingeordnet, sondern auch in ihre kultur- und geistesgeschichtlichen Zusammenhänge gestellt.

Der Subskriptionspreis für den etwa 340 Seiten umfassenden Band beträgt DM 19,80; er gilt bis zum Erscheinen des Werkes; der endgültige Ladenpreis beträgt DM 22,80. Wir empfehlen unseren Mitgliedern, die Gelegenheit des verbilligten Bezugspreises zu nutzen und ihre Bestellung schnellstens bei ihrem Buchhändler aufzugeben.

Pfingsttage

28.–30. Mai 1966 in Ochsenhausen

Die diesjährigen Pfingsttage waren dem Barock gewidmet. Wer der Meinung war, dieses Thema sei nachgerade genug in Ochsenhausen behandelt worden, wurde eines Besseren belehrt. Prof. D. Dr. Merkle entwickelte die Welt des Barocks nicht von außen, den Formen, her, sondern aus ihren religiösen, geistes- und kulturgeschichtlichen Voraussetzungen, wobei er das eucharistische und kirchliche Element, ferner eine im Humanismus wurzelnde Steigerungstendenz und den neuen Realismus der nachmittelalterlichen Zeit hervorhob. Alle die mit diesen Begriffen umrissenen Strömungen und andere mehr vereinigten sich, um im Kunstwerk der barocken Kirche die vollsinnlich erfahrbare Gegenwart der Gotteswelt mit verzaubernder Kraft zu beschwören. In persönlich ergriffener und darum auch ergreifender Sprache führte der Vortragende an Hand ausgewählter Lichtbilder, immer vom Ganzen ins Einzelne gehend, ein in die Fülle und den Sinn dessen, was sich in den beiden folgenden Tagen bot: in der Wallfahrtskirche auf dem Gottesberg und der katholischen Stadtpfarrkirche von Bad Wurzach, der ehemaligen Benediktinerklosterkirche Steingaden (wo auch der romanische Kreuzgang gewürdigt wurde) – und der Wies! Die Wieskirche erlebten die Teilnehmer durch seine Vermittlung als einen Tempel, in dem das Wunder des Einbruchs überirdischer Offenbarungswelten mitten in diesem Raum und in dieser Zeit, mit allen künstlerischen Mitteln des Barocks, Ereignis wird. Eine frühe

Nachmittagsstunde mit anfangs noch wenigen Mitbesuchern erlaubte trotz ungünstigen Tages (Pfingstmontag) einen ungetrübten Genuß dieses für die Wieskirche so bezeichnenden Grenzerlebnisses, dem auch das Deckenbild mit seinem Schwanken zwischen Zeit und Ewigkeit (noch hat Christus den Richtstuhl nicht eingenommen) Ausdruck verleiht, ja, dem sogar die Symbolik des longitudinal und zentral ausgerichteten Raumes im geheimen entspricht.

In guter Ergänzung hatte P. Agnellus Schneider am Nachmittag des Pfingstsonntags durch das Wurzacher Ried geführt und dessen Geschichte und Pflanzenwelt in der ihm eigenen ansprechenden Weise erläutert. Chordirektor Anton Schmid verdanken die Teilnehmer eine musikalische Morgenfeier im ehemaligen Refektorium des Klosters, die wieder ein Beispiel für das in Ochsenhausen seit vielen Jahren – auch im Rahmen des Gottesdienstes – geübte gute Musizieren war. Man hörte ein Trio von Sixt und ein Trio von Haydn, dazu drei von Gerlinde Nafz (Sopran) vorgetragene Mozartlieder. Teilnehmer der letztjährigen Ferienwoche und früherer Pfingsttage waren überrascht, zu hören, zu welcher Reinheit und Fülle, auch in den oberen Lagen, sich die Stimme der Sopranistin entwickelte. Sie und Ingrid Scherrmann, die zum ersten Mal am Klavier zu hören war und sehr sauber spielte, erhielten reichen Beifall.

Ferienwoche

23.–30. Juli 1966 in Beuron

Das vom Vorsitzenden bei der Eröffnung im Saal des Hotels Pelikan gesprochene Wort von der „Insel Beuron“ erfüllte sich in mehrfacher Hinsicht. Gehört doch schon zum landschaftlichen Erlebnis des in einem Talkessel der, gerade hier viel gewundenen, Donau gelegenen Klosterorts eine eigentümliche „Richtungslosigkeit“. Wer am Bahnhof in den Zug steigt, muß aufpassen, daß er nicht aus Versehen nach Tuttlingen statt nach Sigmaringen kommt und umgekehrt. Diese Kessellage begünstigt ein anderes „Insel-Erlebnis“: das Kloster ist beherrschende Mitte, die alle räumlichen Richtungen in sich bindet. Was freilich die Teilnehmer in einen spürbaren, von der Umwelt gelösten, Zustand versetzte, war die geistige „Insel Beuron“, die Wahrnehmung einer Welt, die anderen geistigen Gesetzen gehorcht, Gesetzen, wie sie den Gottesdienst ordnen, in der Liturgie zum Ausdruck kommen, den gregorianischen Choral und die Beuroner Kunst

formten, dazu alles, was an dieser Stätte getan wird, im Sinne eines umfassenden „opus dei“ bestimmen, nicht zuletzt die *Vetus latina* – Arbeit. Darum gehörten die Einblicke, die in das äußere und innere Klosterleben gegeben wurden, zum Kernerlebnis der Ferienwoche. An erster Stelle stand der Vortrag S. G. des Herrn Erzabtes P. Damasus Zähringer über das geistliche Beuron. Dabei wurde die Geschichte des einstigen Augustinerchorherrnstifts in dem Gesamtzusammenhang der Geschichte der mittelalterlichen Ordensbewegung gesehen, angefangen bei den vorbenediktinischen Eremitenvereinigungen über das benediktinische Cönobitentum und die Klerikervereinigungen, die nach der Regel des hl. Augustinus lebten. Dem Beuroner Augustinerstift stand ursprünglich ein Propst, dann ein mit den Pontificalien ausgestatteter Abt vor. Der Charakter der Beuroner Niederlassung als Stift hat auch den Grundriß der klösterlichen Bauten be-

stimmt, die darum kein Quadrum bilden, im übrigen gerade in neuerer Zeit durch Erweiterungsbauten verändert wurden. 1802 erfolgte, mitten in geistlicher Blüte, die Auflösung. Damals umfaßte die Bibliothek rund 20 000 Bände (heute zählt man rund 240 000). Bis 1862 stand das Kloster leer; der Klostergasthof diente als Molkenkuranstalt. Dann zogen die Benediktiner ein und zwar auf Grund der Schenkung der Fürstin Catherine von Hohenzollern an die Brüder Maurus und Placidus Wolter. 1863 ward das Kloster eröffnet, das Gnadenbild eingesetzt und die Wallfahrt begonnen. Dies geschah im Geist eines reformatorischen Benediktinertums, das von Solesmes, wo auch die Offizien redigiert wurden, beeinflusst war. Bezeichnend, daß wenig später die „Beuroner Kunst“ entstand (P. Desiderius Lenz, P. Gabriel Wüger, P. Lukas Steiner), die in der Nachfolge des Nazarener- und Präraffaelitentums zu einer stark reduzierten Formsprache gelangte, die heute noch in der Gnadenkapelle und der Mauruskapelle beeindruckt. Auch die Pflege des gregorianischen Choralentspringt geistlicher Gesinnung. Gemäß dem benediktinischen „ora et labora“ kam darüber die wissenschaftliche „officina“ nicht zu kurz (Palimpsestinstitut, Vetus latina-Abteilung). Mittelpunkt der praktischen Arbeit blieb die Seelsorge, vor allem in Verbindung mit den Wallfahrten. Kein Wunder, daß von Beuron eine Erneuerung des benediktinischen Mönchtums ausging (Beuroner Congregation). Vgl. dazu „Beuron 1863–1963, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Erzabtei St. Martin“ (1963).

Von der Arbeit der Vetus latina-Abteilung vermittelte P. Willibrord Jaspers eine klare Vorstellung (vgl. auch Schwäbische Heimat 1952, S. 229–230). Ihr geht es um die Erfassung aller altlateinischen Übersetzungen vor Hieronymus, dessen Übersetzung der Evangelien (um 383) und des Alten Testaments (391–405) die Grundlage der Vulgata (um 800) bilden. Der erste Vetus latina-Forscher ist M. Sabatier (gest. 1742), der unermüdlich aus Handschriften und den Kirchenvätern altlateinische Texte sammelte und diese 1739–1759 in drei Foliobänden herausgab („Der Sabatier“). Pfarrer J. Denk war um die Erneuerung der Vetus latina-Forschung bemüht (1914 Broschüre „Der neue Sabatier“) und sammelte auf etwa 400 000 Zetteln über 1 Million Zitate. Zur geplanten Veröffentlichung kam es nicht. 1927 übernahm Beuron auf seinen Wunsch das gesamte Forschungsmaterial, mit dem sich P. D. Dr. Alban Dold (gest. 1960), ab 1945 P. Dr. Bonifatius Fischer und andere, darunter auch ein evangelischer Theologe, befaßten. 1949 wurde zunächst eine Übersicht aller Werke und Schriftstellen – mit entsprechender Sigelliste – veröffentlicht, die für die Vetus latina-Forschung in Betracht kommen. 1951–1954 erschien das 1. Buch Mosis. Nach seiner Vollendung wird das begonnene Werk ein unentbehrliches Instrument für Theologen, Patristiker, Liturgiker, Historiker und Philologen sein.

Über den gregorianischen Choral und seine Geschichte sprach P. Corbinian Gindele. Schon in der „regula Pa-

chomii“ ist zu lesen, Entspannung und Ergötzung seien im gemeinsamen Gottesdienst vonnöten. Basilius hebt die „bunte Fülle“ im Stundengebet hervor und betont, Abwechslung im Psalmensingen erfrische das Gemüt und stärke die Aufmerksamkeit. In der ältesten Psallierordnung Italiens vom Ende des 5. Jahrhunderts werden die Klosterleute als „Liebhaber geistlicher Schönheit“ (!) angesprochen. Auch im Rahmen des benediktinischen „opus dei“ (Werk für Gott, an Gott, in Gott) wird dem Chorgesang sein fester Ort im Gottesdienst gegeben. Während der östliche Mensch im Psalmensingen meditieren wollte und ihm auch die Musik Mittel zu diesem Zweck war, entwickelte man das Psalmensingen im Westen musikalisch reicher, eben im Sinne jenes „opus dei“, nicht ohne den, etwa bei Augustinus geäußerten, Vorbehalt, daß der Singende sich nicht mehr ergötze als der Herr und über dem musikalischen Reichtum nicht die Anbetung zu kurz komme. Aus dieser Gesinnung wurde und wird in Beuron der gregorianische Choral gepflegt, der im übrigen durchaus modulationsfähig ist wie etwa die Findung des sogenannten siebten Tones (7./8. Jahrhundert) beweist, der unserem Dur-Empfinden näher kommt als der sogenannte erste Ton. Dem Vortrag vorausgegangen war eine praktische Übung (nach dem Kyriale fürs Volk von 1949), so daß es möglich war, das Gelernte im Gottesdienst selbst anzuwenden. In einer Zeit liturgischer Erneuerung in Richtung der Mitfeier der Gläubigen in der heiligen Messe war dieser glückte Versuch – mit einer an sich doch ganz heterogenen Schar – von besonderem Wert. Für manchen Teilnehmer bedeutete diese Stunde eine unerwartete Vertiefung der Gemeinschaft, in welche die Ferienwoche in so vielfacher Weise führte.

In wohlthuendem Rhythmus wurde dazwischen frisch in das Leben von Natur und Geschichte ausgegriffen und Kraft aus diesem Leben geschöpft. Dr. Rathfelder und Dr. Schönnamtsgruber demonstrierten in zwei Wanderfahrten die Flußgeschichte der oberen Donau, erläuterten den Gesteinsaufbau und machten die dafür besonders dankbaren Teilnehmer mit der standortgebundenen Pflanzenwelt und ihren Kostbarkeiten vertraut. Dr. Schönnamtsgruber hatte dazuhin am Eröffnungsabend ein einführendes geologisches Referat gegeben. Die bekannten Felsenriffe – der Laibfelsen, der Stiegelelfelsen, der Knopfmacherfelsen mit seinem bezaubernden Ausblick auf Beuron, der Eichfelsen und der Lenzenfelsen – wurden erstiegen, von denen aus sich herrliche Blicke in das schluchtartige Tal auf tün, nur daß leider das Fridinger Kraftwerk einen guten Teil des Flußbettes der Donau trockengelegt hat und die neuen Straßenverbreiterungen mit ihren Stützbauten vorläufig als böse Wunden im Landschaftsbild erscheinen (wie würde es erst sein, wenn man das Tal oberhalb von Beuron durch die Weiterführung der Straße „erschließen“ wollte!). Den genannten Naturwissenschaftlern und Naturschützern standen in der Führung Willy Baur, Landeskonservator W. Genz-

mer und Dr. Schahl zur Seite. Willy Baur hatte zudem am Eröffnungsabend alte Ansichten des Donautals gezeigt und bei einer weit in den Hegau ausgreifenden Fahrt geführt. Prof. Dr. Dölker griff in seiner Studienfahrt vom Rand der Baar bis ins westliche Oberschwaben aus, um heimat- und volkskundlich verschieden gartete Landschaften miteinander zu vergleichen. Auch Mühlheim mit seinem alten Fachwerkrathaus, seiner Galluskirche und neuen evangelischen Pfarrkirche wurden besucht; vor dem Schloß empfing Freiherr von Enzberg die Teilnehmer; auch die einsam im tiefen Wald stehende Ruine der Mariahilf-Kirche und die bei ihr stehende neuere Kapelle, die an den einstigen Maria-Baumkult erinnert, wurden nicht vergessen. Oder: wer von den

Teilnehmern kannte vorher den schönen Rokokoraum der katholischen Pfarrkirche von Egesheim, einer einstigen Beuroner Landkirche, oder die Aggenhauser Wallfahrtskapelle mit ihren kindlich frommen Bildern oder Schloß Langenstein usw.? Ein geselliger Abend beschloß die harmonische Veranstaltung, bei dem Prof. Dr. Dölker über die Zimmer'sche Chronik sprach und auch Willy Baur und Karl Götz mitwirkten, denen die Teilnehmer unterwegs manches Erheiternde zu verdanken hatten, das zur guten Geselligkeit wesentlich beitrug. Die Unterbringung im Hotel Pelikan und im Gregoriushaus Beuron, dazu im Hotel zum Steinhaus und in Privatquartieren von Hausen befriedigte alle Teilnehmer; man war acht Tage an der oberen Donau zu Hause.

Veranstaltungen Oktober bis Dezember 1966

Die Ortsgruppen zeigen ihre Veranstaltungen durch eigene Veröffentlichung an. Im folgenden werden die Stuttgarter Vorträge und Führungen der Monate Oktober bis Dezember 1966 bekanntgegeben.

Auch ich in Arcadien

Ausstellung im Schiller-Nationalmuseum Marbach a. N.

Führung von Dr. Volke

Samstag, 29. Oktober, 13.30 (im Omnibus ab Karlsplatz): Besuch der Ausstellung „Auch ich in Arcadien“, die Kunstreisen nach Italien von etwa 1600–1900 gewidmet ist und die geistige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Italien zur Anschauung bringt, angefangen von den Kavaliereisen des 17. Jahrhunderts bis in das beginnende Zeitalter der Italienforschung, wobei das Italienerlebnis der Dichter nicht zu kurz kommt. Teilnehmergebühr DM 4,50.

Vom Reichtum und der Armut unserer heimischen Pflanzenwelt

(mit Farblichtbildern)

Vortrag von Oberstudiendirektor Dr. Hans Scheerer

Mittwoch, 9. November, 19.30 in der Aula der Staatsbauschule (Kanzleistraße 29). An Hand ausgewählter Farbfotos werden wir eine Wanderung durch Wiesen, Felder, Wälder unserer Heimat machen, um uns an den Schönheiten und Besonderheiten der Flora zu erfreuen. Ungetrübt wird diese Freude nicht sein, denn der Vortragende, der aktiv im Naturschutz tätig ist, kann an den Gefahren, die diese Flora bedrohen, nicht vorübergehen.

Eduard Mörike und seine Freunde

Ausstellung aus der Mörike-Sammlung
Dr. Fritz Kauffmann in den Stadtgeschichtlichen
Sammlungen im Wilhelmshpalais

Führung von Dr. Adolf Schahl

Samstag, 19. November, 14.00: Zweck der Führung ist, an Hand der ausgewählten Ausstellungsstücke Mörike in seinen Freunden besser kennenzulernen und einen Blick in die Welt zu tun, die ihn mit diesen verbindet. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, ist Teilnahme ohne Anmeldung nicht möglich.

Balthasar Neumann und Johann Sebastian Bach

Versuch eines Strukturvergleichs
(mit Tonbändern und Lichtbildern)

Vortrag von Walther Genzmer

Freitag, 2. Dezember, 19.30 im Vortragssaal der Stadtbücherei (Wilhelmshpalais): Walther Genzmer, den die Mitglieder als Landeskonservator von Hohenzollern und als Musiker kennen, wird in diesem Vortrag die architektonischen Formstrukturen bei Balthasar Neumann und die musikalischen bei Joh. Seb. Bach zueinander in Beziehung setzen und eine tiefere Begründung für das Wort finden, im Barock sei Architektur gebaute Musik und Musik eine Architektur in Tönen.

Kunst und Künstler der Gegenwart

Die genannte Führungsreihe, unter Leitung von Dr. Adolf Schahl und Mitwirkung von Kunstmaler Alfred Lehmann, wird fortgesetzt. Die Teilnehmer werden von Fall zu Fall über die Führungen verständigt. Wer an solchen schon teilnahm, hat nicht nötig sich noch einmal anzumelden. Neuaufnahmen erfolgen gerne.

In Stuttgart

erscheint die große naturkundliche Monatszeitschrift KOSMOS. In aufschlußreichen Artikeln bemüht sich KOSMOS, die Natur zu schützen und die Liebe zur Heimat zu vertiefen.

Jahresabonnement DM 26.40

Württemberg anno dazumal



Peter Lahnstein entwirft in diesem Buch ein Bild des alten Württemberg. Der erste Teil handelt von den Wurzeln des württembergischen Staatswesens, der zweite Teil ist den heimatischen Landschaften gewidmet und dem Geist, der über ihnen weht.

214 Seiten, 65 Kunstdrucktafeln. Leinen DM 34.-

Geliebtes altes Stuttgart

Von Begegnungen und Erlebnissen aus dem Stuttgart zur Zeit der Jahrhundertwende erzählt von Richard Zanker. Seine Erinnerungen an bedeutende und originelle Gestalten und Stätten geben einen reizvollen Rückblick auf die Geschichte dieser Stadt zwischen Gärten, Weinbergen und Wäldern.

180 Seiten, 51 Bilder auf 32 Farb- und 17 Schwarzweiß-Tafeln. Leinen DM 29.50

Bürger und Poet

Dichter aus Schwaben als Menschen ihrer Zeit, wie sie gelebt und gewirkt, den Geist ihrer Zeit in bezeichnender Weise widergespiegelt und mitgestaltet haben. Die Strömungen der Zeit bilden den Hintergrund der Schilderung von Peter Lahnstein.



222 Seiten, 48 Farb- und 24 Schwarzweiß-Tafeln. Leinen DM 34.-

Stuttgart und seine Nachbarn

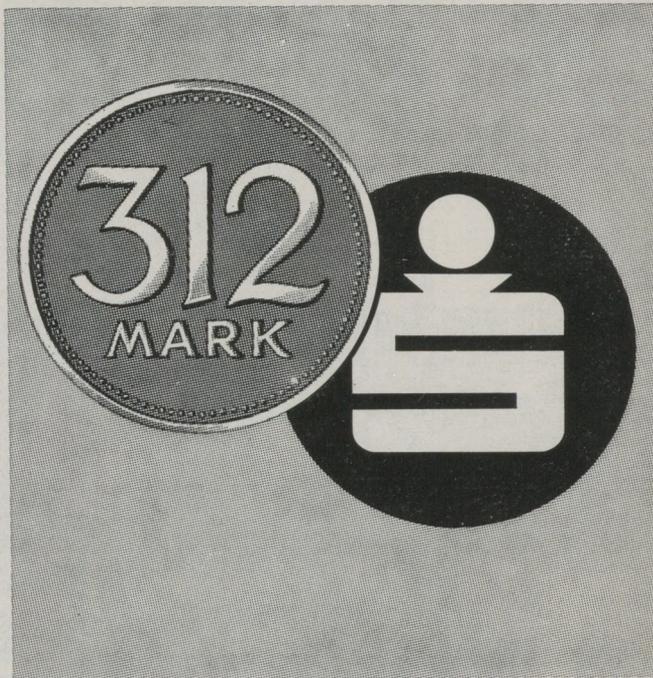
Eine Dokumentation in Luftbildern der Landeshauptstadt sowie der Kreise Böblingen, Esslingen, Leonberg, Ludwigsburg und Waiblingen.

Albrecht Brugger schuf ein repräsentatives Bildwerk, das in einzigartiger Weise Reiz und Bedeutung des Großraums Stuttgart vor Augen führt.

184 Seiten, 136 Großfotos. Leinen DM 48.-

Franckh'sche Verlagshandlung
Kosmos-Verlag · Stuttgart

naheliegend



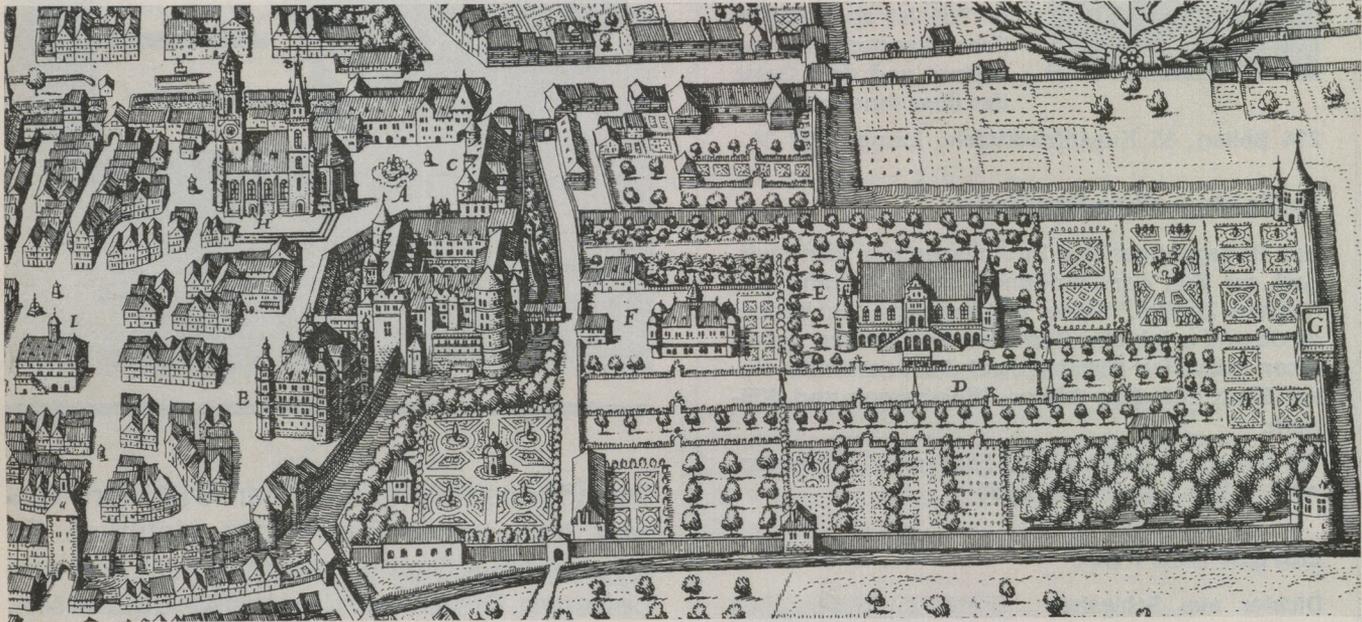
Vermögensbildung nach dem 312-Mark-Gesetz, dazu haben Sie Fragen. Natürlich. Es ist eine neue Sache, man muß sich erst mal befragen. Die Antwort liegt nahe: Sparkasse. Sie gehen hin und sprechen über Ihre Sorgen, über Ihre Wünsche. Als Kunde werden Sie individuell bedient. Ihr Lohn- oder Gehaltskonto führen Sie auch bei der Sparkasse? Dann ist es ohnehin naheliegend, zu ihr zu gehen. Der Weg zur Sparkasse ist nicht weit!

Persönlicher Kontakt ist immer besser. Das ist in Geld- und Vermögensfragen sogar besonders wichtig. Was also liegt näher als die Sparkasse? Und: dort können Sie auch Kredit erhalten. Sie sehen, vieles spricht für die heimische Sparkasse. Auch bei der Vermögensbildung nach dem 312-Mark-Gesetz.

Wenn's um Geld geht
SPARKASSE



Noch in den Tagen des Frühbarock boten sich dem weitgereisten Matthäus Merian die herzoglichen Gärten als Charakteristikum der Residenzstadt Stuttgart an; sie nahmen die ganze Talsohle ein. Vom Schloßbezirk an erstreckten sie sich auf dem Gelände des alten Tier- und Stutgartens. Im Vordergrund, südlich des Alten Schlosses, der älteste der Stuttgarter Lustgärten, der „Garten meiner Frau von Mailand“, also der Landesmutter Antonia Visconti. Er wurde um 1380 angelegt und später zum Karlsplatz erweitert.



Diese Text- und Bildprobe entnehmen wir dem soeben erscheinenden Band von Professor Dr. Hansmartin Decker-Hauff

Geschichte der Stadt Stuttgart

Band I: Von der Frühzeit zur Reformation

Der reich ausgestattete Band umfaßt 300 Seiten auf Kunstdruckpapier mit 20 farbigen und 280 einfarbigen Abbildungen. Der Band hat das Format 26,8 × 29,4 cm und kostet in Leinen gebunden DM 45,-

Lassen Sie sich den Band in Ihrer Buchhandlung vorlegen! Er wird Ihnen Freude machen. Und nicht nur Ihnen, sondern auch denen, die Sie damit zu Weihnachten beschenken, denn der Band ist ein repräsentatives Geschenkwerk.

Kohlhammer



Seit nahezu 100 Jahren



Württembergische Hypothekenbank

7 Stuttgart 1, Postfach 770 · Büchsenstraße 28

Telefon 29 11 56 · Fernschreiber 07 22045

Zweigbüros

Berlin · Düsseldorf · Frankfurt/Main · Hamburg

**Pfandbriefe
und Kommunalobligationen**
als hochverzinsliche Kapitalanlage

Langfristige Hypothekendarlehen
für den Wohnungsbau,
für Umschuldungen und Modernisierung
von Grundbesitz

Kommuldarlehen
an öffentliche Körperschaften
zu günstigen Bedingungen



DIE STUTTGART-MEDAILLE

Das wertbeständige Erinnerungsstück für Ihre Freunde im In- und Ausland, beliebt als Schmuckstück oder als Sammelobjekt. Dukatengold 986/1000 Feingehalt. Große Ausführung: 26 mm Durchm., Gewicht 10 g, Preis 85 DM. Kleine Ausführung: 20 mm Durchm., Gewicht 4 g, Preis 37 DM. Erhältlich bei Stuttgarter Bankinstituten und bei

Juwelier **KURTZ**

UHRENFACHGESCHÄFT
STUTTGART-S·EBERHARDSTR.69-71

GEGR. 1868



Herzog Karl Eugen

Karl Pfaff hat diese Chronik im Jahr 1821 erstmals aufgelegt. Er war damals 26 Jahre alt und wegen seinen „Mucken“ aus dem Staatsdienst abgeschoben in den Schuldienst; er war Konrektor an der Lateinschule zu Eblingen.

Der Chronist hält Distanz von seinem erlauchten Gegenstand, läßt Takt und Höflichkeit walten und sagt doch die Wahrheit, die oft bitter, manchmal blamabel ist. „Mit Verlaub“ ... sagte man damals, wenn scharfe Kritik in Anstand vorgebracht werden sollte. Karl Pfaff versteht sich auf diese Kunst, die in unseren Zeitläuften selten geworden ist.

Zur Verklärung des Hauses, das Württemberg viele Jahrhunderte regiert hat, sind Pfaffs Regentenbilder trotzdem nicht geschaffen. Das konnte auch nicht die Absicht eines Neudrucks im Jahre 1966 sein. Aber was im Menschen an Möglichkeiten beschlossen liegt, davon geben diese Lebensbilder der schicksalhaft mit ihrem Land verbundenen württembergischen Regenten ein sehr lebendiges Zeugnis.

Den Biographien der württembergischen Herzöge sind ihre Bildnisse zugeordnet. In originalgetreuem sechsfarbigem Offsetdruck werden die handkolorierten Stiche wiedergegeben. So ist mit der Neuauflage von „Württemberg geliebten Herren“, dieser höchst wirkungsvollen Verbindung von Biographie und Bildnis, ein landesgeschichtliches Werk von hohem Rang wieder einem großen Kreis Interessierter zugänglich gemacht.

Mit profunder Geschichtskennntnis und großem Einfühlungsvermögen führt Dr. Peter Lahnstein in die Chronik ein. Lahnstein ist Stuttgarter. Er ist bekannt als brillanter Essayist und als Verfasser von „Württemberg anno dazumal“ und des hübschen Bändchens „Schwäbische Silhouetten“.

Ein repräsentatives Geschenkbuch
für den Freund
württembergischer Geschichtsliteratur

Karl Pfaff
Peter Lahnstein

**Württembergs
geliebte Herren**

Biographien
der Regenten
von Württemberg

von Herzog Eberhard im Bart
bis zum König Friedrich

80 Seiten Text mit 2 Schwarzweiß-
und 15 sechsfarbigem Offsettingafeln.
Format 20x29 cm.
Leinen DM 29,-

Kohlhammer

Sinnvolles schenken

DURCH EINE ERLESENE AUSWAHL SCHÖNER DINGE IM

Kunsthhaus Schaller

STUTTGART MARIENSTRASSE 1 C

Soeben erscheint ein neuer Band der Reihe

Lebensbilder aus Schwaben und Franken

Herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg
Band X. VIII und 475 Seiten. 20 Abbildungen. Leinen DM 26,50

Der X. Band der Reihe enthält 22 Lebensbilder bedeutender Persönlichkeiten unseres Landes. Wieder wird die Mannigfaltigkeit menschlichen Lebens und menschlicher Schicksale vor dem Leser ausgebreitet. Der Band reicht von Rudolf von Rheinfelden († 1080), dem unglücklichen Gegenspieler König Heinrichs IV., bis zu Cäsar Flaischlen († 1920). Band X bringt das seit langem gewünschte Lebensbild Ludwig Uhlands, aber auch das von Franziska von Hohenheim und das König Friedrichs von Württemberg, des Historikers Karl Pfaff, des Erfinders Heinrich Voelter, der Dichterin Sophie La Roche und des bekannten Pfarrers Flattich.

Die 22 Biographien sind ebenso unterhaltsam wie belehrend. Sie vermitteln dem Freund der Landes- und Heimatgeschichte wie dem Liebhaber von Lebensbeschreibungen viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

In jeder Buchhandlung zu haben
Erschienen im W. Kohlhammer Verlag Stuttgart

100
JAHRE 
KOHLHAMMER



WENN GELD –

Geld bringen soll oder Geld gebraucht wird

VOLKSBANK

Württembergica

Gotthilf Kleemann

Schloß Solitude bei Stuttgart

AUFBAU, GLANZZEIT, NIEDERGANG

[276 Seiten. 20 Seiten Abbildungen. Kart. 19,50 DM. Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, Band 19.] Als eines der sehenswertesten Baudenkmäler Württembergs hat die Solitude bisher vor allem die kunsthistorische Forschung beschäftigt, während die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte ihrer Geschichte wenig beachtet worden sind. Gerade ihnen wendet sich G. Kleemann zu, der ein lebendiges Bild vom Hofleben auf der Solitude entwirft, von den Festen, den Theateraufführungen und Jagden, von den Gartenanlagen und Wildparken, aber auch die Lasten nicht verschweigt, die von der Bevölkerung der umliegenden Gegend getragen werden mußten.

Gerhard Wein

Die mittelalterlichen Burgen im Gebiet der Stadt Stuttgart

[Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, Band 20.] Dieses Buch ist der erste Teil einer großen Arbeit, in der alle im heutigen Gebiet der Stadt Stuttgart gelegenen mittelalterlichen Burgen und Ansitze, insgesamt 38, behandelt werden.

Es enthält Abhandlungen über die Burgen im Stuttgarter Tal selbst: u. a. über das Alte Schloß, die Weißenburg, den Burgstall Steinhaus im Forst und den Burgstall bei Heschlach.

Heino Gehrts

Das Mädchen von Orlach

ERLEBNISSE EINER BESESSENEN

[302 Seiten. Leinen. 28,50 DM.] Unter Benutzung bisher kaum zugänglicher Quellen wird eine berühmte Geistergeschichte, die sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts im Hohenloheschen zugetragen hat, nochmals erzählt. Die „Besessene von Orlach“ war bereits Gegenstand der persönlichen Zuwendung von JUSTINUS KERNER gewesen, der sie 1832 zur Beobachtung aufnahm und als erster eine Abhandlung über sie schrieb. Noch heute ist „Die Besessene von Orlach“ ein Zauberwort im Hohenloheschen, das alte Erinnerungen weckt und an das sich mysteriöse Gerüchte knüpfen.



ERNST KLETT VERLAG STUTTGART

Seit über 60 Jahren ein Begriff für die schwäbische Landeshauptstadt

Nachwach- und Schließdienst Stuttgart

Lazarettstraße 6

Telefon 24 50 00, 23 40 81, 23 40 82

altbewährt und zuverlässig

Wir sind bekannt für unsere große Auswahl

Holzschnitzereien

aus Oberammergau und Südtirol
Kruzifixe, Madonnen, Krippenfiguren.

Kunstblätter

religiöse und profane Kunst
Auf Wunsch auch gerahmt oder aufgezogen.

Bücher

aus allen Wissensgebieten.

Bitte fordern Sie unsere kostenlosen Bildprospekte an.

KEPPLERHAUS GMBH BUCH- UND KUNSTHANDLUNG
STUTTGART · TÜBINGER STR. 45

Raber u. Märcker

ADREMA Adressier- und Organisations-Anlagen
ADREMA Postbearbeitungsmaschinen
APECO Elektrostatische Photokopiergeräte
ROTO Bürodrucker und Vervielfältiger
WANDERER Buchungsautomaten
WANDERER Elektronische Rechenautomaten
WANDERER Fakturier- und Abrechnungsautomaten

neuezeitliche
Büromaschinen

Stuttgart N. · Fritz-Elsas-Straße 47 · Telefon 29 47 70

Bücher zum Schenken

Karl Götz, Der Goldene Morgen

Heitere Geschichten aus Heimat und Kindheit
264 Seiten, Leinen DM 12,80. 2. Auflage.

„Wem könnte man dieses Buch voll Erfahrung und voll Güte
nicht empfehlen.“ Ev. Gemeindeblatt Stuttgart

Max Rieple, Freude mit Blumen

Ein kleines Geschenk. Jede Zeile und die passenden Illustrationen wecken die Freude des Lesers.
52 Seiten. Blumenquarelle von Marianne Mayer-Schneegans.
Leinen DM 7,80

Willy Reichert, Wunderliche Zeitgenossen

Für Leser, die heitere humorig-unterhaltende Literatur suchen.

160 Seiten, illustr., Leinen DM 12,80

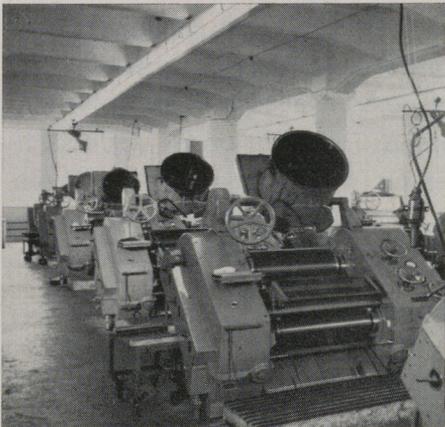
S. Fischer-Fabian, Deutschland kann lachen

Schmunzeln wir mit: auf berlinisch, schwäbisch, bayrisch, sächsisch, hamburgisch, ostpreußisch, schlesisch und kölsch.

330 Seiten. Illustrationen von Franziska Bilek und Hans Kossatz. Leinen DM 15,80



STIEGLITZ - VERLAG
E. HÄNDLE
MÜHLACKER



Kast + Ehinger GmbH
Druckfarbenfabrik
Stuttgart-Feuerbach

In modernen hellen Produktionsräumen wird die Farbe auf Dreivalzenstühlen angerieben

Kommentar zum Bundesbeamtengesetz

Von Ministerialdirigent Ernst Plog †, Ministerialdirigent Dr. Alexander Wiedow im Bundesministerium der Finanzen und Regierungsdirektor Dr. Gerhard Beck im Bundesministerium für Verkehr. 2890 Seiten in 2 Kunstleder-Sammelordnern, bis zum Liefertag ergänzt DM 142,—.

Hessisches Beamtengesetz

Kommentar von Ministerialrat a. D. Dr. Julius Crispolli und Amtsrat Martin Schwarz im Hessischen Finanzministerium. Lose-Blatt-Sammlung. Rund 600 Seiten in 1 Kunstleder-Sammelordner, bis zum Liefertag ergänzt DM 65,—.

Landesbeamtengesetz für Baden-Württemberg

Kommentar von Ministerialdirigent Hans Bernard und Amtsrat Raimund Hoffmann, beide im Finanzministerium Baden-Württemberg. 396 Seiten, Leinen DM 32,—.

Bayerisches Beamtengesetz

Kommentar von Oberverwaltungsgerichtsrat Ludwig Hefele und Oberstaatsanwalt Dr. Johann Schmidt, beide im Bayerischen Verwaltungsgeschichtshof. 619 Seiten, Leinen DM 35,—.

Niedersächsisches Beamtengesetz

Kommentar von Ministerialrat Carl W. A. Sachse, Mitglied des Landespersonalausschusses, unter Mitarbeit von Amtsrat E. Topka, beide im Niedersächsischen Ministerium der Finanzen. 766 Seiten, Leinen DM 58,—.

Niedersächsisches Beamtengesetz

Textausgabe mit Hinweisen und einem Sachverzeichnis von Ministerialrat Carl W. A. Sachse, Mitglied des Landespersonalausschusses, unter Mitarbeit von Amtsrat E. Topka, beide im Niedersächsischen Ministerium der Finanzen. 368 Seiten, Leinen, DM 45,—. Zugleich Ergänzungsband zu dem Kommentar zum „Niedersächsischen Beamtengesetz“.

J.W.H.
1826

Bücher von und aus Schwaben

Führer und Karten aus dem Hause

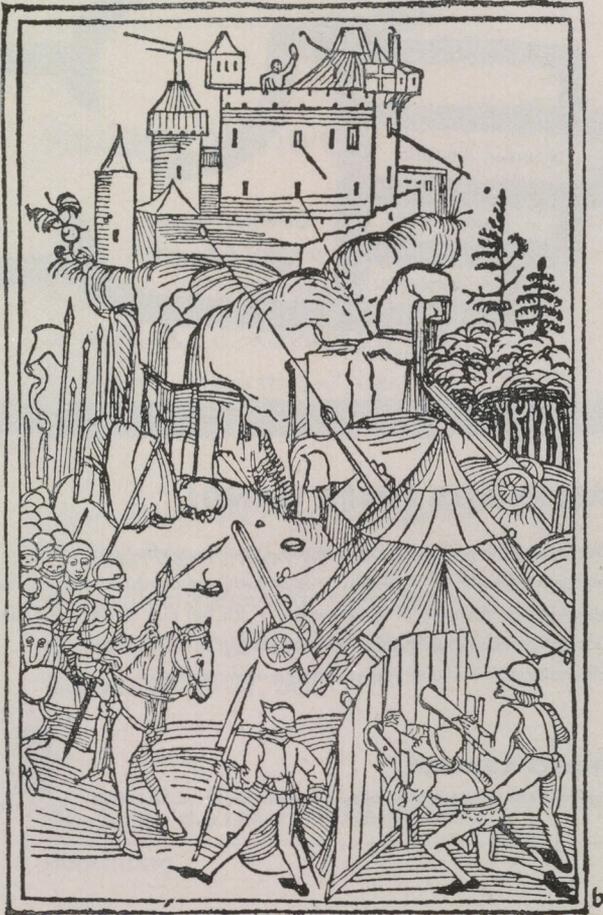
JULIUS WEISE'S HOFBUCHHANDLUNG

STUTTGART N

KÖNIGSTRASSE 17

TELEFON (0711) 29 18 46/47

zwischen Commerzbank und Salamanderbau



ein Buch für
den Heimatfreund,
für die schwäbische
Familie

Schwäbische Volkssagen

Ausgewählt und herausgegeben
von Friedrich Heinz Schmidt-Ebhausen

208 Seiten mit 20 alten Holzschnitten
im Text und 8 Kunstdrucktafeln.
Format 13,5 × 21 cm. Leinen etwa DM 14,80

im Verlag Kohlhammer

Neue Veröffentlichungen zur württembergischen Landeskunde

GERHARD SCHÄFER

Kleine Württembergische Kirchengeschichte

196 Seiten mit ausführlichen Sacherläuterungen, einem vollständigen Personen- und Ortsregister. DM 12,80

WOLFGANG KIMMIG

Der Kirchberg bei Reusten

Eine Höhensiedlung des Neolithikums und der frühen Bronzezeit. 128 Textseiten mit Fundkatalog, 73 Tafeln und 4 Plänen. DM 28,-

H. ZÜRN

Das jungsteinzeitliche Dorf Ehrenstein (Kreis Ulm a. D.), Teil I

Die Ausgrabungen 1960. Teil I: Baugeschichte. Mit einem Beitrag von Rudolf Hauff. 100 Textseiten mit 51 Abbildungen im Text und 89 teils farbigen Tafeln, ferner 12 mehrfarbigen Plänen als Beilage. DM 48,-

LOTHAR MERKELBACH

Burg und Schloß Kilchberg

Baugeschichte – Ursprung – Kunstgeschichtliche Einordnung. 96 Textseiten und 92 teils ganzseitige Abbildungen und Pläne. DM 28,50

DIETER LUTZ

Volksbrauch und Sprache

Benennung volkstümlicher Phänomene in Winter- und Frühlingsbräuchen Südwestdeutschlands. 260 Seiten. DM 25,50

ROLF NIERHAUS

Das römische Brand- und Körpergräberfeld auf der „Steig“ in Stuttgart-Bad Cannstatt

Die Ausgrabungen im Jahre 1955. 84 Seiten und zahlreiche Tafeln. Kartografiert DM 15,-

Unser neues Verlagsverzeichnis bitten wir kostenlos anzufordern
Silberburg-Verlag Werner Jäckh Stuttgart

Seit 1804

*J. Aigner Buchhandlung
vormals Hofbuchhandlung*

*Ludwigsburg, am Arsenalplatz
Telefon 2 33 23
(auch Württembergica)*

Darlehen zu nur 5%

für Neubau, Hauskauf und Modernisierung sichert Ihnen ein prämiengünstiger Bausparvertrag mit Wüstenrot. Bauspareinzahlungen nach dem 312 Mark-Gesetz ersparen Arbeitnehmern jährlich Steuern und Sozialabgaben bis etwa 100.—DM. Auch über diesen zusätzlichen Vorteil unterrichtet Sie unser örtlicher Mitarbeiter oder das Wüstenrot-Haus, 714 Ludwigsburg.

Größte
deutsche
Bausparkasse

Wüstenrot



Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der
FRANCKH'SCHEN VERLAGSHANDLUNG
W. Keller & Co., Kosmos-Verlag,
Stuttgart 1, Pfizerstr. 5-7, bei.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein
Prospekt der Firma P. u. B. ABELE,
Generalvertretung für Fortschritt-
Büroeinrichtungsfabriken, Stuttgart,
Büchsenstr. 25-31, bei.

Wir bitten die Leser um freundliche
Beachtung.

Genau das richtige für die Leser von Schwäbische Heimat!

Rääs ond deftig, wie seit eh - send ond bleibt die „G.-W.“!

Allerallerneueschte Auflage!



Die „klassische“ Sammlung garantiert waschechter Tübinger Gôgenwitze, als allgemeinbildender Beitrag der Tübinger Wengerter zur Weltliteratur.

Sach- und ortskundig in gültig-endgültige Form gebracht von Dr. Heinz-Eugen Schramm aus Tübingen, verlegt von Wolfram Körner, Hirsau im Schwarzwald.

Wenden Sie sich an Ihren Buchhändler und falls dort nicht vorrätig,

an die Körner'sche Druckerei und Verlagsanstalt 7262 Hirsau, Postfach 30. Die 4 Mark wo das Buechle kostet, ist der Spaß ganz bestimmt wert!

Und jedem Buechle liegt eine Farbdruckkarte bei, mit dem von den Tübinger Gôgen abgewandelten Gôtzzitat (zum Rahmen, als Wandschmuck!): daß im Laufe des Lebens sich zwangsläufig die Zahl derer erhöhe, die . . . eben!!

Württembergische Bank

Stuttgart

Friedrichstraße 22

Eberhardstraße 20

Goldabteilung

Ruf 29 94 01

Ruf 24 60 04

Ruf 24 59 80

Göppingen Poststraße 44

Nürtingen Kirchstraße 28

Reutlingen Marktplatz 9

Tübingen Karlstraße 3

Ulm/Donau Neue Straße 70



Wilhelmspalais

Stuttgart

begrüßt alle Gäste und Teilnehmer des »Tages der deutschen Heimatpflege«
und lädt ein zum Besuch der

Stadtgeschichtlichen Sammlungen der Stadt Stuttgart
WILHELMSPALAIS, Neckarstraße 2

Eintritt frei

geöffnet samstags und sonntags 10-16 Uhr,
dienstags bis freitags 11-18 Uhr, montags geschlossen.

